

186/KOMM XXIV. GP

KORRIGIERTE FASSUNG laut Beschluss gemäß § 23 VO-UA vom 10. Mai 2012
(siehe Anhang bzw. Fußnoten)

Kommuniké

**des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
(910/GO XXIV. GP)**

Untersuchungsausschussprotokoll der 11. Sitzung vom 16. Februar 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL

**Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen**

11. Sitzung/ öffentlicher Teil

vom 16. Februar 2012

Gesamtdauer der Sitzung:

09:05 Uhr – 18:21 Uhr

Wien, 2012 02 16

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek

Schriftführer

Dr. Gabriela Moser

Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

11. Sitzung/ öffentlicher Teil

Donnerstag, 16. Feber 2012

Gesamtdauer der 11. Sitzung
9.05 Uhr – 18.21 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(11. Sitzung; Donnerstag, 16. Feber 2012)

<i>Dr. Peter HOCHEGGER</i>	3
<i>Dr. Hannes AMETSREITER</i>	64
<i>Mag. Beatrix SKIAS</i>	85
<i>Mag. Dietmar TRUMMER</i>	87
<i>Mag. Martin KRATKY</i>	122

Beginn der Sitzung: 9.05 Uhr

Obfrau Dr. Gabriela Moser eröffnet die 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses und weist darauf hin, dass Protokolleinwendungen vorliegen, die im Laufe des Vormittags eingesehen werden können.

9.06

Auskunftsperson Dr. Peter Hohegger

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur **Anhörung** von Herrn **Dr. Peter Hohegger**, den ich herzlich begrüße.

Ich möchte im Vorfeld die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Peter Hohegger, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht zur Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dr. Peter Hohegger; Geburtsdatum: 20. Februar 1949; Anschrift: Wien; Beruf: Unternehmensberater. Sie stehen in keinem öffentlichen Bedienstetenverhältnis.

Herr Dr. Hohegger, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Wir können nun mit der Befragung beginnen. Herr Dr. Hohegger, Sie haben die Möglichkeit, vor Eingang in die Befragung noch Ihre Sicht der Dinge in Form einer Erzählung, die 10 Minuten nicht überschreitet, darzulegen.

(Die Auskunftsperson verzichtet. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Petzner das Wort.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Dr. Hohegger, ich habe mich im Vorfeld ein bisschen erkundigt, mit vielen Journalisten gesprochen, mit Menschen gesprochen, die Sie kennen, die mit Ihnen zu tun hatten, und habe gefragt: Wie tickt dieser Hohegger? Wie wird er sich heute hier verhalten? Ich habe dazu folgende Antworten bekommen und leite damit auch meine ersten Fragen allgemeiner Natur ein.

Es ist gesagt worden – Zitat –: Der wird seine Show abziehen, das ist alles knallhart kalkuliert, der weiß genau, was er tut. Er baut das auch medial entsprechend auf, hat vorher Interviews gemacht, um die Stimmung noch einmal anzuheizen. Er wird das heute hier als seine Bühne, als seine Plattform nutzen. Er weiß ganz genau, was er macht, und er ist knallhart, auch in seiner Umsetzung.

Ich werde nun gemeinsam mit den Fraktionskollegen versuchen, dieses Konzept zu stören und unserem Auftrag nachzukommen, nämlich die **Wahrheit** ans Licht zu bringen. Ich beginne daher auf Basis dieser Informationen, die ich über Ihre Person

eingeholt habe – bewusst einmal in der ersten Runde, auch für die anderen Fraktionen –, mit sehr allgemein gehaltenen Fragen, um ein bisschen auszuloten, wie Sie sich hier tatsächlich verhalten werden.

Meine erste Frage ist: Erzählen und erklären Sie uns, wie man es schafft – Sie haben, glaube ich, Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre, ich glaube 1988 genau, dieses PR-Beratungsunternehmen, die Hohegger.com, gemeinsam mit Ihrem Bruder Paul gegründet –, innerhalb von knapp zehn Jahren eine PR-Agentur zu gründen und zur zweitgrößten Werbeagentur des Landes, kurzzeitig sogar zur größten PR-Agentur des Landes, aufzusteigen! Wie macht man das? Wie haben Sie das angestellt? Wer waren Ihre ersten, die wichtigsten Kunden, die größten Aufträge? Wie ist dieser Weg abgelaufen?

Dr. Peter Hohegger: Herr Petzner, Sie haben falsch recherchiert! Es sind nicht zehn Jahre, sondern 30 Jahre, aber bitte. Der Werdegang der Agentur ist nachzulesen, aber was vielleicht wesentlich ist und worum es hier geht, ist meine Arbeit für die Telekom Austria Gruppe, und die hat 1997 begonnen. Wir haben dort ein sehr gutes Konzept vorgelegt und sind ausgewählt worden. Und mit so einem großen Kunden entsteht natürlich dann auch Wachstum. Wir sind von damals – 1996 – zwölf Mitarbeitern rasant gewachsen. Wenn man einen Großkunden hat, dann kommen auch andere dazu, und dann ergibt das eine das andere, und so ist die Agentur zur zweitgrößten Agenturgruppe in Österreich aufgestiegen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wann haben Sie genau diese Agentur mit Ihrem Bruder Paul gegründet?

Dr. Peter Hohegger: Als Einzelfirma 1980, dann, glaube ich, als KG 1983, und einige Jahre später ist sie dann in eine GesmbH umgewandelt worden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann habe ich doch nicht so schlecht recherchiert, wenn ich sage, die Agentur ist im Laufe der achtziger Jahre gegründet worden.

Weiter zu meinen allgemeinen Fragen. Ich glaube, die Antwort schon zu kennen, ich frage Sie aber trotzdem, um eben auszuloten, wie Sie sich hier verhalten werden. Konkrete Frage, vielleicht können Sie das kurz mit einem Ja oder Nein beantworten: Wurden über Ihre Unternehmungen – also die Valora, Hohegger.com, alles, was zu den Hohegger-Firmen zählt – jemals Schmiergeldzahlungen, Bestechungsgelder für oder an politische Amtsträger, Parteien, Politiker abgewickelt? Ja oder nein? (*Dr. Hohegger: Nein!*) – Genau mit dieser Antwort habe ich gerechnet.

Ich frage trotzdem weiter und stelle die Frage anders: Haben Sie Wahrnehmungen, dass die Telekom oder die Mobilkom jemals Schmiergeldzahlungen oder Bestechungsgelder für oder an Politiker, politische Parteien, Amtsträger geleistet haben? Falls ja: welche Wahrnehmungen haben Sie dazu? (*Dr. Hohegger: Nein!*) – Auch mit dieser Antwort habe ich gerechnet, ich stelle Ihnen trotzdem die dritte allgemeine Frage:

Halten Sie sich persönlich – und Sie kennen die gesamten Vorwürfe, die strafrechtlich gegen Sie vorliegen –, halten Sie sich persönlich für schuldig oder unschuldig?

Dr. Peter Hohegger: Strafrechtlich gesehen für **nicht schuldig**.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber moralisch für schuldig, ist das korrekt?

Dr. Peter Hohegger: Das Leben ist ein Lernprozess, und ich habe schon öfters zum Ausdruck gebracht, dass ich einige Dinge aus heutiger Sicht nicht richtig gemacht habe. In einem moralischen Maßstab war das nicht richtig.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich habe das auch vernommen, dass Sie jetzt irgendwie erklären, das ist ein Lernprozess. Sie waren angeblich irgendwo in Fernost und sind auf dem Weisheitstrip, aber auch das soll laut meinen Informationen Teil einer Inszenierung sein.

Ich komme jetzt konkret zu einem Vorhalt, nämlich zu einem Bericht im Nachrichtenmagazin „NEWS“, der sehr viele interessiert, zu einem Interview von Ihnen, das heute erschienen ist. Ich nehme an, dass das kein Zufall ist, dass Sie bewusst geschaut haben – als PR-Profi –, dass das Interview genau heute erscheint, wo Sie sozusagen Gast hier im Ausschuss sind.

Daher frage ich Sie, weil Sie sich offensichtlich genau diese Frage auch erwarten: Sie haben ja genannt, dass 28 Politiker und Parteifunktionsträger im Zeitraum von 2000 bis 2010 in Hohegger-Firmen – ich formuliere das einmal so – **beschäftigt** waren. Konkret waren das zehn von der SPÖ, sieben von der ÖVP, sechs von FPÖ und BZÖ, fünf von den Grünen.

Fangen wir an bei der SPÖ: Wer waren diese zehn? Warum wurden sie engagiert, in welcher Hohegger-Unternehmung waren sie beschäftigt, mit welcher Funktion und welchem Aufgabengebiet? Wie hoch war das Gehalt jedes Einzelnen? Welche konkreten Tätigkeiten haben diese zehn Personen von der SPÖ für die Hohegger-Firmen, wo immer sie dann auch genau beschäftigt waren, gemacht?

Dr. Peter Hohegger: Wie Sie richtig gesagt haben, ging es um ehemalige Politiker, um ehemalige Funktionäre und um ehemalige Kabinetts- und Parteimitglieder. Diese Personen haben in unterschiedlicher Art und Weise für unsere Firmengruppen gearbeitet: entweder auf Werkvertragsbasis oder projektbezogen oder im Angestelltenverhältnis. Die Namen der Personen, die im Angestelltenverhältnis gearbeitet haben, werde ich sicher nicht nennen, weil das ihnen gegenüber unfair wäre, weil sie sich heute in anderen Dienstverhältnissen befinden und sie daraus große Nachteile haben würden.

Bei den Namen jener Personen, die in politischen Ämtern standen, habe ich kein Problem, diese zu nennen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich wende mich in dem Fall an den Vorsitz und den Verfahrensanwalt; Sie müssen uns das meiner Meinung nach genau erklären.

Herr Dr. Hohegger, Sie haben hier ein Entschlagungsrecht. Vielleicht kann das der Verfahrensanwalt für Sie noch einmal ausführen, aber meiner Meinung nach ist jetzt Ihre Antwort, dass Sie nicht nennen wollen, wer diese zehn Personen sind, **nicht** vom Entschlagungsrecht umfasst. Sie haben vorher gesagt, Sie halten sich in strafrechtlicher Hinsicht für unschuldig. Das Entschlagungsrecht bezieht sich auf Dinge, wo Sie sich selbst belasten könnten. Sie sind ja Beschuldigter in zahlreichen Verfahren.

Ich wende mich an den Verfahrensanwalt und ersuche ihn, auszuführen, ob das jetzt eine Entschlagung ist, die zulässig ist. Meiner Meinung nach nicht.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich darf Folgendes sagen: Herr Hohegger hat jetzt keinen Grund geltend gemacht, der ihm persönlich ein Aussageverweigerungsrecht geben würde. All diese Rechte sind auf die aussagende Person bezogen, also mögliche strafrechtliche Folgen, mögliche unmittelbare finanzielle Nachteile. Derartiges haben Sie noch nicht behauptet, daher komme ich zu dem Schluss, dass die Frage an sich zulässig ist und dass Sie zu antworten haben, also Ihnen kein Verweigerungsrecht diesbezüglich zusteht.

Um Sie vollständig zu informieren, sage ich Ihnen aber auch: Sollten Sie mit einer dieser Personen eine vertragliche Verpflichtung haben, zu schweigen, und sollte der Bruch dieser Verpflichtung für Sie einen unmittelbaren vermögensrechtlichen Nachteil bringen, zum Beispiel weil dort wirksame Pönale-Vereinbarungen enthalten sind, dann müssten Sie uns das sagen; dann werden wir darüber befinden. Das könnte ein Grund sein, dass Sie eine Aussage zu einer Person verweigern, also sagen: Ich will diese Person aus diesen Gründen nicht nennen!

Dr. Peter Hohegger: Ich habe überhaupt keine Nachteile, mir ist es einfach nur darum gegangen, diese Menschen, die in einem Angestelltenverhältnis in den Firmen waren, zu **schützen**. Aber bitte, ich kann sie gerne nennen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann ersuche ich Sie, diese Namen jetzt zu nennen und die entsprechenden Fragen, die ich dazu gestellt habe, zu beantworten.

Dr. Peter Hohegger: Ich fange einmal an bei **Heinz Lederer**. Heinz Lederer war von, glaube ich, 2002 bis 2006 ein Lobbyistenpartner, der auf Werkvertragsbasis für die Hohegger.com gearbeitet hat, unter anderem für die Kunden Telekom Austria, Flughafen Wien, ÖBB und einige andere auch.

Dann hat es im Rahmen eines Projektes für Bulgarien zwei kleine Mandate gegeben, Beratungsmandate für ein **Advisory-Board**¹, das waren **Peter Schieder** und **Karl Blecha**.

Dann haben in unseren verschiedenen Teams ehemalige Mitarbeiter der SPÖ gearbeitet: Das war Georg **Brockmeyer**, das war **Olivia Steiner** und **Oliver Wagner**.

Dann habe ich im Rahmen meiner anderen Firmen im Bereich erneuerbare Energieprojekte mit **Alfred Gusenbauer** und **Oskar Strohmeyer** zusammengearbeitet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu all diesen Personen: Warum haben Sie die konkret engagiert? Und: Können Sie auch etwas über die Summen sagen, die diese Personen für welche Leistungen kassiert haben, die diese Personen für Sie erbracht haben? Die Summen interessieren mich vor allem: Wer hat welche Summen lukriert?

Dr. Peter Hohegger: Die Personen, die im Angestelltenverhältnis waren, haben die normalen Gehälter gekriegt, die üblich waren. Heute Nachmittag ist ja der ehemalige Geschäftsführer der Firma, Dietmar Trummer, anwesend, der kann Ihnen das sicher genau beantworten. Ich war nicht zuständig für die Personalpolitik und habe auch die Gehälter nicht ausverhandelt.

Bei den Advisor-Report-Mitgliedern für den bulgarischen Auftrag, was **Blecha** und **Schieder** betrifft, das waren, glaube ich, 4 000 € pro Person.

Was Herrn **Lederer** anlangt, der hat sicher um einiges mehr verdient. Das war auf jeden Fall über 1 Million €, auf die Kunden Telekom, ÖBB und Flughafen umgelegt. Die genaue Summe kann ich Ihnen aber auch nicht sagen, weil mir die Unterlagen der Hohegger-Gruppe ja nicht mehr zur Verfügung stehen, weil die Agentur verkauft wurde.

Und was den Herrn **Gusenbauer** anlangt, da war ein Jahresgehalt oder Projektfee von 100 000 € vereinbart.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): und die sieben **ÖVP-Personen**?

¹ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang, Seite 141)

Dr. Peter Hochegger: Das war der **Ernst Strasser**, der war bei uns im **Advisory Board**². Er hat mitgearbeitet bei einem Projekt: Beratung der Regierung in Bulgarien zum EU-Beitritt. Der hat 100 000 € bekommen.

Und dann war da Herr **Franz Kusin**; der war früher christlicher Gewerkschafter. Der hat ungefähr 140 000 € bekommen.

Dann der Mitarbeiter **Stefan Krenn**. Der war bei uns Leiter der Public Affairs-Abteilung. Bei ihm haben gearbeitet Andreas Schneider, Patrick Minar, Martin Jenewein. Dann gab es noch die Ingrid Krenn. Und die waren alle angestellt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von der **SPÖ** haben Sie jetzt acht genannt, also zwei fehlen noch.

Nächste Frage: die sechs **FPÖ**- beziehungsweise **BZÖ**-Personen?

Dr. Peter Hochegger: **Walter Meischberger**. Er war sozusagen der Erste, mit dem ich da zusammengearbeitet habe.

Dann: Mathias Reichhold, Herr **Gaugg**, Herr **Gorbach**, **Christine Kilzer** und **Christine Lackner**.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt wird es besonders spannend: und die fünf **grünen** Personen?

Dr. Peter Hochegger: Monika **Langthaler**, Christian **Nohel**, Brigitte **Reiter**.

An die beiden anderen Namen kann ich mich nicht erinnern, aber das kann Ihnen der Herr Trummer heute Nachmittag sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Bei der **SPÖ** haben Sie „zehn Personen“ im „NEWS“-Interview gesagt, acht haben Sie jetzt genannt. Fehlen da zwei? Oder korrigieren Sie das auf acht?

Dr. Peter Hochegger: Die werde ich Ihnen noch nachliefern; die fallen mir momentan nicht ein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Vielleicht denken Sie noch nach und es fällt Ihnen im Laufe der Befragung noch ein.

Abschließend zur ersten Runde: Ich habe sehr genau recherchiert. Ich habe auch sämtliche Medienartikel gelesen, die dazu erschienen sind. Ich habe auch Ihre Vita recherchiert. Sie haben gesagt, keine Bestechungsgelder, Sie haben nichts damit zu tun, Sie sehen sich strafrechtlich gesehen als unschuldig.

Herr Hochegger, wenn das eh alles – ich formuliere es Grasser-mäßig – supersauber ist, dann halte ich Ihnen zahlreiche Medienartikel vor. Exemplarisch zitiere ich einen Artikel, und dazu gibt es zig andere, von der „Kleinen Zeitung“ vom 9. September 2011, Titel: „Der Wandel des Peter Hochegger“, wo Sie porträtiert werden von Herrn Rössler und von Herrn Simonitsch, zwei sehr engagierten Journalisten.

Diese schreiben, da geht es um die Zeit 2000/Regierungseintritt **FPÖ** – ich zitiere –:

„Im Büro von Hochegger/Com (...) hatte der Lobbyist und **FPÖ**-Mann Meischberger bald Hausverbot. Darauf drängte neben dem Geschäftsführer auch Paul, der jüngere der zwei. Als bekennender Sozialdemokrat achtete er peinlich darauf, nicht bei der **FPÖ** anzustreifen.“

Weiter unten heißt es dann: „Doch Peter“ –

also Sie –

² Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang, Seite 141)

„sah manches lockerer als sein Bruder und wusste ihn zu umgehen. Für Geschäfte mit Grasser, stets von Meischberger angebahnt, gründete er hinter Pauls Rücken die Valora AG. (...) Sein Bruder Paul zog sich daraufhin mehr und mehr zurück. Kurz handelte er mit Bioprodukten, nach einer schweren Krankheit lebt er seit zwei Jahren völlig zurückgezogen.

Zweiter Artikel, „Kurier“ vom 1. September 2011 – ich zitiere –:

In einem sind sich Wegbegleiter und Konkurrenten einig: Hoheggers Fall, wenn man es so will, begann mit Karl-Heinz Grasser.

Und in Bezug auf Ihren Bruder:

Innerhalb der Agentur war Hoheggers Engagement umstritten. Es kam zum Bruch mit Bruder Paul. Und Peter gründete eine separate Firma, die Valora. – Zitatende.

Das zieht sich durch alle Medienartikel durch. Ich habe gestern bis fünf Uhr in der Früh Artikel über Sie gelesen, und in allen Artikeln steht das, da gibt es diesen Bruch zwischen Ihnen und Ihrem Bruder Paul Hohegger, weil Ihr Bruder Paul, der mit Ihnen gemeinsam das alles aufgebaut hat, wie Sie auch geschildert haben, nicht damit einverstanden war, vielleicht auch aus parteipolitischen Gründen, er war eher aus der sozialdemokratischen Richtung, dass Sie mit dem blauen Grasser, mit dem blauen Meischberger Geschäfte abwickeln.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur Frage zu kommen! 7 Minuten sind abgelaufen in der ersten Runde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme zur Frage. Es war aber wichtig, das auszuführen.

Wenn Sie sagen, es hat nie Korruption gegeben, Sie sind unschuldig, und Ihr eigener Bruder hat sich firmenmäßig von Ihnen verabschiedet: Wie können Sie diesen Widerspruch aufklären? Warum hat sich Ihr Bruder verabschiedet? Warum hat Herr Meischberger Hausverbot gehabt? Warum hat Ihr Bruder solche Bedenken gehabt? Wäre es aus heutiger Sicht nicht gescheiter gewesen, auf Ihren Bruder zu hören? Dann würden Sie vielleicht gar nicht hier sitzen.

Dr. Peter Hohegger: Wie war die Frage noch einmal? (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es waren mehrere Fragen. Ich bin davon ausgegangen, dass Sie so intelligent sind, auch mehrere Fragen in einem zu beantworten. Aber gut.

Warum ist es zu diesem Bruch mit dem Bruder Paul gekommen? Was sagen Sie dazu? Ich habe das jetzt ausführlich erklärt. Was steckt da dahinter? Hätten Sie nicht besser auf Ihren Bruder hören sollen?

Dr. Peter Hohegger: Herr Petzner, die Journalisten, die diesen Artikel geschrieben haben, den Sie zitiert haben, haben nicht sehr genau recherchiert.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das schreiben alle Journalisten, Herr Hohegger! Das waren nur zwei Beispiele von zig Medienberichten.

Dr. Peter Hohegger: Sie haben mich auch nicht befragt dazu.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe Ihnen drei, vier Fragen dazu gestellt.

Dr. Peter Hohegger: Es ist nicht zu einem Bruch mit meinem Bruder gekommen, und der Herr Meischberger hat auch kein Hausverbot gehabt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Hohegger, vielleicht im unmittelbaren Anschluss jetzt an den Kollegen Petzner, wegen der Entwicklung Ihrer

Gesellschaft und der Erträge dort. Die Ziffern, die uns vorliegen, sagen, nur damit das klargestellt wird, dass die Hohegger-Gruppe über diese zehn Jahre in der Telekom einen Ertrag von 30 Millionen gemacht hat und davon 7,5 Millionen € auf die Valora entfallen.

Dr. Peter Hohegger: Das ist korrekt. – Nein, Herr Abgeordneter: **Umsatz!**

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Umsatz, ja.

Sie haben vorhin auch **Peter Schieder** und **Karl Blecha** genannt. Meiner Information nach gab es einen Vertrag zwischen Ihnen und der bulgarischen Regierung, für diese Leistungen zu erbringen, wo Sie diese beiden ehemaligen Politiker dann beschäftigt haben, weil die offensichtlich in der Sache selbst dem entsprochen haben, was das Anforderungsprofil war.

Können Sie uns über diesen Auftrag ein bisserl etwas erzählen?

Dr. Peter Hohegger: Das war eines der Kriterien, warum wir diesen Auftrag dort gewonnen haben, weil wir ein Advisory – Board hatten³ mit Experten, die sich am europäischen Parkett gut auskannten und die der bulgarischen Regierung glaubhaft ihre Schwächen vor Augen führen konnten auf der einen Seite – und auf der anderen Seite einen Dialog starteten⁴.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was war denn der Auftragsgegenstand? Was sollten Sie dort bringen?

Dr. Peter Hohegger: Die Wahrnehmung von Bulgarien war, dass die Reformen nicht schnell genug weitergehen, dass das Justizsystem nicht in Ordnung ist, sie hatten Probleme im Bereich der Innen- und Justizminister, und dass die Reformen nicht schnell und zügig vorangehen. Und überhaupt gab es ein generelles Imageproblem, dass Bulgarien insgesamt nicht reif für die EU wäre.

Unsere Aufgabe war es, da einen Dialog in Gang zu setzen und die bulgarische Regierung auf der einen Seite zu beraten, wie werden sie in der Europäischen Union wahrgenommen – und was müssen sie ändern, mit welchen Argumenten müssen sie arbeiten, wie müssen sie ihre Maßnahmen verkaufen. Und auf der anderen Seite hat man sozusagen das Bild von Bulgarien aufgenommen, das in der EU oder bei den Schlüsselpersonen, sprich: Innenminister und Justizminister, vorgeherrscht hat.

In diesem Kontext waren Personen wie Ernst Strasser, Peter Schieder oder Karl Blecha sehr wichtig, und das war auch der Grund, warum wir den Auftrag gewonnen haben, denn wir haben ja nicht nur österreichische Politiker in diesem Expertenkomitee gehabt, sondern auch andere Politiker, etwa aus England oder aus Deutschland.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gegenstand der Themenstellungen heute ist die **Telekom**, und ich möchte in diesem Zusammenhang damit beginnen, wie der Telekom-Regulator 2002 neu bestellt worden ist. Das ist der Herr Serentschy. Wir haben im Rahmen der Vorbesprechungen ihn und andere aus der Gruppe einvernommen. In diesem Zusammenhang stellt sich insbesondere die Frage, welche Rolle **Sie** da gespielt haben.

Sie sagten im Rahmen Ihrer Einvernahme – ich zitiere –:

Die TA hatte mit dem Vorgänger von Serentschy –

das war der Herr Otruba –

³ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang, Seite 141)

⁴ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang, Seite 141)

ein hartes Leben, weil dieser seine Regulierungsentscheidungen aus einer extremen Liberalisierungsposition heraus getroffen hat. – Zitatende.

Nun ist es ja so, dass der Regulator an sich die Aufgabe hat, in einer sehr ultimativen Form wettbewerbsfördernd tätig zu sein.

Sie sagten weiters aus:

Aus diesem Grund habe ich damals in Diskussion mit Herrn Sundt die Idee erörtert, den neuen Regulator Serentschy in seiner Positionierung zu unterstützen. Dafür wurde ein Konzept entwickelt, und dieses Konzept wurde dann –

das wissen Sie nicht genau –

eingesetzt oder nicht eingesetzt. Tatsächlich wurde Herr Serentschy dann bestellt.

Nun kann man sagen, dass damit eigentlich ein Regulator gekauft worden ist.

Was war eigentlich Ihre Tätigkeit im Rahmen dieses Konzeptes?

Dr. Peter Hohegger: Herr Abgeordneter, dieser Eindruck ist ein falscher. Ich war involviert in die Bestellung des Regulators, und meine Aufgabe war es, Bewusstsein zu schaffen, dass eine Wiederbestellung von Heinrich Otruba nicht nur für die Telekom schlecht ist, sondern für den Standort Österreich. Und das ist ja legitim, dass man Argumente entwickelt und die auch glaubhaft darstellt, um seinen Standpunkt zu vertreten. Das war meine Aufgabe, und es ist auch gelungen, mit diesem Bild bei den damaligen Entscheidern durchzudringen.

Dann kam es zur Bestellung. Da war Georg Serentschy auf der Shortlist und auch ein anderer, der kam von einem Mobilfunk-Unternehmen. Und da war die Verständigung auch mit dem Verband der Alternativen Netzbetreiber, dafür zu lobbyieren und Stimmung zu machen, dass nicht ein ehemaliger Mobilfunker zum Regulator wird, sondern ein **Berater**, wie es Georg Serentschy war, von dem man ausgehen konnte, dass er eine ausgewogene, neutrale Haltung einnehmen wird. Das war in Abstimmung mit dem Verband der Alternativen Netzbetreiber.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, das Konzept, das Sie erstellt haben, war erfolgreich?

Dr. Peter Hohegger: Das Konzept, das ich erstellt habe, ist nie umgesetzt worden, weil es dann auch nicht notwendig war. Das war eine Voraus- oder Vorsichtsmaßnahme, weil man ja nicht wusste, wie das Ganze sein wird.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie viele Konzepte in dieser Art für die TA erstellt?

Dr. Peter Hohegger: Ich weiß, dass wir viele Konzepte erstellt haben, die dann von Kunden oder von potentiellen Kunden nicht umgesetzt wurden oder in Auftrag gegeben wurden, weil sich dann einfach die Situation verändert hat.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Im Rahmen Ihrer Aussage sagen Sie, dass so ein Konzept für die TA 465 000 € gekostet hat. Stimmt das? – Das ist Ihre Aussage, ich nehme an, das stimmt.

Dr. Peter Hohegger: Dieses Konzept hat keine 465 000 € gekostet, denn es ist ja auch nicht umgesetzt worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben ja mehrere Konzepte erstellt. Hat ein Konzept um die 465 000 € gekostet? – Ist das richtig?

Dr. Peter Hohegger: Wenn Sie mir sagen ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben vorhin gesagt, Sie haben eine Reihe von Konzepten erstellt, und in diesem Zusammenhang wurde der Preis pro Konzept mit 465 000 € genannt. Ich frage Sie jetzt, ob das stimmt.

Dr. Peter Hochegger: Nennen Sie mir das Konzept, das 465 000 € ...!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich weiß es nicht.

Dr. Peter Hochegger: Na ich weiß es auch nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie wissen es nicht?

Dr. Peter Hochegger: Jedes Konzept hat einen anderen Preis gehabt. Das hängt davon ab, welchen Umfang, welchen Aufwand ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie für den ehemaligen Vizekanzler und Minister im BMVIT ein derartiges Konzept erstellt, für den Herrn Gorbach?

Dr. Peter Hochegger: Das kann durchaus sein, aber ich weiß nicht, ob das beauftragt wurde.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Uns liegt dieses Konzept vor, ich darf Ihnen nur ganz kurz daraus vorlesen. Da steht eine Beschreibung des Herrn Gorbach – ich zitiere –:

Ein kreativer, lösungsorientierter, entscheidungsstarker und wirtschaftskompetenter Gestalter der österreichischen Politik. Er ist die neue Kristallisationsfigur. Nur wer den Schatten des Vertrauens überspringt, wird zum Entdecker neuer Möglichkeiten. – Zitatende.

War das so die Qualität, wie Sie grundsätzlich Konzepte, die unserer Information nach 460 000 € gekostet haben, erstellt haben?

Dr. Peter Hochegger: Konzepte wurden ja nicht von mir persönlich erstellt, sondern von Mitarbeitern.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie stehen schon zu den Mitarbeitern, nehme ich an, wenn die Konzepte herausgeben.

Dr. Peter Hochegger: Ja selbstverständlich.

Bei diesem Konzept kann es sich nur um einen **Kostenvoranschlag** handeln. Meines Wissens ist das **nicht** in Auftrag gegeben worden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber die Qualität des Konzepts würde dann ungefähr so bleiben, auch wenn es in Auftrag gegeben wird?

Dr. Peter Hochegger: Wenn Sie mir jetzt das Konzept geben, dann kann ich mir das anschauen und kann dazu Stellung nehmen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich kann es Ihnen gerne geben, wir haben es. Aber ich glaube, es ist nicht unbedingt notwendig, wir haben wichtigere Punkte.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Herr Hochegger, wir haben ein Einvernahme-Protokoll von Herrn Mag. Stefan Krenn vom 17. März vorliegen. Das ist ja eine nicht ganz unwesentliche Persönlichkeit in Ihrem Konzern. Und dieser hat berichtet, dass für die Telekom Austria im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung eine Arbeitsgruppe bei Ihnen eingerichtet war, die sich speziell mit dem Lobbying für diese Verordnung auseinandergesetzt hat. – Stimmt das?

Dr. Peter Hochegger: Wenn er das so sagt, stimmt das.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie wissen es nicht?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe auch ausgesagt zu dem Thema, dass die Public Affairs-Abteilung der Agentur Hochegger/Com sich sicher mit diesem Thema beschäftigt hat, weil das war unsere Aufgabe für die Telekom Austria.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang ein paar Aussagen von Herrn Schieszler – Herr Schieszler war ja damals der Finanzchef der Telekom – vorlesen und Sie um Ihre Stellungnahme ersuchen. Es geht um die sogenannte **PAC**, das ist eine Gebühr, die bezahlt wird, wenn sich Telefonwertkartenbesitzer einloggen. Das wird dann jeweils abgerechnet über die jeweiligen Gesellschaften, und da war es also ganz offensichtlich das Ziel der Telekom, das weitestgehend einzuschränken, weil die Telefonzellen unwirtschaftlich waren, und in diesem Zusammenhang gab es dann ein Gespräch.

Hier wird also informiert, und zwar durch den Herrn Schieszler, dass er an Sie herangetreten ist, mit der Bitte, ihn zu unterstützen. Ich zitiere:

Hochegger, den ich informierte, wie man diese PAC umsetzen könnte, sagte nach Rücksprache – mit wem, weiß ich nicht –, dass dies sehr teuer werden würde. Gegen einen Wert zwischen 40 bis 60 Millionen –

das war also der Aufwand, der für diese Telefonzellen zu zahlen war –

wäre uns nichts zu teuer. Und auf Nachfrage sagte Hochegger, dass mindestens 1 Million nach dem Zustandekommen dieser Verordnung fließen müsse. – Zitatende.

Dann steht da weiters:

Da zwischen Änderungen der Universaldienstverordnung und der Gegenleistung nach Ausscheiden von Personen in der Regierung einige Zeit verstreichen wird, müsste sich jene Person, die ausscheidet, auf unseren Handschlag verlassen können. – Zitatende.

Das ist natürlich durch den Finanzvorstand Ihres größten Kunden eine relativ deftige Ansage, und es ist, glaube ich, eine eindeutige Mitteilung, dass Schmiergeld bezahlt wird: also 1 Million zunächst einmal mindestens und des Weiteren dann noch an Personen, die an der Entscheidungsfindung teilgenommen haben – offensichtlich ist der Herr Gorbach gemeint; das ergibt sich dann aus anderen Situationen und Einvernahmen zu einem späteren Zeitpunkt –, auch noch ein namhafter Betrag, auf den er sich mit Handschlag verlassen kann.

Was sagen Sie dazu?

Dr. Peter Hochegger: Diese relativ deftige Ansage von Herrn Finanzvorstand Schieszler entspricht nicht der Wahrheit.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie war das Verhältnis zwischen Ihnen und Herrn Schieszler? (*Dr. Hochegger: Sehr gut!*) – Halten Sie es für möglich, dass Schieszler Sie aus irgendeinem anderen Grund derart belastet?

Dr. Peter Hochegger: Das müssen Sie ihn fragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt also, Sie wussten nichts davon, dass eine Zahlung geleistet werden soll, und Sie haben auch dieses Gespräch nie geführt.

Dr. Peter Hochegger: Ich bin das erste Mal mit diesen Dingen konfrontiert worden im Rahmen meiner Einvernahmen und habe mich schon damals sehr über Herrn Schieszlers Aussage gewundert. Und die Unterstellungen von ihm und von Herrn

Wittauer, da, glaube ich, hat sich mittlerweile herausgestellt, dass das alles so **nicht stimmt**.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Na ja, das kann man nicht ganz so unterstreichen, es ist eher das Gegenteil der Fall.

Herr Schieszler sagt dann jedenfalls abschließend – ich zitiere –:

Ich bekam dann von ihrer Gruppe ein paar unbedeutende Folien via E-Mail, und es erfolgte die Überweisung, soweit ich mich erinnern kann, in Höhe zwischen 500 und 1,5 Millionen € ...

Aber dazu werden Sie wahrscheinlich auch nichts sagen können.

Schieszler sagte: Deal war Deal ...

Dr. Peter Hochegger: Ich möchte sagen, er hat von meiner Gruppe keine unbedeutenden Folien bekommen, und er hat auch nichts überwiesen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind überschritten. Es besteht die Möglichkeit, in der zweiten Runde dann weiterzufragen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich möchte noch einen Satz dazu sagen, weil das die Einvernahme des Herrn Schieszler abrundet.

Deal war Deal,

sagt er ganz zum Schluss so frisch und fröhlich.

Und weiters: Es war von Beginn an völlig klar und an uns über Hochegger auch kommuniziert –

also Sie waren mehr oder weniger der Mediator, der Transporteur dieser Information –, dass dieses Geld als Parteienfinanzierung –

wir wissen also jetzt, an das BZÖ –

abgewickelt wird.

Das ist so der Kernsatz, der Abschlusssatz eigentlich vom Herrn Schieszler, der mit Ihnen sehr gut war, der Finanzvorstand in der Telekom war, der wie kein anderer wusste, was dort stattfindet, und der Sie hiermit massiv belastet.

Dr. Peter Hochegger: Ja, aber es entspricht nicht der Wahrheit.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Hochegger! Ich möchte darauf nicht allzu viel Zeit verwenden, aber damit wir das auch haben: kurz zu den „schweren Verwicklungen“ von uns Grünen in den Telekom-Schmiergeldskandal und in den versuchten und zum Teil erfolgreichen Gesetzeskauf.

In „NEWS“ haben Sie erklärt: „ehemalige Politiker, frühere Kabinetts- und Parteimitarbeiter sowie ehemalige Funktionäre für unsere Firmen entweder als Angestellte oder auf Werksvertragsbasis“ – und dann auf Nachfrage von „NEWS“ –: „fünf von den Grünen.“

Zwei wissen Sie jetzt nicht mehr; werden Sie vielleicht nachliefern. Sie haben uns geliefert: Monika Langthaler, Christian Nohel und Brigitte Reiter. Monika Langthaler war Abgeordnete bis 28. Oktober 1999. Christian Nohel war ihr parlamentarischer Mitarbeiter. Beide haben dann bekanntlich gemeinsam die Firma brainbows gegründet.

Erste und vielleicht letzte Frage dazu – nein zwei Fragen –: Welche Werkverträge, welche Anstellungen oder welche sonstigen Dienstnehmerverträge haben Sie mit Langthaler und/oder Nohel gehabt?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann Ihnen ein Beispiel der Zusammenarbeit sagen: Im Zuge der Vergabe der zweiten Mobilfunklizenz haben sich auch zwei Konsortien mit darum beworben, die von Energieunternehmen geführt wurden – der Energieversorger UTA, war der Verbund. Und uns ist es darum gegangen, einen Konnex herzustellen, dass hier eine mögliche Quersubventionierung stattfinden könnte, nämlich von – quasi – Monopolunternehmen, die sich dann im Bereich Mobilfunk in den freien Wettbewerb begeben, also das heißt ein Transfer.

Christian Nohels Aufgabe war es, dieses Thema sozusagen zu artikulieren, und ihm ist es gelungen, dass sich grüne Politiker damit auseinandergesetzt und das auch medial artikuliert haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie in irgendeiner Weise Wahrnehmungen, dass die Gesetzgebungsarbeit der Grünen durch diese Investitionen beeinflusst worden ist?

Dr. Peter Hochegger: Nein, überhaupt nicht. Es geht ja nur darum, aufzuzeigen, dass eine Agentur, die an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Politik tätig ist, auf Personen angewiesen ist, die dieses System kennen und verstehen, damit man die Kunden richtig und gut beraten kann – nicht mehr und nicht weniger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, das ist eine große Neuigkeit. (*Dr. Hochegger: Was ist eine große ...?*) – Neuigkeit.

Herr Dr. Hochegger, war Monika Langthaler damals Abgeordnete zum Nationalrat beziehungsweise Christian Nohel aktiver parlamentarischer Mitarbeiter?

Dr. Peter Hochegger: Sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Zweitens: Wann hat die Frau Brigitte Reiter für die Grünen gearbeitet? Das ist die dritte Person, die Sie genannt haben. (*Dr. Hochegger: Keine Ahnung!*) – Ich kann Ihnen helfen: Frau Brigitte Reiter – ich kann mich dunkel an Sie erinnern – war von 1992 bis 1994 Sekretärin im Bundesbüro. Wir schätzen unsere Sekretäre und Sekretärinnen auch sehr, aber möglicherweise überschätzen Sie das politische Gewicht von Sekretärinnen, die vor 20 Jahren im Bundesbüro der Grünen für zwei Jahre gearbeitet haben.

Wenn Sie noch zwei Namen nachliefern können, können wir das ja besprechen. – Das wäre einmal zu diesem Punkt.

Kurz zu Bulgarien – ich möchte Sie später zur Bulgarien-Geschichte ausführlicher befragen; Strasser, Blecha, Schieder –: Wer war da der Auftraggeber?

Dr. Peter Hochegger: Die bulgarische Regierung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und wer in der bulgarischen Regierung? Das ist nämlich ein wichtiger Punkt. Wer in der bulgarischen Regierung? – Wir werden der Sache schon noch näherkommen.

Dr. Peter Hochegger: Bitte, Sie werden das recherchiert haben, sagen Sie mir es!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das möchte ich von Ihnen wissen.

Dr. Peter Hochegger: Also wir haben das mit einem Direktorium dort dann ausverhandelt, und mit wem der Vertrag unterschrieben wurde, an das kann ich mich heute nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mir ist das neu, dass die Republik Bulgarien in Form eines „Direktoriums“ geführt wird. War das jetzt Regierung oder Direktorium? Können Sie Personen nennen? Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Die Verhandlungen sind geführt worden mit dem damaligen Premierminister.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Entschieden hat sicher der Premierminister in Abstimmung mit seinen Regierungskollegen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und der Premierminister gibt österreichischen Ex-Politikern oder Politikern den Auftrag, von Österreich aus die Schwächen des politischen Systems Bulgariens zu erforschen.

Dr. Peter Hochegger: Herr Pilz! (*Abg. Dr. Pilz: Wir kommen dann schon, wir kommen schon ...!*) – Ja, ja. Unsere Agenturgruppe war eingebettet in ein internationales Agenturnetzwerk: Burson-Marsteller. Das heißt, diese Agenturgruppe hatte Büros in Berlin, in Paris, in London – in allen europäischen Hauptstädten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wichtig ist da: Sofia, Belgrad – dazu kommen wir noch.

Dr. Peter Hochegger: Das war die Agenturgruppe Hochegger. Aber **Burson-Marsteller** hatte Büros in allen europäischen Städten. (*Abg. Dr. Pilz: So ist es!*)

So, und ein Kriterium war, eine Agentur zu finden, die in der Lage ist, den Dialog in diesen europäischen Hauptstädten zu führen. Es sind Schlüsselländer definiert worden, wo der Dialog besonders wichtig war. Es waren ja nicht wir alleine, die sich um diesen Auftrag beworben haben, sondern auch andere Agenturen, und wir haben eben gewonnen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Geben Sie mir noch zwei Informationen: Erstens, wann war das? Und zweitens: Wie hoch war die Auftragssumme?

Dr. Peter Hochegger: Wir haben zwei Aufträge gehabt. Der erste Auftrag war, glaube ich, 500 000 €, und der zweite Auftrag war: Größenordnung 1 Million €. (*Abg. Dr. Pilz: Und wann?*) – 2007, 2008.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es auch einen früheren Auftrag gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Es waren zwei Aufträge.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wann war der erste Auftrag?

Dr. Peter Hochegger: An das kann ich mich zeitlich nicht mehr so genau erinnern, aber heute Nachmittag kommen ja Geschäftsführer der Agentur, und die werden das sicher genau wissen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es sind nämlich Personen, die wir bei einem späteren Beweisthema – deswegen ist das jetzt, ich sage es ganz offen, auch ein gewisser Vorgriff – dazu befragt werden, zu Vorgängen in Bulgarien: Reise des Bundeskanzlers 25. März 2003 nach Sofia; 26. März: Erklärung der Telekom Austria, sie erwäge den Einstieg in Mobiltel; 2. Juni 2005 Kauf; und dann – und das ist das, was uns interessiert – im Nachhinein mögliche Zahlungen an Entscheidungsträger und Entscheidungsträgerinnen in Bulgarien. Kann ja sein, dass das in Form von Beratungen durchgeführt worden ist; das müssen wir uns genau anschauen.

Können Sie ausschließen, dass Ihre Beratungsleistungen in irgendeinem Zusammenhang mit dem Kauf der Mobilfunk-Firma Mobiltel durch die Telekom Austria AG stehen?

Dr. Peter Hohegger: Ich schlieÙe aus, dass meine Beratungsleistungen für die bulgarische Regierung in irgendeinem Zusammenhang mit dem Kauf der Telekom der Mobilitel stehen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Letzte Bemerkung dazu, weil wir da noch viele andere Auskunftspersonen befragen müssen: Wenn ich mir die ganzen Unterlagen anschau, habe ich keine Hinweise auf besondere Bulgarien-Expertisen – weder seitens Ihrer Person, Ihrer Mitarbeiter, noch was den Dr. Strasser oder den Herrn Blecha und andere betrifft. Das sind keine großen Bulgarien-Experten.

Sie sind aber in einer ganz bestimmten Hinsicht ein wirklich ausgezeichneter Telekom-Experte, und ich gehe davon aus, durchaus grenzüberschreitend, und dass Ihnen die genannten Personen und andere da zur Verfügung gestanden wären, ist zumindest eine realitätsnahe Annahme; aber dazu müssen wir mit Sicherheit noch andere Auskunftspersonen befragen.

Ich komme aber jetzt zum Beweisthema, und zwar zur TKG-Novelle 2009: Was sagt Ihnen das Projekt Investitionsschutz Glasfaser-Ausbau?

Dr. Peter Hohegger: Sagt mir viel, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nicht gefragt, wie viel es Ihnen sagt, sondern **was** es Ihnen sagt. Was war das für ein Projekt? Können Sie uns das schildern?

Dr. Peter Hohegger: Da ist es darum gegangen, das neue Telekom-Gesetz dahin gehend mitzugestalten, dass sich Investitionen in ein neues Glasfasernetz auch rechnen, und das war wichtig für die Telekom Austria. Und in diesem Konzept ist aufgezeigt worden, mit welchen Argumenten man arbeiten und überzeugen muss, damit man seinen Standpunkt klar darlegen kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Was war damals das Problem der Telekom AG im so genannten Glasfaserbereich, also in dem Bereich, der durch die TKG-Novelle 2009 geregelt worden ist?

Dr. Peter Hohegger: Im Raum standen Investitionen von über 1 Milliarde €.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): 800 000 € bis 1,1 Milliarden €.

Dr. Peter Hohegger: Die Regulierung war so, dass es für die Telekom Austria und für ihre Produkte keinen Investitionsschutz gegeben hat. Das heißt, sie wären sofort dem freien Wettbewerb und dem Preiskampf ausgeliefert gewesen und hätten so ihre Investitionen unter dem damals existierenden Regulatorium schwer zurückverdienen können. Darüber hinaus war es ja auch in diesem Konzept zum Inhalt, auch auf die Beamten-Problematik hinzuweisen, weil die die Telekom Austria seit der Liberalisierung immer schwer gedrückt hat.

Ziel war es, einen Weg aufzuzeigen, wie man die Schlüsselstellen und Entscheidungsträger beeinflussen kann, also zugunsten der Telekom Austria andere Rahmenbedingungen zu schaffen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer waren diese Schlüsselstellen und Entscheidungsträger, die Sie beeinflussen wollten?

Dr. Peter Hohegger: Die sind in diesem Konzept alle klar aufgeführt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nicht gefragt, ob die im Konzept aufgeführt sind, sondern ich habe Sie gefragt, **wer** waren die.

Also: Wer waren diese Entscheidungsträger, um die es da gegangen ist? Wenn Sie so freundlich sind, uns Namen zu nennen. Sie können ruhig auch Parteien nennen.

Dr. Peter Hohegger: 2009 ist schon eine Zeit lang her, ich habe das Konzept auch nicht mehr im Kopf. Wenn Sie es vorliegen haben und mir geben, dann kann ich Ihnen das alles bestätigen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sehe zwar nicht besonders viel Sinn darin, Ihnen Ihre eigenen Beschuldigten-Vernehmungen vorzulegen, aber wir können gemeinsam die Personen durchgehen. (*Dr. Hohegger: Gerne!*)

Geht es hier um den damaligen Bundeskanzler **Gusenbauer**?

Dr. Peter Hohegger: War sicher eine wichtige Ansprechperson.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War er eine der Zielpersonen dieses Telekom-Auftrages?

Dr. Peter Hohegger: Ein Bundeskanzler ist immer eine wichtige Ansprechstelle für solche Themen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie in diesem Zusammenhang, was Gusenbauer und seinen Vizekanzler betrifft, mit dem Telekom-Vorstand Rudolf Fischer einen gemeinsamen Plan entwickelt?

Dr. Peter Hohegger: Der Plan ist entwickelt worden – nicht gemeinsam mit Rudolf Fischer; er war sicher involviert – auch mit der Public-Affairs-Abteilung, weil in solche Dinge ja mehrere Mitarbeiter des Unternehmens involviert sind.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich lese Ihnen aus Ihrer Beschuldigten-Vernehmung vom 5. Juli 2011 vor – ich zitiere –:

Als Hauptansprechpartner –

in dieser Geschichte Investitionsschutz Glasfaser, also die TKG-Novelle 2009 –,

als Hauptansprechpartner wurden in der ersten Stufe Ministerien, Behörden, Interessenvertretungen und Politiker definiert –

da geht es also um die Definition der Zielpersonen –,

die bereits ein Verständnis für diese Themenstellungen hatten. Ziel war es, sie durch entsprechende Informationen, Gespräche von mehreren Seiten als Verbündete dafür zu gewinnen. – Zitatende.

Und jetzt der Punkt, auf den ich Sie angesprochen habe – ich zitiere –:

Für diese Aktivitäten wurde auch mit Rudi Fischer eine Art Roadmap abgestimmt, wer hier mit welchen Personen diese Gespräche führt. – Zitatende.

Das ist der Punkt, zu dem ich Sie jetzt gefragt habe. Wer war noch dabei bei dem Abstimmen dieser Roadmap, also dieser Aufgabenteilung, wer sich um welche Zielperson und Zielpartei kümmert?

Dr. Peter Hohegger: Eine Person, die Sie da befragen können, ist Alois Schrems von der Public Affairs-Abteilung in der Telekom Austria. Mit ihm wurden meistens solche Dinge abgesprochen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Der Herr Schrems kommt etliche Male in den Akten und auch in den Beschuldigten-Vernehmungen vor.

Ich fahre setze fort mit dem Zitat –:

Meiner Erinnerung nach hat er –

also Rudolf Fischer –

persönlich diesbezüglich mit Bundeskanzler Gusenbauer und Vizekanzler Molterer darüber gesprochen. Vizekanzler Molterer wurde auch diesbezüglich von Franz Kusin kontaktiert beziehungsweise hat Kusin mit ihm über diese Problematik gesprochen. Kusin hat mir damals mitgeteilt, dass sich Molterer aufgeschlossen gezeigt hat und Kusin versichert hat, dieses Thema innerhalb der Regierung mit dem zuständigen Ressortminister anzusprechen. – Zitatende.

Das ist also offensichtlich ganz erfolgreich, die Verfolgung dieser Roadmap, in Bezug auf die Zielperson Molterer, und der Vizekanzler, sagt er, wird sich verwenden, das Ganze einmal mit dem zuständigen Ressortminister zu besprechen.

Sagen Sie: Wer war der Herr Kusin?

Dr. Peter Hochegger: Herr Kusin war Mitarbeiter der Telekom Austria. Und er war dort – bevor er begonnen hat, für mich als Berater tätig zu sein – im Aufsichtsrat und dann ein Funktionär der Fraktion Christlicher Gewerkschafter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und er war im Betriebsrat tätig, nehme ich an.

Dr. Peter Hochegger: Richtig, ja.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind abgelaufen. Bitte stellen Sie eine letzte Frage, bevor wir in die zweite Runde gehen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat Herr Kusin in irgendeiner Art und Weise Aufträge beziehungsweise Geldleistungen von Seiten Ihrer Firmen erhalten?

Dr. Peter Hochegger: Das habe ich schon erwähnt: Herr Kusin hat insgesamt 140 000 € erhalten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): In welchem Zeitraum?

Dr. Peter Hochegger: In eineinhalb Jahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein. Ich wollte die Jahre wissen. Das war jetzt ein Missverständnis. (*Dr. Hochegger: Okay: 2008!*) – Das Jahr 2008 war das Jahr, in dem die TKG-Novelle 2009 erarbeitet worden ist. (*Dr. Hochegger: Ja!*) – Ich frage dann gerne in der nächsten Runde weiter. – Danke.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Hochegger! Ich möchte mit dem Komplex Börsenkursmanipulationen oder –manipulation beginnen.

Können Sie uns Auskunft darüber geben, wie dieses Scheinprojekt zustande kam, bei dem Geld von der Telekom über die Valora an Johann Wanovits geschleust wurde?

Dr. Peter Hochegger: Die Telekom Austria hat mich nicht eingeweiht in die Manipulation des Börsenkurses. Ich habe im Jahr 2004, als das aktuell war, Herrn Sundt gefragt, ob an den Gerüchten irgendetwas dran ist. Darauf hat er gesagt: Nein, überhaupt nicht.

Herrn Wanovits habe ich erst im Jahr 2008 kennengelernt, nachdem mich Herr Schieszler ersucht hat, ich solle ihn treffen – er habe ihm einiges versprochen – und schauen, ob ich ihm Aufträge geben oder vermitteln kann.

Ich habe Herrn Wanovits getroffen und habe ihn gefragt, was dahinter steht, welchen Gefallen er der Telekom Austria gemacht hat, und er hat mir erzählt: Er hat im Jahr 2004 Telekom-Aktien gekauft, hat damit der Telekom Austria einen großen Gefallen getan, ist im Anschluss auch an die Telekom Austria herangetreten, hat ihnen das erklärt, und daraufhin haben sie ihm viele Aufträge versprochen.

Ich habe Herrn Wanovits auch gefragt, ob er etwas bei dem Geschäft verdient hat. Darauf hat er mir gesagt: Ja, er hat einen kleinen Gewinn gemacht. Aber er hat das als sportliche Herausforderung gesehen.

Ich habe Herrn Wanovits noch im Mai oder Juni 2011 zufällig getroffen, und ich habe ihm dann auch noch gesagt: Die Konzepte, die er mir verkauft hat, darunter für ein Energieprojekt, sind sehr unglaubwürdig. Er wird nicht als Energieexperte gesehen, und darüber hinaus liegt es ja nahe, dass die Telekom Austria ihn mir empfohlen hat.

Er hat gesagt: Nein, es ist nichts Verwerfliches daran. Und er hat mir noch einmal versichert, dass er von der Telekom Austria **nicht** beauftragt wurde, den Börsenkurs zu manipulieren.

Die Zusammenarbeit meiner Valora mit Herrn Wanovits hat im Rahmen dreier Projekte stattgefunden.

Im Rahmen des Projektes 1 hat er mir ein Windpark-Projekt in Bulgarien angeboten – eigentlich waren es zwei, eines mit 400 und eines mit 40 Megawatt – und dafür ein Honorar bekommen von 175 000 €.

Das zweite Projekt, das er von unserer Agenturgruppe bekommen hat, war ein Auftrag von der Hohegger Financials. Er hat dabei aufgezeigt, wie man in diesen Ländern als Finanzberatungsagentur Fuß fassen kann. Ich habe das Konzept nie gesehen. Ich weiß aber, dass er dafür 125 000 € erhalten hat.

Und der dritte Auftrag, den er von mir bekommen hat, bestand darin, Investitionsmöglichkeiten in Dubai aufzuzeigen. Er hat mir klar gemacht, dass er sich in Dubai gut auskennt. Dafür hat er 90 000 € bekommen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Hohegger! Sie haben gerade gesagt, dass Herr Wanovits der Telekom einen großen Gefallen getan und in der Folge eine Fülle von Aufträgen erhalten hat.

Können Sie noch ein bisschen näher skizzieren, welchen großen Gefallen Herr Wanovits der Telekom getan hat?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe ihn danach gefragt, und er hat mir gesagt, dass er im Jahr 2004 Telekom-Aktien gekauft hat, weil er das für sich als sportliche Herausforderung gesehen hat. Er ist danach an die Telekom Austria herangetreten, hat sie darüber informiert und mit der Telekom Austria einen Modus der Zusammenarbeit formuliert. – Die Telekom Austria hätte ihm Aufträge versprochen, die nur zum Teil eingehalten wurden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie Wahrnehmungen darüber, **wer** in der Telekom mit Herrn Wanovits diese Dinge organisiert und besprochen hat?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe das dann nachträglich aus den Medien erfahren. Das Ganze hat ja noch eine Vorgeschichte: Im Jahr 2004 ist Herr Gernot Schieszler an mich herangetreten, dass die Telekom Austria meine Unterstützung für ein Projekt in Osteuropa braucht. Das war eigentlich der erste Auftrag, den die Valora von der Telekom Austria bekommen hat.

Schieszler hat mir das so dargelegt: Die Telekom Austria brauchen 500 000 €, die sie selbst in der Buchhaltung für dieses Projekt nicht darstellen können. Man ersucht mich daher, das abzuwickeln und bezahlt mir dafür ein Honorar von 1,1 Millionen €. Ich solle endversteuert, sozusagen als Privatentnahme oder wie auch immer, der Telekom Austria 500 000 € zurückgeben. Dann hat er mir noch mitgeteilt, dass der ganze Vorstand über dieses Projekt Bescheid weiß und man hofft, dass ich sie dabei unterstütze.

Ich habe gesagt: Ich werde mir das überlegen. Ich habe nachgedacht und bin dann an die Telekom Austria herangetreten und habe ihnen den Vorschlag gemacht – weil das ja schon längere Zeit ein Thema war –, eine Marktkonsolidierung in Österreich in der Form aufzusetzen, dass man UTA und eTel verschmilzt, eine der beiden Gesellschaften sozusagen für dieses Projekt gewinnt und, um das Ganze zu finanzieren, einen Fonds in Zypern aufsetzt, der von der Telekom Austria gespeist worden wäre mit dem Ziel, den Preisverfall im Festnetzsektor zu halbieren, der in Österreich doppelt so hoch war wie im europäischen Durchschnitt.

Ich habe mir hochgerechnet, dass sich die Telekom Austria über einen Zeitraum von fünf Jahren dadurch mindestens 150 Millionen € erspart hätte, habe daraus ein Honorar von 1,5 Millionen € für dieses Projekt abgeleitet und habe aus dieser Honorarsumme der Telekom Austria die besagten 500 000 € zurückgegeben. Man ist auf meinen Vorschlag eingestiegen und hat mich damit beauftragt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Hohegger, die Frage war, ob Sie Wahrnehmungen darüber haben, welche Personen über die Vorgänge in der Telekom Bescheid wussten.

Dr. Peter Hohegger: Bei diesem Auftrag habe ich mich noch beim Einkaufschef erkundigt und habe gefragt: Steht auch der gesamte Vorstand hinter diesem Projekt? Das war mir deswegen so wichtig, weil Herr Schieszler Mitarbeiter des Vorstandes Colombo war und ich von Herrn Fischer wusste, dass er den Auftrag mit unterschreibt. Mir war aber wichtig, dass auch Herr Sundt in dieses Projekt eingeweiht ist, weil ich da nicht in irgendwelche Konflikte hinein geraten wollte. Und Einkaufschef Wolfgang Frauenholz hat mir bestätigt, dass der gesamte Vorstand über dieses Projekt Bescheid weiß.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Schieszler erwähnt in einer Einvernahme, dass über Anweisung des ehemaligen Vorstandes Colombo von Frauenholz Geld über die Baubranche zur Zahlung der Provision an Wanovits organisiert wurde. – Ist Ihnen das bekannt?

Dr. Peter Hohegger: Das ist mir nicht bekannt. Im Nachhinein habe ich es natürlich aus den Medien erfahren.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben dazu persönlich überhaupt keine Wahrnehmung?

Dr. Peter Hohegger: Nein, ich habe Herrn Wanovits erst 2008 kennengelernt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Dann möchte ich zur Universaldienstverordnung kommen.

Im Juni 2006 soll eine Sitzung im Vizekanzleramt zum Thema Universaldienstverordnung stattgefunden haben, bei der Sie auch anwesend gewesen sein sollen. – Stimmt das? Haben Sie dazu eine Wahrnehmung?

Dr. Peter Hohegger: Ich war bei keiner Sitzung anwesend.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wir halten Ihnen ein Protokoll vor, und zwar das Protokoll eines internen Abstimmungsmeetings Ihrer Gruppe vom 5. Dezember 2005.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

In diesem ist unter dem Punkt „Telekom“, Unterpunkt „TKG“ – also Telekommunikationsgesetz –, vermerkt:

„Treffen Peter Hohegger und Hubert Gorbach, Entschließungsantrag“.

Was können Sie zu diesem Treffen sagen?

Dr. Peter Hohegger: Ich kann dazu nichts sagen. Es ist mir auch nicht mehr in Erinnerung.

Aber zu Ihrer vorherigen Frage – und das bin ich auch schon bei meiner Einvernahme gefragt worden –: Da wurde ganz konkret gesagt, dass es ein Treffen Serentschy, Schender, Gorbach, ich und Stratil gegeben habe. Aber bei einem solchen Treffen war ich nie dabei. Ich war sicherlich einige Male im Ministerium zu Telekom-Themen, aber nicht zur Universaldienstverordnung, wie es mir unterstellt wird.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Dann halte ich Ihnen die Beschuldigtenvernehmung von Gernot Schieszler vom 9. Juli 2011 vor.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Auf Seite drei Zeile 15 f. ist festgehalten, dass Schieszler ausgeführt hat, dass er bezüglich Universaldienstverordnung an Sie herangetreten ist. Er beschreibt exakt die Abwicklung mittels BZÖ-naher Werbeagentur.

Was können Sie dazu aussagen?

Dr. Peter Hohegger: Das, was Herr Schieszler sagt, entspricht überhaupt nicht den Tatsachen! Und es ist auch sehr verwunderlich: Ich habe mit Herrn Schieszler bei unterschiedlichen Projekten sicherlich oft Kontakt gehabt, aber wenn es um Regulierungsfragen gegangen ist, waren meine Anspruchspartner entweder vom Vorstand her Fischer oder Martin Fröhlich, der Regulierungsverantwortliche in der Telekom, oder die Public Affairs-Abteilung, aber niemals Herr Schieszler.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich muss dazu sagen: Ihre Aussage deckt sich mit den Aussagen einer Fülle von bisher einvernommenen Auskunftspersonen, die all diese Vorgänge, die Schieszler in seinen Einvernahmen beschreibt, als unwahr darstellen und erklären, dass sie dafür keine Erklärung haben.

Haben **Sie** eine Erklärung dafür, warum jemand im Hinblick auf eine Kronzeugenregelung – und ich gehe davon aus, dass auch Ihnen klar ist, was das bedeutet – im Zuge seiner Einvernahme als Kronzeuge die Unwahrheit sagen soll?

Dr. Peter Hohegger: Ich will mich nicht in die Gedankenwelt des Herrn Schieszler hinein fühlen. Dazu möchte ich nichts sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich verstehe das. Aber Schieszler belastet Sie und andere schwer, und daher hätte mich Ihre Meinung dazu doch interessiert.

Dr. Peter Hohegger: Mich wundert es wirklich, wie er das macht. Das strotzt nur so vor Fehlern und Dingen, die nicht zusammenpassen. Ich verstehe ihn nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Hohegger! In Ihrer Vernehmung vom 5. Juli 2011 geben Sie an, Mitglied im Verein „Zukunft“ zu sein.

Können Sie ein bisschen näher beschreiben, worum es sich dabei handelt?

Dr. Peter Hohegger: Das ist ein Verein, der sich mit einer privaten, geistigen, spirituellen Entwicklung beschäftigt und nichts mit meinen Geschäften zu tun hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich zitiere aus Ihrer Einvernahme im BAK vom 5.7.2011.

Auf die Frage: Sind Sie Freimaurer?, antworten Sie:

Ja, ich bin Angehöriger der Großloge Wien „Zukunft“. Dies seit dem Jahre 1999. Seit dem Jahre 2009 –

2009, glaube ich, heißt das –

habe ich mich auf Grund des BUWOG-Vorfalls beurlauben lassen. – Zitatende.

Können Sie dazu sagen, warum Sie sich auf Grund des BUWOG-Vorfalls beurlauben lassen haben?

Dr. Peter Hochegger: Das war eine Entscheidung von mir, einfach weil ich mit vielen Themen beschäftigt bin. Ich habe für mich so entschieden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie Kontakte aus diesem Netzwerk genutzt, um in Sachen UDVO oder Initiativantrag Telekommunikationsgesetz Einfluss auszuüben? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Welche ehemaligen Vereinskollegen haben Sie für die Umsetzung des Telekom-Projektes „Parlamentarische Überzeugungsarbeit“, wie das aus dem „Flieder“-Bericht der Telekom hervorgeht, kontaktiert?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe keine Vereinsmitglieder in meine beruflichen Tätigkeiten involviert.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Auch für keine anderen Telekom-Projekte?

Dr. Peter Hochegger: Es ist niemand in meinem Verein, der Verständnis für solche Projekte hat. Die Mitglieder sind von ihrer beruflichen Orientierung her anders ausgelegt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gibt es keinerlei im politischen Umfeld bekannte Mitglieder in diesem Verein? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Hochegger! Herr Kollege Pilz hat zuerst zum Beispiel bei Frau Kollegin Reiter gemeint, dass so eine Sekretärin zwei Jahre hindurch über den politischen Einfluss ... Er hat vielleicht nur ein bisschen vergessen, dass Frau Reiter sehr wohl auch Bezirksrätin war, und zwar von 2005 bis 2010 in Favoriten.

Ich komme damit auch gleich zu einem anderen Mitarbeiter aus dem grünen Klub, den Sie nicht genannt haben, damit ich vielleicht Ihre Erinnerung ein bisschen auffrische, nämlich zu Herrn Lukas **Schrattentaler**.

Schrattentaler ist 2007 zu Ihnen gekommen, wie aus dem Internet zu erfahren ist. Er hat 2002 den Bundeswahlkampf für die Grünen und 2004 einen Kärntner Landtagswahlkampf und vor allem auch die Vorbereitungen für mögliche Regierungsverhandlungen für die Grünen organisiert. Das steht in seinem Lebenslauf, das ist überall nachzulesen.

Können Sie sich auch daran erinnern, dass er Sie verstärkt hat? (*Dr. Hochegger: Ja!*)

Kollege Pilz hat auch betreffend die Expertisen zum Beispiel von Karl Blecha oder Ernst Strasser über Innen- und Justizressort und Fragen betreffend Unzulänglichkeiten dieses Systems gesprochen. – Aus meiner Sicht sind das durchaus „bedeutende Experten“, die in diesem Zusammenhang einiges beizutragen hätten.

Karl Blecha ist ja eher der älteren Generation in der SPÖ zuzurechnen. – Ich lese Ihnen jetzt eine Passage aus einer Einvernahme des Herrn Schieszler vor dem BAK vor, und zwar konkret vom 20. Mai 2011. Die Seite lässt sich jetzt nicht eruieren, beziehungsweise ist es 17 von 18.

Schieszler sagt – ich zitiere –:

Im Zuge des damaligen Regierungsumbruchs und der völligen Umgestaltung des Regierungsteams und nach dem, wie vorher angeführt, Projekt des Herauslösens von Personal –

es geht das um diese Bundes-Beamtenagentur –

hat Herr Dr. Hohegger mir mehrere Treffen und Termine mit Frau Laura Rudas ermöglicht, die mit ihm sehr verbunden war, und der ich auch unser Konzept über diese Bundesbeteiligungsagentur vorstellte. Durch die Vertrautheit von Frau Rudas zu Dr. Hohegger bot sie mir auch gleich das Du-Wort an. Da ich sie von der Sinnhaftigkeit des Inhalts dieser Maßnahme überzeugte, versprach sie auch damals, einige wichtige Personen im Umfeld des neuen Bundeskanzlers Dr. Faymann dafür mit Nachdruck einzusetzen. – Zitatende.

Haben Sie Wahrnehmungen zu Frau Laura Rudas in Ihrem Bereich? (*Dr. Hohegger: Ja!*) – Sie haben sie an sich nicht genannt: Es waren zehn sozialdemokratische Politiker, Funktionäre und ähnliche Personen.

Wäre die neunte Frau Rudas?

Dr. Peter Hohegger: Nein. Frau Rudas hat von unserer Agentur eine Zuwendung bekommen – das ist auch schon durch die Medien gegangen –, aber sie hat nie für uns gearbeitet.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aha. Sie hat also, ohne für Sie zu arbeiten, eine Zuwendung erhalten? Können Sie das ein bisschen präzisieren?

Zuwendung ohne Arbeit: Das hört sich so an, wie wenn keine Gegenleistung erbracht worden wäre.

Dr. Peter Hohegger: Es ist ein Projekt gesponsert worden. Es war das, glaube ich, ein Integrationsprojekt. Dieses ist auch von anderen großen Firmen gesponsert worden: von Raiffeisen, von einer Versicherung. Und mir hat jemand empfohlen, das Projekt von Frau Rudas zu sponsern beziehungsweise die Telekom.

Ich habe entschieden, das Projekt mit 20 000 € zu unterstützen, und ich habe auch Herrn Fischer darüber informiert. Er hatte nichts dagegen, er wollte das dann aber doch nicht, als sich herausgestellt hat, dass man auf den verschiedenen Projektunterlagen, Foldern und Plakate auch mit Logo vertreten ist. Dann haben wir entschieden, dass das unsere Agentur, die Hohegger/Com, sponsert. So wurde das auch gemacht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Zur Präzisierung: Haben Sie beim Namen Fischer immer den Herrn *Rudolf Fischer* gemeint?

Dr. Peter Hohegger: Rudolf Fischer, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es taucht auch immer wieder die Person des Nationalratsabgeordneten Gartlehner auf, der mit Ihnen in Verbindung gebracht wird.

Hat Gartlehner von Ihnen direkt Geld bekommen, oder war der über Ihre Intervention oder wie auch immer seitens der Telekom direkt angestellt oder in einem Verhältnis?

Dr. Peter Hohegger: Es gab ein Beratungsverhältnis zwischen zwei seiner Firmen, der Austroconsult. Dieses Beratungsverhältnis hat bis zum Jahr 2010 angedauert, 2007 bis 2010. Und es gab einen Projektauftrag an die Firma seines Sohnes, an WABE.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie sind heute hier zum Themenkomplex Telekom. Es gibt ja einige Protokolle im Akte liegend, die auch

andere Kunden von Ihnen betreffen. Ich spare daher jetzt die Namen dieser anderen Kunden aus. Vielleicht wird uns das noch später beschäftigen. Aber im Rahmen dieser fällt mir zum Beispiel auf: Für einen Kunden gibt es ein Projekt, das heißt „Die Grünen“, und als Arbeitspaket ist da genannt: „Die Grünen einkochen“ – in irgendwelche Sachen.

Ich nehme nicht an, dass es sich dabei um das Konzept für eine Koch-Show oder Ähnliches handelt. Was kann man sich vorstellen unter einem Projekt „**Die Grünen einkochen**“?

Dr. Peter Hohegger: Wenn Sie mir ein bisschen präzisieren, worum es da geht, denn ich habe das nicht im Kopf.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann kann ich es nennen, und zwar das Arbeitspaket „Die Grünen einkochen“: in Sachen kleines Glückspiel.

Was heißt: „Die Grünen einkochen“?

Dr. Peter Hohegger: Von wem ist das Konzept?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist ein Jour Fix, Lobbying Team, vom 6. Mai 2006, wo zum Beispiel von Ihrer Seite Herr Stefan Krenn, Andrea Schneider, Christine Lackner, Monika Racek und Dietmar Trummer teilgenommen haben.

Dr. Peter Hohegger: Da würde ich Sie bitten, fragen Sie den Herrn Trummer. Der kommt heute Nachmittag. Mir ist dieser Konzeptteil nicht in Erinnerung. Ich habe natürlich sehr wohl an dem ganzen Projekt mitgearbeitet, sogar federführend, aber ich habe mich um andere Dinge gekümmert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nur für mich landläufig: Wenn ich jetzt weggehe von der reinen kulinarischen Küchenbetrachtung, dann heißt „jemanden einkochen“, ihn in irgendeiner Form zu überreden, zu beeinflussen oder Ähnliches.

Kann man das in diesem Bedeutungssinn dem unterstellen?

Dr. Peter Hohegger: Ja, unbedingt. Es ist ja darum gegangen, sozusagen ein Monopol aufzubrechen. Das war letztendlich die Zielsetzung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, dann werden wir den Herrn Trummer fragen.

Ich konfrontiere Sie jetzt mit einer Aussage von Ihnen vom 26. September 2011 – es ist nämlich vor Kurzem auch in den Medien da eine bestimmte Vorgangsweise bereits herumgegeistert, was auch die Telekom betrifft – und zitiere:

„Im Jahr 2006 vor den NR-Wahlen sprach mich Ali RAHIMI an, ob es nicht möglich sei, seitens der Telekom Austria den Wahlkampf der SPÖ zu unterstützen. Ich erklärte ihm, ich werde die Anfrage prüfen, und schlug dann der Telekom Austria vor, EUR 20 000,- zu spenden. Bescheid wussten wahrscheinlich FISCHER“ –

Rudi Fischer –,

„auf jeden Fall SCHIESZLER. Ich habe SCHIESZLER auch empfohlen, dann zu einer Veranstaltung in den Räumlichkeiten von Ali RAHIMI mitzukommen und diese Spende von EUR 20 000,- anzubieten. Ich war bei dieser Veranstaltung auch dabei und habe dann mit Christian PÖTTLER (GF des ECHO Medienverlages) vereinbart, die Rechnung und deren Inhalt zu definieren. Letztendlich bekam ich eine Rechnung für die Unterstützung einer Studie ‚Werbewirksamkeit von Gratiszeitungen‘. Der ECHO Medienverlag ist der Stadt Wien zuzuordnen. Ich habe nie eine Leistung des ECHO Verlages erhalten, Ziel war einzig und allein der Geldtransfer. Der Vorteil für die

TELEKOM war gute Stimmung seitens der SPÖ. Ich teilte der TELEKOM mit, dass damit das Umfeld in der Stadt Wien, wo die Stimmung für die TELEKOM nicht so gut war (Stichwort UPC als Marktführer), verbessert werden könnte. Bei dieser Veranstaltung waren etwa Bgm. HÄUPL, Alfred GUSENBAUER und Vertreter der Wiener Wirtschaft. GUSENBAUER hat nach den Wahlen und seiner Ernennung zum Bundeskanzler Rudolf FISCHER in ein Beratungsgremium geholt.“

Dann kommt da noch eine Frage seitens des Beamten:

„Wer wusste von dieser Parteienfinanzierung bzw. wer gab namentlich den Auftrag zu welchem Zweck (gab es Ihrem Wissen nach eine Gegenleistung)?“

Ihre Antwort war dann:

„Gegenleistung war ... das ‚Wohlwollen‘ der SPÖ.“

Diese Aussage haben Sie gemacht.

Ist das inhaltlich so richtig?

Dr. Peter Hochegger: Ist richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es hat der Herr Geschäftsführer Pöttler in einer Stellungnahme, nachdem das vorgestern schon durch die Medien gegeistert ist, gesagt, er wird jetzt rechtliche Schritte ergreifen, das stimme alles nicht, er hat diese Studie seinem Anwalt übermittelt.

Diese Studie über diese Gratis-Medien, haben Sie die jemals bekommen?

Dr. Peter Hochegger: Es ist möglich, dass er diese Studie an mich geschickt hat. Ich habe sie aber nie gesehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Weil Sie aussagen, es sei ausschließlich darum gegangen, über eine Firma die SPÖ Wien zu unterstützen.

Dr. Peter Hochegger: An mich ist der Wunsch herangetragen worden, das zu tun. Ich habe es entschieden. Ich habe dazu auch die Budgets und die Möglichkeiten gehabt, und mir war das für die Zielsetzungen der Telekom Austria wichtig. Daher habe ich es auch gemacht und habe die Telekom Austria auch darüber informiert. Sie haben das auch für gut befunden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Veranstaltungen bei Herrn Ali Rahimi, man sieht die ja relativ oft in irgendwelchen Seitenblicke-, Adabei- und sonstigen -Journalen, wo sich wirklich alles von Politik, Gesellschaft, Kunst, Kultur herumtummelt: Haben Sie Wahrnehmungen, dass diese Veranstaltungen dazu genutzt wurden, um dort in irgendeiner Form mit Vertretern der Politik, vor allem im Bereich der Stadt Wien, in Kontakt zu treten, um da Freundlichkeiten auszutauschen, Wünsche zu erörtern oder vielleicht die eine oder andere Gefälligkeit auch zu besprechen?

Dr. Peter Hochegger: Das war eine Veranstaltung, die war ja kurz vor der Nationalratswahl. Ob das bei anderen Veranstaltungen auch so war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie sprechen da das Umfeld an: die Telekom zum Beispiel in der Stadt Wien oder Vertreter der Stadt Wien.

Setzen Sie da **Stadt Wien** mit der SPÖ Wien gleich?

Dr. Peter Hochegger: Zu dem Zeitpunkt gab es eine absolute SPÖ-Regierung. Ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ah! Jetzt gibt es keine absolute SPÖ-Regierung mehr, sondern eine rot-grüne. Jetzt sagen Sie, Stadt Wien ist daher rot-grüner. Setzen Sie sie mit Rot-Grün gleich?

Dr. Peter Hochegger: Ich arbeite ja nicht mehr für die Telekom.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ein ganz anderes Vorkommnis. Bei Ihren Unterlagen, insbesondere bei Rechnungsflüssen gibt es da einen Zahlungseingang, und zwar folgende Vorgeschichte: Die Post AG ist am 31. Mai 2006 an die Börse gegangen. Damals war Karl-Heinz Grasser Bundesminister für Finanzen. Am 1.3.2007 gibt es einen Zahlungsverkehr zwischen der Valora AG und der Valora Solutions, und zwar wird da von der Valora AG an die Valora Solutions eine Zahlung geleistet von 180 000 € und ist titulierte mit „Post-Börsegang“. Ganz kurz darauf wird dann Karl-Heinz Grasser Teilhaber an dieser Valora Solutions.

Gibt es da irgendeinen Zusammenhang?

Dr. Peter Hochegger: Kurz zur Vorgeschichte: Im Jahr 2003 ist Walter Meischberger an mich herantreten, er hätte einen Kunden, die Raiffeisen Centrobank, und ob er diesen Kunden mit mir gemeinsam betreuen könne. Er wollte nicht im Vordergrund sein. Wahrscheinlich hätte die Raiffeisen Centrobank auch mit ihm nicht zusammengearbeitet. Sein Angebot war ganz konkret: Er macht die Beratung, und ich wickle das Ganze ab und bin die Schnittstelle zwischen ihm und dem Kunden.

Er hat mir bei dieser Gelegenheit auch einen Vorstand der Raiffeisen Centrobank vorgestellt, den Herrn Grund.

Nach diesem Treffen kam es zu einem weiteren Treffen mit dem damaligen Vorstandsvorsitzenden, mit Herrn Vogt, und der hat dem zugestimmt, und wir, die Valora, hat im Jahr 2003 die Raiffeisen Centrobank als Kunden bekommen. Ich glaube, insgesamt hat es drei größere Projekte gegeben. Die sind ein Drittel Valora und zwei Drittel Walter Meischberger abgerechnet worden.

Im Jahr 2006, als wir die Valora Solutions gegründet haben, war sozusagen sein Vorschlag, um dem Unternehmen Liquidität zuzuführen, dass wir sozusagen den Ertrag aus diesem Geschäft der Valora Solutions zuführen oder über die Valora Solutions verrechnen. Ich habe dem zugestimmt, und so ist es auch geschehen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Fasse ich das richtig zusammen: Eine Dienstleistung der Valora AG in der Ära „Grasser als Finanzminister“ hat dann später zu der Idee geführt, aus einem Beratungsgeld von damals – die Firma, wo dann Grasser Teilhaber wurde –, dass man dort dann praktisch Startkapital zuführt? Ist das vom zeitlichen Horizont her richtig?

Dr. Peter Hochegger: Das ist richtig, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Noch eine kurze Frage: Bei diesen Besprechungen über Projekte gibt es auch ein Projekt an demselben Tag, wo auch dieses „Grünen-Einkochen“ da passiert ist. Dieser Kunde heißt KHG und das Projekt hat geheißen „**Studie Baco**“.

Können Sie damit etwas anfangen?

Mit „KHG“ hätte ich eine Assoziation, vielleicht können Sie mir die bestätigen – aber bei „Studie Baco“?

Dr. Peter Hochegger: Herr Baco ist ein Mitarbeiter vom Market Meinungsforschungsinstitut.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das ist ein Name einer Person, einer natürlichen Person, Baco – B, A, C, O geschrieben? Und KHG?

Dr. Peter Hochegger: Ist Karl-Heinz Grasser.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. Es ist an mich der Wunsch herangetragen worden, aufgrund des Zeitvolumens heute Vormittag wegen der Wichtigkeit der Auskunftsperson die Nettofragezeit in der zweiten Runde auf 7 Minuten auszudehnen. Ich habe Rückfrage halten lassen. Vier Fraktionen möchten eine Ausdehnung.

Halten Sie es jetzt für notwendig, dass wir darüber eine kurze Fraktionsbesprechung abhalten? – Nein.

Dann gehe ich davon aus, dass wir die konsensuale Vorgangsweise fortsetzen und die zweite Fragerunde auf 7 Minuten ausdehnen.

Erster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Dr. Hochegger! Ich komme noch einmal zurück zu den allgemeinen Fragen und zum Menschen Hochegger. Ihre Antworten, die Sie bisher gegeben haben, überraschen mich nicht. Mich interessiert eher der Mensch.

Noch einmal: Sie haben gesagt, es hat kein Hausverbot für Meischberger gegeben. Okay. Aber Ihr Bruder hat sich zurückgezogen. Und aus allen Medienberichten geht hervor, dass es einen Bruch gegeben hat wegen Ihrer Zusammenarbeit mit Grasser, Meischberger und Co.

Ist das korrekt, dass sich Ihr Bruder deswegen zurückgezogen hat, wie sämtliche Medien berichten – oder hat das andere Gründe?

Dr. Peter Hochegger: Mein Bruder hat sich nicht zurückgezogen, so wie Sie es darstellen. Es ist richtig, dass ... (Abg. **Petzner:** *Ich tu nur Medienberichte zitieren!*) Ja, Herr Petzner, in Medien steht viel.

Mein Bruder hat sich deswegen nicht zurückgezogen. Es ist richtig, er ist der Person Meischberger kritisch gegenübergestanden, kein Zweifel, aber mein Bruder hat sich überhaupt nicht deswegen zurückgezogen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zur Telekom: Können Sie uns schildern: Wann hat Ihre konkrete Beratungstätigkeit für die Telekom beziehungsweise Mobilkom begonnen, und was waren dort Ihre ersten Aufträge? Wie hat sich Ihr Engagement dort so entwickelt?

Dr. Peter Hochegger: Begonnen hat die Zusammenarbeit mit der Mobilkom Austria. Bevor wir für die Mobilkom Austria gearbeitet haben, haben wir ein Konsortium beraten, das sich für die zweite Mobilfunklizenz beworben hat. Aus dieser Tätigkeit haben wir viel Wissen über den Markt entwickelt und haben uns natürlich auch ein Konzept zurechtgelegt, wie man den Ex-Monopolisten das Leben schwermachen kann.

Es kam dann so, dass nicht unser Konsortium zum Zug kam, sondern das Siemens-Konsortium und wir dann dieses Wissen und Know-how der Telekom oder der Mobilkom Austria angeboten haben. Aus der Sicht sozusagen eines möglichen Angreifers war es dann sehr leicht, eine entsprechende Verteidigungs- oder Alternativstrategie und Positionierung zum neuen Mitbewerber zu definieren. Das haben wir der Mobilkom vorgeschlagen. Die waren sehr begeistert.

Wir haben nach einer Stunde Präsentation einen Auftrag bekommen, der dann letztendlich im ersten Jahr 23 Millionen Schilling umfasst hat, und das war der Start der Zusammenarbeit.

Im Jahre 2000, als Mobilkom-Generaldirektor Sundt in die Telekom gewechselt ist, hat er uns natürlich auch eingeladen, für die Telekom Austria zu arbeiten und auch ihn zu beraten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kann man das so zusammenfassen, dass Ihr Engagement in der Mobilkom und Telekom unter Sundt begonnen hat? (*Dr. Hochegger: Richtig!*) – Sie sagen auch in Ihrer Einvernahme:

... „und war von Beginn an einer der engsten Vertrauten von Heinz SUNDT ...“

Und dann geht es weiter, dass Sie Herrn Sundt vorgeschlagen haben, ob es keine Option wäre für ihn, ob er es sich nicht vorstellen könnte, Vorstand der Telekom Austria zu werden.

Dann hat Sundt Ihnen Gründe genannt – erzählen Sie in Ihrer Einvernahme –, warum das nicht geht, und hat das vor allem damit argumentiert, dass der damalige ÖIAG-Vorsitzende Johannes Ditz, mittlerweile mäßig erfolgreicher Notverstaatlicher der Hypo, das eher nicht wollen wird. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) – Diese Zwischenbemerkung ist mir immer sehr wichtig zur Hypo, Herr Kollege Amon, Sie wissen das.

Und dann bieten Sie an und sagen, Sie werden bei Ditz „diplomatisch“ einen „Ballon“ steigen lassen. Und am Ende berichten Sie dann, dass Sie das auch gemacht haben.

Zitat: „Johannes DIETZ“ (*sic!*) „hat diese Idee aufgegriffen, einige Monate später war SUNDT Vorstand der Telekom Austria“.

Das war ja auch in Ihrem persönlichen Interesse, wenn es Ihr engster Vertrauter war, wie Sie vorher sagen.

Das war im Jahr 2000.

Jetzt frage ich Sie: Dieser „diplomatische Luftballon“ beim damaligen ÖIAG-Vorstand Johannes Ditz, umfasst „Ballon“ auch, dass Sie dessen damalige Lebensgefährtin in der Hochegger.com als Beraterin engagiert haben?

Dr. Peter Hochegger: Kurz noch einmal die Fragen, das habe ich jetzt nicht ganz verstanden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich glaube, es hat jeder verstanden, aber gut.

Dr. Peter Hochegger: Na, gut, dann erzähle ich Ihnen die Geschichte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Erzählen Sie einfach einmal, ja.

Dr. Peter Hochegger: 1999 war das Verhältnis zwischen Mobilkom und Telekom sehr angespannt, und Sundt hat sich Sorgen gemacht, dass eine allfällige Schiefelage der Telekom Austria auch die Mobilkom mitreißen könnte. Und vor diesem Hintergrund ist ja die Frage an ihn entstanden.

Zum selben Thema habe ich dann auch mit Johannes Ditz gesprochen, und wir haben einfach diese Fragen erörtert, dass es einfach eine schwierige Situation ist, erstens einmal, dass die Telekom Austria sozusagen ihre Kosten nicht im Griff hat, dass es ein Konfliktfeld gibt zwischen Mobilkom und Telekom, zwischen einem sehr profitablen Tochterunternehmen und der Mutter, und dass der agierende Vorstand wahrscheinlich nicht in der Lage sein wird, da das Ruder entsprechend herumzureißen.

Auch Ditz hat das so gesehen, und aus der Diskussion war dann natürlich die logische Antwort: Wer könnte das machen?, ja, und da hat sich einfach der Name **Sundt** aufgedrängt, weil er der Vorstand des erfolgreichen Tochterunternehmens war. Ziel war es ja auch, sozusagen die Mutter auf einen stabilen Kurs zu bringen und den Streit zwischen Mutter und Tochter zu beenden. Ditz hat das aufgegriffen, hat das Problem auch so gesehen und hat dann mit Sundt entsprechende Gespräche geführt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Vor der nächsten Frage möchte ich darauf hinweisen: Herr Dr. Hochegger ist heute zu **Beweisthema a** und **f** geladen. Daher: Konzentrieren wir uns auf diese Belange!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage zu diesem Belang, denn es ist ja wichtig, wie sein Engagement bei der Telekom entstanden ist.

Das war auch nicht unwichtig für Sie, weil Sie geben dann ja weiter an, als Sundt Vorstand wurde, dass er Sie ersuchte, ihn – Zitat –

„von Beginn an im Bereich strategischer Kommunikation in der Telekom zu unterstützen!“.

Ich wiederhole daher meine Frage ganz konkret: Warum haben Sie die damalige Lebensgefährtin von Johannes Ditz in der Hochegger.com als Beraterin beschäftigt?

Dr. Peter Hochegger: Mein Bruder hat Ingrid Krenn kennengelernt, hat sich einige Male mit ihr getroffen und ist dann zu mir gekommen und hat gesagt, sie wäre eine interessante Mitarbeiterin für unsere Firma. Wir haben das intern diskutiert, und dann habe ich mich mit ihr getroffen, und wir sind zu der Entscheidung gekommen, sie zu engagieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben vorher bei den 28 Politikern einen **Wagner** bei der SPÖ genannt. – Handelt es sich da um Mag. Oliver Wagner?

Dr. Peter Hochegger: Ja. Der war aber nur sehr kurz in unserer Firma.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von wann bis wann?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe Oliver Wagner irgendwann 2008 ein Angebot gemacht, zu uns zu kommen, und wir waren uns sozusagen auch schon handelseins, dann musste er aber weiterhin in der SPÖ verbleiben, im Projektteam von Laura Rudas. Dann, im Jahr 2009, hat er sich doch entschlossen, in die Agentur Hochegger zu kommen, aber blieb dann nur einen Monat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Oliver Wagner ist aktuell Leiter der Kommunikationsabteilung in der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle. War der parallel für die SPÖ **und** für Sie tätig, oder waren diese beiden Jobs voneinander getrennt, das heißt, war er zuerst bei Ihnen und ist dann wieder zur SPÖ zurückgegangen?

Dr. Peter Hochegger: So ist es.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr **Nohel** von den Grünen, was hat denn der genau für Sie gemacht?

Dr. Peter Hochegger: Wenn es interessante Themenstellungen gab – er hat ja auch eine eigene Agentur – und wir die im grünen Spektrum diskutieren wollten, dann haben wir uns mit ihm ausgetauscht; also nicht nur ich, sondern auch andere Mitarbeiter. Und wenn es gepasst hat, hat man ihm diesbezüglich einen Auftrag gegeben, und es wurde umgesetzt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme jetzt zur UDVO.

In Bezug auf das jetzt BZÖ – das müssen wir immer trennen; Sie fassen das immer zusammen, FPÖ/BZÖ, ich weiß schon, aber BZÖ ist eine **eigene** Partei –, da kann man konkret eine einzige Person zuordnen, nämlich den Hubert Gorbach. Vielleicht noch die Christine Kilzer, aber die Christine Kilzer, muss man festhalten, war Mitarbeiterin im Ministerium, war nie Mitglied des BZÖ. Sie war auch bei Hochegger beschäftigt – vorher, glaube ich, wenn ich mich richtig erinnere; aber das ist jetzt nicht relevant.

Auf alle Fälle: Hubert Gorbach ist die erste und einzige Person, die in dieser Causa mit Ihnen auftaucht, nämlich in der Causa Universaldienstverordnung und Engagement seiner Sekretärin.

Daher kommen wir zur UDVO:

Der Herr Ex-Abgeordnete Wittauer behauptet, Sie hätten ihn im Café Landtmann treffen wollen und Sie hätten ihn, also Wittauer, dort gefragt, ob Wittauer die Werbeagentur Schmied kennt – die wir schon kennen aus den Befragungen hier, über die dann Zahlungen der Telekom gelaufen sind –, und er hätte nur den Kontakt zwischen Ihnen und dieser Werbeagentur Schmied hergestellt.

Sind diese Aussagen des Herrn Wittauer korrekt?

Dr. Peter Hochegger: Sie sind nicht korrekt und frei erfunden – und auch nicht sehr kreativ.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich kenne den Herrn Wittauer. Der war nie ein sehr kreativer Mensch – da sind wir ausnahmsweise einmal einer Meinung –, außer vielleicht kreativ bei der Organisation von Geldern für seine eigene Person. Aber das werden wir ihn dann selber fragen, wenn er kommt.

Es gibt eine Anzeige, die eigentlich diese Ermittlungen bei der UDVO ausgelöst hat, da werden Sie unter anderem als Gesprächsteilnehmer geführt. Schender ist genannt, Serentschy ist genannt, Stratil, Hochegger und Wittauer.

Schender hat gesagt, dieses Treffen hat nicht stattgefunden.

Serentschy hat gesagt, dieses Treffen hat nicht stattgefunden.

Stratil hat gesagt, dieses Treffen hat nicht stattgefunden.

Wittauer werden wir noch fragen.

Der Letzte, der bei diesem Treffen dabei gewesen sein soll, sind Sie.

Ich frage auch Sie: Hat dieses Treffen in dieser Form stattgefunden? Ist diese Anzeige richtig oder falsch? (*Dr. Hochegger: Falsch!*) – Gut, dann sagen mittlerweile vier von fünf Personen, die in dieser Anzeige genannt sind, die erst diese ganze Ermittlungscausa gegen Gorbach und UDVO ausgelöst hat, dass es dieses Treffen gar nicht gegeben hat. Das ist schon auch eine interessante Erkenntnis.

Ich frage Sie gleich weiter dazu, Herr Hochegger: Haben Sie jemals im Zusammenhang mit Gorbach und der Universaldienstverordnung irgendwelche Wahrnehmungen zu Schmiergeldzahlungen seitens der Telekom über Sie, direkt oder indirekt oder gar nicht, an das BZÖ, an das BZÖ-Umfeld, an die BZÖ-Bundespartei, an wen auch immer? (*Dr. Hochegger: Nein!*) – Steht das Engagement von Kröll-Maier, der Sekretärin des Hubert Gorbach, in irgendeinem Zusammenhang mit dessen Ministertätigkeit und der Universaldienstverordnung? (*Dr. Hochegger: Nein!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Kommen Sie bitte zur letzten Frage in dieser Runde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, wir haben mitgestoppt, ich bin genau bei 6 Minuten.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Parlamentsdirektion ist da anderer Meinung, aber bitte, Sie können ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir stoppen selber genau mit, weil wir uns eben nicht darauf verlassen, dass richtig gestoppt wird. Wir sind bei 6 Minuten und 8 Sekunden, daher setze ich meine Befragung fort. – So.

Sie haben im Zusammenhang mit Serentschy und auch dem Regulator in Ihrer Einvernahme angegeben, dass Sie bei der Verlängerung für Serentschy aktiv waren, und Sie persönlich sagen da, Sie hätten bei der SPÖ die eine oder andere Intervention für die Verlängerung Serentschys vorgenommen. Und Serentschy wurde dann auch verlängert, nämlich unter Minister Faymann – wo übrigens die Anzeige auch falsch ist, weil in der Anzeige steht, Gorbach hätte als Dank für die UDVO den Serentschy verlängert, was auch falsch ist. Also der, der diese Anzeige geschrieben hat, hat sehr viel Erfindergeist, aber wenig Faktenkenntnis.

Wie schauen diese Interventionen aus, wo Sie sagen, Sie selber haben diese Interventionen durchgeführt, wie haben diese stattgefunden? Mit wem haben Sie da gesprochen, mit welchen Personen in der SPÖ, und wie sind diese Gespräche verlaufen? Gab es da Angebote in verschiedenste Richtungen? – Können Sie uns diesen Prozess kurz schildern?

Dr. Peter Hohegger: Das war ein sehr kurzer Prozess. Wenn es einen Regierungswechsel gibt, besteht ja immer die Befürchtung, dass Personen in Ämtern dann oft wieder abgewählt werden, und die Telekom Austria hatte Sorge, dass man vielleicht auch in der Regulierungsbehörde eine Neubesetzung planen könnte, zumal ja Serentschy in der schwarz-blauen Regierung ausgewählt wurde. Und meine Aufgabe war es einfach, bei den Schlüsselleuten ... – Und jetzt komme ich dazu:

Ich habe diesbezüglich mit den Telekomsprechern der ÖVP und der SPÖ, Karin Hakl und Kurt Gartlehner, darüber gesprochen, habe einmal ausgelotet, wie ihr Zugang ist über die Arbeit von Serentschy. Für mich war es wichtig, von beiden zu erfahren, dass auf der Fachebene keine Änderung vorgesehen ist, und ich habe auch darum gebeten, sozusagen diese Wahrnehmung in ihrem politischen Umfeld zu platzieren. Und das war's.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So, die Zeit ist aus. Es gilt, genau wie im Plenum, die Uhr der Parlamentsdirektion – und keine eigene Zeitmessung, sei es jetzt osteuropäische, mitteleuropäische oder westeuropäische.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich komme noch einmal zurück auf die Berater, die Sie eingestellt haben, und insbesondere auf die Frage, was Karl Blecha und Peter Schieder getan, geleistet haben und warum Sie sie angestellt haben.

Können Sie uns vielleicht erklären, wie Sie gerade auf diese beiden Personen kommen, welche Qualifikationen ausschlaggebend waren für dieses Beschäftigungsverhältnis und ob letztlich dem, was Sie und insbesondere auch der Auftraggeber sich erwartet haben, entsprochen wurde?

Der Einwand war ja, dass die Qualifikationen für einen derartigen Auftrag nicht vorgelegen wären, und da hätte ich gerne Ihre Stellungnahme.

Dr. Peter Hohegger: Die Tätigkeiten von **Karl Blecha** und **Peter Schieder** waren einfach hervorragend. Sie haben für das wenige Geld, das sie bekommen haben, viel mehr geleistet, und ich war froh, dass sie sich bereit erklärt haben, da mitzuarbeiten. Peter Schieder ist einer der wirklich profiliertesten Außenpolitiker, die wir in diesem Lande haben. Es war für mich eine Ehre und Auszeichnung, dass er da mitgearbeitet hat, und das ist auch so geschätzt worden.

Karl Blecha ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Stimmt das, dass er in der Österreichisch-Bulgarischen Gesellschaft eine Funktion hatte? (**Dr. Hohegger:** Peter Schieder?) Nein, der Karl Blecha.

Dr. Peter Hochegger: Ich komme jetzt zu Karl Blecha. – Karl Blecha hatte eine wesentliche Funktion in der Österreichisch-Bulgarischen Gesellschaft, er ist mit einer Bulgarin verheiratet und hat hohe Anerkennung im Land, und er setzt sich auch mit dem Land auseinander und kann sozusagen den Kontext zwischen Bulgarien und EU auch gedanklich nachvollziehen. Und das war einfach für uns ein Asset, ihn dabeizuhaben, und das war letztendlich der Ausschlagsgrund, warum wir diesen Auftrag gewonnen haben, weil wir nämlich ein sehr gutes **Advisory - Board**⁵ hatten.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich komme wieder zurück auf die vorangegangenen Fragenstellungen, wie die Vorsitzende ja auch gesagt hat, auf das, was hier maßgeblich ist. Und zwar: Im Zusammenhang mit Hubert Gorbach gab es eine Einvernahme von dessen Sekretärin Kröll-Maier, die hier sehr umfassend ausgesagt hat. Und zwar berichtet sie über eine Abstimmung mit Gorbach, nachdem dieser aus seinem Amt ausgeschieden ist, und sagt:

Hubert Gorbach wollte mich auch weiterhin als Angestellte behalten. Ich wollte auch meinen Lebensstil beibehalten, und daher sind wir übereingekommen, gemeinsam zu arbeiten. Ich glaube, Ende 2006 kam Hubert Gorbach auf mich zu und sagte mir, dass er eine Möglichkeit der Finanzierung für unser Vorhaben gefunden habe und mein Auftraggeber die mir damals auch bekannte Valora AG sein werde. Somit gründete ich ein Einzelunternehmen, und in der Folge kontaktierte mich dann Mag. Günther Perger.

Haben Sie in Ihrer Erinnerung irgendein Gespräch oder etwas, was dem zugrunde liegt, dass die Sekretärin jetzt plötzlich angestellt wird und Hubert Gorbach das Ende 2006 voller Freude mitteilt, er hätte einen Job gefunden, bei dem er für beide hinreichende Finanzierungsmöglichkeiten sieht?

Dr. Peter Hochegger: Zu Frau Kröll-Maier: Ich habe sie, glaube ich, einmal gesehen, vielleicht auch ein zweites Mal, aber sicher nur einmal oder zwei Mal.

Hubert Gorbach hat sich bei mir um ein Beratungsmandat bemüht, wir haben auch eine Zusammenarbeit für zwei Jahre vereinbart. Und er hat vorgeschlagen, das über seine – er hat nicht gesagt Sekretärin, sondern – **Assistentin** im Rahmen eines Werkvertrages abzuwickeln. Und wenn man sich den Werkvertrag anschaut, waren die Inhalte so definiert, dass die ja nur eine Person erbringen kann, die in der Wirtschaft in Vorarlberg entsprechend Kontakte hat und vernetzt ist. Mir war das egal.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Also da steht zum Beispiel: eine „SWOT-Analyse der Top Ten Industrie-Unternehmen Vorarlbergs“, „Koordination und Begleitung von Gesprächsterminen mit ... Entscheidungsträgern“. – Das ist der Vertrag mit ihr.

Dr. Peter Hochegger: Der Vertrag wurde formal mit ihr abgeschlossen ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Heißt das, dass sie eine Art Strohfrau war für den Herrn Gorbach?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe Gorbach und die Frau Kröll-Maier sozusagen als **Team** wahrgenommen, so hat er mir das ja auch dargestellt. Und ich habe da nichts Bedenkliches daran gesehen, denn der Leistungserbringer mir gegenüber war der Herr Gorbach.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Was war denn da das vorgesehene Honorar? Wissen Sie das noch?

⁵ Korrektur gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA (siehe Anhang, Seite 141)

Dr. Peter Hochegger: Wir haben den Rahmen abgesteckt mit 10 000 € pro Monat. Das waren dann 240 000 € pro Jahr. Wieso wir auf so eine genaue Summe gekommen sind, daran kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Aber es war in dem Rahmen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ist das, was Sie sich erwartet haben, eingetreten? Ist bei diesen Zahlungen – das sind Quartalszahlungen von 28 000 € netto gewesen – Ihre Hoffnung aufgegangen?

Dr. Peter Hochegger: Jetzt muss man ein bisschen eine Geschichte dazu geben. Der Hubert Gorbach war nach seinem Ausscheiden ... – oder: Vor seinem Ausscheiden hat Gorbach zu den Top-Fünf-Politikern in Österreich gehört. Und es ist nicht unüblich, dass Lobbying-Agenturen dann ehemalige Politiker engagieren, weil sie ja nicht nur Kenntnis des politischen Getriebes, sondern auch ein hervorragendes Kontaktnetzwerk haben. Das war mit einer Überlegung, ihn zu engagieren, zumal er sich ja auch angeboten hat.

Ich habe den Herrn Gorbach in den Treffen, die ich mit ihm davor hatte, durchaus als sehr konstruktiv, überlegt wahrgenommen und habe auch wahrgenommen, dass er sehr gut vernetzt ist. Die Geschichte ist ja bekannt. Er hat sich ja auch bei der Telekom darum bemüht, und mich hat auch Rudi Fischer angerufen und hat gesagt: Der Gorbach war bei mir, er hat ein Anliegen. Du, ich habe ihn zu dir geschickt, schau, ob du ihm helfen kannst!

Und für mich war es ja auch wichtig, der Telekom zu signalisieren ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Vielleicht kann man es abkürzen: Hat Gorbach irgendeine Leistung für Sie erbracht? Und wenn ja: welche?

Dr. Peter Hochegger: Hubert Gorbach hat sich mit mir in regelmäßigen Abständen getroffen. Wir sind die Vorarlberger Firmen durchgegangen, die mögliche Kunden für unsere Agentur sein könnten – und das war ja für mich nur **ein** Aspekt.

Der zweite Aspekt war: Gorbach hat auch dargelegt, dass er beste Kontakte zu Regierungsmitgliedern in CEE-Staaten hat. Das war ja auch für mich ein wichtiger Markt. Wir waren in fünf oder sechs Märkten mit Büros vertreten, und wir haben in diesen Märkten – oder machen das immer noch – Windenergieprojekte entwickelt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Hat Gorbach Ihnen Namen genannt, mit wem konkret er gute Beziehungen hat?

Dr. Peter Hochegger: Ja, er hat mir Minister genannt, an die kann ich mich natürlich heute alle nicht mehr erinnern. Es ist dann leider etwas anders gekommen, nach seiner unglücklichen Briefaktion war es dann irgendwie etwas schwieriger, aber er hat sich doch sehr bemüht. Aber ich muss sagen, unterm Strich gesehen war es nicht eines meiner besten Engagements, aber das weiß man vorher nicht immer.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es gibt da eine Einvernahme eines Herrn Berner. Sagt Ihnen der Name **Berner** etwas? (*Dr. Hochegger: Ja!*) – Wer ist das? Ist das ein Freund von Ihnen? Oder war der einer?

Dr. Peter Hochegger: Herr Berner ist irgendwann, ich weiß nicht, 2001, auf mich zugekommen, weil er mitgekriegt hat, ich bin gut vernetzt, arbeite für die Telekom, und hat mir ein Beratungsprojekt für den damaligen Minister Schmid angeboten. (*Die Auskunftsperson entfernt sich etwas vom Mikrofon, da die Tonqualität durch Rauschen beeinträchtigt ist.*) Inhalt und Aufgabenstellung war, zu kommunizieren ... (*Die Lautstärke wird nunmehr als zu gering wahrgenommen.*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie können ruhig ein bisschen näher hingehen. Ich glaube, die Berührung ist nicht das, was notwendig ist, aber alles andere geht.

Dr. Peter Hohegger: Inhalt und Aufgabenstellung war, Bewusstsein zu schaffen, dass bei der Versteigerung der UMTS-Lizenzen die Erträge, die in Deutschland erzielt worden sind, einfach unrealistisch sind, weil die Wirtschaft das nie zurückverdienen kann. Und so haben wir uns kennengelernt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Darf ich Ihnen ganz kurz vorlesen, wie er aus seiner Sicht ein Gespräch, an dem Sie teilgenommen haben, gesehen hat. Und zwar sagt er Folgendes:

„Im Zuge dieses Gespráches hat mir Peter Hohegger mitgeteilt, dass unlängst ein kleiner Kreis von Persönlichkeiten aus der FPÖ“ – Freiheitliche Partei – „zusammengesessen sei und man über die im Regierungsprogramm vorgesehenen Privatisierungen diskutiert habe. Dabei sei man zu dem Schluss gekommen, dass man bei den diversen Privatisierungsprojekten zusehen sollte, von den in diesen Geschäften üblichen fees zu partizipieren. Gemeint war damit, dass der von Hohegger genannte Personenkreis (...) als Nutznießer vorgesehen sei.

Peter Hohegger zeichnete mir ein Organigramm auf,“ –

das ist das, was Sie jetzt vorgelegt bekommen (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*) –

„welches im ersten Kästchen eine von ihm nach eigenen Worten vor vier Tagen in Liechtenstein über einen Treuhänder gegründete Firma darstellte ...“ – und so weiter und so fort.

Jetzt wird da gesagt, sie sagen, wir müssen partizipieren – in dieser FPÖ-Runde – an den üblichen, im Rahmen einer Privatisierung auszuzahlenden Fees.

Was war das für ein Gespräch? Was ist Ihnen da vorgeschwebt? Was ist den anderen vorgeschwebt? Was war der Schlachtplan? Und letztlich: Was war dieses Organigramm, das Sie dann dem Schlachtplan entsprechend zur Umsetzung hier dargestellt haben? – Vielleicht können Sie uns das erklären.

Dr. Peter Hohegger: Ganz kurz zum Herrn Berner: Herr Berner ist meiner Meinung nach ein politischer Fallensteller. (*Abg. Dr. Jarolim: Ein ...?*) Ein politischer Fallensteller. Sie wissen ja, er war bei der SPÖ Steiermark, hat sich dort schon mit solchen Tätigkeiten ausgezeichnet, nämlich anderen das Leben schwer zu machen, sie zu verunglimpfen, ist dann zur FPÖ gewechselt und gehörte dort dem Haider-Lager an.

Ich habe dem Herrn Berner, den ich ja überhaupt nicht gut kannte, überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Die Zeichnung stammt von *ihm*. Das ist nicht meine Handschrift; das haben wir schon festgestellt. Und ich kannte ja auch die Personen Mikscha und Petritz nicht. Also auch er war nicht sehr kreativ in seiner Erfindung, denn was hätte ich mit denen machen sollen? Die habe ich in meinem Leben nie getroffen. Darüber hinaus ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte konzentrieren Sie sich auf **e** und **f!**

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Frau Vorsitzende, es ist schon eine ganz wesentliche Frage, weil ja darin eigentlich der Ursprung all dieser Maßnahmen, die da bis 2006 in dieser Regierungszeit durchgeführt worden sind, gelegt wird.

Da gibt es also die Entscheidung: Wir setzen uns zusammen und holen, was das Zeug hält, aus dieser Republik und aus den Privatisierungen heraus. – Und so hat es ja auch ausgeschaut.

Ich glaube, wenn wir allen anderen mehr oder weniger die generelle Frage stellen, wie ist die Person Hochegger im Zusammenhang mit all diesen Entwicklungen zu sehen, dann ist es schon relativ wesentlich, dass hier aus meiner Sicht ein ganz wesentliches Element, nämlich ein Schlachtplan für die Ausbeutung dieses Landes, aufgesetzt worden ist.

Dazu möchte ich jetzt den Herrn Hochegger fragen. Ich glaube, das ist legitim.

Dr. Peter Hochegger: Herr Jarolim, was Sie sagen, ist ein Blödsinn. So war es nicht! Und Herr Berner ist jetzt wieder im Lager der SPÖ und ist halt wieder sozusagen ein Heckenschütze, den man für seine eigenen politischen Vorteile einzusetzen versucht. Damals ist es ihm ja wahrscheinlich darum gegangen ... – Zwischen dem Haider- und Grasser-Lager hat es ja schwere Konflikte gegeben, und so etwas wäre ja absurd gewesen, gar nicht vorstellbar. Und warum soll ich mit so einem abstrusen Konzept gerade zu Herrn Berner, den ich ja überhaupt nicht kannte? – Ich meine, auch da hat er nicht nachgedacht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Weil Herr Berner damals der Sekretär vom Minister war und das für Sie sicherlich eine wesentliche Rolle war.

Dr. Peter Hochegger: Herr Berner ist zu mir gekommen – ich habe mich mit ihm ja öfters getroffen – und hat gesagt: Naja, er könnte mir Aufträge bringen. Da habe ich gesagt: Lieber Herr Berner – ich weiß nicht, ob ich damals schon mit ihm per Du war –, die relevanten Unternehmen, die im BMVIT angesiedelt sind ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber es war doch Ihre Aufgabe, dass Sie die Nähe der Minister suchen, und über ihn haben Sie jedenfalls die Nähe eines Ministers gefunden. – Stimmt das?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe nicht die Nähe zu Herrn Schmid gesucht. Herr Berner ist zu mir gekommen und hat *meine* Nähe gesucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Hochegger! Ich möchte mich in dieser Runde hauptsächlich mit dem Telekommunikationsgesetz 2009 beschäftigen, insbesondere mit Zahlungen in den Bereich der Österreichischen Volkspartei. In einer weiteren Runde möchte ich dann auf die ganze Causa Universaldienstverordnung zurückkommen, auf Ihre Rolle und etliche Details aus den Aussagen und aus den Fakten, die uns vorliegen, die ja Sie als Beschuldigten schwer belasten. Insofern werden wir uns dann noch sehr mit Ihrer Stellungnahme beschäftigen, Sie seien im Wesentlichen durch die bisherigen Aussagen und Dokumente **entlastet** worden, was meiner Meinung nach so **nicht** stimmt.

Kommen wir zur TKG-Novelle 2009. Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang für Sie die Zielperson **Fritz Grillitsch**?

Dr. Peter Hochegger: Fritz Grillitsch war sicherlich eine wesentliche Person in dem Ganzen, weil es ja auch darum ging, den Breitbandausbau in ländliche Gebiete voranzutreiben, und das war ihm ein Anliegen, denn, wie Sie ja sicherlich wissen, Herr Pilz, das große Geld verdient man nicht am Land, sondern das verdient man in den Ballungsgebieten, und die Telekom Austria hat gerade in den Ballungsgebieten, vor allem in Wien einen unterdurchschnittlichen Marktanteil. Und deswegen war es auch wichtig, Herrn Grillitsch als Verbündeten für die Argumentation zu gewinnen, nämlich Rahmenbedingungen zu schaffen, damit der Breitbandausbau auch im ländlichen Raum möglich ist durch entsprechende Rahmenbedingungen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hier wurde auch eine finanzielle Unterstützung vereinbart. (*Dr. Hochegger: Richtig!*) – Können Sie etwas über diese finanzielle Unterstützung sagen.

Dr. Peter Hochegger: Das „Forum Land“ hat von mir 20 000 € bekommen, um eben diese Themen, diese Argumentationsketten in Veranstaltungen darzulegen, dann die einzelnen Funktionäre, Mitglieder auch dafür zu gewinnen, ihrerseits wieder für diese Zielsetzung Stimmung zu machen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wer war das „Forum Land“?

Dr. Peter Hochegger: Das war eine Organisation, die eine Bauernbund-Nähe hat, und Fritz Grillitsch war dort, glaube ich, Vorsitzender.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Das war eine Vorfeldorganisation des Steirischen Bauernbundes.

Ist es richtig, dass Sie mit Herrn Grillitsch vereinbart haben, dass die 20 000 € kriegen? (*Dr. Hochegger: Richtig!*) – Waren das 20 000 €, die von der Telekom bezahlt worden sind?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe 20 000 € aus meinen Budgets verwendet. Die Gelder sind natürlich von der Telekom Austria gekommen. Es lag aber in meinem Ermessen und war meine Entscheidung, das zu finanzieren, weil das ja auch dem Projektziel gedient hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und was hat das „Forum Land“ in der Steiermark mit diesen 20 000 € gemacht? Sind die mit den Traktoren in die entlegenen Dörfer gefahren und haben über Megaphone durchgesagt: Bäuerinnen und Bauern, bitte schön, schließt euch an das Breitband an; der Bauernbund möchte das so! Wir brauchen breitbändige Bauern in der Steiermark! – interessanterweise nur in der Steiermark.

Wie dürfen wir uns diese Breitband-Initiative unter den steirischen Landwirtinnen und Landwirten vorstellen?

Dr. Peter Hochegger: Ich würde sagen, stellen Sie die Frage Herrn Grillitsch.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wenn Sie Geld ausgeben, müssen Sie sich ja davon überzeugen, ob Sie auch eine Leistung dafür erhalten.

Dr. Peter Hochegger: Ich war der Überzeugung, dass diese 20 000 € bestens investiert waren, und Herr Grillitsch hat mir auch das Gefühl gegeben, dass das so ist. Und das hat für mich genügt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube, Herr Grillitsch hat Ihnen ein etwas anderes Gefühl gegeben, und das geht aus Ihrer Beschuldigtenvernehmung vom 5. Juli 2011 ganz gut hervor.

Ich zitiere aus dieser:

Da der Bauernbundpräsident Grillitsch auch eine starke Position innerhalb der ÖVP hatte, war er für die Aufgabenstellung und Zielsetzung ein wichtiger Verbündeter. Auch Rudi Fischer hat sich mit ihm mehrmals getroffen, und es wurde eine intensive Kooperation zwischen der Telekom Austria und dem „Forum Land“ vereinbart. Hier ging es darum, für die entsprechenden Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen Stimmung zu machen und diese zu fördern. Hier wurde auch eine finanzielle Unterstützung vereinbart. – Zitatende.

Es ist also um die Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen gegangen, und hier wurde auch eine finanzielle Zuwendung vereinbart.

Ist es also richtig, dass die finanzielle Zuwendung im Zusammenhang mit dem erwünschten Gesetzgebungsprozess gestanden ist?

Dr. Peter Hochegger: Herr Pilz, das muss man in einer Kette sehen. Es geht um Rahmenbedingungen, damit das Breitbandnetz im ländlichen Raum ausgebaut werden kann. Und wer sind die Nutznießer? – Die Nutznießer sind die Menschen, die dort leben. Und das Ganze ist nur dann möglich oder wäre möglich gewesen, wenn sich die Investitionen der Telekom Austria auch im ländlichen Raum rechnen. Und es ist da ganz klar, dass man dann auch die Menschen bittet oder die Funktionäre oder die Politiker, dass das möglich ist, da auch mitzuhelfen, dass die Rahmenbedingungen und auch das Gesetz so ausfallen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Halten wir ein Faktum fest. Sie haben sich nicht davon überzeugt, ob für das Geld, das Sie dem „Forum Land“ und Herrn Grillitsch gegeben haben, auch die, wie Sie behaupten, vereinbarte Leistung erbracht worden ist.

Ich habe versucht, das nachzurecherchieren, und bin kein Bauernbundfunktionär. Meines Wissens ist kein einziger breitbandwerbender Bauernbundtraktor durch die Steiermark getuckert. Es ist schlicht und einfach **nichts** geschehen.

Das Einzige, was geschehen ist, ist, dass es plötzlich 20 000 € mehr im Verfügungsbereich des Steirischen Bauernbundes und des Herrn Grillitsch gegeben hat.

Sie haben das jetzt ja wieder gesagt. Es ist darum gegangen, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit es genau diesen Gesetzgebungsprozess gibt.

Wenn wir das jetzt gemeinsam durchgehen: keine Werbeoffensiven, keine Überzeugungsarbeit im entlegenen steirischen Dorf, im letzten Gehöft der steirischen Bauern. Gar nichts. Das Einzige, was als Leistung nachvollziehbar ist, ist: Sie konnten **Herrn Grillitsch, nicht die steirischen Bauern**, überzeugen, dass er das tut.

So wie Sie Herrn Kusun, so wie Sie viele andere überzeugen konnten und wie das bis hin zu Molterer und Gusenbauer und vielen anderen gelungen ist, konnten Sie auch Herrn Grillitsch überzeugen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang nur, dass da ganz eindeutig und klar eine Summe genannt wird und auch in Ihrer Beschuldigtenvernehmung ein Zusammenhang zu den Rahmenbedingungen des Gesetzgebungsprozesses hergestellt wird.

Welche Schlüsse daraus die Gerichte ziehen, ist überhaupt nicht unsere Angelegenheit. Welche Schlüsse wir als Untersuchungsausschuss bei einer nachgewiesenen Beeinflussung des Gesetzgebungsprozesses mit einer Summe von 20 000 € ziehen? – Das werden wir zum Schluss machen, das müssen wir nicht jetzt tun.

Jetzt geht es auch noch um andere Summen. Sie sind in einer anderen Beschuldigtenvernehmung – ich sage es Ihnen gerne, wann, am 31. Oktober 2011 – Folgendes gefragt worden:

Frage der vernehmenden Beamten Bezug nehmend auf einen Artikel in der Wochenzeitung „trend“, in dem eine Parteispende über 100 000 € an die Junge ÖVP behauptet wird: Nehmen Sie dazu Stellung! Rufzeichen.

Was wissen Sie über diese behauptete Spende an die Junge ÖVP?

Dr. Peter Hochegger: Ist das die Frage? (Abg. Dr. **Pilz:** Ja!) – Nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie sagen in Ihrer Beschuldigtenvernehmung, und Sie werden nur gefragt – Anmerkung des BAK, Zitat aus „trend“, also die Anmerkung der vernehmenden Polizeibeamten:

Demnach soll Ex-Festnetzvorstand Rudolf Fischer die Zahlung von 100 000 € an die ÖVP in Auftrag gegeben haben. Das nicht als Parteispende deklarierte Geld sei dann über Hohegger an eine Werbeagentur und von dort weiter zur Jungen ÖVP geschleust worden.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Dr. Peter Hohegger: Die Telekom Austria hat mich **nicht** darüber informiert, dass Geld über eine Werbeagentur zur Jungen ÖVP geschleust werden sollte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gehen wir weiter in der Beschuldigtenvernehmung. Sie antworten dort:

Ich kann mich in diesem Zusammenhang nur an eine Zahlung in der Höhe von 96 000 € inklusive Umsatzsteuer von der Valora AG an die Agentur The White House erinnern. Diese Zahlung wurde aber nicht von Rudolf Fischer, sondern von Michael Fischer bei mir in Auftrag gegeben. – Zitatende.

Können Sie sich daran erinnern?

Dr. Peter Hohegger: Das stimmt, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wer diese **Agentur White House** ist?

Dr. Peter Hohegger: Die Agentur White House hat dieses Honorar als Abschlagszahlung für eine nicht gewonnene Präsentation bekommen, in der es um **Vorzeigeland Kärnten Breitband** gegangen ist, und ein schon gewonnener Auftrag wurde dann wieder zurückgezogen. Und die Telekom Austria hat verlangt, dieser Agentur, die ja auch in ihrem Konzept diese 80 000 € als Konzepthonorar angeführt hat, im Rahmen des Projekts – ich hatte auch ein Projekt Landeshauptstädte/digitales TV – diese Abschlagszahlung zukommen zu lassen. Das habe ich auch gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist aber etwas ganz anderes, als Sie in Ihrer Beschuldigteneinvernahme sagen, denn Sie werden nur nach der **Jungen ÖVP** gefragt. Festnetzvorstand Rudolf Fischer habe die Zahlung von 100 000 € an die ÖVP in Auftrag gegeben. Das nicht als Parteispende deklarierte Geld sei dann über Hohegger an eine Werbeagentur und von dort weiter zur Jungen ÖVP geschleust worden.

Und dann die Antwort – es steht sonst nichts da –:

Ich kann mich in diesem Zusammenhang –

und das ist der entscheidende Punkt: in diesem Zusammenhang! –

nur an eine Zahlung in der Höhe von 96 000 € inklusive USt von der Valora AG an die Agentur The White House erinnern. – Zitatende.

Keine Rede von Landeshauptstadt, keine Rede von Kärnten, keine Rede von einem verlorenen Wettbewerb, nur **in diesem Zusammenhang**, und da gibt es nur den Zusammenhang Junge ÖVP, Rudolf Fischer, Telekom, 100 000 €.

Und dann wieder der Punkt:

Diese Zahlung wurde aber nicht von Rudolf Fischer, sondern von Michael Fischer bei mir in Auftrag gegeben.

Wer war zum damaligen Zeitpunkt **Michael Fischer**?

Dr. Peter Hohegger: Noch einmal zu dem davor. Da hat es eine umfangreiche Stellungnahme von mir gegeben, weil ich auf diesen „trend“-Artikel angesprochen worden bin. Und ich habe gesagt: Aus dem Umfeld der Telekom hat es an mich keine Ansinnen und keine Aufträge gegeben, und das war die einzige Zahlung, die es in dieser Größenordnung gegeben hat.

Herr Michael Fischer war oder ist immer noch der Leiter der Public Affairs-Abteilung, und der hat das bestimmt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wissen Sie, wer der Eigentümer von White House war? (*Dr. Hohegger: Nein!*) – Mag. Martin Kratky.

Wissen Sie, wer Mag. Martin Kratky ist?

Dr. Peter Hohegger: Ja, er war ein Mitarbeiter meiner Firma.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Warum muss Ihre Firma, in der Herr Kratky arbeitet, diesen Auftrag weitergeben an eine Firma, die Herrn Kratky gehört?

Dr. Peter Hohegger: Wie bitte? Welche Firma gehört Herrn Kratky? (*Abg. Dr. Pilz: White House!*) – Martin Kratky?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. Er ist über eine Frau Gabriela Ullmann, die für White House steht, indirekt beteiligt, und das hängt zusammen mit der **PROsCOM GmbH** in Wien, über die ich Sie auch noch befragen möchte, an der White House.

Dr. Peter Hohegger: Also das höre ich heute zum ersten Mal! Aber Kratky kommt ja heute, da werden Sie ihn sicher befragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, dann werde ich dazu Herrn Kratky befragen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, zur letzten Fragen kommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein. Das ist jetzt dann die ganze Geschichte Telekom-Regulator, das ist ein vollkommen anderer Komplex. Da geht es ums Jahr 2002 und Ihre Rolle in Bezug auf Herrn Otruba. Das machen wir lieber in einer eigenen Runde. – Danke.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Zu den vorhin gefragten Punkten: Herr Dr. Hohegger, ist Ihnen bekannt, dass das steirische „Forum Land“ in Fohnsdorf zum Thema Breitbandausbau eine Großveranstaltung mit über 2 000 Teilnehmern durchgeführt hat?

Dr. Peter Hohegger: Herr Grillitsch hat mir des Öfteren berichtet, was er macht. Ich habe immer den Eindruck gehabt, dass er sich sehr engagiert, und ich habe auch diese 20 000 € nur als Beitrag für diese Tätigkeit gesehen. Also aus meiner Sicht wurde tolle Arbeit geleistet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ist Ihnen darüber hinaus bekannt, dass das steirische „Forum Land“ in allen steirischen Bezirken Informationsveranstaltungen, die auch darstellbar sind, mit zwischen 100 und 200 Teilnehmern jeweils zum Thema Breitbandausbau durchgeführt hat?

Dr. Peter Hohegger: So war es auch ausgemacht.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Dann noch eine Frage zu dieser Einvernahme im Hinblick auf die Zahlung. Das BAK zitiert ja aus dem „trend“ und hält hier vor:

Demnach soll Ex-Festnetzvorstand Rudolf Fischer die Zahlung von 100 000 € an die ÖVP in Auftrag gegeben haben. Das nicht als Parteispende deklarierte Geld sei dann

über Hohegger an eine Werbeagentur und von dort weiter zur Jungen ÖVP geschleust worden.

Das war ja schon vor einiger Zeit Gegenstand einer öffentlichen Debatte. Die Junge ÖVP hat daraufhin erklärt, das Geld sei bei ihr niemals eingelangt. Sie antworten darauf – ich zitiere –:

Ich kann mich in diesem Zusammenhang –

da geht es wohl um den Betrag und nicht um die Junge ÖVP –

nur an eine Zahlung in der Höhe von 96 000 € inklusive USt von der Valora an die Agentur The White House erinnern. Die Zahlung wurde nicht von Rudolf Fischer, sondern von Michael Fischer bei mir in Auftrag gegeben. Diesbezüglich habe ich bereits ausgesagt und bestätige meine damalige Aussage. – Zitatende.

Haben Sie irgendeine andere Wahrnehmung, haben Sie dieser Aussage irgendetwas hinzuzufügen?

Dr. Peter Hohegger: Nein, ich habe das ohnehin vorhin schon erwähnt.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich möchte Ihnen einer Liste aller Gesetze und Verordnungen aus dem Bereich der Telekommunikation ab dem Jahr 2000 vorhalten. – Es geht vor allem um die erste Seite.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Können Sie uns sagen, zu welchen Initiativen Sie als Lobbyist tätig geworden sind und wer für Sie in diesem Zusammenhang die Kontaktpersonen waren.

Die Liste steht übrigens allen Fraktionen zur Verfügung und ist auch Bestandteil der Akten.

Dr. Peter Hohegger: Es tut mir leid, dazu kann ich überhaupt keine Stellungnahme abgeben. Ich habe auch keine Erinnerung mehr dazu. Der Prozess der Zusammenarbeit mit der Telekom Austria war immer sehr unterschiedlich, und wofür wir eingesetzt wurden, waren einfach die großen Rahmenbedingungen, um Stimmung zu machen. Wenn es ein Gesetz gegeben hat und wenn bestimmte Punkte thematisiert werden sollten, dann wurde das auch gemacht, und dann sind einige Mitarbeiter damit beauftragt worden, es sind Argumente entwickelt worden. Aber ich habe heute überhaupt keine Erinnerung mehr, wann wir was genau gemacht haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Herr Dr. Hohegger, können Sie uns sagen, wer Ihre wichtigsten und umsatzstärksten Subunternehmer, Kooperationspartner und dergleichen im politischen Lobbying waren?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe zwei große Subauftragnehmer gehabt, das waren Walter Meischberger und Heinz Lederer.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Was war die Leistung von Walter Meischberger?

Dr. Peter Hohegger: Was war die Leistung? Man muss sich ja die Landkarte vorstellen, in der die Telekom Austria agiert hat. Das Unternehmen ist schnell in die Liberalisierung gestoßen worden, hat nach wie vor diesen Beamten-Rucksack gehabt und ist in einen Börsegang hineingezwungen worden. Das heißt, das waren extrem schwierige Bedingungen.

Dann das wirtschaftliche Umfeld: Die Telekom Austria hat sich mit einem Mitbewerber konfrontiert gesehen, mit der UTA, die das Wohlwollen und die Unterstützung großer Teile der ÖVP hatte: der Raiffeisen-Sektor, die Landes-Energieversorger. Da war einfach die Tür zur ÖVP – ich würde einmal so sagen – halb verschlossen.

Die Beziehungen zur SPÖ waren gut. Mit den Grünen hat es auch gute Kontakte gegeben. In der schwarz-blauen Regierung waren einmal die wichtigen Ansprechpartner der Infrastrukturminister und der Finanzminister, und ich glaube, da hat **Walter Meischberger** für mich eine wichtige Rolle gespielt: einfach diese Türen zu öffnen und die Kontakte aufzumachen. Ich habe ihn ja schon Ende der neunziger Jahre kennengelernt, und da hat er durchaus das eine oder andere Anliegen, das ich an ihn stellte – mir Informationen zu beschaffen oder Dinge zu artikulieren –, durchgeführt.

Bei **Heinz Lederer** war es ein bisschen anders. Hier galt es, die sehr guten Beziehungen zur SPÖ weiterhin zu pflegen, auszubauen und bei Bedarf auch dort Stimmung für die Anliegen der Telekom zu machen. Heinz Lederer hatte dann noch eine zweite Aufgabenstellung, er ist ja bestens vernetzt im Bereich der Medien, er kennt viele Chefredakteure und Herausgeber. Seine Aufgabe war es einfach, auszuloten: Wie liegt der Telekom-Vorstand? Wie können gewisse Themen platziert werden?

Ich hatte mit beiden eine Art Pauschalvereinbarung. Das waren bei Heinz Lederer so um die 90 000 €, bei Walter Meischberger in den letzten drei Jahren 140 000 €. Das muss man sich vorstellen wie einen Feuerlöscher: Wenn man ihn braucht, setzt man ihn ein. Ich war mit beiden Herren und deren Leistungen zufrieden; auch die Telekom Austria.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das war eine **Feuerlöscher**-Funktion? (*Dr. Hochegger: Bitte?*) Es war also eine Feuerlöscher-Funktion, diese Leistung?

Dr. Peter Hochegger: Ja, wenn man sie braucht, setzt man sie ein.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie darüber hinaus – Sie haben ja zwei genannt – Wahrnehmungen, zu welchen politischen Verantwortungsträgern Walter Meischberger und Heinz Lederer Kontakt hatten? – Natürlich in Ihrem Interesse! Klarerweise, denn darüber hinaus hatten sie ja wahrscheinlich eine Fülle von politischen Kontakten.

Dr. Peter Hochegger: Walter Meischberger: Seine Aufgabe war es, für mich die Kontakte zu den Ministern der FPÖ zu pflegen. Er hat mir glaubhaft versichert, dass er das auch macht und die Leute kennt. Ich habe das auch so wahrgenommen.

Bei Heinz Lederer war es hauptsächlich Alfred Gusenbauer, oder Josef Cap, mit dem er ja sehr eng befreundet ist. Das waren die wichtigsten Personen. Aber er hat sicher auch andere sozusagen abgedeckt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie die Aufgabe des Heinz Lederer noch einmal kurz umreißen? Was war dessen Leistung für Sie?

Dr. Peter Hochegger: Herr Lederer war ja Mitarbeiter in der SPÖ. Er war dort mit Herrn Rudas zusammen für die Kommunikation verantwortlich und hat einmal für mich die Qualifikation gehabt, sozusagen das Kommunikationsnetz Politik und Medien genau zu verstehen. Dann ging er zu Libro – oder Lion.cc –, dort haben wir auch zusammengearbeitet. Meine Überlegung war immer, Herrn Lederer mit ins Team zu holen, weil ich einfach seine Fähigkeiten und seine Expertise geschätzt habe. So ist es im Jahr 2002 zu einer Zusammenarbeit gekommen, die bis Ende 2006 gedauert hat. (*Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe die Aufgabe noch nicht ganz verstanden. Sie haben gesagt, er war in der Kommunikation tätig. Was waren da seine Aufgaben für Sie im Konkreten?

Dr. Peter Hochegger: Bei solchen Vereinbarungen werden die Aufgaben sozusagen nicht vorweg im Einzelnen definiert, sondern es wird ein **Rahmen** abgesteckt. Lederers

Aufgabe war es, bei Bedarf eben Kontakte zu den Schlüsselpersonen in der SPÖ zu halten – wenn das für die Telekom-Vorstände gewünscht war, dann hat er das auch gemacht –, auszuloten, wie die Stimmungslage ist, bestimmte Themen zu platzieren, außerdem, wenn es um Veränderungen bei Verordnungen oder Gesetzen gegangen ist, sozusagen auch dort Zustimmung zu bekommen. Das waren sozusagen die üblichen Aufgabenstellungen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke, ich habe im Moment keine weiteren Fragen. Mein Kollege hat noch ein paar Fragen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sehr geehrter Herr Hohegger! Ich hätte ergänzend einige Fragen in Bezug auf von Ihnen genannte Personen, zum einen auf meinen Kollegen Gartlehner, den ich – das betone ich ausdrücklich – sehr schätze. Sie haben gesagt, er hat im Zuge der Telekom für Sie gearbeitet und dafür einen Betrag bekommen.

Hat es andere Aufgabenstellungen als diejenige, dass man mit dem Telekom-Sprecher Kontakt pflegt, auch gegeben? Als Experte für andere Bereiche?

Dr. Peter Hohegger: Entschuldigung, ich habe jetzt weggehört. Würden Sie die Frage noch einmal formulieren?

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Kein Problem. Hat Kollege Gartlehner – ich betone ausdrücklich, dass ich ihn aufgrund seiner Fachkompetenz sehr schätze –, außer dass Sie im Telekommunikationsbereich mit ihm Kontakt hatten, auch andere Aufgabenstellungen gehabt? – Er hat ja ein sehr umfassendes Wissen, wie ich weiß.

Dr. Peter Hohegger: Um die Zusammenarbeit zu präzisieren: Es war mit Herrn **Kurt Gartlehner** ganz klar vereinbart, dass alles, was Telekom-Fragen betrifft, **nicht** Inhalt meiner Zusammenarbeit mit ihm ist. Das hat er von Anfang an als Bedingung gestellt, und dem habe ich auch zugestimmt.

Herr Kurt Gartlehner war für mich ein ganz wesentlicher Berater im Bereich Windenergieprojekte, und wir haben dort einiges bewegt. Er hat uns auch viele Kontakte hergestellt. Wir haben bis zum Jahr 2010 – da war ich schon lange nicht mehr für die Telekom tätig – weiterhin zusammengearbeitet.

Darüber hinaus hat er eine Firma, in der er sich sehr mit Erfindungen und Entwicklungen im Lebensmittelbereich beschäftigt. Auch wir haben eine Firma, die Aufstriche produziert, und wir haben auch immer wieder überlegt, in andere Bereiche hineinzugehen. Auch dort haben wir kommerziell zusammengearbeitet.

Natürlich habe ich seine Rolle als Telekom-Sprecher geschätzt, weil es ja möglich war, über ihn Inhalte zu transportieren. Aber er hat immer für sich entschieden: „Ist das auch mit meinen Vorstellungen vereinbar oder nicht?“ Da hat er dann für sich entschieden, ob er das, was ich ihm vorgeschlagen habe, gemacht hat oder nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Hinsichtlich der Eigenschaft als Experte für erneuerbare Energie kann ich Ihnen in Bezug auf die Person beipflichten. Das ist für mich kein Thema.

Es hat aber auch einige andere Namensnennungen gegeben. Ich würde das gerne abklären, weil es unter Umständen Namensgleichheiten geben könnte und weil es für die betroffenen Personen möglicherweise unangenehm wäre, hier medial transportiert zu werden, ohne die betreffende Person zu sein.

Der Name **Pöttler** ist, wenn ich Sie richtig verstanden habe – es gibt zeitweise ein akustisches Problem im Saal, daher bitte ich um Korrektur, wenn das nicht der Fall

sein sollte –, gefallen. Dieser Name ist mir im Zusammenhang mit **echomedia** oder mit einem Pressesprecher bekannt. Oder handelt es sich hier um eine andere Person?

Dr. Peter Hochegger: Nein, es ist Christian Pöttler, der Geschäftsführer von **echo medienhaus**.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): In Bezug auf die Person **Georg Brockmeyer:** Mitarbeiter eines Altkanzlers oder eine andere Person?

Dr. Peter Hochegger: Er war im Team von Alfred Gusenbauer, ja.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und Herr Oliver Steiner: Mitarbeiter eines Staatssekretärs oder eine andere Person?

Dr. Peter Hochegger: Die **Olivia** Steiner.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Oder **Olivia Steiner?** – Entschuldigen Sie!

Dr. Peter Hochegger: Sie arbeitet jetzt bei Andreas Schieder und war davor ... weiß ich nicht.

Aber jetzt fällt mir noch einer ein: Stefan Hirsch war auch bei uns. (*Abg. Hornek: Okay!*) Somit haben wir schon neun. (*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Hochegger, mich würde interessieren: Wie hat das „Modell Hochegger“ funktioniert?

Sie haben für Staatsbetriebe, staatsnahe Betriebe – es ist ja unsere Kernaufgabe, das zu prüfen – entsprechende Konzepte erarbeitet, Masterpläne erstellt, wenn ich das richtig verstanden habe. Das ist ja grundsätzlich eine Aufgabenstellung eines Beraters, daran sehe ich nichts Negatives.

Sie gelten als in Österreich und auch europaweit gut vernetzt und haben daher quasi Ihre Filialstrukturen – wenn ich das in dieser einfachen Form benennen darf – beziehungsweise Partner. Mein Kollege Amon hat Sie in diesem Zusammenhang bereits angesprochen.

Mich würde interessieren: Wer waren Ihre Partner im **rechtlichen** Bereich? – Also alles, was sich da in Österreich und Umfeld bewegt hat: Wer hat Sie da beraten? Wer hat Sie da informiert in Bezug auf die genannten Betriebe?

Mich würde grundsätzlich auch Folgendes interessieren. Manche Betriebe, die in Österreich in Staatsbesitz beziehungsweise teilstaatlich sind, kennen wir, manche kennen wir nicht.

Für welche Betriebe haben Sie konkret gearbeitet? Und wer hat Ihnen de facto geholfen?

Ich würde das dann gerne fachspezifisch mit Ihnen durchgehen. Aber zuerst hätte ich gerne die Namen der Betriebe gewusst, beziehungsweise auch jener, die Sie im **rechtlichen Bereich** beraten haben.

Dr. Peter Hochegger: Es ist ja so, dass diese Firmen unterschiedliche Rechtsberater haben. Das sind meistens nicht die gleichen.

Aber ich gehe einmal davon aus: Sie wollen auf die ÖBB hinkommen. Dort war einer der Rechtsberater **Gabriel Lansky**. Mit dem habe ich dort – und natürlich auch mit Heinz Lederer – sehr eng zusammengearbeitet.

Bei der Telekom hat es, je nach Aufgabenstellung, immer wieder unterschiedliche Rechtsberater gegeben. Das waren also sehr, sehr viele.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ich muss Sie korrigieren: Ich wollte **nicht** zur ÖBB kommen! (*Dr. Hohegger: Aha!*) Aber ich merke, Sie haben sich gut vorbereitet. Es war eine meiner Aufgabenstellungen im Zuge des Rechnungshof-Unterausschusses, mich mit der ÖBB auseinanderzusetzen. Ich wollte jedoch nicht dorthin.

Meine Frage ist: Wer waren Ihre Partner im **medialen Bereich**? Ob das jetzt die Printmedien sind, der Fernsehbereich ist: Mit wem haben Sie dort hauptsächlich zusammengearbeitet, um Ihre Message zu transportieren? – Das ist ja grundsätzlich nichts Schlechtes. Aber es würde ein klärendes Bild geben.

Dr. Peter Hohegger: Das hängt wieder von den Aufgabenstellungen ab.

Wenn ich jetzt die Telekom hernehme, dann gibt es die Ressorts. Im Wirtschaftsressort gibt es dann meistens Spezialisten dafür. Wir haben uns auch bei den Mitarbeitern immer wieder danach orientiert: Welche Erfahrungen haben diese Leute? Haben sie schon in anderen Agenturen gearbeitet? Oder haben sie in Unternehmen gearbeitet? Oder haben sie in Kabinetten gearbeitet? Und a) wie sind ihre Kontakte zu Journalisten, b) wie sind sie in der Lage, Kernbotschaften zu formulieren, Aufgabenstellungen zu erkennen und auch einen Dialog mit Journalisten zu führen?

Das ist ein ständiger, wechselseitiger Prozess, und ich gehe davon aus, dass unsere Mitarbeiter mit **allen** Medien im Land entsprechende Kontakte gepflegt haben, so wie es für Agenturen eben üblich ist. Ich glaube, die Journalisten, die damals sozusagen aktuell gearbeitet haben, wird es heute zum Großteil gar nicht mehr geben, weil es da eine sehr starke Veränderung gibt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Eine Frage noch für diese Runde: Beim Begriff **Experten** ist mir aufgefallen, dass es solche gibt, die auch ich als solche sehen würde, wie den Herrn Gartlehner.

Aber Sie haben einen Experten als **Türöffner Meischberger** für die ÖVP genannt; ich denke, da ist ein Erklärungsbedarf vorhanden. Sie sprechen auch von Experten für Feuerlöscher, beziehungsweise ich habe auch vernommen, ein Experte für erneuerbare Energie sei Herr Gusenbauer. Ich würde Herrn Gusenbauer viel Kompetenz zuordnen, aber im Bereich erneuerbarer Energie – was ich von Kindesbeinen an mache – habe ich diesen Namen noch niemals gehört.

Dr. Peter Hohegger: Gut, wo fangen wir an, bei Meischberger oder bei Gusenbauer? – Gehen wir also zu Herrn **Gusenbauer**. Wir haben für unsere Energiefirma, die ja Projekte in Osteuropa entwickelt, jemanden für unseren Advisor-Report gesucht. Nachdem Alfred Gusenbauer schon als Bundeskanzler ausgeschieden war, haben wir einmal erörtert, ob es nicht einen Weg der Zusammenarbeit gibt. Dieser hat sich dann im Jahr 2010 ergeben.

Energieprojekte haben ja auch einen Bau-Aspekt, das heißt, die Dinge müssen gebaut werden. Man darf nicht vergessen, dass Herr Gusenbauer auch im Aufsichtsrat eines großen spanischen Bauunternehmens ist, auch bei der ALPINE. Und bei der ALPINE hätte er den Auftrag oder war es unser Ansinnen, dass er zu ALPINE Energy den Kontakt herstellt. Hat er auch gemacht! Nur ist er dann dort weggegangen und zur STRABAG gegangen. Ich habe also Alfred Gusenbauer schon als sehr kompetent und wissend auch auf diesem Sektor erlebt.

Jetzt zu Herrn **Meischberger**: Ich habe Herrn Meischberger kennengelernt im Rahmen eines Treffens mit einer Agenturkollegin im Café Landtmann. Da hat es gerade eine ORF-Sitzung gegeben – damals hat es nicht „Stiftungsrat“ geheißen –, und er hat sich zu uns dazugesetzt.

Einige Zeit später gab es ein Problem im ORF. Es wurden die ORF-Clubs und unter anderem auch die Sendung „Willkommen Österreich“ von ihm attackiert, weil dort sozusagen Kooperationen mit der Wirtschaft stattgefunden haben. Daraufhin habe ich den Kontakt zu ihm gesucht. Er hat mir dann glaubhaft erklärt, er macht das in Abstimmung mit Generaldirektor Zeiler. Dieser hat ihn ersucht, das zu tun, und sein Fokus ist nicht „Willkommen Österreich“, sondern das Club-Unwesen der Ö3-Clubs in den Bundesländern.

So habe ich Herrn Meischberger einmal kennengelernt als Medienspezialisten, der auch mit dem Herrn Zeiler gut war, mit dem er sozusagen eine gemeinsame Aufgabenstellung – nicht sichtbar, sondern unsichtbar – gelöst hat. Ja, man kann Herrn Meischberger viel Unwissenheit und Dinge vorwerfen, aber in gewissen Bereichen war er sehr kompetent und auch sehr gut.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich möchte ganz kurz, für ein paar Minuten, organisatorisch unterbrechen. Die Medienvertreterinnen und Medienvertreter können anwesend bleiben, wir setzen gleich wieder fort.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 11.35 Uhr **unterbrochen** und um 11.40 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 11.40 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und erteilt Abg. Rosenkranz das Wort.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich möchte ein bisschen beim Kollegen Hornek anschließen. Sie haben gemeint, Herr Wanovits hätte auch einmal ein Energieberatungskonzept vorgelegt. Und da haben Sie gesagt: Naja, da haben wir nichts anfangen können damit, weil der in der Branche nicht für Energie zuständig wahrgenommen wird!

Im Vergleich dazu haben Sie jetzt bei Alfred Gusenbauer gemeint: Naja, Gusenbauer hat zwar mit Energie selbst nichts zu tun, aber Energieanlagen müssen ja auch gebaut werden und da hat er Aufsichtsratsstätigkeiten in Baufirmen gehabt. Also, das ist die Expertise dafür gewesen, auch Richtung Osten.

Naja, genauso könnte ich ja argumentieren, ein Energieunternehmen wird unter Umständen als Aktiengesellschaft gegründet, braucht Finanzierungen, möchte einen Börsengang machen. Da wäre der Herr Wanovits eigentlich schon auch Experte gewesen auf diesem Teil, für Energieversorgungsunternehmen. Also mit der Argumentation hätte man auch den Herrn Wanovits für etwas brauchen können. – Pflichten Sie mir da nicht bei?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe das in einem anderen Zusammenhang gesagt, weil mir das ja im Rahmen der Einvernahmen vorgehalten wird, dass der Herr Wanovits da nicht viel Ahnung hat, weil er eben ein Finanzierungsexperte ist. Und auf das habe ich ihn angesprochen, und er hat mir dann gesagt: Nein, nein, das ist überhaupt nicht so! Er hat auch beste Kontakte zur Firma Gamesa, das ist ein Windturbinenhersteller. Er kann mir auch sofort die Kontakte herstellen.

Und dann ist auch der Vorwurf im Raum gestanden, naja, der Herr Wanovits hat sich sozusagen diese beiden Energieprojekte, Windparkprojekte in Bulgarien, nur vom

Internet heruntergeladen. Und auch da hat er gesagt: Nein, er kennt die Eigentümer und er kann mir jederzeit, sofort, wenn es von Interesse ist, den Kontakt herstellen. – Das habe ich gemeint.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt eine Frage, und zwar zur Verständlichkeit. Es ist vielleicht ein bisschen undeutlich gewesen. Ich habe gefragt nach Ihrem Engagement und es wurde auch gefragt in Bezug auf Nationalrat Gartlehner. Da haben Sie eine Firma genannt, über die das abgewickelt wurde. Wie war da der Name? (*Dr. Hochegger: Ja, Austroconsult!*) – Danke. Nur, dass es einmal klar ist, weil es taucht nämlich auch die Firma Austriaconsult auf – und damit da keine Verwechslungen entstehen.

Damit bin ich eigentlich bereits bei einer Liste, die sich auch im Akt befindet, diverse Rechnungen, die Sie in Form der Valora AG zwischen 2003 und 2008 geleistet haben. Da tauchen einige Positionen auf, die ich ein bisschen näher nachfragen möchte.

Da gibt es zum Beispiel ein Kürzel dabei, da wird man jetzt als gelernter Untersuchungsausschüssler immer, wenn die Buchstabenkombination „M.P.“ auftaucht, stutzig und fragt nach, ob das etwas mit Mensdorff-Pouilly zu tun haben kann. Und da gibt es auch tatsächlich bei Ihnen eine Position, das ist die MPA Handelsgesellschaft mbH, eindeutig Mensdorff-Pouilly zuzuordnen. Da haben Sie bezahlt: 1.9.2008 um 21 800 € einen Flug zwischen Wien – Dundee – ich nehme an in Schottland – und Wien. Was war das für ein Flug? Was war das für eine Rechnung? Was hat das für einen näheren Bezug gehabt?

Dr. Peter Hochegger: Das ist in Beziehung gestanden zur Lobbying Beamtenagentur, und der Herr Schieszler hat ... – Ich habe mich an das nicht mehr erinnern können, aber so hat er das ausgesagt, dass das eine Reise ist, wo Leute mitgeflogen sind, wo er lobbyiert hat. Er hat gesagt, ich habe auch diese Reise organisiert, was aber nicht stimmt. Ich habe diese Reise **nicht** organisiert. Aber es war zwischen Telekom und der Valora üblich, dass, wenn solche Zahlungen einem Projekt zuzuordnen waren – und das hat er glaubhaft gemacht –, dass das auch durchgeführt wurde.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Können Sie sich erinnern, welche Personen da geflogen sind?

Dr. Peter Hochegger: Nein, ich bin nicht informiert worden darüber. Bei der Einvernahme hat es mir der Vernehmungsbeamte vorgelesen, aber ich habe keine Ahnung mehr, wer das war.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich finde eine weitere Rechnung, die Sie bezahlt haben, im Gegenwert von 5 880 €, 31.06.2005, an das market-Marktforschungs-Ges.m.b.H. & Co, Marktforschungsinstitut, eine „KHG-Umfrage“. Ich nehme an, dieses Kürzel dürfte für Grasser gewesen sein.

Wer hat diese Umfrage beauftragt?

Dr. Peter Hochegger: Dazu möchte ich Folgendes sagen: Diese Umfragen haben weder die Telekom noch der Herr Grasser beauftragt, sondern das war meine Entscheidung. Und für mich war einfach wichtig, zu wissen, wie der zuständige Ressortminister in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Und ich habe ja mit diesen Informationen auch gearbeitet. Also das ist etwas ganz Normales, dass man einfach solche Meinungsumfragen macht. Natürlich habe ich diese Informationen auch mit der Telekom geteilt und habe sie auch dem Walter Meischberger mitgegeben. Mit Grasser selbst habe ich darüber nie gesprochen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Umfrageergebnisse haben Sie aber dem Karl-Heinz Grasser schon mitgeteilt?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe Herrn Walter Meischberger erzählt, wie Grasser liegt. Ich habe das auch in meinen Analysen immer wieder mitverwendet. Es war für mich wichtig, das zu wissen. Und das war meine freie Entscheidung, diese Dinge in Auftrag zu geben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Zusammenhänge zu **e** und **f** zu beachten!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Den Zusammenhang – Frau Vorsitzende, wenn es nicht auf meine Redezeit geht, sondern als Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung – würde ich nämlich schon dahin gehend sehen, dass es natürlich interessant ist und – die Auskunftsperson hat es ja beantwortet – dass es nicht mit Telekom-Geldern und im Auftrag der Telekom zusammenhängt.

Herr Hochegger hat ja bereits mehrfach gesagt, er hat Pouvoir gehabt seitens der Telekom, und daher könnte man jede einzelne Möglichkeit abfragen, ob das im Auftrag der Telekom gewesen sei.

In diesem Zusammenhang jetzt darf ich gleich fragen: Auf diesen Rechnungen Kröll-Maier ist handschriftlich bei der Buchhaltung immer „Telekom“ dabei gestanden, bei Ihnen im Betrieb. – Was hat das für eine Bedeutung gehabt?

Dr. Peter Hochegger: Es hat mehrere Kategorien gegeben. Also eine Kategorie war, dass, wenn ein Projekt definiert wurde, von Anfang an die Telekom Austria schon gesagt hat: Da gibt es einen Sublieferanten, wir hätten gern, dass du diesen bei dem Projekt miteinbindest. – Das war die Kategorie 1.

Kategorie 2 war, dass während eines Projektes die Telekom Austria zu mir gekommen ist und gesagt hat: Da hätten wir gern, dass du den Unternehmer beschäftigst, weil, weil, weil ...!

Die dritte Kategorie war, dass die Telekom Austria Vorschläge machte, wenn Ansinnen an sie herangetragen wurden, dass ich prüfen konnte, ob das in das Projektbild hineinpasst. Und ich habe dann die Entscheidung getroffen und habe gesagt: Okay, finanziere ich!

Die vierte Kategorie war, wo ich für mich entschieden habe, das zu beauftragen oder zu investieren. Ich habe dann auch die Telekom Austria informiert und ihnen erklärt, dass das gut für das Projekt ist.

Und dann gab es noch eine Kategorie, wo bei uns intern in der Buchhaltung „Telekom“ draufgeschrieben wurde. Das war eine reine Zuordnung zu Budgets. Und da gab es viele Projekte oder Ausgaben, die mit der Telekom Austria nichts zu tun hatten, wo aber „Telekom Austria“ draufstand.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Logik überrascht mich jetzt. Ich meine, ich möchte nicht eingreifen, wie Sie da Ihre interne Buchhaltung machen, aber Sie haben fünf Kategorien, davon sind vier der Telekom zuzuordnen. Aber gerade die fünfte, wenn „Telekom“ draufsteht, hat mit der Telekom nichts zu tun? (Dr. Hochegger: Richtig!) – Ist diese Logik richtig? (Dr. Hochegger nickt.) – Gut.

Jetzt können wir direkt zum Bereich Telekom kommen. Ich weiß nicht, welche Kategorie das betrifft. Die Firma MediaSelect Werbegesellschaft m.b.H. Welche natürliche Ansprechperson hatten Sie da?

Dr. Peter Hochegger: Mir sind da zwei in Erinnerung. Ich glaube, da ist der Herr Schauer und die Frau Prem.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Der Herr Michael Fischer ist Ihnen da nie aufgefallen? (Dr. Hochegger: Nein!) – Haben Sie da irgendeine Zuordnung? Sie

kennen ja die österreichische Farbenlehre der politischen Parteien. Wem würden Sie diese MediaSelect nach der österreichischen Farbenlehre am ehesten zuordnen?

Dr. Peter Hochegger: Den Herrn Paul Schauer hätte ich eher zugeordnet in das liberale Spektrum. Bei der OmniMedia, mit der wir immer wieder zusammengearbeitet haben, ... (*Abg. Dr. Rosenkranz: Die MediaSelect!*) – Die MediaSelect ist eine Tochter. Ich hätte die eher sozusagen in das großkoalitionäre Spektrum eingeordnet, weil die Kunden und die Gesellschafter kommen ja aus dem Bereich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es gibt da im Jahr 2007 und 2008 drei Rechnungen. Die eine heißt „Telekom Breitbandkommunikation“, die zweite heißt „Telekom Lobbying- und PR-Leistung“, und die dritte heißt „Telekom Medienrecherche“.

Können Sie sagen, in welche dieser fünf Kategorien da jetzt Telekom fällt?

Dr. Peter Hochegger: Kategorie 1. Das heißt, die MediaSelect war von vorneherein als Lieferant gegeben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine nächste Frage, und zwar wiederum das Kürzel „M.P.“, diesmal nicht mit einem A, sondern mit einem **H** dahinter. Es dürfte sich da um den Heinrich Mensdorff-Pouilly handeln. Der hat in der Slowakei die MPH Advisors k.s., und die hat zwei Rechnungen bekommen über Telekom Consulting und auch eine zweite über Telekom Consulting.

Frage: Welche Tätigkeit, welche Kategorie?

Dr. Peter Hochegger: Herr Heinrich Mensdorff-Pouilly hat als Berater gearbeitet und zwar IP-Telefonie, das heißt, die Reorganisation oder Neuinstallation des Rufnummernsystems beim Bund. Seine Aufgabe war es, die Bedürfnisse in den einzelnen Ministerien auszuloten, auf die Bedürfnisse einzugehen, die Feed-Back-Schleife zur Telekom zu führen, mit dem Ziel, dass sozusagen das Projektvolumen möglichst groß wird.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann danke ich jetzt einmal vorerst in dieser Fragerunde.

In mehreren TV-Auftritten oder anderen Medienauftritten haben Sie sich – Kollege Petzner hat es ja auch angesprochen – über die Frage der Moral in diesem Geschäft sehr wohl auch Gedanken gemacht, und wird wahrscheinlich laufend auch passieren, vielleicht auch zusehends. Ich möchte Ihnen da nur, weil das ja auch immer auftaucht, auch aktuell von Ihren Bekannten, Freund Karl-Heinz Grasser und ähnliches, ein Zitat von Honoré de Balzac mitgeben, der gesagt hat:

„Hinter jedem großen Vermögen steht ein Verbrechen.“

Vielleicht auch für Ihre weiteren Gedanken, die Sie da jetzt in Sicht der Dinge machen.

Dr. Peter Hochegger: Da bin ich sehr beruhigt, weil ich habe kein großes Vermögen. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Sehr gut!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Runde der Zusatzfragen. Erster: Herr Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Soviel ich weiß, gibt es zwischen den Fraktionen die Vereinbarung von drei Runden mit 7 Minuten pro Runde.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt keine Vereinbarung, sondern es ist der Wunsch an mich herangetragen worden, die Runde auszudehnen auf 7 Minuten. Wir können jetzt natürlich darüber sprechen, ob wir eine dritte Runde einziehen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Frau Vorsitzende, es muss ja nicht jeder in Anspruch nehmen, aber an sich ist die dritte Runde mit à 7 Minuten schon vereinbart.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, wenn es in Ihrem Verständnis eine dritte Runde gibt, machen wir die eine Runde. Nach meinem Verständnis war klar, dass bei der zweiten Runde 7 Minuten gelten. Bitte, also dann die dritte Runde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Dr. Hochegger, noch einmal eine Frage – wir kommen eh langsam hin – zu Ihrem Bruder **Paul**. Sie haben zuerst gesagt, da gibt es überhaupt keinen Zusammenhang, und jetzt haben Sie in der zweiten Runde gesagt, auf meine Frage hin, er ist Meischberger kritischer gegenüber gestanden. Können Sie uns sagen, warum? Warum kritischer? Wie hat er diese Kritik geäußert? Warum ist Ihr Bruder Paul dem Meischberger kritischer gegenüber gestanden? Welche Bedenken hat er gehabt?

Dr. Peter Hochegger: Wie schon vorher erwähnt wurde, mein Bruder ist bekennender Sozialdemokrat, und seine Ansicht war, dass meine wahrgenommene Nähe zu Karl-Heinz Grasser, Walter Meischberger oder anderen Regierungsmitgliedern der FPÖ **nicht gut** für das Geschäft sei. Das war seine Ansicht, ja, und das ist seine persönliche Meinung gewesen. Aber das hat uns überhaupt nicht auseinander gebracht. Es gibt viele Situationen im Leben, wo man halt unterschiedlicher Auffassung sein kann.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, das waren jetzt rein ideologische Gründe, oder waren das auch sachliche Gründe, dass er Bedenken gehabt hat aufgrund der Vita des Meischberger zum Beispiel, der ja auch – eine berühmte Geschichte, das Geld im Plastiksackerl, im BILLA-Sackerl –, der ja auch sein Nationalratsmandat deswegen zurücklegen musste, weil ihm vorgeworfen wurde, dass er Gelder kassiert hat und die nicht versteuert hat.

Hat Ihr Bruder auch deswegen Bedenken gehabt, oder war das nur rein ideologisch, weil er bekennender Sozialdemokrat war und der Herr Meischberger als FPÖ-Mann galt?

Dr. Peter Hochegger: Natürlich ideologische Gründe, aber der zweite Ansatz war, dass er natürlich gespürt hat, dass das in der Medienlandschaft einfach für unser Image nicht von Vorteil war. Und das hat er auch immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Warum imagemäßig nicht zum Vorteil?

Dr. Peter Hochegger: Weil das einfach so wahrgenommen wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und trotzdem haben Sie noch mit dem Herrn Meischberger so viele Aktivitäten gesetzt? Das Image war Ihnen also egal?

Dr. Peter Hochegger: Ja, es war meine Entscheidung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das wollte ich nur wissen. Also es war Ihre Entscheidung, nicht die Ihres Bruders. Gut.

Ich komme zurück, Sie haben vorher genannt eine andere spannende Person, und dann komme ich in weiterer Folge zur Novelle des Telekommunikationsgesetzes, die auch Kollege Pilz schon angesprochen hat.

Sie haben genannt die Person **Reinhart Gaugg**, der auch auf Ihrer Payroll war, ich glaube, mit 30 000 €. Ich sage es jetzt aus meinen Gedanken heraus, wie ich glaube, es in den Akten gelesen zu haben. Korrigieren Sie mich dann, wenn die Summe falsch ist, aber aus meinem Gedächtnis heraus waren es 30 000 €.

In Ihrer Einvernahme dazu, auf die Frage zur Beschäftigung von Personen in der Valora, nennen Sie **Reichhold** und **Gaugg**, und sagen, dass seien beides „Wünsche“ gewesen – „Wünsche“ unter Gänsefüßchen, so ist es im Einvernahmeprotokoll –, die von der Telekom geäußert wurden.

Jetzt kennen wir auch alle die Geschichte des Herrn Gaugg, und ich frage mich wirklich, wer in der Telekom konnte ein Interesse daran haben, dass ausgerechnet der Herr Gaugg – mit seiner Lebensgeschichte auch, die tragisch genug ist – auf einmal da in Ihrem Unternehmen über die Valora Zahlungen erhält?

Dr. Peter Hohegger: Ich kann zu Herrn Gaugg nichts sagen, ich kenne ihn auch nicht. Vielleicht habe ich ihn irgendwann einmal wo gesehen oder ihm die Hand geschüttelt, aber ich kann über seine Qualifikationen nichts sagen. Mir ist aber glaubhaft vermittelt worden, dass Gaugg für das Projekt „e-card“ als Kenner des Hauptverbandes unterstützend mitarbeitet und mitgearbeitet hat. Und für mich war diese Argumentation – ich glaube, das ist bei der Telekom aus dem Business Solutions-Bereich gekommen – durchaus schlüssig, und daher habe ich dem auch zugestimmt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Darf ich Sie fragen: Was hat denn die Telekom mit der e-card zu tun?

Dr. Peter Hohegger: Das Projekt war im Jahr 2005, ich kann mich auch heute im Detail nicht mehr daran erinnern, es war aber so, dass ich unterstützend immer wieder bei Großprojekten der Business Solutions mitgearbeitet habe, und dorthin würde ich das einordnen. – Ich meine aber, wenn man wirkliche Details dazu haben will, muss man die zuständigen Leute in der Telekom fragen.

Es ist durchaus nicht unüblich, dass Sublieferanten, wenn die Kenntnis ihrer Fähigkeiten im Unternehmen vorhanden ist, dass man solche Wünsche äußert – und dem Wunsch habe ich Rechnung getragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie waren oberster Berater der Telekom, Sie haben über die Valora auf Wunsch der Telekom den Herrn Gaugg beschäftigt; Sie kennen die Lebensgeschichte des Herrn Gaugg. – Sie haben irgendetwas gehört von e-Card und wissen nicht mehr dazu und haben trotzdem Herrn Gaugg dann diese Summe von 30 000 € zukommen lassen.

Wie können Sie dem Herrn Gaugg eine Summe in dieser Größenordnung zukommen lassen, ohne genau zu wissen, welche Leistung er für **Sie** erbringt? Er war ja bei der Valora angestellt, bei **Ihrem** Unternehmen.

Dr. Peter Hohegger: Nein, war er nicht angestellt, Herr Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann lese ich Ihnen das aus der Beschuldigtenvernehmung vor, was Sie dort geantwortet haben. Da sagen Sie nämlich etwas anderes.

Beschuldigtenvernehmung Hohegger, 26. September, Nachfrage des Staatsanwaltes – Sie sagen, der Herr Gaugg war nie bei der Valora oder war nie über die Valora in einem Besoldungsverhältnis –:

Gab es irgendwelche anderen Politiker oder Ex-Politiker, die bei Ihnen beziehungsweise der Valora AG auf Wunsch von Personen in der Telekom tätig wurden?

Ihre Antwort: Ja, es gab noch Matthias Reichhold und Gaugg. Auch diese wurden auf Anregung beziehungsweise Wunsch der Telekom ... –

„zustande kamen“ steht da; das ist irgendwie falsch geschrieben da ...

Hohegger weiter:

Meiner Erinnerung nach weiß ich leider nicht mehr, welche konkreten Personen konkret sich diese Personen „gewünscht“ hatten. – Zitatende.

Also war jetzt der Herr Gaugg in einem Besoldungsverhältnis zur Valora oder nicht? In der Beschuldigtenvernehmung haben Sie gesagt **ja**.

Dr. Peter Hohegger: Es gibt ja nur einen kleinen Unterschied. Gaugg war nicht in einem Angestelltenverhältnis, sondern er hat einen Auftrag abgewickelt und hat dafür ein Honorar von 30 000 € bekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Da haben Sie geschickt versucht, herauszukommen. Ist aber nicht geglückt.

Dann frage ich Sie: Herr Gaugg war in keinem Angestelltenverhältnis, hat aber trotzdem Zahlungen bekommen von der Valora in Höhe von 30 000 €.

Noch einmal: Was war die konkrete Leistung des Herrn Gaugg für diese 30 000 €? Sie müssen es ja wissen.

Dr. Peter Hohegger: Ich verweise auf meine vorher gemachte Antwort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihre vorher gemachte Antwort war, Gaugg hat irgendetwas mit der e-Card gemacht und war befähigt, weil er irgendwie da im Hauptverband der Chef werde sollte. Aufgrund einer Alko-Fahrt hat er dann zurücktreten müssen – das ist ein anderes trauriges Kapitel –, und mehr können Sie dazu nicht sagen. Sie wissen es nicht.

Dann haben ich Sie gefragt: Was hat die Telekom mit der e-Card zu tun? Das konnten Sie mir nicht beantworten.

Ich frage Sie noch einmal: Sie haben dem Herrn Gaugg über Ihre Firma Valora auf Wunsch der Telekom über 30 000 € zukommen lassen. Was war die konkrete Leistung – „Was war mei Leistung?“ im Meischberger-Satz –, was war die **konkrete Leistung** des Herrn Gaugg? Was hat er gemacht? E-Card? Telekom? Was war das für ein Projekt? 30 000 € ist ja nicht irgendetwas. Das ist vielleicht für Sie wenig Geld, aber für manche Menschen hier in diesem Saal und für irgendeinen Mindestpensionisten ist das enorm viel Geld. Für mich sind 30 000 € auch viel Geld. – Also erklären Sie mir das bitte.

Dr. Peter Hohegger: Auch für mich ist es viel Geld. Ich verweise auf meine vorher gemachten Antworten, dass es unterschiedliche Kategorien gegeben hat. Die Telekom Austria hatte im Rahmen von Projekten immer wieder die Möglichkeit, vorzugeben, wer als Subauftragnehmer beschäftigt wird – von vornherein war es zum Beispiel die MediaSelect –, und auch während eines Projektauftrages zu sagen, wir hätten gerne den Herrn XY oder dass das Unternehmen A, B, C da miteingebunden wird. Nicht mehr und nicht weniger. Und so war es auch mit dem Herrn Gaugg.

Ich gehe davon aus, dass Herr Gaugg der Telekom gegenüber eine zufriedenstellende Leistung geliefert hat. Mir wurde jedenfalls nichts Gegenteiliges berichtet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): „Ich gehe davon aus“ heißt, Sie wissen es nicht. Sie können es nicht zu 100 Prozent sagen, ob Gaugg gegenüber der Telekom eine Leistung erbracht hat. Sie nennen die e-Card. Ja, gut, meine E-Card habe ich hier mit. Ich weiß nicht, was die e-Card jetzt mit der Telekom oder einem Handy zu tun hat, das ist ja keine SIM-Karte. Sie wissen es also nicht und haben trotzdem dem Herrn Gaugg ... – Sie sagen selber, 30 000 € sind auch für Sie viel Geld, also frage ich Sie noch einmal:

Warum haben Sie über die Valora viel Geld, wie Sie selber sagen, dem Herrn Gaugg zukommen lassen? Können Sie jetzt eine konkrete Leistung von ihm nennen?

Sie können sie nicht nennen. Ich frage Sie daher ganz konkret: Waren das dann Bestechungsgelder oder irgendein Gefallen, den Sie politisch „schuldig“ waren, und daher haben Sie dem Herrn Gaugg das zukommen lassen, und es gab überhaupt keine Leistung? Nach siebenminütiger Befragung zum Herrn Gaugg, wo Sie selber sagen, er hat über die Valora 30 000 € bekommen, wo Sie selber sagen, das war ein Wunsch der Telekom, den Sie umgesetzt haben, wo Sie selber sagen, diese 30 000 € sind auch viel Geld für Sie, wo Sie selber jetzt gesagt haben, Sie gehen davon aus, dass Gaugg gegenüber der Telekom eine Leistung erbracht hat, aber Sie wissen es nicht genau, dann lässt für mich das nur den Schluss zu, dass es da einen Geldfluss gibt von über 30 000 € an einen ehemaligen FPÖ-Politiker, der sachlich nicht begründet werden kann und wo keine sachliche Gegenleistung für die Zahlung dieser Summe gegenübersteht. Dann wissen wir, in welche Richtung wir uns strafrechtlich und auch politisch bewegen.

Daher meine Frage noch einmal: Was war die Leistung des Herrn Gaugg? Und: Hat es sich hiebei um irgendwelche Bestechungsgelder, Zuwendungen, wo keine Leistungen dahinterstehen, an den Herrn Gaugg gehandelt?

Dr. Peter Hohegger: Es waren keine Bestechungsgelder; a).

b) Die Telekom Austria hat sich für ein Projekt den Herrn Gaugg als Subunternehmer gewünscht. Ich bin davon ausgegangen, dass die Herren, die sich das gewünscht haben, genau wissen, wofür Sie den Herrn Gaugg brauchen. Ich gehe auch davon aus, dass er die Leistung, was immer von ihm erwartet wurde, ordnungsgemäß erbracht hat. Mir wurde nichts Gegenteiliges von der Telekom Austria kommuniziert.

Und im Übrigen ist es durchaus möglich, in der Zusammenarbeit zwischen Auftraggebern und Agenturen, dass sich ein Auftraggeber auch Subunternehmer wünschen kann, und diesem Wunsch der Telekom Austria habe ich Rechnung getragen, weil einfach die Argumente plausibel waren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Der Herr Gaugg wurde ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: So, wir sind in der 9. Minute. Eine letzte Frage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Einen Schlusssatz ganz kurz, denn das ist ein wichtiger Komplex.

Aber der Herr Gaugg wurde nicht von der Telekom bezahlt, sondern der wurde von **Ihnen** bezahlt mit **Ihrem** Geld, woher auch immer Sie es haben, weil er es von der **Valora** bekommen hat. Daher muss nicht die Telekom die Leistung begründen, sondern **Sie** müssen sie begründen, denn **Sie** haben dem Herrn Gaugg über **Ihre** Firma, die **Ihnen** gehört, von **Ihrem** Geld 30 000 € gegeben.

Warum haben Sie das gemacht?

Dr. Peter Hohegger: Herr Gaugg hat im Rahmen eines Großprojektes für die Telekom Austria gearbeitet. Die Telekom Austria hat sich ihn als Subunternehmer

gewünscht. Ich habe dem Wunsch Rechnung getragen. Das war so. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau das ist das Problem.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Nächster Fragesteller ist Herr Abgeordneter Jarolim.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Herr Hohegger, es ist uns jetzt gelungen, da noch eine Unterlage „herauszugraben“, die ich Ihnen jetzt vorhalten möchte, und zwar mit der Strohfrau von Herrn Gorbach, der Frau Kröll-Maier.

Frau Kröll-Maier sagt über Befragung, wie diese Geschäftsabläufe stattgefunden haben – ich zitiere –:

Auf Nachfrage, ob es für die Firma Valora AG jemals, wie vertraglich vereinbart, Leistungen meinerseits gab, gebe ich an, dass es nie eine Leistung meinerseits für die Valora AG gab. – Zitatende.

Ich nehme an, das werden Sie unterstreichen?

Dr. Peter Hohegger: Stimmt, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gab's nicht.

Ich zitiere weiter:

Warum von der Valora AG diese Rechnung auch tatsächlich bezahlt wurde, wenn es nie Leistungen meiner Firma gab, gebe ich an, dass ich mich hier total auf Hubert Gorbach verlassen hatte und die Herkunft des Geldes nie hinterfragt habe.

Stimmt auch?

Dr. Peter Hohegger: Stimmt, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ):

Ich zitiere weiter:

Befragt, ob ich Herrn Dr. Peter Hohegger jemals persönlich kennenlernte, gebe ich an, dass ich Herrn Hohegger einmal, glaublich Ende 2006, traf. Er wollte mich persönlich kennenlernen. – Zitatende.

Ich nehme an, das stimmt auch.

Dr. Peter Hohegger: Stimmt, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Schon aus Höflichkeit.

Ich zitiere weiter aus der Einvernahme von Frau Kröll-Maier:

Ich denke, das Treffen stand damals schon im direkten Zusammenhang mit meiner Firmengründung und den folgenden Zahlungen. Das Treffen wurde von Gorbach und Hohegger organisiert. Es war schließlich eine kurze Vorstellung bei Dr. Peter Hohegger in Wien. Das Treffen war im Gebäude des BMVIT des Vizekanzlers. Meiner Erinnerung nach plädierte er bei diesem Gespräch auf meine Loyalität. – Zitatende.

Was heißt das, dass Sie an ihre Loyalität plädieren? Warum tun Sie das?

Dr. Peter Hohegger: Ich kann mich nicht erinnern, dass ich an ihre Loyalität ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das unterstreicht sie besonders. Was kann da sein? Warum muss sie loyal sein? Wem gegenüber: Ihnen oder dem Herrn Gorbach gegenüber, dem „Zentralgestirn Europas“?

Dr. Peter Hohegger: Ich kann mich an dieses Gespräch und an den Inhalt im Detail nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Aber es kann durchaus sein, dass Sie an ihre Loyalität appelliert haben?

Dr. Peter Hochegger: Der Vorschlag, dass ...

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Na, war das in der Luft, dass es sich da um einen doch massiv rechtswidrigen Vorgang handelt? Sagen wir es einmal so.

Dr. Peter Hochegger: Ich habe nicht das Gefühl gehabt, dass es sich um einen rechtswidrigen Vorgang handelt. Herr Gorbach hat selbst vorgeschlagen, das Beratungsmandat über einen Werkvertrag von der Frau Kröll-Maier abzurechnen. Ich habe die beiden als **Team** gesehen, und es war für mich nichts Unübliches.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Es war Ihnen ja Wurscht.

Es gibt dann da noch eine Aussage einer Frau Rabl. Kennen Sie Natascha Rabl von der Agentur 100 %Communication?

Dr. Peter Hochegger: Sagt mir nichts.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Frau Rabl kennt Sie offensichtlich, und zwar recht gut, und führt hier aus – die 100 %communication ist ja die Gesellschaft von der Frau Rumpold gewesen –, dass Sie sehr oft gesehen wurden. Sie führt dann im weiteren Zusammenhang aus über die Geschäfte, die eigentlich im Zusammenhang mit Ihnen und mit der Telekom dort abgewickelt wurden und die einigermaßen, ja, doch vehement scheinen:

Ich zitiere aus der Einvernahme von Frau Rabl:

Ich weiß, dass es eine Rechnung von der Telekom Austria gegeben hat, die ich geschrieben habe. –

Also die schreibt offensichtlich die Rechnungen der Telekom, wo dann Zahlungen generiert werden. –

Ich weiß, dass ich im Auftrag von Rumpold Erika bei der Telekom Austria AG angerufen habe, um nachzufragen, wie genau der Rechnungstext lauten sollte. Es war mit Sicherheit ein Mann, mit dem ich telefoniert habe, glaublich, Schieszler. Ich kann mich noch erinnern, dass Frau Rumpold gesagt hat, dass der jetzige Geldbetrag vermutlich in Höhe von 150 000 nur der Anfang sei und es noch mehr Geld von der Telekom Austria AG geben wird. –

Das ist so: Der Geldfluss, der große, steht bevor. –

Erika hat mir damals einen Text angesagt. Dann habe ich sie darauf aufmerksam gemacht, dass wir auch etwas in der Hand haben müssen –

also die Dienstnehmerin warnt da mehr oder weniger den Arbeitgeber –,

wenn wir diesen Text schreiben und dieser auch eine Gegenleistung ausweisen muss. Rumpold hat mir dann erklärt, dass es so weit nicht kommen werde –

dass nämlich eine Gegenleistung erbracht wird, es wird nur inkassiert –,

und überhaupt mitgeteilt, dass mich all das nicht zu interessieren hat. Sie erklärte mir dann aber doch, dass das Projekt gestartet wird beziehungsweise ein, zwei Rechnungen mit einem 08/15-Text zu schreiben sind und es niemals zur Fertigstellung des Projektes kommen wird. – Zitatende.

War eigentlich bei all den Geschäften, die Sie da entriert haben, irgendwann einmal ernsthaft in Aussicht genommen, dass eine **Leistung** zu erbringen ist – oder war das eigentlich grundsätzlich so, dass man Leistungen eben nicht zu erbringen hat und es **Wesen** des Geschäftes ist, dass die Telekom einfach Geld irgendwohin überweist?

Dr. Peter Hochegger: Herr Jarolim, ich kann über die Geschäftspraktiken der Familie Rumpold keine Auskunft geben. Ich habe weder Erika Rumpold noch Gernot Rumpold kennengelernt und auch mit ihnen geschäftlich keinen Kontakt gepflegt.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Ja, aber das ist ja eine kleine Mitarbeiterin, die hat ja keinen Anlass, dass sie da jetzt irgendjemanden „eintunkt“. Das ist eine Mitarbeiterin, die ist dort alleinige Sekretärin, das ist die Einzige, die dort tätig ist, die von sich selbst sagt, ich bin hier die Einzige, die tätig war, und muss daher wissen, was ist, die sich sogar noch beraten lässt anwaltlich, ob ihr etwas passieren kann, wenn sie diese Aussagen tätigt, und die Sie aber in einem derart zentralen Zusammenhang nennt, die sagt, Sie waren da die Ansprechperson von der Frau Rumpold, Sie waren derjenige, der mehr oder weniger mit ihr gemeinsam beschlossen hat, was zu tun ist. Dann werden Rechnungen ausgestellt mit einem 08/15-Text, der da drinnen steht, und die Leistungen werden gar nicht erbracht, sondern das Wesentliche ist nur, dass eine Rechnung ausgestellt und bezahlt wird. Und in diesem Zusammenhang werden permanent **Sie** genannt.

Dr. Peter Hochegger: Wenn mich diese Mitarbeiterin – wie heißt sie: Rabl? (*Abg. Dr. Jarolim: Ja, Natscha Rabl!*) – nennt, kann ich nur sagen: Ich habe die Frau Rumpold und ihren Mann nie kennengelernt – **nie kennengelernt!** – und habe mit ihnen auch keinen geschäftlichen Kontakt gepflegt.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Ich frage mich nur – ich meine, wir hören das ja heute nicht zum ersten Mal –, warum können all diese Menschen, die Sie nicht kennen, warum können die so etwas sagen? Glauben Sie, dass es da einen Generalplan gibt, der Sie da irgendwie ... – Das ist mir nicht ganz erklärlich. Es passt insofern alles zusammen, als alle die gleiche Geschichte erzählen. – Aber ich glaube, es erübrigt sich eine weitere Befragung.

Dr. Peter Hochegger: Auch wenn diese Leute die gleiche Geschichte erzählen, ist sie immer noch nicht wahr.

Ich wiederhole: Ich habe Herrn Rumpold und Frau Rumpold nie kennengelernt und habe mit ihnen auch nicht zusammengearbeitet.

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Ich will Ihnen ja nicht nahetreten, ich habe nur hier die Akten, so wie sie sind ...

Dr. Peter Hochegger: Na, aber es ist jetzt schon das dritte Mal. Jetzt sage ich es zum **dritten Mal:** Ich habe mit denen nie zusammengearbeitet, habe auch nie einen Wert drauf gelegt! Und so war's!

Abgeordneter Dr. Hannes Jarolim (SPÖ): Deswegen steht es trotzdem drin. – Danke.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben die Rumpolds nie kennengelernt und so weiter.

Ich möchte mir jetzt kurz einmal anschauen – vielleicht können wir das anhand eines Beispiels erläutern –, wie glaubwürdig Ihre Aussagen sind.

Ich zitiere wörtlich aus Ihrer vierten Beschuldigtenvernehmung vom 3. November 2009, und zwar befragt zur Rechnung der Astropolis an die Porr Holding AG vom 2.11.05 über 25 000 € für Beratungsleistungen ungarische Autobahnen in den Monaten August 05 bis Oktober 05:

Die Porr wollte damals von mir wissen, wie die Stimmungslage in der ungarischen Regierung bezüglich Investitionsprojekte ist und welche Firmen aus welchen Ländern Chancen haben, bei diesen Projekten zum Zug zu kommen. – Zitatende.

Halten Sie diese Aussage aufrecht?

Dr. Peter Hochegger: Habe ich ja dann widerrufen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also haben Sie bei Ihrer ersten Aussage offensichtlich die Unwahrheit gesagt. Wie war dann die Wahrheit? Was haben Sie dann ausgesagt? Wie ist der derzeitige Wahrheitsstand?

Dr. Peter Hochegger: Kennen Sie das Protokoll?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie gefragt. Wie erklären Sie diese 25 000 € von der Porr? Wer hat sie bekommen? Ungarische Autobahnen: wer?

Dr. Peter Hochegger: Nein, es hat kein Beratungsverhältnis gegeben. Das habe ich auch so ausgesagt. Das war eine Zuwendung an das **BZÖ**. Damit wurden Regenjacken angekauft für einen Wahlkampf. Diese Regenjacken sind zwei Jahre bei uns im Keller gelegen, und ich habe dann im Jahr 2007, nachdem ich ja mit Hubert Gorbach zusammengearbeitet habe, ihn darauf angesprochen und habe ihn gefragt, ob man diese Regenjacken nicht abholen kann. Da hat er gesagt, okay, und ich habe sie mit einer Spedition nach Vorarlberg geschickt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich möchte mit Ihnen – das wird sich wahrscheinlich heute nicht mehr ausgehen – die Meischberger-Frage „Wo is mei Leistung?“ anhand einer ganzen Reihe von Überweisungen durchgehen.

Wir werden beginnen mit **Austriaconsult** des Herrn Gartlehner. 103 209 Rechnungen; noch einmal Kusun im Zusammenhang mit FCG – da gibt es noch einiges zu erklären – , insgesamt 211 000 € und nicht nur die 140 000 € für Kusun; diese „Feuerlöscher“-Bezahlung für Gaugg, 10.3.2005, 36 000, wo es für mich Grund zur Annahme gibt, dass das bereits im TKG-Vorfeld sein könnte, muss aber nicht sein.

Reichhold, 30.12.05, 144 000 €. Dem sind mit Sicherheit Leistungen gegenübergestanden. Ich werde mit Ihnen durchgehen, wie mit Ihrer Hilfe der unabhängige Telekom-Regulator ...

Dr. Peter Hochegger: Herr Abgeordneter, diese 144 000 stimmen nicht, das ist nur eine Doppelbuchung wegen des Jahreswechsels. Es sind nur 70 000.

Dr. Peter Hochegger: Herr Dr. Hochegger, ich habe Sie nicht ersucht, mich zu unterbrechen. Ich komme dann auf Doppelbuchungen und so weiter zurück, wenn wir diesen Punkt durchgehen; ich weiß das. Ich halte nur das fest, was in den ursprünglichen Protokollen steht. Da geht es um eine konzertierte Aktion, den Telekom-Regulator Otruba mit Ihrer Hilfe abzuschließen und mithilfe eines FPÖ-Abgeordneten und seiner Agentur einen anderen Telekom-Regulator zu installieren, nämlich Herrn Dr. Serentschy. Das ist auch alles aktenmäßig festgehalten, und zum Schluss werde ich mit Ihnen noch einmal Waldhaus (*phonetisch!*) und MediaSelect durchgehen, aber bleiben wir jetzt einmal bei Gartlehner.

Wir haben einmal die gesamten **Gartlehner-Rechnungen**. Das ist ein etwas unübliches Rechnungswesen, das am 30. März 2008 beginnt und neun Rechnungen später am 30.12.2008 endet:

Honorarnote –

ich zitiere nur die erste, es ändert sich nichts mehr –

für operative Beratungen gemäß Kooperationsvereinbarungen. – Zitatende.

Aus Ihren Befragungen geht hervor, dass es da nicht einmal einen schriftlichen Vertrag gibt, sondern nur eine mündliche Vereinbarung – ich betone das – gegeben haben soll.

Ich zitiere aus einem E-Mail, Donnerstag, 12. Februar 2009, von Peter Hochegger an Hannes Ametsreiter:

Lieber Hannes! Erstens, RTR-Powerplay: Ich habe mich zu diesem Thema mit Kurt Gartlehner getroffen. Er wird uns im abgestimmten Powerplay gerne unterstützen und dir bei Kontakten und Meinungsbildung innerhalb der SPÖ behilflich sein. Die Planung der Aktivitäten erfolgt zuerst in der Arbeitsgruppe mit Martin Fröhlich und Alois Schrems, die diese mit dir abstimmen. Kurt Gartlehner bittet, die ÖVP-Kreise in der Telekom über seine Tätigkeiten nicht zu informieren. – Zitatende.

Was können Sie dazu genau sagen? Was genau wollten Sie damit dem Herrn Ametsreiter am 12. Februar 2009 mitteilen?

Dr. Peter Hochegger: Hierbei handelt es sich um einen Auftrag der Telekom Austria an die Hochegger.com. Es ist um die Mietleitungen gegangen. Die Regulierungsbehörde wollte von der Telekom Austria eine genaue Kostenrechnung haben, und es stand die Gefahr eines Margenverlustes von bis zu 25 Millionen € im Raum.

Mein Vorschlag an die Telekom Austria war, das Ganze mit dem Problem **Arbeitsplätze** zu verknüpfen, diesen im Raum stehenden Verlust von Arbeitsplätzen entsprechend zu thematisieren – und über Ministerien und auch verschiedene Personen auf die Regulierungsbehörde Druck auszuüben, damit der Telekom Austria nicht eine Regulierung aufgezwungen würde, die zu einem dramatischen Margenverlust führen würde. Das war der Auftrag.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist der sachliche Inhalt. Aber da ist die Rede von einem **abgestimmten Powerplay**, wobei Gartlehner Ihnen offensichtlich zugesagt hat, den Herrn Ametsreiter und seine Telekom zu unterstützen.

Erklären Sie mir bitte diesen Satz – ich zitiere –:

Kurt Gartlehner bittet, die ÖVP-Kreise in der Telekom über seine Tätigkeiten nicht zu informieren. – Zitatende.

Das verstehe ich nicht. Wenn das alles sachlich so **zwingend** war, warum durfte die ÖVP nichts davon wissen?

Dr. Peter Hochegger: Das müssen Sie den Herrn Gartlehner fragen, aber das Powerplay hat ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (unterbrechend): Nein, mich interessiert jetzt nicht die Information der ÖVP.

Dr. Peter Hochegger (fortsetzend): ... darin bestanden, dass er mit den Betriebsräten der Telekom Austria erstens ins Ministerium gepilgert ist und dort sozusagen die Dramatik dargestellt hat, und zweitens eben mit den Betriebsräten auch zum Herrn Serentschy gegangen ist, um das entsprechend zu argumentieren.

Warum Gartlehner nicht wollte, dass das die ÖVP-Betriebsräte wissen, dazu kann ich Ihnen leider nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie haben ja hervorragende Erfahrungen mit ÖVP-Betriebsräten gehabt. Sie haben selbst den Herrn Kussin gekauft, Sie haben selbst der FCG gespendet, das war ja alles keine große Bedrohung.

Noch einmal: Da geht es nicht um Betriebsräte, da geht es um **ÖVP-Kreise in der Telekom**. Kurt Gartlehner bittet darum, die ÖVP-Kreise in der Telekom über seine Tätigkeit nicht zu informieren, schreiben Sie dem Generaldirektor Ametsreiter am 12. Februar 2009.

Warum sollten die **ÖVP-Kreise in der Telekom** nichts wissen über das abgestimmte Powerplay mit Abgeordnetem Gartlehner? – Ich weiß es nicht. Wissen Sie es?

Dr. Peter Hochegger: Ich weiß es auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Sie wissen es auch nicht. Sie haben also hier nur eine Bitte, wenn ich es richtig verstehe. Oder: Haben Sie damit nur eine Bitte des Abgeordneten Gartlehner an den Generaldirektor Ametsreiter weitergegeben?

Dr. Peter Hochegger: Kann sein. Kann auch sein, dass das eine gemeinsame Überlegung war. Es ist doch schon einige Jahre her, an alle Details kann ich mich nicht erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Gartlehner bekommt da eine Rechnung nach der anderen bezahlt: 30. März 2008, 10 800 €; 15. Mai 2008, 7 200 €; und das geht so weiter; ich erspare mir jetzt die komplette Aufzählung. Wir können anhand der ganzen Aussagen, Vorgänge, und so weiter, eines sehr klar nachvollziehen:

Im Jahre 2008 hatte der Herr Abgeordnete Gartlehner eine einzige Aufgabe, für die er von der Telekom über Sie gekauft worden ist. Das war die TKG-Novelle 2009. Ziel war Folgendes: Erstens die Interessen der Telekom durchzusetzen, und zweitens ein Begutachtungsverfahren zu vermeiden. Voraussetzung, um das Begutachtungsverfahren vermeiden zu können, war, dass es keine Regierungsvorlage, sondern einen **Initiativantrag** von Abgeordneten dieses Hauses gibt.

Hat es Ihres Wissens einen Initiativantrag von Abgeordneten dieses Hauses gegeben?

Dr. Peter Hochegger: Ich kann mich nicht daran erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann mich gut erinnern. Es war ein Initiativantrag der Abgeordneten Hakl von der ÖVP und des Abgeordneten Gartlehner von der SPÖ. Der Abgeordnete Gartlehner versucht in seiner Befragung dann die Schuld, meiner Meinung nach in diesem Fall überhaupt nicht zu Recht, auf die Abgeordnete Hakl zu schieben – wir kommen später, bei seiner Befragung sicherlich noch darauf zurück – und versucht, darzustellen, sie habe versucht, ihm das irgendwie reinzudrücken. – Das hat überhaupt nichts mit der Realität zu tun.

Jetzt frage ich Sie zu einer anderen Firma, die auch im Rechnungswesen der Valora AG vorkommt. Das ist die Firma WABE GmbH, an die die Valora 72 000 € überwiesen hat.

Können Sie mir sagen, was die Tätigkeit der WABE GmbH war, und wer die WABE GmbH ist?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe vorher die WABE GmbH schon erwähnt. Das ist eine Firma, die im Einflussbereich von Kurt Gartlehner ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Inwiefern ist sie im Einflussbereich?

Dr. Peter Hochegger: Gartlehners Sohn ist dort Geschäftsführer.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und welche Telekommunikationsagenda führt die Firma WABE GmbH durch?

Dr. Peter Hochegger: Die Firma WABE GmbH hat eine Studie für eine Produktentwicklung gemacht ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Welches Telekom-Produkt?

Dr. Peter Hochegger: Es war kein Telekomprodukt, sondern für meine Lebensmittelfirma.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hat es sich da um Bienenprodukte gehandelt? (*Dr. Hochegger: Richtig! Ja!*) – Ist das über Telekom-Gelder finanziert worden?

Dr. Peter Hochegger: Ich habe das in der Kostenrechnung Telekom-Budgets zugeordnet, aber das hat mit Telekom nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber welches Bienen-Interesse hat die Telekom mit diesen 72 000 € verfolgt? (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Dr. Peter Hochegger: Keines. Die Telekom Austria hat das auch nicht bezahlt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Hochegger, Sie haben das Recht, als Beschuldigter in einem Strafverfahren – nicht hier im Ausschuss, damit kein Missverständnis entsteht –, so wie damals bei der Porr-Geschichte auch die Unwahrheit zu sagen. Das nehmen wir auch alles zur Kenntnis. Nur nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass, wenn das auf Telekom verbucht wird – wie die Gorbach-Sekretärin, wie vieles andere, ich kann Ihnen auch die Abzeichnungen zeigen, und so weiter, das ist vollkommen eindeutig –, dann hat das auch die Telekom **bezahlt**.

Die Telekom hat das bezahlt, und wir werden die Verantwortlichen der Telekom auch fragen, welches Interesse Sie hatten, Bienenprodukte als Telekom Austria AG zu fördern. Die Antwort ist wahrscheinlich relativ leicht. Es ist ja nicht um die Biene gegangen, sondern um den Gartlehner-Sohn. Herr Abgeordneter Gartlehner hatte offensichtlich Interesse, dass die bienen- und honigunternehmerische Tätigkeit seines Sohnes eine Telekom-Förderung erfährt, weil die bienenwirtschaftliche Tätigkeit sonst vielleicht wirtschaftlich nicht so erfolgreich gewesen wäre. Und ein gewisser Bienenfleiß ist ja allen Beteiligten da nicht abzusprechen. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte bienenfleißig fragen, denn wir sind am Ende der Zeit!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Mein Bienenfleiß würde keine Grenzen kennen.

Jetzt sind wir erst bei einem Teil, nämlich Gartlehner, wir nähern uns dann der FCG, wir haben auch das Thema Gaugg noch nicht ordentlich behandelt.

Eine der spannendsten Geschichten wird ja noch der FPÖ-Abgeordnete **Firlinger**, der Ihnen geholfen hat beim Telekom Auftrag, als es darum ging, Otruba als Regulator abzuschließen und durch den Telekom-Mann Serentschy zu ersetzen, wie man das durchführt. Da waren Sie gemeinsam mit Abgeordneten der Freiheitlichen durchaus erfolgreich. – Aber dazu kommen wir sicherlich in einer nächsten Runde. – Danke vorerst.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Hochegger! Ich darf noch einmal zurückkommen auf Ihre Vorbereitungen, die Sie für Ihr Unternehmen getroffen haben: in Form von Strategiekonzepten, Zukunftskonzepten beziehungsweise Masterplänen. In derartigen Konzepten ist es üblich, dass man ein Unternehmen in seinen Stärken positiv darstellt, das entsprechend unterstreicht beziehungsweise auch die Schwächen darstellt und in manchem leider auch einen Mitbewerber auf eine Art und Weise behandelt, dass er **nicht** so optimal dasteht, neudeutsch: dirty campaigning.

Derartige Dinge soll es ja auch gegeben haben, und meine Frage, die ich an Sie richte, ist: Wenn Sie nach diesem Läuterungsprozess, den Sie uns eingangs präsentiert haben ... – Sie haben gesagt, Sie haben erkannt, dass Sie in manchen Bereichen Fehler gemacht haben, und wollen das quasi verbessern. Dann biete ich Ihnen jetzt die Chance dazu und frage Sie:

Aufgrund Ihres Erfahrungsschatzes, den Sie haben, und aufgrund des Wissensstandes, den Sie im Nachhinein haben: Gibt es Bereiche, wo Sie sagen, es ist

Ihnen ein gravierender Fehler passiert? Fällt Ihnen dazu etwas ein? – Dirty campaigning in war in diesem Fall nicht richtig, das war menschlich nicht sauber, das möchte ich gerne zurechtrücken, gerade stellen.

Dr. Peter Hochegger: Es ist in der Wirtschaft leider üblich, weil es ja einen harten Wettbewerb gibt, dass man die Schwächen des Konkurrenten einfach in die Auslage stellt. Das habe ich durchaus oft gemacht – und energetisch gesehen, bekommt man das im Leben immer wieder zurück. Ja, aber ich ...

Es gibt viele Dinge. Wir haben gegen die Asbest-Industrie Stimmung gemacht, gegen Eternit, im Auftrag der BRAMAC. Auf der einen Seite war es dirty campaigning – und auf der anderen Seite war es mit guten Argumenten untermauert, die einfach richtig waren.

Wir haben im Auftrag der Telekom die Gesundheitsauswirkungen des Mobilfunks thematisiert. Da hat die Mutter sozusagen gegen die eigenen beziehungsweise gegen die Interessen der Tochter gearbeitet, einfach weil der Mobilfunk dem Festnetz viel weggenommen hat.

Und so gäbe es viele Beispiele für Dinge, die ich heute so nicht mehr machen würde.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das bezieht sich aber doch sehr oft nicht nur auf Unternehmen, sondern auch auf Personen, die davon betroffen sein können; und das kann sich, wie Sie ja gesagt haben, energetisch sehr negativ auswirken.

Fallen Ihnen in diesem Zusammenhang Namen ein?

Dr. Peter Hochegger: Wenn Sie mir Namen nennen, kann ich gerne dazu Stellung nehmen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Die Frage war umgekehrt: Ich habe **Sie** gefragt.

Dr. Peter Hochegger: Also auf dieses Thema habe ich mich jetzt nicht vorbereitet.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Zu einem anderen Themenkomplex. Herr Hochegger, Sie haben den Herrn Meischberger zuerst als den Medienfachmann dargestellt, der gute Kontakte hatte, der Aufgabenstellungen hatte.

Wie waren die Aufgabenstellungen konkret? Und: Wer waren die konkreten Adressaten des Herrn Meischberger?

Dr. Peter Hochegger: Die Zusammenarbeit mit Herrn Meischberger war vielschichtig. Er hat mir geholfen, Aufträge zu bekommen, er hat Türen geöffnet. Das heißt, wir waren in der Lage, sozusagen bei Ministerien zu präsentieren, die im Einflussbereich der FPÖ standen. Es war die Elternbildungskampagne im Sozialministerium. Meischberger hat auch den Kontakt zu Reichhold hergestellt, auch dort haben wir einen Auftrag bekommen. Wir haben auch im Bereich eines Medienprojektes zusammengearbeitet. Ich war Mitherausgeber oder Gesellschafter beim „Seitenblicke“-Magazin.

Ich habe auch den Herrn Meischberger so wahrgenommen, dass er von der Wirtschaft durchaus hofiert wurde – in meinem Beisein hat er ein paar Mal mit Sigi Wolf telefoniert. Die Raiffeisen-Centrobank ist mit ihm zu mir gekommen und sie haben gesagt, wir wollen einen Auftrag gemeinsam abwickeln. Damit habe ich gesehen: Meischberger hat durchaus Akzeptanz in Wirtschaftskreisen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Hochegger! Was waren konkret die Aufgabenfelder – wenn ich es so allgemein formulieren darf – im medialen Bereich? Wohin ist diese Energie der Information geflossen? Können Sie mir erklären: Hat es da

spezielle Aufgabenfelder bei Zeitungen oder beim Fernsehen gegeben oder Ähnliches?

Dr. Peter Hochegger: Jetzt verstehe ich die Frage nicht im Zusammenhang mit Herrn Meischberger.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, den Herrn Meischberger so dargestellt: Er ist ein absoluter Medienfachmann. Sie haben jetzt zum Beispiel „Seitenblicke“ angeführt. Aber Meischberger hatte ja eine kommunikationstechnische Aufgabe.

Zu welchen Zeitungen konkret sollte er Ihre Informationen transponieren?

Dr. Peter Hochegger: Nein, das war nicht seine Aufgabe. Der Herr Meischberger hatte ja auch eine Werbeagentur, die „1040“, hatte dort auch einige Kunden. Aber man darf nicht vergessen, der Herr Meischberger war auch im ORF Stiftungsrat; und ich habe auch wahrgenommen, dass er sehr gute Kontakte zu Herrn Wrabetz gepflegt hat. Das heißt, in gewissen Kreisen war der Herr Walter Meischberger gut vernetzt. Er kannte die Medienmaschine, wusste, wie sie funktioniert, und allein deshalb war es schon interessant, ihn als Berater zu haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Drei kurze Fragen am Rande: In Ihrem aktuellen „NEWS“-Interview ist gestanden, dass dieser, na ja, etwas holprige Brief von Herrn Ex-Vizekanzler Gorbach nach England der Grund dafür war, dass er in Österreich nicht mehr einsetzbar gewesen wäre. – Stimmt das so?

Dr. Peter Hochegger: Ja, also nach dieser Briefaktion war es eigentlich extrem schwierig, ihn in die Auslage zu stellen oder es war ... Damit hat er sich irgendwo lächerlich gemacht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine andere Frage. Es ist zuerst um die Valora-Solutions-Beteiligung Grassers gegangen. Da ist es um einen Kunden aus dem Raiffeisen-Sektor gegangen.

Wer hat diesen Kunden gebracht?

Dr. Peter Hochegger: Im Jahr 2003 – das habe ich schon erwähnt – hat Walter Meischberger den Kunden gebracht und wir haben ihn sozusagen gemeinsam bearbeitet. Die Vereinbarung war: ein Drittel für die Valora, zwei Drittel für ihn.

Im Jahr 2006 hat Walter Meischberger den Vorschlag gemacht. Er hat gesagt, es zeichnet sich ab, dass Karl-Heinz Grasser aus der Regierung ausscheidet, dass er wahrscheinlich zu einer internationalen Investmentbank geht; wir müssen einfach schauen, dass wir sein Kontaktnetzwerk sichern; und wenn er bei der internationalen Investmentbank arbeitet und in der Valora Solution sozusagen mit im Boot ist, dann kann man gemeinsam viel erreichen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Damals, bei dieser Gründung mit Meischberger, mit diesem Kunden, da war eines: Die Gründung selbst konnte oder wollte Meischberger nicht alleine machen, weil Raiffeisen selbst ob seiner Person Bedenken gehabt hätte? Oder wie war dieser Zusammenhang?

Dr. Peter Hochegger: Ich nehme an, die Raiffeisen Centrobank hat einmal den Herrn Meischberger angesprochen. Ziel war es, in Richtung ÖIAG und Finanzminister eine bessere Stimmung zu machen, die eigentlich nicht gut war zwischen Raiffeisen-Sektor und im speziellen Raiffeisen Centrobank. Daher auch das Ansinnen an Walter Meischberger, die Bank dabei zu unterstützen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Entschuldigung: Das Verhältnis zwischen Raiffeisen und Raiffeisen Centrobank war ein schlechtes?

Dr. Peter Hochegger: Nein. Raiffeisen, ÖIAG und Finanzminister.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt verstehe ich schon wieder klarer.

Letzte Frage: Sie haben einen Mitarbeiter, den Sie dem Bereich der SPÖ zugeordnet haben, Herrn **Stefan Hirsch**, genannt. (*Dr. Hochegger: Ja!*) – Ist der Name so richtig? Handelt es sich dabei, um keine Verwechslungen zu machen, um den derzeitigen Pressesprecher von Herrn Bundesminister Darabos?

Dr. Peter Hochegger: Richtig, ja.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Damit sind wir am Ende der außerordentlichen drei Mal sieben Minuten-Runden. Herr Dr. Ametsreiter wartet bereits seit 20 Minuten. Ich würde ersuchen um Beendigung dieser Fragerunde und Übergehen zur nächsten Auskunftsperson.

Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Petzner zu Wort gemeldet. – Bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich würde einen Vorschlag machen, weil wir eigentlich sehr, sehr gut in der Zeit liegen, dass wir, wie immer bisher gehandhabt, die Möglichkeit haben, dass pro Fraktion eine ganz kurze Zusatzfrage gestellt wird.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich habe prinzipiell nichts dagegen, wenn es wirklich sehr kurz gehalten wird. Ich kündige aber an, dass ich möchte, dass wir sehr schnell eine ehestmögliche neue Ladung des Herrn Dr. Hochegger besprechen, weil, wie bekannt, wir da noch einiges zu fragen haben.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP) (*zur Geschäftsbehandlung*): Es ist üblich, dass wir eine Zusatzfrage stellen können, wenn das die Fraktion wünscht. Dagegen ist nichts einzuwenden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Kein Einwand bezüglich einer Zusatzfrage.

Eine neuerliche Ladung von Dr. Hochegger erscheint mir auch anhand von anderen Beweisthemen unumgänglich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine ganz kurze Zusatzfrage, die Sie im Prinzip mit einem Ja oder Nein beantworten können. Es geht um die TKG-Novelle 2009 und um den Ausbau des Glasfasernetzes, also der Breitbandinitiative. Da gibt es auch eine eigene Geschichte zwischen der Telekom und dem Bundesland Kärnten, nämlich eine Breitbandinitiative im Rahmen einer Größenordnung von 35 Millionen €. Davon sind über 6 Millionen € Gelder aus dem Bundesland Kärnten.

Hiezu halte ich Ihnen vor und stelle dazu die Frage. Aus einem Bericht der „Kronen Zeitung“ über eine Stellungnahme des Leiters der zuständigen Abteilung in der Kärntner Landesregierung:

Zitat aus der „Kronen-Zeitung“ vom 7. September 2011:

„Kreiner wartet noch mit ´einem Schmankerl am Rande´ auf:“ – Kreiner ist der Leiter der Landesregierung.

Ich zitiere weiter: „Für Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung sollte die EAK“ –

das ist die Entwicklungsagentur Kärnten –

„auf Wunsch der Telekom die Agentur des inzwischen berühmt-berüchtigten Peter Hohegger engagieren.“

Dann wird Kreiner zitiert. Die Telekom hat von sich aus vorgeschlagen ... Da gab es einen riesigen Marketingtopf im Rahmen dieser Breitbandinitiative von Millionen Euro; wir sollen, und das Bundesland Kärnten mit Haider damals soll unbedingt den Hohegger nehmen. Und Kreiner sagt dazu:

Wir haben ihn –

also Hohegger –

hinausgeworfen, weil das Preis-Leistungs-Verhältnis für Kärnten inadäquat war. – Zitatende.

Ist es korrekt, dass das Bundesland Kärnten unter Jörg Haider den Hohegger und die Agentur **hinausgeworfen hat** und den Wunsch der Telekom nach einem Engagement der Agentur Hohegger und damit eines Millionentransfers in Richtung Agentur Hohegger **nicht** umgesetzt hat: ja oder nein?

Dr. Peter Hohegger: Herr Petzner, ich war bei der Präsentation nicht dabei. Mir wurde mitgeteilt – und das können Sie heute auch den Herrn Kratky fragen –, dass der Zuschlag an die Agenturgruppe White House und Hohegger erfolgt ist. Nach einigen Tagen hat es einen Rückzieher des Landes Kärnten gegeben. Das ist meine Wahrnehmung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein. – Mehr habe ich nicht gefragt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nur ganz kurz, was den Herrn Gusenbauer anlangt: Meiner Information nach ist er bei der Sicon beschäftigt gewesen und nicht bei Ihnen.

Wir haben heute hier gehört, dass er bei Ihnen beschäftigt war oder sonst mit Ihnen tätig war. Wenn Sie das bitte ...

Dr. Peter Hohegger: Sicon ist die Nachfolgefirma der Valora, und ich meinte damit, bei meinen Agenturgruppen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): In Ihrer Agenturgruppe. – Danke.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Hohegger, wir haben heute schon über Experten und den Bereich **erneuerbare Energie** gesprochen, und in diesem Zusammenhang fällt mir zum Beispiel die Frau **Langthaler** ein.

Ganz konkrete Frage: Was war die Aufgabenstellung der Frau Langthaler? Was hat sie dafür finanziell bekommen?

Dr. Peter Hohegger: Ich habe mit Frau Langthaler nicht im Bereich erneuerbare Energien zusammengearbeitet, sondern es war ein Projekt, das von ihrem Mann unterstützt wurde, die Filmhof Asparn, und da ist es um eine Kooperation im Content-Bereich mit der Telekom Austria gegangen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Hohegger, Sie haben den zweiten Teil meiner Frage leider überhört: Was hat Frau Langthaler beziehungsweise ihr Gatte finanziell dafür ... (*Dr. Hohegger: Bitte?*) Was war da die finanzielle Dimension?

Dr. Peter Hohegger: Ich glaube, 25 000 € plus USt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zusatzfrage, Abgeordneter Rosenkranz? – Es wird verzichtet.

Ich bedanke mich bei der Auskunftsperson Dr. Hohegger und **unterbreche** ganz kurz die Sitzung.

(Die Auskunftsperson Dr. Peter **Hohegger** verlässt den Sitzungssaal.)
12.43

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.43 Uhr **unterbrochen** und um 12.45 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

12.45

Auskunftsperson Dr. Hannes Ametsreiter

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich **nehme** die Sitzung **wieder auf** und ersuche die Damen und Herren der Kamera- und Filmbranche, den Saal zu verlassen.

Wir kommen zur Anhörung von **Dr. Hannes Ametsreiter** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Dr. Ametsreiter, ich danke für Ihr Erscheinen, insbesondere dafür, dass es Ihrerseits sehr kurzfristig möglich war, uns für heute noch einen Termin einzuräumen.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Dr. Johannes Ametsreiter. Geburtsdatum: 20.1.1967. Anschrift: Wien. Beruf: CEO. Sie waren nicht öffentlicher Bediensteter.

Herr Dr. Ametsreiter, die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Ihnen bereits in der schriftlichen Ladung zugestellt. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich darf nun auch die **Vertrauensperson** um ihre Personaldaten ersuchen – sie liegen auch vor. Ihr vollständiger Name: **Dr. Wolfgang Richter**. Geboren: 23.11.1957. Anschrift: Wien.

Ich frage nun die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Dr. Richter als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung

einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Es ist kein Einwand vorgetragen worden.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafdrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zur falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der Auskunftsperson. Sie haben aber nicht das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder an Stelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird dann, wenn er es für erforderlich hält, mich informieren.

Herr Dr. Ametsreiter, ich weise Sie außerdem noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Wir können nun zur Befragung übergehen.

Nachdem das eine sehr, sehr kurzfristige Ladung war, sind wir übereingekommen, dass diesmal die Befragung jeweils nur 5 Minuten Nettofragezeit pro Fraktion ausmacht und ich als Vorsitzende die Befragung beginnen werde.

Nichtsdestotrotz haben Sie auch die Möglichkeit, in 10 Minuten Ihre Sicht der Dinge darzulegen. Wollen Sie davon Gebrauch machen? (*Dr. Ametsreiter: Ja!*) – Bitte.

Dr. Hannes Ametsreiter: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Mitglieder des Untersuchungsausschusses! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gestern um 16.30 Uhr per Mail die Einladung und die Ladung zum heutigen Untersuchungsausschuss erhalten. Ich nutze diese Gelegenheit sehr gerne, um Ihnen hier die Sicht der Dinge darzulegen, um Ihnen die Dinge zu beschreiben.

Ich glaube, dass es sehr wichtig ist, dass dieser U-Ausschuss tagt. Es gibt heute ein Sittenbild, das wir sehen, und dazu trägt leider unser Unternehmen auch bei. Wir sehen ein Verhalten in der Vergangenheit, auf das wir sicher nicht stolz sein können.

Wir wollen eine Veränderung, wir wollen auch, dass ein entsprechendes Aufdecken stattfindet, und wir wollen, dass die Wahrheit tatsächlich ans Licht kommt.

Die **Telekom Austria** ist ein **hervorragendes Unternehmen**, mit hervorragenden Mitarbeitern, mit kompetenten Mitarbeitern, und es hat es verdient, eine **gute Zukunft** zu haben.

Um diese gute Zukunft zu haben, muss man die **Vergangenheit abschließen**, und wir wollen hier natürlich auch dazu beitragen, wo immer wir können.

Ich darf Ihnen, wenn Ihnen bis dato noch nicht geläufig ist, was wir alles gemacht haben, auch das kurz erläutern.

Wir haben bereits im März 2009 – ich selbst bin im Jänner 2009 Generaldirektor des Festnetzes geworden – Unterlagen und Informationen an die Kriminalpolizei weitergegeben. Es ist anschließend sofort eine interne Revision erfolgt, um diesen Dingen noch weiter nachzugehen. Es hat das zu personellen Konsequenzen geführt. Wir haben dann auch beschlossen, dass eine noch deutlichere und intensivere Prüfung stattzufinden hat.

Es waren Themen, die uns damals beschäftigt haben, die sich rund um Valora bewegt haben. Es war natürlich ein Anspruch da, diese Dinge aufzuklären, aufzudecken, daher haben wir die Agentur, die Kanzlei **Deloitte** beauftragt, Recherchen anzustellen. Diese Recherchen haben zirka vier Monate gedauert, und es wurde ein 400-seitiger Bericht angefertigt. Dieser Bericht liegt Ihnen vor, weil wir diesen Bericht auch der Staatsanwaltschaft entsprechend übermittelt haben.

Der Fokus der Aktivitäten des Screenings waren ganz klar strafrechtliche Tatbestände. Warum? – Weil das natürlich die relevantesten Teile sind, und daher hat dieser Deloitte-Bericht ganz klar auf strafrechtliche, verwerfliche Aktivitäten abgezielt.

Wir haben zusätzlich intern die **Compliance-Richtlinien** extrem **verschärft**. Wir haben heute **kein** politisches Sponsoring mehr. Es gibt auch kein Sponsoring, kein einziges Sponsoring, das gemacht wird – egal, über welchen Betrag; bereits 50 € werden vom gesamten Vorstand freigegeben.

Wir haben Compliance-Richtlinien, die in der gesamten Gruppe ausgerollt wurden. Das heißt, wir sind in acht Ländern tätig, wir haben 17 000 Mitarbeiter, das sind Richtlinien, die im **gesamten Unternehmen** gelten. Wir haben diese entsprechend nachgezogen.

Wir haben außerdem einen **neuen Compliance-Officer** eingesetzt. Dieser Compliance-Officer kommt aus Deutschland, von der Deutschen Telekom, kennt daher die Industrie und weiß auch, wie man zu verfahren hat in Sachen Compliance. – Das wurde gemacht.

Auch Bezug nehmen möchte ich gerne auf die Medienmeldungen, die derzeit gerade aktuell sind. Ich werde dort als Beschuldigter einer anonymen Anzeige geführt. Das ist nicht neu. Bereits im August gab es eine anonyme Anzeige. Der Schreiber ist klarerweise unbekannt, die Motive und die Motivation sind auch unbekannt, die Vorwürfe, die es dabei gibt. Und das war damals auch schon in den Medien, es gab eine parlamentarische Anfrage dazu, es war im ORF und es war auch in den Printmedien. Es war auch damals schon völlig klar, dass ich als Beschuldigter geführt werde. Also das ist nicht neu.

Es sind inzwischen alle Einvernahmen erfolgt, es gibt drei Vorwürfe, die dort genannt werden.

Der erste Vorwurf ist, ich hätte einen ehemaligen Kabinettschef getroffen in einem Restaurant in Wien, um ein Telekommunikationsgesetz zu besprechen. – Das entspricht **nicht** der Wahrheit. Ich habe ihn **nicht** dort getroffen und auch nicht woanders getroffen und mit ihm dieses Thema auch **nicht** diskutiert.

Der zweite Vorwurf war, ich hätte diesen ehemaligen Kabinettschef in seiner Privatwohnung getroffen. – Auch das trifft nicht zu. Ich weiß nicht, wo er wohnt, und war sicher auch nicht dort.

Die dritte Anschuldigung, die sich auch als haltlos herausstellt, ist, dass anscheinend ein diesem Kabinettschef bekannter Anwalt eine Zahlung des Unternehmens erhalten hat. – Das stimmt nicht. Es findet sich in der gesamten Buchhaltung über die letzten zehn Jahre kein Beleg dafür, dass dieser Anwalt bezahlt worden wäre. Das heißt, auch das ist **nicht** korrekt.

Das sind die Punkte, die ich klar ansprechen wollte. Und ich bin dankbar für die Gelegenheit, hier Fragen zu beantworten, und wenn ich dazu beitragen kann, Dinge zu klären, dann mache ich das sehr gerne.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Da sich Ihre Ladung heute mit den Bereichen Übermittlung oder Nichtübermittlung von Dokumenten an den Untersuchungsausschuss befasst und mit keiner sonstigen Materie, möchte ich eine Frage an Sie richten: Wann werden Sie bereit sein, uns alle entsprechenden Unterlagen, die Sie der Staatsanwaltschaft übermittelt haben, noch zur Verfügung zu stellen? Und wie erklären Sie sich die sogenannten 200 000 E-Mails, die über ein Medium der Öffentlichkeit teilweise Einblick gewähren in Vorgänge der Telekom?

Dr. Hannes Ametsreiter: Es ist so, dass wir ein börsennotiertes Unternehmen sind. Ein börsennotiertes Unternehmen muss sehr genau prüfen, bevor Unterlagen, bevor Informationen herausgegeben werden. Das haben wir gemacht. Wir haben einen sehr bekannten Verfassungsrechtlicher, Herrn Professor Funk, beauftragt, diese Situation prüfen zu lassen. Die ganz klare Empfehlung war, dass wir **alle Unterlagen** der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stellen. Wir haben über 1 000 Seiten der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt. Diese Informationen liegen Ihnen vor. Und darüber hinaus haben wir diese Information auch entsprechend weitergeleitet.

Das heißt, wir glauben, dass wir uns korrekt an die Empfehlung halten. Wir glauben, dass wir alles an Informationen, was auch nachgefragt wurde, und zwar wurden Dutzende von Personen im Unternehmen von den Ermittlern zu den Dingen befragt, diese Informationen liegen vor, und alle Informationen wurden übermittelt, und zwar Informationen, die wir selbst erstellt haben. Es gibt einen 400-seitigen Deloitte-Bericht, es gibt zehn Strafanzeigen, die wir formuliert haben, es gibt neun Privatbeteiligtenanschlüsse, und wir werden Summen in Millionenhöhe zurückfordern.

Das sind die Schritte, die wir gesetzt haben, und das sind auch die Aktivitäten, die wir veranlasst haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Antwort zu den E-Mails.

Dr. Hannes Ametsreiter: Die E-Mails habe ich selbst erst gestern aus den Medien erfahren. Ich weiß nicht, um welche 200 000 E-Mails es sich handelt.

Ich glaube, dass eines sicher auch interessant ist: Wie kann man 200 000 E-Mails überhaupt aus dem Unternehmen transportieren? – Es geht eines nicht – das ergibt einige Gigabyte –: Man kann die nicht verschicken, man muss diese E-Mails wahrscheinlich auf einen Datenstick abziehen und mitnehmen. Das sind die Methoden, die man anwenden kann, um so zu verfahren.

Wir haben eine **Data Policy** im Unternehmen, dass wir Daten von ausgeschiedenen Mitarbeitern nach **31 Tagen löschen**. Ein Löschen betrifft auch die **Sicherheitskopie**, die immer daneben mitläuft. Das sind die Gepflogenheiten, die wir haben, und diese Daten sind dann eben tatsächlich gelöscht. Wollte man die vorher mitnehmen, muss man vorher eben einen entsprechenden Abzug machen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe nur ganz kurze Fragen: Das heißt, Sie übergeben oder haben übergeben die Daten an die Staatsanwaltschaft, aber Sie übergeben das nicht dem Ausschuss. – Verstehe ich Sie da richtig?

Dr. Hannes Ametsreiter: Da haben Sie recht. Es ist eine Empfehlung eines Verfassungsrechtlers, so vorzugehen. Wir haben da bei jedem Schritt, bei jeder Informationsweitergabe sehr darauf zu achten, dass wir auf dem Kapitalmarkt notieren. Wir sind ein börsennotiertes Unternehmen, und daher machen wir uns zuerst juristisch schlau, welche Schritte wir dürfen, welche wir nicht dürfen.

Da gibt es ein Gutachten dazu, das auch vorliegt – und dieses Gutachten gibt uns diese Empfehlung. Korrekt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich glaube, es ließe sich jetzt trefflich darüber streiten, ob das aus rechtlicher Sicht gerechtfertigt ist, dass Sie das nicht herausgeben, aber nachdem es von der Staatsanwaltschaft jedenfalls an uns weiterzuleiten ist, gehe ich davon aus, dass wir diesen Diskurs nicht führen müssen.

Haben Sie schon recherchieren können, wie das eigentlich passiert ist, dass ein doch relativ voluminöses Paket in die Öffentlichkeit kommen konnte? Wie kann das Ihr Haus verlassen?

Dr. Hannes Ametsreiter: Das sind eigentlich die Punkte, die ich schon erwähnt habe. Es gibt sicher die Möglichkeit für jeden Mitarbeiter, seine Mails auf einem Datenstick abzuziehen und diesen Datenstick mitzunehmen. Diese Möglichkeit besteht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sind das die Mails eines einzelnen Mitarbeiters? Ist das identifiziert worden?

Dr. Hannes Ametsreiter: Nachdem ich diese Mails nicht kenne, kann ich das heute nicht sagen. Wenn wir die Mails erhalten, dann ist es möglich, das zu analysieren.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wird das derzeit untersucht in Ihrem Haus?

Dr. Hannes Ametsreiter: Da wir die Mails nicht haben, können wir dann zu untersuchen beginnen, wenn wir die Mails vorrätig haben.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber die Mails haben wir alle, ich meine, zumindest einige. Jeder, der „NEWS“ liest, hat die.

Ist das nicht ausreichend genug, um eine Untersuchung bei Ihnen einzuleiten?

Dr. Hannes Ametsreiter: Natürlich habe ich sofort veranlasst, dass sich die interne Revision diese Themen ansieht, und sobald wir die komplette Übersicht haben, können wir auch sehr genau zuordnen, denn klarerweise wird die Person, die diesen Abzug gemacht hat – wenn es so gewesen wäre –, wahrscheinlich auch in diesen Mails auftauchen, und zwar immer wieder in bestimmten Anordnungen: sei es als Sender, Empfänger oder Cc. Das sind also die Dinge, die zu prüfen sind. Das ist eine technische Prüfung, und ich habe da schon veranlasst, dass wir den Informationen, die wir haben, nachgehen und dass wir da ein entsprechendes Assessment machen, wie weit diese Informationen zurückzuverfolgen sind.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie wissen Sie dann, welche Mails Sie der Staatsanwaltschaft übergeben?

Dr. Hannes Ametsreiter: Wir hatten, wie ich schon gesagt habe, einen Schwerpunkt mit Deloitte. Die Schwerpunkte damals waren Themen wie zum Beispiel Valora. Und diese Valora-Themen wurden ausgiebigst dokumentiert, die liegen Ihnen vor. Sie können exakt die Rechnungen ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich meine jetzt die **Mails**. Sie haben uns gesagt, Sie wissen nicht genau, welche Mails jetzt gegenständlich sind, die das „NEWS“ ja veröffentlicht hat, aber Sie haben es der Staatsanwaltschaft weitergegeben. – So habe ich das verstanden.

Dr. Hannes Ametsreiter: So habe ich es aber nicht gesagt.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ach nicht. – Also das heißt, Sie werden es an die Staatsanwaltschaft weitergeben, wenn Sie eruiert haben, welche Mails tatsächlich betroffen sind.

Dr. Hannes Ametsreiter: Da haben Sie recht. Also wir werden zuerst einmal prüfen müssen: Was sind das für E-Mails? – Das wissen derzeit weder Sie noch wissen wir es. Das ist zu prüfen – und dann wird man das entsprechend genauer analysieren können. Heute ist das noch nicht möglich.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Lässt sich das aus Ihrer Sicht überhaupt nachvollziehen durch Ihr Haus? Können Sie das überhaupt feststellen – oder müssen wir damit rechnen, dass das Ergebnis Ihrer Recherchen null sein wird?

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich kann Ihnen das heute nicht sagen. Es ist das zu prüfen, und dann wird man eine Antwort haben. Wie weit man genau wissen wird, wer auf welche Art diese Informationen weitergeleitet hat, wird man herausfinden müssen. Ob das zu 100 Prozent ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie mit „NEWS“ Kontakt aufgenommen? Hat irgendjemand aus Ihrem Bereich mit „NEWS“ Kontakt aufgenommen, um das zu klären?

Dr. Hannes Ametsreiter: Es hat Anrufe gegeben in unserer Pressestelle, und wir sind mit diesen Informationen konfrontiert worden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe dazu ganz konkrete Fragen, die einzelne E-Mails betreffen. Ich werde Sie nicht zum Inhalt der E-Mails befragen, sondern nur die Frage stellen, wann sie an die Staatsanwaltschaft weitergegeben worden sind – und wenn nein, warum nicht.

Das erste ist das von „NEWS“ publizierte – Sie kennen es sicher – von Fischer Michael an Schieszler Gernot, vom 14. November 2007.

„Lieber Gernot. Rudi Fischer hat € 100.000,- via Peter Hochegger an die ÖVP-Bundespartei für 2007 zugesagt. Mit der Bitte um Berücksichtigung. Liebe Grüße, Michael“.

Ist dieses E-Mail bereits an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden – und wenn ja: wann?

Dr. Hannes Ametsreiter: Wie gesagt, ich kenne alle diese E-Mails nicht. Es wurde in der Vergangenheit von Deloitte zu den Sachverhalten, die ich genannt habe – und die waren rund um Valora –, im Unternehmen entsprechend geseacht.

Diese Suchen wurden so strukturiert, dass man sich entsprechende Schlagworte herausholt und dass man Gespräche mit sogenannten Custodians führt. Das ist eine Arbeit, die nicht wir im Unternehmen machen, sondern das ist eine Arbeit für Forensiker, für Experten, für Spezialisten. Wir haben da auf bestmögliche Professionalisten zurückgegriffen, und die haben diese Untersuchungen durchgeführt.

Klarer Fokus von Deloitte waren strafrechtliche Tatbestände. Das heißt, was immer da zu finden war zum Thema strafrechtliche Tatbestände, das sollte bestmöglich von diesen Experten gefunden worden sein.

Es läuft noch eine weitere „Search“, wie Sie auch wissen. Es gibt die BDO, die derzeit eine völlig unabhängige Suche macht und Zugang und Zugriff hat auf alle E-Mails, die es gibt, soweit sie verfügbar sind.

Diese Untersuchung ist noch im Gange, die ist noch nicht fertiggestellt. Es gibt keinen Bericht, auch keinen Zwischenbericht dazu.

Ich kann nicht beantworten, wie sehr und wie weit diese Mails von Deloitte benutzt worden sind beziehungsweise jetzt von BDO benutzt werden. Das kann ich Ihnen heute nicht beantworten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann würde ich Ihnen empfehlen, dass Sie den zuständigen Mitarbeitern den Hinweis geben, man möge zum Beispiel „**ÖVP**“ als Suchbegriff eingeben.

Jetzt möchte ich Sie aber nach vier konkreten E-Mails fragen, in deren Verteiler Sie vorkommen und wo es meiner Meinung nach um den gut begründeten Verdacht des Amtsmissbrauchs geht. Ich möchte Sie nicht zu den Inhalten fragen, sondern nur, ob Sie diese E-Mails, die **Sie** bekommen haben, in deren Verteiler **Sie** stehen und von denen **Sie** also wissen müssen, an die Staatsanwaltschaft weitergegeben haben, weil da – wir werden das gemeinsam sehen – der Verdacht des Amtsmissbrauchs besteht.

Diese E-Mails wurden mir freundlicherweise – ich mache daraus gar kein Geheimnis – von Kurt Kuch zu diesem Zwecke, damit wir das auch mit Ihnen als Beteiligtem einmal nachvollziehen, zur Verfügung gestellt.

Erstes E-Mail: von Fischer Michael an Thanner Theodor; Freitag, 13. Februar 2009. – Thanner Theodor ist Direktor für Wettbewerb der Bundeswettbewerbsbehörde, wie Sie wissen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Es gilt an sich die Vereinbarung, dass wir uns natürlich nur über Vorhalte unterhalten können, die Beweise sind, das heißt, diese E-Mails müssen dann auch als Beweis zugelassen werden.

Das Problem ist, diese liegen uns nicht vor. Wir können daher den Wahrheitsgehalt dieser E-Mails weder überprüfen noch ist das derzeit Gegenstand. Und Herr Dr. Ametsreiter ist ja ausschließlich zur Übermittlung beziehungsweise Nichtübermittlung von E-Mails geladen – und nicht zu inhaltlichen Fragen, die sich eben aus den E-Mails ergeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Dr. Ametsreiter ist kurzfristig erschienen – es wurde ihm gestern telefonisch mitgeteilt, dass er heute erscheinen soll; er hat das getan, was klug ist und wofür wir uns auch bedanken –, dann muss man aber auch so fair sein und sich an den **Ladungsgegenstand** halten, der Ihnen zugestellt wurde.

Das Mail, das Ihnen geschickt wurde, wurde ja den Fraktionen in Kopie geschickt. Und dort steht – und dieser Antrag stammt von den Grünen selbst; sie haben ihn selber formuliert und die anderen Fraktionen haben ihn dann mitgetragen – betreffend Ihre heutige Ladung, 16.2., Folgendes:

„Es ist vorgesehen, die Auskunftsperson ausschließlich“ –

ausschließlich!, Text der Grünen: ausschließlich –

„zur Frage der Übermittlung oder Nichtübermittlung von Dokumenten an den Untersuchungsausschuss zu befragen.“

Jetzt muss man bitte auch so fair sein und sich an den Ladungsgegenstand halten. Das ist nicht nur eine Geste der Fairness, sondern das sagt auch die Verfahrensordnung so. Das heißt, der Ladungsbeschluss ist einzuhalten.

Die Fragen des Kollegen Pilz sind völlig berechtigt. Herr Ametsreiter muss viele Fragen beantworten. Es war auch die BZÖ-Fraktion hier im Ausschuss, die aufgedeckt hat, dass Sie als Beschuldigter in einem Verfahren geführt werden, wo auch zahlreiche Einvernahmen stattgefunden haben, zuletzt erst im Jänner 2012 – das heißt, eine ganz aktuelle Causa. Dazu können und müssen wir Sie auch befragen, und das werden wir

auch tun, aber da muss man erstens Ihnen die Möglichkeit geben, sich darauf vorzubereiten, indem Sie wissen, zu welchen Themen Sie befragt werden, und zweitens auch allen anderen Fraktionen, nämlich uns allen, die Möglichkeit geben, unsere Fragen vorzubereiten.

Ich glaube, die anderen Fraktionen haben sich alle auf das vorbereitet, was wir **gemeinsam** beschlossen haben und wozu auch Herr Ametsreiter geladen ist und wozu auch Frau Moser ausschließlich befragt hat, nämlich die E-Mails und die Übermittlung oder Nichtübermittlung von Dokumenten. Und auf diesen Befragungsgegenstand sollten wir uns beschränken.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Ja, alle meine Vorredner haben vollkommen recht. Ich lese es noch einmal vor:

„Es ist vorgesehen, die Auskunftsperson ausschließlich zur Frage der Übermittlung oder Nichtübermittlung von Dokumenten an den Untersuchungsausschuss zu befragen.“

Genau das habe ich angekündigt: dass ich das tun will. Ein Dokument habe ich bereits verlesen und Sie befragt, ob das übermittelt worden ist, und wenn nein, warum nicht.

Jetzt bin ich dabei, vier weitere E-Mails zu verlesen und ausschließlich zu fragen, ob diese übermittelt worden sind oder nicht. Also halte ich mich exakt an diesen Beschluss ... (Zwischenruf des Abg. **Petzner**.) – Nein, das ist nicht ... (Abg. **Amon**: Ich beantrage eine Geschäftsordnungsdebatte!)

Bitte nicht immer dazwischenschreien! Das ist ein ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Zuerst spricht Abgeordneter Pilz fertig, dann kommen wir zum Antrag des Abgeordneten Amon. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Frau Vorsitzende, jetzt darf ich dann aber auch einmal reden!) – Ja, selbstverständlich.

Es geht alles der Reihe nach. Ich habe vorgemerkt: Erstens redet Pilz fertig, dann kommt Amon, dann Rosenkranz, dann Jarolim. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Na dann nicht!) Und wir haben vereinbart, es gibt bei zur Geschäftsbehandlung einmal eine kurze Runde, dann unterbreche ich. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Na, dann machen Sie einfach andere Ankündigungen! – Abg. **Amon**: Kollege Rosenkranz hat sich nach ...! – Abg. Dr. **Pilz**: Ja, und ich werde jetzt ...!)

Wir gehen wie vereinbart genau der Reihenfolge nach vor. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Welche vereinbarte Reihenfolge? – Zwischenruf des Abg. **Petzner**.) – Es kann sich jeder zur Geschäftsordnung einmal melden, dann unterbreche ich die Sitzung. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Ja, aber welche Reihenfolge der Aufrufe?) – Wie ich Sie sehe der Reihe nach. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Ach so, ich sitze falsch! Ich sitze zu sehr rechts, Frau Vorsitzende! – Abg. Dr. **Jarolim**: Das ist ja nicht so tragisch!)

Entschuldigen Sie, ich habe einen klaren Blickpunkt. Als Erster hat Abgeordneter Petzner aufgezeigt, infolgedessen habe ich dort hingesehen – und dann gehe ich es der Reihe nach durch. Leider ist Abgeordneter Jarolim meistens am Schluss. (Abg. Dr. **Rosenkranz**: Frau Vorsitzende, ich würde die Geschäftsordnung einhalten, dann wäre es viel einfacher!) – Die wird eingehalten.

Bitte kommen Sie schnell zum Ende Ihrer Wortmeldung zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Also, wir haben uns auf Folgendes geeinigt und das auch beschlossen:

„Es ist vorgesehen, die Auskunftsperson ausschließlich zur Frage der Übermittlung oder Nichtübermittlung von Dokumenten an den Untersuchungsausschuss zu befragen.“

Es geht hier um Dokumente, von denen ich wissen will, ob sie übermittelt worden sind, und dazu möchte ich den Herrn Ametsreiter befragen. Damit ich ihn aber dazu befragen kann, muss ich ihm sagen, um welche Dokumente es sich handelt. Und es besteht offensichtlich kein Interesse daran nicht nur vonseiten der ÖVP – es handelt sich um den Verdacht des Amtsmissbrauchs gegen einen hohen, der ÖVP zuzurechnenden Beamten – beziehungsweise besteht offensichtlich großer Widerstand dagegen, dass ich das tue, was wir vereinbart haben. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*)

Frau Vorsitzende! Ich habe das Recht, zu sagen, um welche Dokumente es sich handelt, damit ich dann fragen kann: Sind sie uns oder der Staatsanwaltschaft übermittelt worden beziehungsweise besteht die Absicht, sie zu übermitteln? – Nichts anderes habe ich vor.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich erinnere nur daran, dass wir vereinbart haben, dass nur solche Dokumente vorgehalten werden dürfen, die allen Fraktionen zugänglich sind. Entweder sind sie Bestand bei den Akten oder sie wurden im Zuge der Verhandlung, der Auskunftseinholung den Fraktionen direkt vorgelegt. Das war die Vereinbarung. (*Abg. Dr. Pilz: Wenn die anderen Fraktionen damit einverstanden sind und ...!*)

Wir machen sowieso eine kurze Unterbrechung.

Angeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Es ist sehr freundlich von Ihnen, Frau Vorsitzende, dass Sie mich hier an der rechten Seite der Sitzordnung auch einmal erblicken, nachdem ich mich zeitgleich mit dem Kollegen (*Obfrau Dr. Moser: Von mir aus links!*), nachdem ich mich zeitgleich mit dem Herrn Amon zu Wort gemeldet habe. Die Geschäftsordnung sieht nämlich vor, dass nach Einlangen der Wortmeldungen aufgerufen wird.

Wir haben lediglich vereinbart, bei den Fragerunden einen gewissen Ablauf nach den Fraktionen zu machen, für die Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung ist nach der Geschäftsordnung das **Einlangen** entscheidend, und da war ich an sich mit dem Kollegen Amon einer der Ersten, und Sie sind dann trotzdem – entgegen der Geschäftsordnung – die Sitzreihen ohne entsprechende Reihung der Aufrufe durchgegangen. Frau Vorsitzende, Ihre Geschäftsordnung, dass wir da jetzt wie in der Schule nach der Sitzbank durchgehen, gibt es nicht!

Kommen wir jetzt aber, nachdem ich freundlicherweise doch endlich einmal – von Ihnen aus gesehen links – das Wort erhalten habe, zu dem, was der Kollege Pilz jetzt gemacht hat. – Es ist richtig: Es gibt die Vereinbarung, dass Dokumente, die nicht alle Fraktionen haben und die vorgehalten werden, gleichzeitig allen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden – nämlich auch um den Vorhalt überprüfen zu können, denn wir wissen das ja nicht, wir sind ja nicht dabei gesessen, als Sie mit dem Herrn Kuch konferiert haben. Wir sitzen überhaupt bei wenigen Dingen dabei, die Sie auch bei anderen Medien oder auch bei Behörden machen. Zum Beispiel sind wir auch nicht dabei, wenn Sie bei der Korruptionsstaatsanwaltschaft Ihren Kaffee einnehmen. – Daher bitte einmal um Zurverfügungstellung dieser Unterlagen.

Und dann gebe ich dem Kollegen Pilz recht. Er hat theoretisch die Möglichkeit, zu diesem Untersuchungsgegenstand jetzt jedes einzelne dieser 200 000 E-Mails hier vorzutragen und zu fragen: Wurde dieses jetzt übermittelt oder nicht? Wenn er vorhat, dass er das auch bei diesen 200 000 macht, müssen wir uns nur wahrscheinlich für

das Kopieren für die einzelnen Fraktionen noch etwas einfallen lassen und unter Umständen den Zeitplan für heute über den Haufen schmeißen.

Wenn der Kollege Pilz aber sagt, dass es wenige E-Mails sind und die werden den Fraktionen zur Verfügung gestellt, glaube ich aber gar nicht, dass wir jetzt eine Fraktionsrunde mit dem üblichen „Journalisten wieder hinaus – Journalisten wieder herein“ brauchen, sondern ich glaube, dann könnten wir unter Umständen sogar mit der Befragung fortsetzen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich gehe nach Einlangen vor, nur das Einlangen entwickelt sich nach meinem Blickwinkel.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich war der zuletzt Gemeldete, glaube ich.

Der Kollege Pilz hat wahrscheinlich dem Buchstaben nach recht, aber nicht dem Sinn nach. Ich glaube, es ist überhaupt kein Thema, dass das natürlich eine absolut gerechtfertigte Frage ist und dass auch die Brisanz des Dokuments groß ist, aber ich glaube nur – und, Kollege Pilz, das war sicher so –, dass wir vereinbart haben, dass wir ausschließlich zu der Frage: Wie kommt es dazu, dass in einem sehr großen Umfang E-Mails an ein Medium gelangen und warum kriegen die das vor uns?, befragen.

Das war der zentrale Punkt, und der beinhaltet nicht die Abfrage von Mails, von Mailinhalten und die Stellungnahme der Auskunftsperson. So gesehen würde ich meinen, dass wir unsere inhaltliche Befragung auf den Zeitpunkt vertagen, wo sie dann wirklich gerechtfertigt ist, aber sicher nicht heute durchführen.

Die Vorlage von Urkunden ist unmaßgeblich, weil sie gar nicht möglich ist, weil der Akt, der daran anschließt, nämlich die Befragung, unmöglich ist.

Im Übrigen würde ich meinen, dass der Herr Verfahrensanwalt vielleicht auch das eine oder andere Wort dazu verlieren könnte.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Damit ist die erste Runde der Wortmeldungen zur Geschäftsbehandlung zu Ende.

Ich ersuche deshalb die Medienöffentlichkeit, den Raum zu verlassen, damit wir das Problem klären. Sie können anschließend wieder im Saal Platz nehmen. Ich ersuche auch die Auskunftsperson, bei dieser Debatte den Raum kurz zu verlassen.

13.16

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 13.16 Uhr unterbrochen. – Fortsetzung: 13.17 Uhr bis 13.46 Uhr unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; nichtöffentlicher Teil.)*

13.46

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 13.46 Uhr – wieder zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die Auskunftsperson, die Vertrauensperson sowie die Vertreter der Medien wieder in den Saal zu holen.

Die Obfrau teilt mit, dass die in Rede stehenden E-Mails nach einer ausgiebigen Geschäftsordnungsdebatte Herrn Dr. Ametsreiter inzwischen in schriftlicher Form

vorgelegt worden seien, und sie lägen auch den einzelnen Fraktionen vor. Herr Dr. Ametsreiter könne nun eine Antwort geben.

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich hätte auch sonst kein Problem gehabt, diese Fragen zu beantworten. Das heißt, auch ohne Pause hätte ich das gerne gemacht.

Soweit ich mich erinnern kann an die Dinge, die hier in einem Mail beschrieben werden – ich war nicht in die Verhandlungen involviert –, geht es um den Glasfaserausbau, der in Tirol stattgefunden hat. Dieser Glasfaserausbau ist der sogenannte FTTC-Ausbau, Fiber-to-the-Curb-Ausbau. Dabei sind andere, alternative Betreiber gestört worden in ihrer Übertragungsaktivität, gestört insofern, als hier abgeschirmt werden musste. Das ist das Thema **Shaping**, das man in der Telekommunikation anwendet. Das war eine Riesendiskussion, die man begonnen hat. Warum war das neu? – Weil es eigentlich die erste Anlage dieser Form war, die man gebaut hat, und man hat da Erfahrungen sammeln müssen.

Diese Schwierigkeiten sind dann eskaliert und haben dazu geführt, dass man versucht hat, eine Einigung zu finden. Ich war, wie gesagt, in die Verhandlungen nicht involviert. Es war aber so, dass man versucht hat, mit der Wettbewerbshörde einen Kompromiss auszuarbeiten. Das Ganze ist auch mit der Regulation passiert. Man hat sich dann auf eine Strafzahlung geeinigt, die wir geleistet haben. Sie wird wohl in dieser Höhe sein, wie sie hier beschrieben wird. – Das ist das, was mir zu diesem Fall in Erinnerung ist.

Ich glaube, es ist ein normaler Prozess – aber ich bin kein Jurist und kein Spezialist für Wettbewerbsrecht –, dass man versucht, eine Lösung zu finden, die für alternative Betreiber akzeptabel ist und die letztlich auch für die Behörde akzeptabel ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Dr. Ametsreiter, ich frage Sie ja nicht nach den Inhalten dieser vier E-Mails.

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich beantworte es trotzdem.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, aber ich frage Sie trotzdem nicht nach den Inhalten und sage Ihnen auch nicht, was ich inhaltlich davon halte, sondern frage Sie ausschließlich – es sind gleich ein paar Fragen, ich fasse sie zusammen –: Sind das authentische E-Mails aus oder zur Telekom AG? Und zweitens: Sind diese E-Mails an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden – und wenn ja: wann?

Dr. Hannes Ametsreiter: Das war vor drei Jahren. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, ob diese E-Mails in exakt dieser Form existiert haben. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, wie weit das Prüfungsgegenstand ... *(Aufgrund von zu wenig Abstand zum Mikrophon kommt es immer wieder zu einem störenden Krachen. – Die Auskunftsperson versucht, das Mikrophon in eine andere Position zu bringen. – Rufe: Abstand!)* – Ich habe noch nicht so viel Erfahrung dabei. *(Abg. Dr. Jarolim: Telekommunikation!)* – Da verdienen wir aber leider keinen Cent.

Das ist eine Frage, die ich jetzt ad hoc nicht komplett beantworten kann. Ich weiß nicht, wie weit das Teil der Prüfung von Deloitte war. Ich weiß auch nicht, wie weit das Teil der Prüfung von BDO ist. Das kann ich Ihnen heute so nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und jetzt habe ich noch zu den E-Mails insgesamt eine Frage: Sie haben uns ja ein Gutachten von Prof. Funk übermittelt zur Frage, ob dem Ausschuss direkt Dokumente und Unterlagen aus Ihrem Unternehmen zu übermitteln sind oder nicht. Und Dr. Funk schreibt auf Seite 6 dieses Gutachtens – er sagt vorher einschränkend alles Mögliche, um das geht es mir –, ich zitiere wörtlich:

Es besteht allerdings kein Verbot, über die Erteilung von Auskünften hinaus auch andere Beweismittel, insbesondere auch Urkunden und sonstige Unterlagen, einzubringen. – Zitatende.

Es besteht also für Sie als Unternehmen kein Verbot, dem Untersuchungsausschuss was auch immer, zum Beispiel diese E-Mails, zur Verfügung zu stellen. Jetzt haben Sie in Ihrer Einleitung argumentiert, ja, aber Sie tun das deshalb nicht, um möglichen Imageschaden und damit auch geschäftlichen Schaden vom Unternehmen abzuwenden. Ich muss Sie aber darauf aufmerksam machen, dass nicht nur Ihnen, uns und der Justiz, sondern auch der weiteren Öffentlichkeit bekannt ist, sobald Sie das an die Staatsanwaltschaft weitergeben, kommt es auch zum Untersuchungsausschuss.

Das heißt, Sie können diesen möglichen Schaden gar nicht abwenden, Sie verzögern nur und erschweren es dem Untersuchungsausschuss, sich zeitgerecht zu einzelnen Beweisthemen mit diesen Unterlagen auseinanderzusetzen.

Deshalb noch einmal meine Frage: Warum sind Sie nicht bereit, diese Unterlagen, in dem Fall die genannten E-Mails, dem Untersuchungsausschuss in Kopie direkt zur Verfügung zu stellen?

Dr. Hannes Ametsreiter: Wir haben große Bereitschaft, hier zu unterstützen, weil wir das ja auch gemacht haben. Noch einmal: Wir sind ein börsennotiertes Unternehmen, und dieses börsennotierte Unternehmen hat nach Regeln des Kapitalmarktes zu spielen. Das machen wir. Bevor wir eine Aktivität setzen, konsultiere ich meine Juristen im Unternehmen, die mir dann auch Verfassungsrechtler übersetzen, nachdem ich kein Jurist bin, und sehe mir einfach an: Wie sieht die Empfehlung aus? Ich möchte hier keinen Schritt setzen als verantwortungsbewusster CEO, sprich Generaldirektor eines Unternehmens, der mich in Konflikt bringt mit **Börseregeln**. Das möchte ich nicht. Daher folge ich Empfehlungen.

Wir stellen der Staatsanwaltschaft alles zur Verfügung, was die Staatsanwaltschaft haben will. Wir waren zur Verfügung für Befragungen. Wenn man jetzt Fragen addieren will, wenn man etwas darüber hinaus zu dem Heutigen noch wissen will, beantworten wir es gern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Deswegen noch einmal meine Frage, diesmal etwas allgemeiner: Wann werden jetzt diese angesprochenen E-Mails der Staatsanwaltschaft Wien zur Verfügung gestellt?

Dr. Hannes Ametsreiter: Nachdem ich die angesprochenen E-Mails nicht kenne, wird man das vermutlich den Herrn Kuch fragen müssen, wann er sie zur Verfügung stellt. Wir sind auch interessiert dran, diese E-Mails zu erhalten, weil es uns die Möglichkeit gibt, das alles zu prüfen.

Ich weiß ja nicht: Wir haben 9 300 Mitarbeiter – jeder Einzelne könnte sich E-Mails kopieren, auf einen Stick abziehen und mit diesem Stick spazieren gehen oder auch verschenken. Wir wissen es nicht, wie diese Informationen hinaus gelangt sind. Wir wissen auch nicht, ob diese Informationen authentisch sind. Wir wissen auch nicht, ob es 200 000 sind oder 20. Zehn haben wir gesehen. Das ist unser Informationsstand. Ich habe es gestern am Nachmittag gesehen – das ist, glaube ich, auch der Zeitpunkt, zu dem Sie das alle gesehen haben. Ich habe sonst keinen Informationsstand.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Deswegen meine letzte Frage dazu: Ich habe ja verwiesen auf dieses Rudi-Fischer-100 000-Hochegger-ÖVP-E-Mail. Sind Sie bereit, im eigenen Haus nachfragen zu lassen und den Untersuchungsausschuss über die Vorsitzende auch schriftlich in Kenntnis zu setzen, ob und wann dieses durchaus relevante E-Mail an die Staatsanwaltschaft Wien übermittelt worden ist?

Dr. Hannes Ametsreiter: Wenn wir dazu eine konkrete Anfrage der Staatsanwaltschaft erhalten, dann unterstützen wir das und beantworten das natürlich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie etwas anderes gefragt: Ob Sie bereit sind, uns gegenüber eine Zusage zu machen, dass Sie untersuchen lassen, ob und wann dieses E-Mail an die Staatsanwaltschaft Wien übersendet worden ist. Es geht darum, dass Sie **uns** informieren.

Dr. Hannes Ametsreiter: Der Punkt ist der, dass ich Ihnen heute nicht sagen kann, ob diese exakte Mail von Deloitte gescreent wurde und auf strafrechtliche Relevanz geprüft wurde. Wir haben im Deloitte-Bericht, wie ich bereits mehrfach ausgeführt habe, nur strafrechtlich relevante Tatbestände angeführt.

Die BDO-Prüfung, die derzeit gerade im Gange ist und wo noch kein Zwischenbericht und auch noch kein Bericht existiert, ist breiter gefasst. Dieser BDO-Bericht forscht umfassender, bezieht noch mehr Informationen ein. Und ich kann Ihnen weder in dem einen Fall, weil ich es auch nicht physisch selber gemacht habe, noch in dem anderen Fall sagen, ob exakt diese Mail gescreent und auch bewertet wurde. Deloitte hat nach strafrechtlichen Gesichtspunkten bewertet.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Weil ich das ja auch so verstehe, habe ich Sie ja etwas anderes gefragt: Ob Sie bereit sind, unternehmensintern nachzufragen, ob dieses E-Mail bereits der Staatsanwaltschaft zur Verfügung gestellt worden ist, und ob Sie bereit sind, darüber dem Untersuchungsausschuss über die Vorsitzende schriftlich Auskunft zu geben.

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich kann die Frage gerne aufgreifen. Ich möchte hier keine Antwort geben, wenn das nicht juristisch geprüft worden ist. Daher ist für mich eine juristische Prüfung abzuwarten. Wenn diese juristische Prüfung positiv ist, dann unterstützen wir hier gerne und machen das. Wenn die negativ ausfällt, dann würde ich entsprechend anders entscheiden. Aber da möchte ich mich verlassen auf Experten, die das sachlich bekunden können. Wie wir gesehen haben, gibt es öfter Auffassungsunterschiede über Geschäftsordnungen und über Rechte und Pflichten, und das wird auch in dem Fall so sein. Und insofern bestehe ich schon auf die Prüfung durch einen Juristen, um dann in die Lage versetzt zu sein, eine Antwort geben zu können.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ein Letztes dazu. Dann würde ich Sie ersuchen, sollte die Prüfung durch Ihre juristischen Berater und Beraterinnen negativ ausgehen, dass Sie auch darüber schriftlich den Ausschuss über die Vorsitzende informieren.

Dr. Hannes Ametsreiter: Das werde ich in jedem Fall tun.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Ametsreiter, haben Sie eine Vorstellung davon, wie viele E-Mails derzeit auf den Servern der Telekom gespeichert sind?

Dr. Hannes Ametsreiter: Man könnte es grob überschlagen. Wenn man davon ausgeht, dass man im Schnitt wahrscheinlich 50 E-Mails pro Tag erhält – ich weiß nicht, ob der Schnitt jetzt exakt passt, ich nehme es einmal an; ich erhalte ziemlich viele mehr – und wir 9 300 Mitarbeiter haben, kommen Sie, wenn Sie das auf 365 Tage hochrechnen oder auf 300 Tage, wahrscheinlich auf 200 Millionen E-Mails pro Jahr.

Wenn man hier die entsprechenden Jahre zurückrechnet, dann ergibt das die gesamte Anzahl an E-Mails, die verfügbar sind. Gelöscht werden nur die Mails der Personen, die ausscheiden. Alle anderen Personen haben die Möglichkeit, die E-Mails entweder liegen zu lassen am Netz oder auf lokalen Festplatten oder Speichern abzulegen. Das sind die Möglichkeiten.

Aber das sind, wie gesagt, sehr grobe Schätzungen, die ich jetzt auf eine schnelle Befragung hin schnell ausrechne.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das heißt, es wäre Ihrerseits ja gar nicht möglich, zu sagen, welche 200 000 E-Mails sozusagen jetzt davorstehen, nach und nach veröffentlicht zu werden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Die forensischen Methoden, die man angewandt hat, waren so, dass man üblicherweise nach **Schlagwörtern** sucht. Das ist die eine Suche, die man anwendet.

Das andere ist, dass man, um Zusammenhänge besser zu verstehen, bestimmte Personen, **Custodians**, befragt, alle die, die im Umfeld dieser Themen zu finden waren, und dass man Verbindungen herstellt. Das war die Methode, die angewandt wurde. Zum Teil wurden auch Festplatten durchsucht und mitgenommen und ausgewertet.

Das waren die forensischen Methoden, die wir – nicht wir, sondern die die Prüfer angewandt haben, und das sind die besten Prüfer. Wir haben eine Ausschreibung dafür gemacht und haben uns damals für Deloitte entschieden. Die Entscheidung des Kontrollausschusses – auch das ist, glaube ich, sinnvoll – war ein anderer Betreiber, eine andere Agentur aus Deutschland. Und ich glaube, dass man hier einen guten Weg gefunden hat, um Dinge zu finden. Bei 200 Millionen oder 1 Milliarde E-Mails, die vermutlich auf den Servern lagernd sind, ist es natürlich nicht ganz einfach, die gewünschte Information zu suchen und zu finden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich weiß nicht, ob Sie darauf antworten können, aber: Gibt es in der Telekom so etwas wie ein **Recall-System**, wonach festgestellt werden kann, wo welche E-Mails abgerufen werden?

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich kann Ihnen das hier nicht in allen Details beantworten, ich kann es Ihnen zu den Sicherungen beantworten. Es gibt von allen Mails eine Sicherungskopie. Diese Sicherungskopie existiert parallel. Wenn Sie als Mitarbeiter ausscheiden, wird nicht nur Ihr aktuelles E-Mailverzeichnis am Netz gelöscht, sondern es wird auch die Sicherungskopie gelöscht. Also das ist das, wie man damit umgeht.

Wie sehr haben wir die Möglichkeit, uns anzusehen, wer wann was abgerufen hat? – Soweit ich weiß – aber ich bin wirklich nicht der Spezialist dafür –, hat man die Möglichkeit, Zugriffe entsprechend zu datieren und auch festzustellen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sind Sie von der Frau Vorsitzenden gestern ersucht worden, heute auch einen technischen Sachverständigen mitzubringen, der diese Fragen beantworten kann?

Dr. Hannes Ametsreiter: Es ist ein SMS an uns ergangen, dass wir einen technischen Experten mitnehmen sollten. Wir haben nicht genau gewusst, in welche Richtung das geht – ob Sicherheitsbeauftragter oder IT-Spezialist. Ich habe versucht, mich in diesen Dingen, die vermutlich relevant sind, schlau zu machen, um das auch beantworten zu können. Ich hoffe, dass das eine oder andere, was Sie jetzt gefragt haben, auch für Sie relevant beantwortet ist.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Bei 200 000 E-Mails ist ja wohl davon auszugehen, dass es sich nicht nur um einen Desktop handelt, der da angezapft wurde, sondern es sieht möglicherweise eher danach aus, dass an irgendeiner Zentralstelle, auf einem Zentralserver, E-Mails angezapft worden sind.

Haben viele Personen Zutritt zu solchen zentralen Speicherkapazitäten?

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich kenne die Dinge jetzt nicht im Detail, ich glaube nicht, dass da auf das zentrale E-Mailsystem zugegriffen wurde. Das klingt mir eher nach einer lokalen Sache, und das ging wahrscheinlich über einen längeren Zeitraum, E-Mails entweder von einer Person und die entsprechenden Mails, die diese Person empfangen hat. Das wird man anhand der E-Mails nachvollziehen können. Oder es ist eine Kopie von verschiedensten E-Mails, von verschiedensten Ordnern, die man durchgeführt hat. Ich kann dazu sonst nicht mehr sagen – mit dem Wissensstand, den ich heute habe.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gehen Sie davon aus, dass die Person oder die Personen ausfindig gemacht werden können, die illegal E-Mails weitergegeben haben?

Dr. Hannes Ametsreiter: Das kann ich nicht sagen. Man wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das herauszufinden. Ich glaube, dass man einige Schlüsse sicher ziehen kann, wenn man einen Blick auf die E-Mails hat. Man kann sich dann die Original-E-Mails ansehen, und kann dann auch sehen, welche Personen damit verbunden sind, und wer, wann, wo zugegriffen hat. Also diese Möglichkeiten sollte es technisch geben.

Wie weit man aber daraus schließen kann, wer diese Informationen dann weitergegeben hat, da wird es wahrscheinlich nicht ganz einfach sein, das herauszufinden.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke, keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Dr. Ametsreiter, Sie haben zunächst gesagt, es gibt intern eine Richtlinie, wenn Personen ausgeschieden sind, dass innerhalb von 31 Tagen die E-Mails alle gelöscht werden, die vorhanden sind. Bei diesen E-Mails taucht ein Herr Michael Fischer auf und ein Herr Mag. Michael Jungwirth.

Sind die noch im Betrieb?

(Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Hannes Ametsreiter: Die beiden Personen sind nicht im Betrieb, aber im Unternehmen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sind im Unternehmen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass diese E-Mails noch nicht gelöscht sind, wenn diese Namen dort aufscheinen.

Dr. Hannes Ametsreiter: Das ist die Frage, woher diese E-Mails kommen. Wenn vorher eine Kopie gezogen wurde, dann kann man diese Informationen ja entsprechend mitnehmen. Aber es gibt ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mir geht es jetzt gar nicht darum, dass ich den Verdacht auf eine der genannten Personen lenken möchte, im Gegenteil, aber es ist technisch erklärbar, dass natürlich, wenn diese Leute noch tatsächlich vorkommen, die Mails auch noch nicht gelöscht sind – unabhängig davon, dass sie schon wesentlich früher gezogen werden konnten.

Dr. Hannes Ametsreiter: Sie haben in einem Punkt recht, es gibt ja die passive Erreichbarkeit. Wenn ich Ihnen allen ein E-Mail schicke, dann ist mein E-Mail bei Ihnen allen abgebildet, und insofern ist das so, wie Sie das gesagt haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war jetzt an sich nur die Einleitung, weil insgesamt, muss ich sagen, bin ich ein wenig unbefriedigt von Ihrer Darbietung heute. Ich habe mir eher erwartet, dass Sie sagen werden – nämlich auch wie Sie es

zum Beispiel unternehmensintern mit Mails an Mitarbeiter machen –, Sie sind für eine lückenlose Aufklärung. Und jetzt höre ich von Ihnen eigentlich nichts anderes, als dass Sie sagen, bevor wir etwas als Unternehmen an die Staatsanwaltschaft weiterleiten – und beziehen sich da auf aktienrechtliche Bestimmungen –, bevor wir also etwas weiterleiten, muss das Deloitte oder BDO geprüft haben. Ich muss sagen, ...

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Herr Kollege, ich glaube der Vorhalt ist falsch.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Es hat nicht geheißen, dass nicht an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet wird, sondern die Frage war, ob an das Parlament. Und daher war ...

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Ich glaube, das Thema war ja, dass die Auskunftsperson gesagt hat, dass die Frage der strafrechtlichen Relevanz von Urkunden geprüft wird und dass sie dann entweder entsprechende Anzeigen machen oder diese an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden, währenddessen Kollege Pilz wissen wollte, ob nach Durchführung dieser Prüfung einer allfälligen Anzeige an die Staatsanwaltschaft die Information an den Ausschuss erfolgt. Also das waren die zwei ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Vorsitzender! Es ist ganz anders. Man muss mich nur halbwegs ausreden lassen. Meine Wahrnehmung der Dinge war, dass derzeit nicht die Staatsanwaltschaft die Chance bekommt, all diese Unterlagen zu prüfen, sondern zuerst Deloitte – das ist keine mir bekannte Strafverfolgungsbehörde in Österreich – oder BDO – das ist ebenfalls keine mir bekannte Strafverfolgungsbehörde – das einmal alles sichtet und lichtet, ob nach deren Dafürhalten strafrechtliche Relevanz drinnen ist. Ich halte das schlichtweg für einen falschen Weg, weil an sich nur Staatsanwaltschaft und unabhängiges Gericht für mich die Strafverfolgungsbehörde ist.

Bei mir drängt sich jetzt der Verdacht auf, dass gefiltert werden soll oder die Möglichkeit besteht, das eine oder andere zu machen. Daher ist es meiner Ansicht nach dringend geboten, dass die Staatsanwaltschaft angesichts dieser Umstände eine sofortige Hausdurchsuchung und Beschlagnahme wegen des Verdachtes der Verdunkelung durchführt.

Dr. Hannes Ametsreiter: Darf ich die Dinge ...

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Bei wem soll das durchgeführt werden?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na bei der Telekom! Dort, wo dieses E-Mails ja an sich sein sollten.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Aber die hat er nicht, sagt er.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da wird man schauen müssen, ob man das findet, auch technisch. Man darf eines nicht übersehen: Nicht nur die Telekom, sondern auch die Staatsanwaltschaft hat durchaus Experten, die mit solchen Materialien umgehen.

Dr. Hannes Ametsreiter: Darf ich hier nach meinem Wissen Dinge korrigieren: Wir haben gegenüber der Staatsanwaltschaft alle Fragen – ich betone: **alle** – beantwortet. Alle! Wir haben dutzende Personen im Unternehmen gehabt, die befragt wurden, zu allen Details. Wir haben viel Zeit dafür aufgewendet. Wir sind jederzeit offen, auch heute, oder morgen, oder übermorgen, wenn Fragen vonseiten der Staatsanwaltschaft kommen, wenn man Einblick haben will in E-Mails, dann stellen wir diese natürlich zur Verfügung, so das rechtlich zulässig ist; aber wenn die Staatsanwaltschaft das fragt, dann würde ich mal davon ausgehen.

Das heißt, es hat die persönlichen Gespräche gegeben, und wir haben – ich glaube, das ist nur professionell; ich bin kein Ermittler, auch meine Mitarbeiter sind keine Ermittler – uns der Ermittler bedient, nämlich jener der Behörde, der Staatsanwaltschaft, und wir haben uns eigener bedient, weil Sie mir sonst vorwerfen würden, wir haben nichts gemacht. Wir haben sehr wohl etwas gemacht. Wir haben Informationen übermittelt und wir haben uns verschiedener international renommierter Agenturen bedient, die Unterlagen aufbereitet haben. Diese Unterlagen liegen Ihnen heute vor. Das sind 1 200 Seiten Bericht. Das ist ein sehr umfangreicher Bericht. Das ist auch etwas, was jederzeit ergänzt werden kann. Ich habe nichts gegen Ergänzungen, das kann man jederzeit tun. Aber ich verwahre mich – aber aufs Schärfste! – dagegen, dass hier nichts passiert ist. (*Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder den Vorsitz.*)

Ich zähle es Ihnen noch einmal auf: Wir haben im März 2009, und ich habe bereits im Jänner 2009 begonnen und Informationen der Kriminalpolizei übermittelt. Ich habe daraufhin eine Prüfung durch die Interne Revision veranlasst, daraufhin eine Prüfung durch Deloitte veranlasst, die 400 Seiten Report liegen Ihnen vor. Wir haben zehn Strafanzeigen erstattet und haben neun Privatbeteiligtenanschlüsse gestartet. Wir fordern Millionen Euro zurück. Das ist etwas, was hier immer geflissentlich vergessen wird. Das haben wir gemacht.

Und wir wollen hier alle Möglichkeiten des Unternehmens nützen. Da sind wir den Shareholdern verpflichtet, da sind wir aber auch dem Unternehmen verpflichtet und da sind wir auch denen verpflichtet, die Dinge gemacht haben, die man nicht hätte machen sollen. Und das ist ein ganz klarer Kurs, den wir machen, der ganz klar zeigt, was wir schon gemacht haben. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Hätte ich noch mehr machen können? – Ich weiß es nicht, aber ich habe versucht, **möglichst viel** zu machen.

Und es ist eine weitere Prüfung in Ausarbeitung. Wie Sie wissen, BDO prüft sehr, sehr umfassend. Da ist Objektivität gegeben. Auch da widerspreche ich auf das Schärfste: **Nicht** der Vorstand prüft, sondern der **Kontrollausschuss** prüft unabhängig. Und das ist ein Ansatz, den Sie wahrscheinlich nicht widerlegen können, weil diese Prüfung eine völlig unabhängige Prüfung ist. Die Inhalte dessen liegen mir heute nicht vor, wie auch anderen sie nicht vorliegen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da tut sich jetzt schon noch etwas auf. Also ich halte einmal fest: Wenn die Staatsanwaltschaft fragt, dann würde sie auf Kooperation stoßen und alles bekommen. Ich gehe daher davon aus, dass die Staatsanwaltschaft umgehend mit Ihrem Unternehmen in Kontakt tritt und sagt, wir hätten gerne all diese E-Mails, diesen E-Mail-Verkehr, der hier angeschlossen ist. Und wenn Sie sagen, wir haben sie selbst nicht oder können sie nicht finden, dann wird die Staatsanwaltschaft auch geeignete Mittel finden müssen. – Aber gut, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie das wollen.

Eines aber: Wenn Sie sagen, BDO sei ganz unabhängig vom Vorstand oder sonst jemandem, so sage ich, das ist trotzdem eine private Instanz und hat nicht, nicht einmal ansatzweise, den Charakter einer Strafverfolgungsbehörde an sich. Also die strafrechtliche Relevanz wird auch bei BDO bei aller Unabhängigkeit und bei dem, was herauskommen soll, trotzdem nicht hundertprozentig gewährleistet sein können, weil es nämlich vom Prinzip her gar nicht geht.

Zur Frage. Wir vergessen auf keinen Fall, dass Sie Schadenersatzansprüche stellen wollen, dass es natürlich auch aufgrund der Malversationen, die hier aufgetreten sind, Scheinrechnungen, Scheinangebote und ähnliches, zu Schadenersatzforderungen kommen wird können. Das wird sich von Mitarbeitern bis hin ins politische Lager

hineinziehen können, durchaus. Und ich wünsche Ihnen diesbezüglich auch sehr viel Erfolg, dass diese schädigenden Handlungen dann wieder irgendwann einmal zurückfließen werden, dass zumindest dieser wirtschaftliche Schaden für Ihr Unternehmen gut gemacht wird. Da wünsche ich Ihnen auch viel Erfolg dazu.

Aber eines bleibt hier nach wie vor immer: Die strafrechtliche Relevanz wird weder der Vorstand, aber auch nicht Deloitte oder BDO klären können.

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich kann Ihnen da nur recht geben, dass wir das so vorhaben, wie Sie es beschrieben haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Doktor Ametsreiter! Ich glaube, Kollege Rosenkranz ist der Sache schon sehr, sehr nahe gekommen. Ich will jetzt an der Stelle weiterfragen.

Zu diesen 200 000 E-Mails, die „NEWS“ vorliegen hat, sagen Sie, dass generell normalerweise E-Mails innerhalb von 30 Tagen gelöscht werden. Sie haben gesagt, dass Sie sich das nur so vorstellen können, dass das eine Einzelperson über einen längeren Zeitraum gesammelt hat und das möglicherweise ein Weg sein könnte, dass diese Person das dann an „NEWS“ weitergegeben hat. Und Sie haben gesagt, das wird sich unter anderem dann herausstellen, wenn man sieht, ob das alles von einem Absender kommt.

Ich darf Sie noch einmal fragen: Ist es technisch innerhalb kürzerer Zeit möglich, dass sich ein Mitarbeiter der Telekom 200 000 E-Mails beschafft und an „NEWS“ weitergibt? Ist das technisch überhaupt möglich?

Dr. Hannes Ametsreiter: Sich E-Mails zu beschaffen, ist sehr relativ. Wenn man sehr lange in einem Unternehmen ist und sehr viele E-Mails erhält, dann wird man im Laufe der Zeit sehr viele E-Mails ansammeln. Ich habe die technischen Möglichkeiten beschrieben.

Ich muss bei einem widersprechen, was Sie zu Beginn erwähnt haben. Es wird nicht generell nach 31 Tagen gelöscht, sondern bei Personen, die **ausscheiden**, wird nach 31 Tagen gelöscht.

Es ist so, dass diese 200 000 E-Mails ein relativ großes geschätztes Datenvolumen ergeben. Ich schätze das auf 4 oder 5 Gigabyte. Das ist relativ viel. Das ist über E-Mail nicht verschickbar – außer man sendet es einzeln oder in kleinen Paketen. Daher ist hier technisch vieles möglich. Was da tatsächlich gemacht wurde, ist heute aus einer Ferndiagnose, indem man sich das in einem Magazin ansieht, einfach nicht möglich. Man muss das seriös technisch beurteilen. Die technologischen Möglichkeiten habe ich in etwa aufgezeigt, wie man es vermutlich am einfachsten machen könnte. Das heißt aber nicht, dass ich damit alle anderen, auch theoretisch möglichen technischen Möglichkeiten ausschließe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie bleiben dabei, oder die Darstellung ist richtig, die Staatsanwalt hat diese 200 000 E-Mails derzeit nicht, die hat ausschließlich das Nachrichtenmagazin „NEWS“?

Dr. Hannes Ametsreiter: Darf ich hier unterbrechen? Das habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie genau deswegen so. Also sagen Sie Ihre Meinung noch einmal, wie es wirklich ist! Genau das ist jetzt der Punkt. Sie wissen es eh selber schon. Frage: Wer hat es noch?

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich kann Ihnen nur eines sagen, und ich habe es schon mehrmals gesagt: Ich kann es Ihnen nicht beantworten. Es kann sein, dass diese E-

Mails bereits gescreent wurden, es kann aber auch nicht sein. Es kann bei Deloitte passiert sein und es kann derzeit oder auch in der Vergangenheit bei der BDO-Prüfung passiert sein. Da ich jetzt hier nicht alle Detailsichten habe und auch nicht der Chef-Forensiker bin, kann ich Ihnen das im Detail nicht beantworten. Also das ist durchaus so, dass das noch geprüft werden kann oder schon geprüft wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt komme ich zum entscheidenden Punkt. Ich nenne nur ein Beispiel, dieses E-Mail im „NEWS“:

„Lieber Gernot. Rudi Fischer hat € 100.000,- via Peter Hohegger an die ÖVP-Bundespartei für 2007 zugesagt. Mit der Bitte um Berücksichtigung. Liebe Grüße, Michael“

Das ist heute veröffentlicht worden. Gernot Schieszler wurde zu diesem E-Mail laut meinen Informationen, die sehr zuverlässig sind, bereits befragt. Und Sie haben es ja schon angedeutet, und das ist der entscheidende Punkt, und jetzt kommen wir auch zum parteipolitischen Spiel, das da läuft. Diese 200 000 E-Mails, den größten Teil davon, vielleicht sogar mehr – ich höre, es sind sogar mehr als diese 200 000 –, hat laut meinen Informationen – Sie haben es eh indirekt angedeutet, es sind E-Mails gescreent worden –, also den größten Teil davon hat die BDO Deutschland vorliegen. Und die BDO Deutschland ist auch diejenige gewesen, die Schieszler genau zu diesem E-Mail bereits befragt hat.

Das heißt – das ist ganz, ganz wichtig –: Die E-Mails sind nicht per USB-Stick von einem Mitarbeiter illegal weitergegeben worden, wie Sie das in den Raum gestellt haben. Nein! BDO hat diese E-Mails vorliegen und führt dazu bereits Befragungen durch. Und parallel verweigert die Telekom, vor allem die ÖIAG und deren Vorsitzender Beyrer, der aus dem Umfeld der Österreichischen Volkspartei kommt, dem Untersuchungsausschuss die Übermittlung der Untersuchungsergebnisse der BDO. Soweit ich weiß, ich will Ihnen nichts unterstellen, aber auch das habe ich gefragt: Sie haben gesagt, Sie haben das ausdrücklich betont, BDO, es gibt keinen Zwischenbericht, den gibt es noch nicht.

Meinen Informationen nach ist diese Auskunft nicht korrekt. Meine Informationen sind sehr zuverlässig. Ich bin dann auch gerne bereit, das gegenüber den anderen Fraktionen in einer nichtöffentlichen Sitzung zu sagen, in einer vertraulichen Sitzung, in der die Vertraulichkeit garantiert ist, aber ich will nicht in der Medienöffentlichkeit meinen Informanten preisgeben. Ich bin aber bereit, ihn im vertraulichen Rahmen zu nennen. Es gibt einen Bericht von BDO.

Und weil diese E-Mails hauptsächlich Malversationen in Richtung der Österreichischen Volkspartei betreffen, wird im Zusammenspiel von Telekom mit Beyrer in der ÖIAG alles unternommen, damit dieser BDO-Bericht nicht an den Untersuchungsausschuss oder möglichst spät übermittelt wird, denn dort wird genau das drinnen stehen, was heute im „NEWS“ steht, nämlich die ganze Dokumentation dieser E-Mails, die Befragungen dazu.

Sie haben selber gesagt, es kann sein, dass Deloitte oder BDO E-Mails gescreent haben. Die haben Tausende E-Mails gescreent. Ja, Sie tun so (*in Richtung der Vertrauensperson*), Herr Rechtsanwalt. Ich weiß, dass das stimmt. Die haben Tausende E-Mails bei Ihnen gescreent. Stimmt, oder? – Ja, stimmt. Danke fürs Kopfnicken. Tausende E-Mails haben die gescreent.

Dr. Hannes Ametsreiter: Sogar Millionen von E-Mails.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt hören wir es, danke schön. Millionen E-Mails!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur Frage zu kommen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme zur Frage. Millionen. So wie ich es gesagt habe, es sind nicht 200 000, BDO hat – und jetzt ist die Wahrheit herausen – Millionen E-Mails von der Telekom. Danke, Herr Vorstand Dr. Ametsreiter!

Wir haben das schon im Ausschuss diskutiert. Ich frage Sie: Warum verweigern Sie im Zusammenspiel mit Beyrer von der ÖIAG – dazu gibt es ein eigenes E-Mail an den Ausschuss, dass er das nicht tun kann –, warum verweigern Sie oder verschleppen und verzögern Sie die Übermittlung von Zwischenberichten oder Zwischenergebnissen der BDO an den Untersuchungsausschuss?

Dr. Hannes Ametsreiter: Ich habe jetzt Mühe, den einzelnen Punkten zu folgen, versuche aber der Reihe nach, diese Themen auch zu beantworten.

Zum einen verwahre ich mich dagegen, dass man uns hier unterstellt, nicht unterstützend zu wirken. Wir haben alle Maßnahmen getroffen, um bestmöglich zu prüfen und Informationen zu übermitteln. Ich bin selber und auch sehr viele andere bereitgestanden, um Informationen zu geben. Diese Millionen von E-Mails, das ist alles andere als neu, das haben wir bereits letztes Jahr kommuniziert, als wir den Deloitte-Bericht kommuniziert haben. Das ist nicht neu. Wir haben dort gesagt, dass wir mehrere, sehr, sehr viele, nämlich Millionen von Daten, Fakten, Informationen und auch E-Mails gescreent haben. Das ist eine Information, die es damals schon gegeben hat.

In Wirklichkeit ist das völlig klar, muss es ja auch sein. Sie haben gehört, wie viele E-Mails es gibt, pro Jahr zirka 200 Millionen. Da muss man natürlich einen gehörigen Teil ordentlich screenen. Also insofern ist das der eine ... (*Abg. Petzner: Wenn Sie sie eh gescreent haben ...!*) – Ich habe Sie aussprechen lassen. Ich hoffe, Sie machen das bei mir genauso.

Der zweite Punkt ist der, dass ich keinen Zugriff auf BDO-Informationen habe. Ich habe die Informationen dazu nicht. Ich habe auch keinen Berichtsstand dazu. Ich habe noch nie gehört, dass es einen Bericht gibt. (*Abg. Petzner: Es gibt einen Zwischenbericht!*) Ich habe auch noch nie gehört, dass der fertig ist. Ich habe auch nicht gehört, wie weit man damit ist.

Daher kann ich Ihnen da keine zusätzliche Information geben und kann Ihnen nur die Information geben, dass ich darüber nicht mehr weiß.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Fragen Sie doch einmal nach!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke schön. Ihre Zeit ist abgelaufen! (*Heiterkeit. – Abg. Petzner: Auf die Uhrzeit bezogen!*)

Ich bedanke mich vor allem auch bei Herrn Dr. Ametsreiter, dass er uns so lange zur Verfügung gestanden ist und entschuldige mich für die Unterbrechung.

(Auskunftsperson und Vertrauensperson verlassen den Sitzungssaal.)

14.19

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir müssen wieder unterbrechen, weil wir noch, entsprechend der gestrigen Vereinbarung, Konsens über die nächste Ladung herbeiführen müssen, damit wir heute noch eine Ladungsliste beschließen können.

Die Sitzung ist **unterbrochen**.

*(Die **medienöffentliche** Sitzung wird um 14.20 Uhr **unterbrochen** und um 15.08 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

15.08

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 15.08 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf**.

Auskunftsperson Mag. Beatrix Skias

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen jetzt zur Anhörung von **Mag. Beatrix Skias** als **Auskunftsperson**.

Die Auskunftsperson ist trotz Krankheit erschienen. Wir bedanken uns.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh-, Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet werden.

Frau Mag. Skias, ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an die Pflicht zur **Angabe** der **Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft.

Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Beatrix Skias. Geboren: 28.12.1972; Adresse: Wien. Beruf: PR-Beraterin. Sie waren nicht öffentlich Bedienstete.

Frau Mag. Skias! Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteiles nicht verweigern dürfen.

Wir kommen nun zur Befragung. Sie haben die Möglichkeit, innerhalb von 10 Minuten Ihre Sicht der Dinge zu präsentieren. (*Die Auskunftsperson verzichtet. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Danke schön, dass Sie gekommen sind. Es ist ja offensichtlich heute nicht ganz einfach für Sie, deswegen – wir haben das vorher besprochen – werden wir das so kurz wie möglich halten.

Können Sie uns kurz Ihre geschäftliche Funktion in den Unternehmen, die wir untersuchen, schildern und zweitens die Frage beantworten, ob und in welcher Art und Weise Sie mit der ganzen Angelegenheit „Universaldienstverordnung“ zu tun hatten?

Mag. Beatrix Skias: Ich war im Unternehmen **Hohegger/Com** circa 14 Jahre lang beschäftigt, habe dort als PR-Assistentin begonnen, bin dann PR-Beraterin geworden und war dann noch ein Jahr Geschäftsführerin, 2009.

Ich kann nur dazu sagen, dass ich immer im PR-Team gearbeitet habe, ich war nie Teil des Lobbying-Teams, habe nie für die Telekom gearbeitet. Von daher kann ich zu dem untersuchten Gegenstand auch nichts sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte Ihnen einen Amtsvermerk vor: „Erkundung Mag. Stefan Krenn“, vom 17. März 2011 vom Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung.

Da gibt Mag. Krenn Folgendes an: Er selbst sei nicht im Themenkreis Universaldienstverordnung involviert gewesen, aber er habe gehört, dass Mitarbeiter bei Hohegger daran gearbeitet haben. Konkret sollen Argumente erstellt worden sein und Konzepte, warum so eine Verordnung zugunsten der Telekom Austria notwendig ist. – Und so weiter.

Es sei gemunkelt worden, dass die Telekom massive Einbußen in der Festnetztelefonie gehabt habe und auf der Suche nach anderen Einnahmequellen gewesen sei.

Und dann kommt der entscheidende Satz – ich zitiere –:

Seines Wissens habe es ein eigenes Telekom Austria-Team gegeben unter der Führung von Dietmar Trummer und Martin Kratky, und diese müssten dazu mehr wissen. Vielleicht könnte auch Mag. Beatrix Skias-Jonke etwas wissen, da sie die Leiterin des mobilkom-Teams war.

Das ist der Grund, warum wir Sie befragen und warum Sie geladen worden sind, und ich ersuche Sie, uns zu sagen, was es damit auf sich hat.

Mag. Beatrix Skias: Es ist richtig, dass das Telekom-Team von Mag. Trummer und Mag. Kratky geleitet wurde. Es ist richtig, dass ich die mobilkom austria, ich glaube, zwei Jahre, betreut habe. Das war im Rahmen meiner Eltern-Teilzeitkarenz, ich habe da teilweise von zu Hause aus gearbeitet. Das war in der Zeit auch der einzige Kunde, den ich betreut habe. Also von circa 2005 bis 2008 habe ich die mobilkom austria betreut. Es ist immer in getrennten Teams gearbeitet worden; mobilkom-Team und Telekom-Team haben keinerlei Überschneidungen gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das heißt also, allein schon deshalb konnten Sie nichts mit den bekannten Vorgängen rund um die Werbeagentur Schmiad beziehungsweise (*Mag. Skias: Richtig!*) die Werbeagentur Haslinger – ich muss nur alles sagen, damit es bei Protokoll ist – zu tun haben. – Ist das richtig? (*Mag. Skias: Ja!*) – Dann habe ich keine weiteren Fragen. Danke schön.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich hätte nur eine Frage an Sie. Peter Pilz hat ja das Wichtigste bereits abgefragt. Mich würde nur interessieren: Waren Sie in irgendeiner Form mit dem Zustandekommen der Universaldienstverordnung beschäftigt: ja oder nein?

Mag. Beatrix Skias: Ich war mit der Verordnung *nie – nie!* – beschäftigt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gibt es sonst noch Fragen? – Dann darf ich mich bei der Auskunftsperson bedanken und ersuchen, die *nächste* Auskunftsperson, die auch schon längere Zeit wartet, hereinzubitten.

(Die Auskunftsperson **Mag. Skias** verlässt den Sitzungssaal.)

15.14

15.15

Auskunftsperson Mag. Dietmar Trummer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr **Mag. Dietmar Trummer**, ich begrüße Sie als **Auskunftsperson**.

Ich muss wieder die Damen und Herren Medienvertreter auf das Übliche aufmerksam machen: dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Dietmar Trummer, ich bedanke mich nochmals für Ihr Erscheinen, auch für Ihr Warten. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe** der **Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine (vorsätzlich) falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung steht auch im Amtlichen Protokoll.

Ihr Name: Mag. Dietmar Trummer. Geboren: 9.11.1964. Anschrift: Wien. Sie sind als selbständiger Unternehmensberater tätig und nicht als öffentlich Bediensteter.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteiles nicht verweigern dürfen, § 8 der Verfahrensordnung.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie noch die Möglichkeit zu einer zusammenhängenden Erzählung im Ausmaß von 10 Minuten. Aus zeitökonomischen Gründen können wir auch gleich in die Befragung einsteigen. – Was bevorzugen Sie?

Mag. Dietmar Trummer: Ich möchte ganz gern nur meine Position in der Agenturgruppe darlegen. Ich werde mich aber so kurz wie möglich fassen.

Grüß Gott auch von meiner Seite! Ich möchte Ihnen kurz darlegen, wo ich in der Agenturgruppe Hohegger gestanden bin und welche Funktion ich dort hatte.

Ich bin 1993 über einen Kontakt zum Bruder vom Peter Hohegger, zu Paul Hohegger, in die Agentur gestoßen, die damals nominell schon die Nummer zwei am Markt war, aber noch wenige Mitarbeiter hatte. Wir haben dann stark expandiert in den neunziger Jahren. Ich war 1999 der erste Partner der Agentur. Ich habe dann in den Nullerjahren die Agentur konsequent vorangetrieben im Umbau in eine partnerschaftlich geführte Agentur, nach dem Vorbild von großen Rechtsanwalts- oder Wirtschaftstreuhand-Sozietäten.

Wir haben mit der Familie Hohegger an sich ausgemacht gehabt, dass wir jetzt, 2012/13 bis 2015, die Familie abschichten und eine der großen partnerngeführten Agenturgruppen in Österreich werden, zusammen mit einem großen internationalen Netzwerk, mit dem wir schon lange, lange zusammengearbeitet haben.

Die Agentur trägt den Namen Hohegger|Com. Dort war ich Geschäftsführer; auch die Kollegin vorher. Dann gab es eine andere, die auf Finanzmarktkommunikation spezialisiert war, dort gab es Partner und Mitgesellschafter, und dann auch noch eine

Online Marketing- und Grafikagentur, die auch Werbung angeboten hat. Wir haben eigentlich in der Hohegger-Gruppe die gesamte Wertschöpfung der Kommunikation anbieten können und waren dann bis zum Aufkommen der BUWOG-Affäre zehn oder elf Partner.

Die Agentur war enorm erfolgreich. Das ist kein PR-Sprech. Wir haben jedes Jahr zahlreiche nationale und internationale Preise gewonnen, einen Haufen davon für Projekte der Telekom Austria, darunter auch den europäischen Public-Affairs-Preis, Staatspreis für PR und so weiter. Die PR-Agentur hatte in der Kernkompetenz 30 bis 40 ständige Klienten, und die Telekom Austria war ein wichtiger Kunde, aber nicht unser wichtigster.

Die Agentur, die Mannschaft hat sich sehr stark über mich definiert. Ich selber war fürs Personal zuständig, für die organisatorische Führung der Agentur und hatte vor allem auch immer ein eigenes Portfolio – wie alle anderen Kompetenzgruppen auch – von eigenständig betreuten Agenturen. Mein Schwerpunktgebiet ist eigentlich Versicherung, Finanzwirtschaft, Energie und die klassische Old Economy in der Beratung. – Das wollte ich einmal dargestellt haben.

Daneben gab es dann die mittlerweile sehr berühmte Valora-Gruppe, oder das Unternehmen Valora, der Brüder Hohegger, vor allem des Peter Hohegger, und mit dem hatten wir in der Agentur im Großen und Ganzen nichts zu tun. – Danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Erster Fragesteller: Herr Abgeordneter Amon.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Mag. Trummer! Können Sie uns sagen, welche Kunden Sie in den Hohegger-Firmen vorrangig betreut haben – oder **für** die Hohegger Firmen?

Mag. Dietmar Trummer: Ich habe Banken betreut, ich habe Versicherungen betreut, ich habe Unternehmen aus dem Lebensmitteleinzelhandel betreut – also in die Richtung. Ich bitte aber um Verständnis, dass ich keine Firmennamen konkret sagen möchte, weil ich durch meinen damals raschen Abgang von 2009 eigentlich nirgends von der Verschwiegenheit entbunden bin. Aber im Prinzip sind es sehr bekannte Marken, die ich betreut habe mit meinem Team.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es Projekte, die Sie abgewickelt haben, bei denen ehemalige oder aktive Politiker im Mittelpunkt standen?

Mag. Dietmar Trummer: Die da mitgearbeitet haben, meinen Sie?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Beispielsweise. Die Sie unterstützt haben?

Mag. Dietmar Trummer: Ich persönlich bei meinen Projekten nicht. Ich bin eigentlich meistens ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Die Ziel von Aktivitäten waren? Regierungsmitglieder?

Mag. Dietmar Trummer: Die Ziel von Aktivitäten waren? (*Abg. Amon: Ja!*) – Ja, schauen Sie, einen Public-Affairs-Anteil in dem Sinne gibt es meist bei einem PR-Kunden. Aber was ist dieser Public-Affairs-Anteil? Die Arbeit von Agenturen ist zu 90, 95 Prozent immer die Aufbereitung von Argumenten und niemals das Lobbying hin zu einem Politiker.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Verzeihen Sie, Herr Mag. Trummer! Ich will jetzt keine Erklärung, sondern ich hätte gerne gewusst, ob es Politiker gab, die Zielpersonen waren im Hinblick auf Aktivitäten Ihrer Unternehmung.

Mag. Dietmar Trummer: Na ja, im Telekom-Bereich waren das sicher die Telekommunikationssprecher, das waren Konsumentenschutzsprecher – all die Dinge, die die Telekom betroffen haben, in Ihren Aktivitäten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sind Ihnen da Namen erinnerlich?

Mag. Dietmar Trummer: Von diesen Politikern? (*Abg. Amon: Ja!*) – Die Telekommunikationssprecher Hakl, Gartlehner, im Wesentlichen, dann Beamte, BMVIT – das, was an Namen eigentlich immer herumkursiert.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Konsumentenschutzsprecher ist Ihnen auch in Erinnerung?

Mag. Dietmar Trummer: Ich persönlich habe im operativen Lobbying ganz, ganz wenig zu tun gehabt. Die Gruppe hat zwar zu mir gehört, aber das war die Public-Affairs-Abteilung. – Ich werde nicht ganz schlaue aus Ihrer Frage.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das macht nichts.

In Ihrer Einvernahme vom 31. August 2011 sagen Sie aus, dass sich Ihr Verhältnis zu Peter Hochegger im Jahr 2002 distanzierte, weil dieser sich zunehmend dem politischen Lobbying widmete. – Können Sie das näher ausführen?

Mag. Dietmar Trummer: Gerne. Wir waren von unserem Selbstverständnis in der Agentur und auch in unserem Leitbild getragen von unserer Unabhängigkeit. Wir haben *nie* irgendwo politisch dazugehört, haben da auch *nie* irgendwelche Ansprüche auf Aufträge oder sonst irgendwas gehabt. Wir haben uns ganz stark definiert über Qualität, hohe Dienstleistungsgesinnung und daraus Reputation. Und das hat sehr, sehr gut funktioniert, weil wir quer durch alle Branchen große Aufträge gehabt haben.

Als Herr Hochegger dann angefangen hat, vor allem mit dem Herrn Meischberger zu kooperieren, haben *wir* draußen, die wir das operative Geschäft gemacht haben, im Markt ziemlich schnell festgestellt, dass wir daraus **Imageprobleme** generierten. Das hat nach innen und nach außen dann zu immer mehr Diskussionen geführt und auch zu strategischen Auseinandersetzungen mit dem Herrn Hochegger.

Das war, glaube ich, letztlich einer der Gründe, warum er sich dann auf seine eigenen Sachen konzentriert hat. Er hatte ja dann ab Mitte der 2000er Jahre nicht einmal mehr einen festen Schreibtisch in der Agentur.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das Unternehmen hat ja offensichtlich nicht nur quer durch alle Branchen, sondern auch quer durch alle Parteien mit Personen gearbeitet.

Waren Sie je selbst an politischen Lobbying-Aktivitäten beteiligt?

Mag. Dietmar Trummer: Darf ich da etwas zu den – weil mir das heute Vormittag, so wie ich das mitverfolgt habe, sehr, sehr leid getan hat – ... Ich habe natürlich auch etlichen Mitarbeitern, die mich angerufen haben, versprochen, das klarzustellen: Also die kleinen Angestellten, die heute da genannt worden sind, sind zum überwiegenden und größten Teil nicht zu Hochegger in die Agentur gestoßen, weil sie einen politischen Hintergrund hatten, sondern weil sie eine Facette von ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Würden Sie bitte meine Frage beantworten!

Mag. Dietmar Trummer: Nur um das klarzustellen. – Ob ich politisch ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ob Sie je an politischen Lobbying-Aktivitäten beteiligt waren?

Mag. Dietmar Trummer: In der Aufbereitung von Argumentationen und Entscheidungen für die, die hingegangen sind, ja, aber ich selber war praktisch kaum irgendwo dabei. Ich erinnere mich vielleicht einmal an ein größeres Gespräch, wo die Frau Hakl dabei war. Aber ansonsten war das nicht mein Geschäftsfeld.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Worum ist es in diesem Gespräch gegangen?

Mag. Dietmar Trummer: Das weiß ich nicht mehr. Schauen Sie, das, was die Telekom in all den Nuller-Jahren immer beherrscht hat irgendwie, war die Frage der Regulierung, des Universaldienstes letztlich damals noch, wer zahlt was mit, die Fragen des Schutzes ihrer Investitionen – all diese Dinge, also eher Rahmenbedingungen. Ich selber habe nie irgendwo aktiv lobbyiert, wo es um ein Gesetz oder um eine Verordnung oder sonst irgendetwas gegangen ist. Ich sage Ihnen, das war auch nicht die Aufgabe der Agentur.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Dr. Hochegger hat schon relativ ausführlich bei den Einvernahmen zu Scheinangeboten und Scheinrechnungen zwischen der Telekom und der Valora ausgesagt.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, überhaupt nicht, überhaupt nicht. Ich habe in der Valora überhaupt kein ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Hochegger sagte weiters aus, dass es auch zu Scheinangeboten und Scheinrechnungen zwischen der Telekom und der Hochegger.com gekommen ist.

Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, also das überrascht mich jetzt total.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): In Ihrer Einvernahme vom 31. August 2011 sagen Sie aus, dass Sie in erster Linie mit der fachlichen Qualitätssicherung, der Personalführung, der Kostenkontrolle beschäftigt waren.

Wie können Rechnungen ohne echte Gegenleistung von der Hochegger.com an die Telekom trotz Ihrer fachlichen Qualitätssicherung und inhaltlichen Kontrolle zustande gekommen sein?

Mag. Dietmar Trummer: Die fachliche Qualitätssicherung bezieht sich auf die Ausbildung der Leute, unserer Mitarbeiter, auf deren fachliche Kompetenz. Ich weiß auch nicht, welche Rechnungen der Herr Hochegger jetzt genau meint. Mich überrascht es jetzt sehr, dass die .com auch betroffen sein soll von Scheinrechnungen. Also ich habe dazu überhaupt keine Wahrnehmung.

Vielleicht das noch ergänzend: Bei der Menge an Rechnungen, die die Agenturgruppe abgewickelt hat, gehört nicht zur Qualitätssicherung, sich alle Rechnungen anzuschauen. Das war unmöglich. Jeder hatte in seiner Gruppe sein Geschäft eigenständig mit seinem Team zu machen. Rechnungen sind dann bei mir aufgeschlagen, wenn ein Kunde sie nicht bezahlt hat – das war so der Reklamationsweg – oder wenn sie beeinsprucht worden sind. Aber da kann ich mich an überhaupt nichts erinnern, vor allem nicht im Zusammenhang mit der Telekom. Die Telekom – was unser Geschäft betroffen hat, das klassische PR-Geschäft – hat mit uns auch immer hart verhandelt um die Preise.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie die Umsätze der Hochegger.com und der Valora ab dem Jahr 2003 quantifizieren?

Mag. Dietmar Trummer: Also die Valora Umsätze kenne ich überhaupt nicht, zu keinem Jahr. Bei den Umsätzen – 2003 genau, sagen Sie? – von der Telekom: Ich sage einmal geschätzt 1 Million plus Honorarumsatz, aber ich kann da keine ganz genaue Angabe dazu machen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Waren Sie je in Projekte involviert, die über die Valora abgewickelt worden sind? (*Mag. Trummer: Nein!*) – Haben Sie Wahrnehmungen zu solchen Projekten?

Mag. Dietmar Trummer: Wie gesagt: Hohegger hat das dann sehr, sehr eigenständig und selbständig gemacht. Er hat mir auch, weil er wusste, dass ich ziemlich angefressen bin – oder war, so wie alle anderen Partner eigentlich auch – über die Politberatung, die er machte, vor allem auch in eine Richtung, eigentlich davon sowieso dann nichts mehr erzählt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es innerhalb des Unternehmens oder des Konzerns jemals irgendwelche Gespräche oder Gerüchte über die Verrechnung von Projekten, bei denen es keine Gegenleistung gab?

Mag. Dietmar Trummer: Herr Abgeordneter Amon, ich sage Ihnen: Wenn dem so gewesen wäre, ja, dann wären wir alle ausgezogen am nächsten Tag. Das hätte die Agentur nicht ausgehalten. (*Obfrau-Stellvertreter Dr. Jarolim übernimmt den Vorsitz.*)

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Wenn darüber gesprochen worden wäre, meinen Sie?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, wenn es konkrete Anlässe gegeben hätte, das zu vermuten oder so, dann wäre man der Sache nachgegangen; hat es aber nicht gegeben, in der .com, hat es nicht gegeben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Es ist nur mittlerweile evident, dass es Rechnungslegungen an die Telekom gegeben hat für Leistungen, die nie erbracht worden sind, und daher überrascht es ein wenig, dass es im Unternehmen in keinsten Weise jemals irgendwo ein Gespräch darüber gab.

Mag. Dietmar Trummer: Nein, gab es nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Sie haben jedenfalls keine Wahrnehmung dazu? (*Mag. Trummer: Nein, ich hatte keine Wahrnehmung!*) – Sie können natürlich nicht ausschließen, ob es anderswo Gespräche darüber gab?

Mag. Dietmar Trummer: Also ich hätte viel ... Ich habe viel erfahren dazu, aber ... Oder: Das wäre an mich herangedrungen. Also ich bin da schon ziemlich überrascht, muss ich sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie sich erinnern, oder können Sie Personen beziehungsweise Unternehmen nennen, die Subunternehmer der Hohegger.com beziehungsweise der Valora waren? (*Mag. Trummer: Personen?*) – Personen, ja.

Mag. Dietmar Trummer: Heinz Lederer war ein Subunternehmer, also der Hohegger.com. Jetzt dezidiert im Sinne von Subunternehmer ... Ich meine, dass Hohegger mit Meischberger gearbeitet hat ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe eh gesagt: Personen oder Subunternehmer, die quasi als Subunternehmer tätig waren, für die Hohegger.com respektive für die Valora.

Mag. Dietmar Trummer: Also außer dem Üblichen, wo man angeboten hat, gemeinsam Graphikleistungen und so weiter – also mit Graphikstudios, mit einem Werbebüro oder so –, habe ich keine Wahrnehmung dazu.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also nur Lederer, sagen Sie, haben Sie erinnerlich.

Mag. Dietmar Trummer: Also der jetzt außerhalb dieses üblichen Kreises ist, ja. (*Abg. Amon: Meischberger?*) – Wie gesagt, Meischberger hat mit Hohegger zusammengearbeitet, aber nicht mit uns – also in dem Sinn mit uns, dass wir ihn als Subunternehmer eingesetzt hätten.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Magister, gab es einen Auftrag der Telekom an die Hohegger.com im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung?

Mag. Dietmar Trummer: Also das habe ich noch wirklich recherchiert im Hinblick auf die Vorbereitung: Derjenige, der damals grundsätzlich so das Public Affairs gemacht hat, in der Grundbetreuung, sagt mir, nein, es hat nicht nur keinen Auftrag gegeben, sondern es hat auch keine Rolle gespielt in der Hohegger.com – 2006.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie insgesamt ein bisschen skizzieren, was so die Leistungen der Hohegger.com waren?

Mag. Dietmar Trummer: Für die Telekom allgemein? (*Abg. Amon: Ganz allgemein!*) – Ganz allgemein: Ich habe gesagt, wir haben die ganze Wertschöpfungskette angeboten. Wir haben sie unterstützt in der gesamten internen Kommunikation. Wir haben praktisch die gesamte Gebrauchsgraphik gemacht. Wir haben sehr, sehr viele Veranstaltungen durchgeführt. Wir haben ein Team von zwischen fünf und zehn Leuten jeden Tag, jedes Monat der Telekom zur Verfügung gestellt, fast zehn Jahre hindurch.

Es haben uns verschiedenste Firmenteile der Telekom Austria – wie Business Solutions und so weiter –, die natürlich gewusst haben, dass wir eine gute Qualität abliefern, für ihre Dinge beauftragt. Das Marketing hat Werbeleistungen auch da und dort – weil man gewusst hat, die Werbeschraube dreht sich durch – in die PR ausgelagert. Also wir haben quer durch das Haus alle Leistungen angeboten – sehr, sehr viel.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Quer durch das Haus heißt, alle Unternehmen im Konzern haben gleiche Leistungen angeboten? Verstehe ich Sie richtig?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, nicht alle Unternehmen; also ich rede jetzt nur von der Hohegger-Agentur-Gruppe, ja. (*Abg. Amon: Ja!*) – Die Kernkompetenz, die wir angeboten haben, waren natürlich die PR-Leistung, die graphischen Leistungen und das Veranstaltungswesen. Was ich gemeint habe, ist, dass der ganze Konzern der damaligen Telekom Austria unsere Leistungen abgerufen hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Herr Magister, ich halte Ihnen eine Liste aller Gesetze und Verordnungen aus dem Bereich der Telekommunikation ab dem Jahr 2000 vor.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen, in Bezug auf welche Gesetze es aus Ihrer Sicht Lobbying-Aktivitäten einer der Hohegger-Unternehmungen gegeben hat?

Mag. Dietmar Trummer: All diese Themen waren in den Jour fixes, Besprechungen und so weiter Thema, also auch in den PR- und Presse-Jour-fixes, die intern

abgehalten worden sind. Rahmenbedingungen und so weiter, glaube ich, dass unsere Public-Affairs-Abteilung in etlichen dieser Bereiche mitgearbeitet hat, aber gezielte Lobbying-Aktivitäten, das hat sich ja dann auf den Herrn Hohegger beschränkt.

Leitungsrechte kann ich mich erinnern, Vorratsdatenspeicherung war sicher auch ein wichtiges Thema, Marktanalyseverfahren wahrscheinlich auch – also an die Themenstellung kann ich mich grundsätzlich bei vielen Dingen erinnern, weil sie im Haus auch ein Thema waren, aber jetzt konkret lobbyiert: kann ich jetzt nicht sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber Thema in Ihren hausinternen Besprechungen ...

Mag. Dietmar Trummer: Ja, weil die Themen natürlich auch immer für die Medienarbeit relevant waren, und da bin ja ich manchmal hinzugezogen worden, beziehungsweise hat es wöchentlich Jour fixes gegeben zu allen medienrelevanten Themen, und da sind diese Themen natürlich auch besprochen worden, wie man in der Öffentlichkeit damit umgeht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Inwieweit hatten Unternehmungen der Hohegger-Gruppe damit zu tun, mit diesen Themen in der Öffentlichkeit umzugehen?

Mag. Dietmar Trummer: Nicht in der Öffentlichkeit umzugehen, sondern ... (*Abg. Amon: Das haben Sie gesagt!*) – Ja, ja. In der Öffentlichkeit umzugehen heißt: in den Medien. Und nachdem wir die Pressestelle und die PR-Stelle der Telekom Austria beraten haben in der Medienarbeit, vor allem auch in der strategischen Medienarbeit, war das in den Jour fixes ein Thema, und das habe ich damit gemeint.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke einstweilen, keine Fragen mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Trummer, Sie haben jetzt gesagt, mit Lobbying haben Sie an sich direkt nichts zu tun gehabt. Jetzt haben wir da Protokolle über verschiedene Besprechungen, an denen Sie teilgenommen haben, zum Beispiel am 8. Mai 2006. Sie werden da als Teilnehmer geführt – Dietmar Trummer, mit Kürzel DT versehen –, das nennt sich „Jour Fixe Lobbying Team“.

Was hat das Lobbying-Team nicht mit Lobbying zu tun?

Mag. Dietmar Trummer: Da haben Sie mich missverstanden. Lobbying heißt – und das habe ich gemeint –, dass ich direkt lobbyiert habe in Richtung Politiker oder Beamte oder in die Richtung Kontakte hatte. Da, wo ich sehr wohl mitgewirkt habe, aber nicht aktiv, sondern immer, was den Teil der Medienarbeit auch anlangt, ist die Aufbereitung von Argumenten, zum Beispiel die Suche nach Studien in Europa, wer ähnliche Positionen einnimmt, all diese Dinge. Und das ist auch der Kern – das habe ich schon einmal damit gemeint, 90, 95 Prozent – der Arbeit von Public-Affairs-Teams.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na ja, ich habe den Herrn Hohegger auch auf ein bestimmtes Projekt angesprochen. Er war nämlich nicht dabei, er hat gesagt, fragen Sie den Herrn Trummer, wenn er da dabei war. Es war ein Projekt für einen Kunden, den ich jetzt gar nicht nenne, aber es handelt sich dabei um die Überschrift „DIE GRÜNEN“, und die Arbeitspakete waren „Die Grünen einkochen in Sachen kleines Glücksspiel“.

Bei dieser Besprechung waren Sie dabei. Können Sie da Erhellendes dazu beitragen, worum es da gegangen ist?

Mag. Dietmar Trummer: War das tatsächlich eine Besprechung, oder war das ein Konzeptpapier oder so etwas in die Richtung?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich kann Ihnen nur vorlesen. Bei dem Ganzen handelt es sich um ein Protokoll mit der Überschrift „Jour Fixe Lobbying

Team“; Termin: „8.5.2006“; „Nächster Termin: 15.5.2006“; Teilnehmer: Stefan Krenn, Andreas Schneider, Christine Lackner, Monika Racek, Dietmar Trummer.

Da werden verschiedene Punkte, Projekte mit einer Überschrift abgehandelt, da ist in diesem Protokoll immer dabei: „Kunde:“ – unterlasse ich jetzt –; „Verantwortliche/r: MR, SK“ – kann man sich vorstellen, welches Kürzel –; „Projekt: 2. DIE GRÜNEN“; „Arbeitspakete: Die Grünen einkochen in Sachen kleines Glücksspiel“.

Mehr steht da an sich nicht dabei bei diesem Protokoll. Daher wollte ich von Ihnen als Teilnehmer da Erhellendes erfahren.

Mag. Dietmar Trummer: Das war ein interner Jour Fixe, wo die Themen der nächsten Wochen offensichtlich angerissen worden sind. Ich persönlich habe mit dem „Glücksspiel“ oder „Grüne einkochen“ oder so nie zu tun gehabt. Ich kann mich auch an diese Formulierung – natürlich, 2006 – auch nicht erinnern. Das war der Stefan Krenn, der da daran gearbeitet hat, aber da hat es sicher in der Sitzung nichts Inhaltliches dazu gegeben.

Und was „Grüne einkochen“ bedeutet, da habe ich echt, da habe wirklich keine Vorstellung dazu, außer dass man vielleicht gemeint hat: Wie kann man dorthin Argumente transportieren?

Aber, wie gesagt, operativ hatte ich mit der Umsetzung nichts zu tun. Aber es war ganz offensichtlich ein Protokoll einer internen Agenda-Besprechung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt habe ich dann auch noch eine Mitschrift „Internes Abstimmungsmeeting Lobbying Gruppe“, vom 27. Februar 2006. Anwesend: Dietmar Trummer, Stefan Krenn und auch noch andere.

Wiederum nächstes Meeting – diese Protokolle laufen alle nach einem bestimmten Schema ab –, und da ist jetzt auch genannt eine Sache, wobei ich die nicht so zuordnen kann, nur, um Ihren Tätigkeitsbereich abzuklären. Da sind Sie zuständig, neben dem Stefan ist da der Dietmar zuständig, ich nehme an, das werden Sie gewesen sein. Und zwar geht es um ein Projekt „Third Party Communication“.

Dann Untertitel:

„Gastkommentar über schlechtes Krisenmanagement von Leo Wallner. Ziehen von Parallelen zu seiner schlechten Managementleistung bei der CasAG; rhetorische Frage, ob Leo Wallner nicht den Zeitpunkt seines Rücktrittes verpasst hat (mögliches Medium: Format)

Und mit einem Pfeil: „Information für ... Argumentationskette erarbeiten.“

Was stellt man sich da vor, was ist das für eine Maßnahme?

Mag. Dietmar Trummer: Das ist von der Technik her Medienarbeit und hat mit Lobbying eigentlich nichts zu tun in Richtung Politik. Ich kann mir nur vorstellen, dass es im Zusammenhang war mit der Grundbetreuungsarbeit, damals für die Novomatic. Aber mehr kann ich dazu nicht sagen.

Third Party Communication ist in der klassischen Public Relations eine Technik, die Dritte, Experten und so weiter motiviert, für eine Position Stellung zu nehmen, und das ist hier ganz offensichtlich gemeint. Mehr kann ich Ihnen inhaltlich dazu nicht sagen. Aber das war keine Lobbying-Tätigkeit in dem Sinne.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): An sich hat uns der Herr Hochegger auf Sie verwiesen als Geschäftsführer, dass Sie mehrere Namen oder auch Gehälter wüssten von Personen, die da vor allem aus parteinahen Bereichen angestellt sind.

Was mich wundert, Sie sagen, diese ganze Hohegger.com war etwas komplett unpolitisches, unparteiisches. – Habe ich Sie da richtig verstanden?

Mag. Dietmar Trummer: Sie war etwas komplett unparteipolitisches in Ihrem Selbstverständnis.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): In Ihrem Selbstverständnis. Aber dieses Selbstverständnis hat dann natürlich darin gegipfelt, dass, wenn ich mir die einzelnen Personen anschau, die daran teilgenommen haben, die zu einem Großteil, zu einem überwiegenden Teil alle aus allen politischen Lagern zusammengeströmt sind.

Mag. Dietmar Trummer: Herr Abgeordneter, da haben Sie unsere Mitarbeiterzahl noch nicht registriert. Wir haben damals in der Hohegger.com im Schnitt zwischen 60 und 75 Mitarbeiter gehabt. Die, deren Namen heute gefallen sind – und das bedauere ich sehr –, von denen haben die allermeisten mit Lobbying oder viele mit Lobbying überhaupt nichts zu tun gehabt. Das waren PR-Mitarbeiter, die sich bei uns entweder blind beworben haben und dann wegen eines Hintergrundes genommen worden sind, oder wir haben sie konkret angesprochen.

Meines Wissens hat Herr Hohegger eine Person konkret angesprochen, bei uns tätig zu werden, und das war Stefan Krenn von der ÖVP. Aber ansonsten waren die Dinge eher zufällig. Und das Haus war überhaupt nicht politisch durchdrungen von lauter Leuten, die in der Politik tätig waren.

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Von ein paar wusste ich gar nicht, dass die einen politischen Hintergrund jemals gehabt haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Na ja, das ist an sich schon ein bisschen eigenartig, Sie sprechen von 60 bis 65 Mitarbeitern. Ich kann das auch gar nicht verifizieren, weil ich mich nur an die Akten halten kann, an die Personen, die da etwas tun.

Und wenn ich mir jetzt dieses „Jour Fixe Lobbying Team“ da durchlese: Da haben Sie schon den Stefan Krenn zitiert, der hat einen Hintergrund aus der ÖVP. Der Andreas Schneider hat diesen angeblich auch, kommt aus dem Bereich der ÖVP. Dann kommt die Frau Christine Lackner, die aus dem BZÖ-Bereich, aus dem BMVIT gekommen ist.

Mag. Dietmar Trummer: Herr Abgeordneter, da reden Sie – entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche –, da reden Sie nur von dem Public Affairs-Team, das aus diesen vier bis fünf Leuten bestanden hat. Das war ein kleines Team in der gesamten Agentur, also in der PR-Agentur Hohegger.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, sehr gut, dann können wir das ja jetzt ein bisschen eingrenzen.

Gehen wir jetzt auf dieses Public Affairs-Team, wie schaut es denn da aus mit den parteipolitischen Hintergründen? War das auch ein unparteipolitisches Gremium oder ein Bereich vom Selbstverständnis her, oder hat man gewusst: Wir sind da tatsächlich in allen parteipolitischen Farben des Regenbogens!? Wobei Schwarz nicht zum „Regenbogen“ dazugehört, aber vielleicht im politischen Spektrum doch noch eine Rolle in Österreich spielt, kann man durchaus noch immer behaupten.

Ist es so, dass man bei diesem Public Affairs-Team schon darauf geachtet hat, dass man die entsprechende Expertise aus allen parteipolitischen Lagern da hineingeholt hat?

Mag. Dietmar Trummer: Nicht die parteipolitischen Hintergründe waren entscheidend, sondern das **Know-how** über parlamentarische Abläufe und Prozesse. Und das finden Sie in allen Public Affairs-Firmen; das ist eine Selbstverständlichkeit.

Ähnlich wie der Wettbewerb haben wir natürlich dann mit der Zeit geschaut, dass wir vor allem Prozesse und Abläufe von den beiden größeren Parteien abdecken können. Aber wir haben kaum danach gezielt gesucht, und schon gar nicht Grüne.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben keine Grünen gesucht. Der Herr Lukas Schrattenthaler hat ab 2007 die Public Affairs unterstützt. (*Mag. Dietmar Trummer: Ja!*) Sie haben ihn nicht gesucht? (*Mag. Dietmar Trummer: Nein, gefunden!*) Er hat ...

Mag. Dietmar Trummer: Der Lukas Schrattenthaler war damals – den kannte kein Mensch von uns – auf Jobsuche, und ein mit mir sehr gut befreundeter Journalist hat ihn mir empfohlen. Und ich habe mich dann mit ihm im Café Engländer getroffen, wenn ich es Ihnen ganz genau sage, und er war mir vom Fleck weg so sympathisch, und er hat Umweltkompetenz gehabt, und ich habe gesagt: Probieren wir es drei Monate! Und der Lukas hat das gerne angenommen, ist aber dann, glaube ich, nach einem halben oder dreiviertel Jahr wieder ausgeschieden, weil er ein Jobangebot in Tirol bekommen hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also es ist oft so: Sie suchen manchmal gar keine Leute, sondern manchmal fliegen sie Ihnen auch zu?

Mag. Dietmar Trummer: Gute Leute, da man muss jeden Stein umdrehen, denn im Beratungsgeschäft, wo es um das persönliche Know-how geht, wo es auf die Dienstleistungsgesinnung und so weiter ankommt, kann man nicht genug gute Leute haben.

Aber den Lukas Schrattenthaler oder ähnliche, deren Namen heute auch gefallen sind, habe ich nicht gesucht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also da ist es ja fast ein Glück, dass man sagen muss, diese ganze Kompetenz dürfte dann in der FPÖ seit 2005, seit HC Strache überhaupt nicht mehr vorhanden sein, denn da war man an sich für den gesamten Hohegger-Komplex überhaupt nicht mehr interessant.

Mag. Dietmar Trummer: Ich weiß nicht, was Sie damit jetzt sagen wollten, also zumindest nicht in meine Richtung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gleich anschließend an die Befragung durch den Abgeordneten Rosenkranz: Sie haben jetzt zur Person Schrattenthaler gesagt, dass Schrattenthaler von einem Journalisten empfohlen wurde. – Wer war denn dieser Journalist?

Mag. Dietmar Trummer: Das ist ein enger Freund vom Herrn Schrattenthaler, und der heißt Hannes Uhl, und arbeitet beim „Kurier“.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, ein „Kurier“-Journalist hat die Anstellung einer Person bei Hohegger empfohlen. Kann man das so zusammenfassen?

Mag. Dietmar Trummer: Er hat nicht die Anstellung empfohlen, er hat mir ... (*Abg. Petzner: Das Engagement!*) Ich habe ihn gefragt, ob er Leute wüsste, wir suchen Leute. Und er hat zu mir gesagt, er weiß, dass der Herr Schrattenthaler einen Job sucht, und hat mir dann seine Handynummer gegeben. Das war alles. Er hat nicht einmal wertend gesagt: Nimm den! oder so, und er hat ihn mir auch nicht ans Herz

gelegt. Er hat nur gesagt: Schau dir den an, ich weiß, dass der einen Job sucht! Das war´s.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da bin ich froh, dass Sie das gesagt haben, denn vom „Kurier“ halte ich nicht sehr viel, aber vom Journalisten Hannes Uhl – den kenne ich zufällig – halte ich sehr viel, im Gegensatz zur Zeitung, wo er arbeitet, die ja bekanntlich die Nähe hat zu einer gewissen Großbank, die das Giebelkreuz als Symbol hat, und in die Richtung schreibt sie auch.

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Die Frage, bitte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber zur nächsten Frage – genau, Herr Vorsitzender! –: Ich habe heute den Herrn Hohegger gefragt, und habe mich da auf viele Medienberichte bezogen.

Da wird immer wieder in vielen Medien, in Portraits und in Darstellungen, über die Firma Hohegger und die Personen Hohegger berichtet, dass es da irgendwann einmal zu einer Art Bruch gekommen ist zwischen Paul Hohegger und Peter Hohegger. Medienberichte und Portraits in der Hinsicht sind sich in dem Punkt einig, dass festgestellt wird, dass dieser Bruch darin gelegen hat, dass Paul Hohegger nicht damit einverstanden war, dass Peter Hohegger ab dem Jahr 2000 mit der Bildung der schwarz-blauen Regierung Geschäftskontakte hat, Aufträge aus entsprechenden Ministerien der schwarz-blauen Regierung bekommt und des Umfeldes Grasser – Meischberger wurde hier genannt –, und dass es daher zu diesem Bruch gekommen sei und sich Paul Hohegger zurückgezogen habe.

Ein Zitat aus einem Artikel aus dem „Kurier“:

„Innerhalb der Agentur war Hoheggers Engagement“ – gemeint ist Peter Hohegger –

„umstritten. Es kam zum Bruch mit Bruder Paul – und Peter gründete eine separate Firma, die Valora.“

Zweites Beispiel: Ein Bericht aus der „Kleinen Zeitung“, wo sogar geschrieben wird, dass Meischberger ein Hausverbot in der Hohegger.com hatte und dass darauf der Paul Hohegger gedrängt habe und dass er, der Peter Hohegger, hinter dem Rücken von Paul Hohegger dann die Valora gegründet habe.

Meine konkrete Frage zu diesem ausgeführten Sachverhalt: Was können Sie zu diesen in vielen Medienberichten kolportierten Bruch zwischen Peter Hohegger und seinem Bruder Paul Hohegger, die ja zusammen auch Hohegger.com aufgebaut haben, sagen? Welche Wahrnehmungen haben Sie da?

Sie waren ja auch Geschäftsführer und haben sich auch einmal entsprechend geäußert, als es darum ging, dass die Hohegger-Firma umbenannt wird.

Da werden Sie zitiert: „Die Agentur Hohegger werde ‚von einem eigentümergeführten Familienunternehmen zu einer stark international orientierten Partnersozietät‘.“

Welch ein Wort! – Aber sie beziehen sich da sehr stark auf dieses Familienunternehmen. Daher leite ich aus diesem Ihrem Zitat ab, dass Sie auch etwas zum Verhältnis der beiden Brüder und zum Bruch sagen können, der da offensichtlich stattgefunden hat.

Mag. Dietmar Trummer: Es hat durch die Beziehung, die der Peter Hohegger vor allem zum Walter Meischberger gepflogen hat, Auseinandersetzungen gegeben, weil – ich habe es in meiner Einleitung schon gesagt – wir, die wir tagtäglich im Markt draußen waren und von allen Seiten in der Wirtschaft unsere Kunden akquiriert haben,

immer stärker gespürt haben, dass wir so eine blaue Schlagseite kriegen. Das ist natürlich von vielen auch genüsslich gesagt worden. Und das war uns allen nicht recht. Und da haben wir den Peter Hochegger diesbezüglich immer wieder zur Rede gestellt und auch gebeten, es bleiben zu lassen. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Schwarze und rote Schlagseite ...!*) Bitte?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Rosenkranz, Sie sind nicht in der Befragung!

Obfrau-Stellvertreter Dr. Johannes Jarolim: Bitte, setzen Sie fort!

Mag. Dietmar Trummer: Das hat sicher zu ziemlichen Diskussionen unter den Brüdern geführt.

Von einem **Bruch** im klassischen Sinne möchte ich nicht sprechen; den habe ich so nicht wahrgenommen. Aber der Paul Hochegger hat den Peter sicher sehr oft vorgeworfen, dass das geschäftsschädigend ist. Aber dass sie miteinander gebrochen hätten, das ist sicher zu viel gesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das was geschäftsschädigend ist? Können Sie das noch einmal sagen in einem Satz? Geschäftsschädigend ist ...

Mag. Dietmar Trummer: Geschäftsschädigend ist, dass er sich in seiner Beratung überhaupt direkten Personen zuwendet. Geschäftsschädigend war sicher auch zu einem guten Teil seine immer mehr bekannt werdende Kooperation mit dem Walter Meischberger. Und letztlich hat man uns dann seitens des Marktes immer öfter angedichtet, wir wären eine **blaue Agentur**. Und das war für uns nicht zu tolerieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich wollte das nur noch einmal repliziert haben. Sie haben auch von „blauer Schlagseite“ gesprochen.

Von welchen Unternehmungen oder aus welcher Richtung ist Ihnen das konkret vorgeworfen worden? Auch von anderen politischen Parteien? (*Mag. Trummer: Nein, nein!*) Oder von Personen im Umfeld von politischen Parteien (*Mag. Trummer: Nein!*), die in irgendwelchen Firmen engagiert waren, die Kunden von Ihnen waren? Von wem konkret kam dieser Vorhalt?

Mag. Dietmar Trummer: Nein! Von anderen Parteien wurde das nicht wahrgenommen, sondern vom Markt abstrahiert. Wenn Sie sich gegen die anderen großen Mitbewerber, die Sie haben, um einen Auftrag bewerben, dann müssen Sie bei den Vergabe-Runden erklären, warum Sie nicht in eine politische Richtung aufgestellt sind und dass das nicht wahr ist, was das Agentur-Innenleben betrifft. So meine ich das.

Also es ist uns vom Markt entgegengeschwappt. Und da sind natürlich auch die Mitarbeiter darauf angesprochen worden, und die Mitarbeiter haben das natürlich wieder in die Agentur hineingetragen, weil das niemand wollte. Es war auch nicht unser Selbstverständnis. Unser Selbstverständnis war, eine breit aufgestellte Agentur zu sein, offen in alle Richtungen und nicht parteipolitisch in irgendeine Richtung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Konkrete Frage: Hatte der Walter Meischberger jemals so eine Art Hausverbot in der Hochegger.com oder nicht, wie das eine Zeitung schreibt?

Mag. Dietmar Trummer: Also Hausverbot im technischen Sinn – ich weiß nicht, ob das der Paul jemals so ausgesprochen hat. Aber es war allen klar – und das ist dem Peter auch so kommuniziert worden –, dass er oder seine Anwesenheit nicht erwünscht ist. Und er ist dann auch nicht mehr gekommen.

Wie Herr Hohegger mit oder bei ihm in das „Seitenblicke“-Magazin eingestiegen ist, ist ja wieder die nächste Welle gekommen, dass die Agentur sich in eine Richtung entwickelt, und ab diesem Zeitpunkt haben wir gesagt: Mit dem muss Schluss sein, denn das gefährdet nach innen und nach außen die Agentur! Und das war die ständige Auseinandersetzung auch zwischen den beiden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie ist jetzt die Haltung der Mitarbeiter gewesen und auch von Ihnen und von Paul Hohegger zu den immer intensiver werdenden Geschäftskontakten mit Karl-Heinz Grasser?

(Obfrau Dr. Moser übernimmt wieder die Vorsitzführung.)

Mag. Dietmar Trummer: Bis zu dem Zeitpunkt der Roadshow, wo viele Leute mitgearbeitet haben und die ja per se als Projekt – das werden Sie auch zugeben – technisch nicht schlecht gemacht worden war, war das nicht das Problem. Aber natürlich war dann ein ganz großes Problem, als diese ganze Diskussion angefangen hat, eben mit Grasser beziehungsweise mit der Homepage-Geschichte, und ab dem Zeitpunkt haben wir eigentlich gesagt: Da muss es eine **Firewall** geben zu direkter Politberatung! Und damals hat uns Hohegger das auch so versprochen, dass er das nicht mehr in die Agentur tragen wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dass er das nicht mehr *(Mag. Trummer: ... in die Agentur tragen wird!)* in die Agentur tragen wird. Das ist ein ganz entscheidender Punkt! Und ich gehe davon aus, dass daher dann auch der Peter Hohegger, dass infolge dessen dann die Valora entstanden ist, die ja unabhängig von ... *(Mag. Trummer: So ist es, ja!)*, wo Sie dann in der Valora auch nicht aktiv waren.

Mag. Dietmar Trummer: Nein, nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich wollte das nur einmal darstellen, damit wir auch irgendwie da die Innenverhältnisse geklärt haben.

Ich formuliere es so: Hätte Peter Hohegger damals auf Sie gehört und auf die Warnungen seines Bruders, wäre er heute nicht in dieser Situation und Gegenstand von strafrechtlichen Ermittlungen. – Können Sie das so bestätigen: ja oder nein?

Mag. Dietmar Trummer: Was wäre, wenn? – Also die Agentur wäre niemals, diese einstmals so stolze marktbeherrschende Agentur wäre niemals in diese Situation gekommen, hätte er anders gehandelt. Aber ob das meine oder der anderen Partner Kausalität gewesen wäre, sei dahingestellt.

Aber andersherum gesagt: Es hat sicher einen Zusammenhang, der ja überhaupt nicht von der Hand zu weisen ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zur Causa Telekom generell, ich muss ganz konkret fragen; Sie kennen sicher auch die Vorwürfe aus den Medien, aus den bisherigen Befragungen im Untersuchungsausschuss:

Ist Ihnen irgendetwas bekannt von Schmiergeldzahlungen in Richtung des BZÖ oder von BZÖ-Mandataren oder BZÖ-Firmen, der BZÖ-Landesgruppen, der BZÖ-Bundespartei?

Mag. Dietmar Trummer: Ich bin da völlig überrascht gewesen, wie das medial aufgetaucht ist, dass es da überhaupt einen Zusammenhang gibt zu Hohegger oder zu seiner Valora. – Nein, es ist mir nichts aufgefallen!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zur Universaldienstverordnung, weil es ja auch laut Mag. Krenn da ein eigenes Telekom Austria-Team gegeben hat unter der Führung von Ihnen und Martin Kratky.

Im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung: Gab es da jemals einen Gesetzeskauf in der Form, dass Hubert Gorbach oder irgendeiner Partei oder Personen Zuwendungen versprochen wurden dafür, dass sie zur Universaldienstverordnung im Sinne der Telekom eine Novelle erlassen?

Mag. Dietmar Trummer: Nein. Also wir haben von dem überhaupt nichts gewusst. Never ever. Sicher nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben es nur nicht gewusst – oder können Sie so etwas auch ausschließen aus Ihrer Sicht?

Mag. Dietmar Trummer: Aus meiner Sicht kann ich es hundertprozentig ausschließen. Jeder in der Agentur, der in der klassischen PR-Agentur gearbeitet hat, kann das ausschließen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es haben bisher auch alle befragten Zeugen aus Ihrem Umfeld gesagt, sie können das ausschließen. Auch alle Beamten, der Leiter der Regulierungsbehörde, Serentschy, konnten es ausschließen. Peter Hochegger selbst hat es heute ausgeschlossen. Ich wünsche mir nur, dass es auch manche Medien zur Kenntnis nehmen, dass man es auch schreiben muss, wenn es alle Befragten ausschließen – und nicht nur die Vorwürfe in den Medien schreiben darf, sondern auch das, was die Auskunftspersonen zu den Vorwürfen dann unter Wahrheitspflicht aussagen.

Keine weiteren Fragen vorerst. Danke.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Trummer, Sie sind, wenn ich das Vernehmungsprotokoll vom August 2011 richtig lese, 2009 aus dem Konzern ausgeschieden. Sie hatten auch Beteiligungen an der Hochegger und im Netzwerk des Peter Hochegger.

Mag. Dietmar Trummer: Ob ich noch Beteiligungen habe?

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie hatten damals welche. – Haben Sie alle zurückgegeben?

Mag. Dietmar Trummer: Ja, ich habe alle zurückgegeben.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Haben Sie noch laufende Beziehungen?

Mag. Dietmar Trummer: Nein. Rund 70 Prozent der Mitarbeiter sind gegen Ende 2009, nach Aufkommen der BUWOG-Geschichte, ausgetreten aus dem Unternehmen, mit mir an der Spitze. Ich habe alles zurückgelegt und zurückgegeben, soweit das auch innerhalb von Wochen geht, wenn man Geschäftsführer war. Und ich habe seit Ende November, seit diesem Termin mit Peter Hochegger keinen persönlichen Kontakt mehr.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wenn ich Ihre Beantwortung hier in der Auskunft richtig verstanden habe: Sie waren schon eine Schlüsselperson. Ist Ihnen der Entschluss leicht gefallen? Hatten Sie schon alternative Planungen in irgendeine Richtung? (*Mag. Trummer: Nach ...?*) Nach dem Verkauf der Anteile.

Mag. Dietmar Trummer: Nein. Wir haben alle unsere Zukunft ... – Wie gesagt, wir waren zehn Partner, und die Kollegin, die da war, war die Jüngste, und einer kommt noch, der Herr Kratky, das waren die zwei jüngsten Partner. Wir wollten die Familie Hochegger jetzt in diesen Jahren abschichten und die Agentur als partnerschaftlich geführte Agentur übernehmen. Wir haben alle unsere Zukunft in der Agentur gesehen. Und, wenn Sie so wollen, haben wir mit dem Aufkommen der BUWOG-Geschichte alle

unsere berufliche Existenz von heute auf morgen verloren und haben alle bei null wieder angefangen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Sie haben einen Namen genannt, Martin Kratky. Sind Sie mit ihm beruflich jetzt verbunden?

Mag. Dietmar Trummer: Beruflich nicht, aber ich bin ihm verbunden, weil er – das muss ich jetzt sagen, auch wenn es Sie langweilt – ein Paradebeispiel für einen typischen Hohegger-Berater war. Er hat seine Diplomarbeit bei mir als Praxisbetreuer geschrieben, hat dann seine Praxis bei uns gemacht und ist dann Partner geworden. – Genau so haben wir das gehalten und haben uns die guten Leute ausgebildet.

Zu Ihrer Frage: Ich habe beruflich jetzt in dem Sinne, dass wir Projekte machen, nichts mit ihm zu tun, aber ich weiß gut, was er macht.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Können Sie die Rolle von Günther Perger im Hohegger-Gefüge beschreiben?

Mag. Dietmar Trummer: Ja. Günther Perger war in erster Linie unser Controlling-Chef. Er hat das ganze Rechnungswesen, das Controlling aufgebaut. Sie müssen sich vorstellen, die Gruppe ist innerhalb von 15 Jahren doch signifikant stark gewachsen, und wie bei all diesen Unternehmen – sagen wir einmal: KMU, mit Bedeutung auf **K** – muss man all diese Dinge mühsam aufbauen.

Da war Günther Perger federführend. Günther Perger hat auch die ganzen Gespräche mit Steuerberater, Wirtschaftsprüfer – was man halt im Unternehmen laufend als Administrationschef macht – geführt, und das hat er hervorragend gemacht.

Günther Perger war aber nicht dafür zuständig, irgendetwas inhaltlich zu prüfen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Hat er diese Funktionen für die Hohegger.com oder für die Valora ausgeübt?

Mag. Dietmar Trummer: Also in erster Linie, zu fast 100 Prozent, hat er für die Agenturgruppe Hohegger gearbeitet, aber ich glaube oder nehme es an, dass er auch immer wieder Dinge vom Herrn Hohegger übernehmen musste, wenn der halt ab und zu vorbeigekommen ist und ihm Dinge gesagt hat, dass er die tun soll.

Perger ist von seinem Selbstverständnis her ein unglaublich loyaler Mensch, der nicht lange fragt, sondern arbeitet.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich frage das deshalb, weil Sie in einer Beantwortung gemeint haben, Sie hatten mit Rechnungen eigentlich nie etwas zu tun, außer die ist bei mir aufgeschlagen – haben Sie wörtlich gesagt –, wenn es Reklamationen gegeben hat und der Kunde nicht bezahlt hat.

Sie haben auch gesagt, dass es keine Rechnung ohne Gegenleistung gegeben hat.

Glauben Sie, ist es möglich, dass, da Günther Perger für beide Unternehmen tätig war, Günther Perger derartige Rechnungen geschrieben hat oder diese Rechnungen geprüft hat?

Mag. Dietmar Trummer: Also der Perger konnte meines Erachtens auf Gegenleistungen gar nicht prüfen, sondern er war für die **formale Korrektheit** der Rechnungen zuständig, damit das steuerlich und so weiter alles in Ordnung ist.

Mehr kann ich dazu nicht sagen. Er hat auf der anderen Seite schon auch ein Gefühl dafür gehabt. Er hat ja unsere Teams gekannt, er wusste, wer ungefähr wo zuständig ist – also jetzt in der PR-Agentur.

Niemand hat an das gedacht, dass es da Rechnungen ohne Leistungen gibt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay. Darauf werden wir dann später noch einmal zurückkommen.

Ich frage Sie zu diesem Papier, Hohegger.com, zu diesem Ideenkonzept. Sie wurden in Ihrer Einvernahme auch schon dazu befragt, ich glaube, konkret zum Konzept Schieszler. Insgesamt gibt es aber mehrere Konzepte: für den damaligen Verkehrsminister Gorbach, für eben Gernot Schieszler, für Serentschy, für Fischer und für Reichhold.

Was mir nicht ganz klar ist: Es gibt für das Konzept Schieszler einen Betrag von 465 000 €, für das Konzept Reichhold von 197 760 €, und die anderen Konzepte sind nicht ausgepreist.

Frage: Wer hat diese Konzepte beauftragt, erstellt, und inwieweit wurden sie umgesetzt?

Mag. Dietmar Trummer: Für diese Frage bin ich fast dankbar, denn da kursiert so viel Unsinn, seit die aufgetaucht sind, vor allem auch, was die Preisgestaltung betrifft.

Ich darf die Frage ein bisschen ausholend beantworten.

Erstens einmal sind das eigentlich keine Konzepte, sondern ein erster Leitfaden bei der Einschätzung der personalisierten Kommunikation und der Soll-Positionierung von Menschen. Egal, wo die herkommen, sie sind Führungskräfte. Dieser Trend, das zu machen, kommt ja aus der Politik, den hat die Wirtschaft ja von der Politik geerbt – das brauche ich Ihnen nicht zu sagen. Dieser Trend kommt oder kam ganz stark Anfang der 2000er Jahre: Unternehmen, Organisationen differenzieren sich durch die Positionierung der Spitzenleute an ihrer Spitze.

Da waren wir als Hohegger.com sicher einer der Kompetenzführer. Wir haben sogar dazu ein Fachbuch herausgegeben mit mehreren Fachautoren. „Der Chef als Kapital“ hat das geheißen. – Das einmal zum Hintergrund.

Jetzt konkret zu den Konzepten und zu den Preisen.

Wenn in diesen Konzepten – bleiben wir bei Schieszler – Preisangaben waren, dann waren das nie die Beträge, die ausgegeben worden sind, sondern man hat in einem Erstgespräch dem – bleiben wir konkret bei einem Schieszler oder bei einem anderen – gesagt: Schau, aus unserer Sicht könnte das eine Positionierung für die Wahrnehmung nach außen sein. Wenn man dazu ein, zwei, drei Jahre lang ein Programm umsetzt mit den und den Inhalten, dann könnte es dieses Budgeterfordernis haben. – Das ist aber überwiegend von Fremdkosten getragen und nicht von Honoraren für irgendwelche Berater oder Agenturen.

Umsetzung Schieszler: Schieszler hat sich das dann weiter, soweit ich weiß, ausarbeiten lassen, sehr, im Übrigen, in Übereinstimmung mit seinem PR-Chef, mit dem Herrn Bredl.

Und in der Umsetzung ist es dann eigentlich etwas anderes geworden. Er hat darauf aus dem Thema „Telekom Austria Festnetz muss wieder wachsen“ eine Initiative gegründet und installiert – und dahin eben das Budget gegeben – im MuseumsQuartier, wo die Telekom Austria HTL-Absolventen und andere junge Absolventen eingeladen hat, ihre Ideen technisch dort in einer Art Inkubator – er hat das Büro zur Verfügung gestellt, die Heizung und den Computer – umzusetzen und dann etwas daraus zu machen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche.

Sie waren ja für die Telekom in PR-Angelegenheiten Generalunternehmer, wie ich aus den Unterlagen entnehme. Das heißt, auch alle Fremdleistungen wurden über Sie abgerechnet, um es abzukürzen.

Das Konzept Schieszler wurde beauftragt, das Konzept Schieszler wurde umgesetzt. – Wurden diese 465 000 € in Rechnung gestellt, inklusive aller Nebengeräusche, Fremdleistungen und so weiter?

Mag. Dietmar Trummer: Also 465 000 € ist mir sicher nicht in Erinnerung. Das Konzept ist über mehrere Jahre gelaufen. Der Löwenanteil – da habe ich in Erinnerung 200 000 € pro Jahr – ist eben draufgegangen für diese Kooperation mit dem MuseumsQuartier, mit der Ars Electronica, diese Inkubationsgeschichte, die auch ein sehr großer Erfolg war.

Im Übrigen ist es so, dass die Kollegin, die das damals in der Agentur betreut hat, heute in der Telekom Austria wegen dieser erfolgreichen Geschichte Mitarbeiterin ist. Sie ist dann, glaube ich, dort abgeworben worden.

Das Schieszler-Konzept hat von der Wertschöpfung für die Agentur einen kleinen Teil in ein paar 10 000 € gebracht. Der große Teil ist für diese Fremdleistungen draufgegangen. An sich war die Umsetzung, auch wenn sie ein bisschen anders geplant war, sehr, sehr erfolgreich. Aber 465 000 kann ich überhaupt nicht bestätigen. Aber ich weiß es auch nicht anders. Aber keinesfalls, auch nur einen Bruchteil davon, Agenturhonorar.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wissen Sie den anderen Betrag oder wissen Sie nur, dass es 465 000 € *nicht* waren?

Mag. Dietmar Trummer: Das war es nicht. Aber, wie gesagt, ich weiß dann nicht, ich habe das aus den Augen verloren, wie viel dann für diese Kooperationen mit dem MuseumsQuartier und mit der Ars Electronica und so weiter und für die Veranstaltungen ausgegeben worden sind.

Aber Sie haben recht: Wie bei all diesen Dingen war es so – das ist auch Branchen-Usus –, dass Agenturen Generalunternehmer sind und all diese Kosten einmal auch als Vorleistung tragen und dann in einer Schlussrechnung – was dem Auftraggeber natürlich am liebsten ist, weil er alles auf einen Blick hat – abrechnen.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Könnten wir den Martin Kratky diesbezüglich befragen, ob er den genauen Preis kennt?

Mag. Dietmar Trummer: Den genauen Preis weiß ich nicht, ob er kennt – befragen können Sie ihn sicher –, aber er hat dazu mit Sicherheit eine gute Wahrnehmung, weil eine Mitarbeiterin seines Teams das Projekt betreut hat.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay. – Jetzt zu den anderen Namen, die ich Ihnen genannt habe. Das Konzept Gorbach, wurde ...

Mag. Dietmar Trummer: Keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Kennen Sie nicht?

Mag. Dietmar Trummer: Ich habe es aus dem „profil“ ausgedruckt, muss ich Ihnen gestehen. (*Abg. Mag. Kuzdas: Serentschy?*) – Serentschy detto. Kann ich mich auch nicht erinnern. (*Abg. Mag. Kuzdas: Fischer?*) – An Fischer kann ich mich sehr gut erinnern.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Was gibt es dazu zu sagen?

Mag. Dietmar Trummer: Die konkrete Umsetzung beim Fischer, bei der Fischer-Positionierung, war damals sicher der Telekom Austria Trend Circle, der eine sehr erfolgreiche Veranstaltungsmarke geworden ist.

Der Hintergrund war der, dass die Telekom Austria sich vor allem bei großen Kunden – und das war dem Haus sehr, sehr wichtig, allen Managern unterm Fischer –, im Vertrieb für große Leistungen ..., dass dort große Kunden, Vorstände, IR-Chefs und so weiter von großen Konzernen eingeladen werden, um einfach das verstaubte Image der Telekom Austria in dieser Zielgruppe abzulegen. Dieser Telekom Austria Trend Circle war wirklich sehr, sehr erfolgreich.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wissen Sie da in etwa, was das gekostet hat in der Umsetzung? (*Mag. Trummer: Bitte?*) Wissen Sie, was das in der Umsetzung gekostet hat?

Mag. Dietmar Trummer: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen, was das in der Umsetzung gekostet hat.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Okay. – Bleibt noch das Konzept Reichhold, das mit in etwa 200 000 € – ich sage jetzt einmal – ausgepreist wurde. – Wissen Sie davon etwas?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, da weiß ich nichts davon. Ich kann mich zumindest an nichts erinnern.

Aber noch einmal, damit das nicht missverstanden wird: Auspreisung heißt eine Kostenschätzung, wenn man eine Maximalvariante umsetzen würde.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ja, das ist schon klar. – Sagen Sie, sagt Ihnen das „Projekt Flieder“ etwas?

Mag. Dietmar Trummer: Das Projekt was? (*Abg. Mag. Kuzdas: „Flieder!“*) – Habe ich den Medien entnommen, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Wissen Sie, was „Flieder“ in manchen Gesellschaftskreisen auch bedeutet? (*Ruf: „Her mit dem Flieder!“*)

Mag. Dietmar Trummer: Bitte? (*Ruf: „Her mit dem Flieder!“*) – „Her mit dem Zaster!“

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Genau! (*Weitere Rufe: „... mit den Millionen!“ – „... mit dem Schotter!“*)

Dieses „Projekt Flieder“ ist nämlich jenes Projekt, das Generaldirektor Ametsreiter – der vor Ihnen da gesessen ist, wo Sie jetzt sitzen – angesprochen hat: eine Überprüfung von Geschäftsfällen, vornehmlich zwischen Hohegger und Telekom, die auffällig waren. Insgesamt geht es dabei um ein Volumen von 30,8 Millionen, davon 17,3 in etwa Telekom Austria und 13,5 von der Mobilkom.

Warum das auffällig ist? – Da gibt es einige Beispiele. Ich möchte eines mit Ihnen durchgehen, das besonders augenscheinlich ist, und zwar heißt das: „Lobbying und PR-Begleitung AON-Entertainment“. – Sagt Ihnen das etwas?

Mag. Dietmar Trummer: Das sagt mir vom Begriff her etwas, ja.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich zitiere jetzt aus diesem Bericht von Deloitte:

„Im Zusammenhang mit dem Projekt ‚Lobbying und PR-Beratung AON-Entertainment‘ wurden Zahlungen für zwei Aufträge identifiziert. Der erste Auftrag in Höhe von“ 116 000 € „wurde für den Leistungszeitraum Jänner bis August 2006 abgeschlossen und ist in der Folge dargestellt. Der zweite Auftrag mit einem Leistungszeitraum von

Oktober 2006 bis Juli 2007 in der Höhe von“ 165 000 € ist ebenfalls „dargestellt.“ „Es konnte für diesen Auftrag kein Angebot identifiziert werden.“

Es gibt keine Bestellanforderung – das wird Ihnen etwas sagen, wenn man Bestellungen im SAP abwickelt.

„Wir weisen darauf hin“ – schreibt Deloitte –, „dass die Bestellung erst im November angelegt wurde, ...“

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen: Leistungszeitraum war Jänner bis August 2006 und Oktober bis Juli 2007. Das heißt, der Vergabeakt wurde ebenfalls erst am 13. November 2006 erstellt; die Bestellung, wie gesagt, nachträglich angelegt. – Können Sie dazu etwas sagen?

Mag. Dietmar Trummer: Grundsätzlich: Ich habe an dem Projekt nicht gearbeitet, aber ich weiß, dass an dem Projekt gearbeitet worden ist. Namentlich war das eben auch der Stefan Krenn, das war eigentlich eine ganz intensive Beschäftigung für ihn. Das, glaube ich, ist ja in dem Zusammenhang Joint Venture Telekom Austria Novomatic gewesen.

Also mich wundert – das wusste ich jetzt überhaupt nicht –, dass ... – Spätere Bestellung oder wie auch immer; das kann ich jetzt auch nicht kommentieren, weil ich es einfach nicht weiß. Ich kann nur sagen: Mich wundert trotzdem, dass es als auffällig eingestuft wird, denn es ist ganz augenscheinlich und tatsächlich gearbeitet worden an dem Projekt, zumindest von Hohegger-Seite. Aber warum es jetzt zu diesen verspäteten Bestellungen und so weiter gekommen ist, das kann ich Ihnen nicht sagen. Wie gesagt, in der Umsetzung war ich damit nicht befasst.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Vielleicht darf ich Ihnen da aushelfen, warum das auffällig ist – und Sie beschreiben die Vorgangsweise selbst sogar in Ihrer Einvernahme. Ich zitiere:

„Dazu möchte ich anmerken, die ständige Betreuung der TA war das Hauptprojekt. Es gab wöchentliche Sitzungen und fast täglich persönliche Projektbesprechungen über die Grundbetreuung hinaus.“

Und dann gab es zahlreiche Sonderprojekte. Die mussten – Ihre Aussage –

„immer gesondert kalkuliert werden und von der fachlichen Leitung auf Seite der Telekom (meist Hr. Bredl) freigegeben werden. Dabei kam es immer auch zu Preisverhandlungen, erst danach leitete die Fachabteilung das Agenturangebot an den Einkauf weiter.“

Sie waren für die Kalkulation verantwortlich. Warum ich das so ausführe: Es ist deshalb auffällig, weil üblicherweise die Preisverhandlungen der Beauftragung der Leistung vorausgehen. Und daher ist es auffällig.

Ich möchte Ihnen aber auch noch ein anderes Projekt vorhalten, und zwar geht es da um die „Wettbewerbsbeobachtung und -analyse 2003“. In der Überschrift schreibt Deloitte:

„... weder das Angebot noch die BANF oder der Vergabeakt“ konnten „identifiziert werden.“

Es ist kein Vergabeakt in den Unterlagen ersichtlich. Es gibt keine unterzeichnete Bestellung und es gibt keine vereinbarten Abnahmekriterien. Und es gibt auch keinen Hinweis auf Fremdleistungen, und die Studien vom Management Zentrum St. Gallen beziehungsweise von Arthur D. Little sind nicht auffindbar, obwohl sie in der Rechnung dann tatsächlich aufscheinen.

Das heißt, da haben wir es **offensichtlich** mit einem Fall zu tun, der verrechnet wurde, wo Leistungen **nicht** geliefert wurden. **Mag. Dietmar Trummer:** Nein. Gerade die Hinweise auf die zwei Studienautoren zeigen mir jetzt, da Sie es mir erzählen, dass da sicherlich gearbeitet worden ist. Ich bin mir auch sicher, dass es diese Studien gegeben hat. Ich kann mir das nicht anders vorstellen.

Ich weiß nicht, warum das so bei Telekom nicht eingebucht worden ist. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass über die Hohegger.com Leistungen verrechnet worden sind, die nicht erbracht worden sind.

Ich kann mich konkret erinnern, dass sowohl das Management Institut St. Gallen als auch ADL, also Arthur D. Little, Studien und Expertisen gemacht haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: 7 Minuten sind schon deutlich überschritten. Es gibt eine zweite Runde.

Nächste Fragestellerin: Frau Abgeordnete Musiol. 7 Minuten in der ersten Runde.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Herr Mag. Trummer! Waren Sie mit dem Projekt Universaldienstverordnung in der Firma Hohegger.com betraut? (*Mag. Trummer: Zu welchem Zeitpunkt?*) – Grundsätzlich.

Mag. Dietmar Trummer: Es hat für mich kein konkretes Projekt Universaldienstverordnung gegeben, wiewohl der Universaldienst in der Telekom immer ein Thema war. Wenn Sie konkret 2006 ansprechen, habe ich dazu überhaupt keine Erinnerung. Und ich habe vorhin auch gesagt, ich habe deswegen auch nachgefragt: Es hat keinen Auftrag dazu gegeben 2006 zu einer Verordnung, was die Agentur betrifft.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): 2006 nicht und auch zu keinem anderen Zeitpunkt. – Habe ich Sie da jetzt richtig verstanden?

Mag. Dietmar Trummer: Naja, das kann man so nicht sagen. Vielleicht keinen Auftrag, der dezidiert auf die Universaldienstverordnung hinweist, aber die Agentur hat im Rahmen der Grundbetreuung immer wieder Fragen oder Aufgabenstellungen gestellt bekommen, in denen sie die Telekom unterstützt hat. Jetzt kann ich nicht ausschließen, dass im Zusammenhang mit dem Universaldienst, aber nicht was die Gesetzgebung betrifft, sondern ob die alternativen Anbieter jetzt mitzahlen sollen oder nicht, dass man da geschaut hat, wie es in Europa ausschaut, eine Benchmark-Analyse und solche Dinge gemacht hat. Also insofern kann ich das nicht ausschließen, aber so ist es, ja.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Das heißt, Sie können nicht ausschließen, dass es so ein Projekt, wenn es vielleicht auch anders geheißen hat, gegeben hat, das aber dem Inhalt nach ein Projekt Universaldienstverordnung oder PAC war. – Habe ich Sie da jetzt richtig verstanden?

Und: Waren Sie selber da involviert als Geschäftsführer?

Mag. Dietmar Trummer: Projektmäßig in Richtung Lobbying sicher nicht. Noch einmal: Ich bin immer beigezogen worden, wenn es darum ging, **Medienarbeit** zu einem Thema zu machen. Von dem her kann ich nicht ausschließen, dass da auch einmal das Thema Universaldienst generell war, aber ich kann mich jetzt konkret nicht daran erinnern.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann möchte ich Ihnen den Amtsvermerk vorhalten, die Aussage von Herrn Krenn, der sagt, er selbst sei nicht im Themenkreis Universaldienstverordnung involviert gewesen, aber er habe gehört, dass Mitarbeiter bei Hohegger daran gearbeitet hätten.

Mag. Dietmar Trummer: Welcher Herr Krenn ist das?

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Herr Mag. Stefan Krenn. Und dann, wenig später:

Seines Wissens habe es ein eigenes Telekom Austria-Team gegeben unter der Führung von Dietmar Trummer und Martin Kratky und diese müssten dazu mehr wissen.

Wie passt das jetzt zu Ihren Ausführungen?

Mag. Dietmar Trummer: Das passt gut zusammen. Noch einmal: Führung Kratky/Trummer, das war das Team, das die Public Relations, die Pressearbeit, die Veranstaltungen, das Tele-Business für die Telekom gemacht hat. Das hatte **nichts** mit dem Lobbying-Team zu tun, mit dem Public Affairs-Team. Also insofern passt das gut mit meinen Ausführungen zusammen, was Krenn sagt. Er schließt nicht aus, dass wir in unserem Bereich der Pressebetreuung, der Veranstaltungen auch einmal mit Universaldienst zu tun hatten. Das schließe ich auch nicht aus, aber ich kann mich nicht erinnern, dass das ein Thema war. Ich glaube eher nicht. Ein konkretes Projekt, in dem es nur darum ging – da kann ich mich überhaupt nicht dran erinnern.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber wenn, dann waren Sie involviert im Bereich Pressearbeit und Public Relations.

Mag. Dietmar Trummer: Kann sein, muss nicht sein. Ich bin nicht immer involviert worden und involviert gewesen, weil ich ja als Geschäftsführer und der, der das ganze Personal, die Organisation der Gruppe und vom Haus gemacht hat, ja eher die Adler-Perspektive gehabt habe und operativ in den wenigsten Geschäften war, außer bei meinen eigenen Kunden klarerweise.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wenn Sie selber nicht immer involviert waren, wissen Sie, ob andere involviert waren? Sind Ihnen da Namen bekannt? (*Mag. Trummer: Nein!*) – Hatten Sie Kontakt zu Herrn Klaus Wittauer?

Mag. Dietmar Trummer: Nie! Ich kenne ihn gar nicht persönlich.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann möchte ich Sie zu einem anderen Themenkreis befragen, zur Auswahl des Geschäftsführers **ISPA**, Internet Service Providers Austria.

Gab es dieses Projekt in der Firma Hohegger.com? Ist Ihnen das bekannt?

Mag. Dietmar Trummer: Ich kann mich jetzt nicht an einen Projekt-Vertrag oder so erinnern, aber das Thema kenne ich natürlich, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (*zur Geschäftsbehandlung*): Der Vorhalt der Frau Kollegin von den Grünen hat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun. Wir sind bei den Bereichen **1e, 1f**. Da spielt die ISPA meines Wissens und dem Aktenstudium nach überhaupt keine Rolle. Frau Musiol, ich darf Sie ersuchen, Ihre Fragen auf Basis des Untersuchungsgegenstandes zu stellen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte setzen Sie fort, Frau Abgeordnete Musiol.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Wir könnten, wenn ich jetzt weiterfrage, uns sparen, Sie noch einmal zu laden. Es ist die Frage, wie effizient dieser Ausschuss arbeiten möchte.

Sie haben jetzt gesagt, Sie wissen nicht, ob es dieses Projekt gab?

Mag. Dietmar Trummer: Mir ist es nicht erinnerlich, aber das Thema ISPA-Geschäftsführer ist mir natürlich erinnerlich.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Meine letzte Frage dazu: Waren Sie selber involviert?

Mag. Dietmar Trummer: Nein. (*Abg. Petzner: Frau Vorsitzende! Könnten Sie für die Einhaltung der Geschäftsordnung sorgen!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Thema ist jetzt e und f.

Herr Abgeordneter Amon, wollen Sie sich zur Geschäftsordnung melden?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Frau Vorsitzende! Wenn Sie der Fragestellerin klarlegen, dass Sie sich außerhalb dessen befindet, was derzeit Thema ist, ist es nicht erforderlich.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich habe darauf hingewiesen, derzeit ist e und f, Einfluss auf Gesetzgebung beziehungsweise Börsen-, Aktienkurs-Entwicklung der Telekom Thema.

Gibt es dazu noch eine Frage?

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Nein, Frau Vorsitzende, dazu gibt es keine Frage mehr.

Dritter und letzter Themenbereich, das kleine Glücksspiel, das heute schon mehrfach Thema war.

Sind Ihnen Versuche bekannt, bei den Grünen hiezu zu lobbyieren, Versuche, die von Erfolg gekrönt waren?

Mag. Dietmar Trummer: Bei den Grünen? (*Abg. Mag. Musiol: Ja!*) Nein. Ich habe zum kleinen Glücksspiel operativ überhaupt keine Wahrnehmung. Ich weiß, dass es das Thema gegeben hat, aber im Sinne Ihrer Frage: Nein, ist mir nichts bekannt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Ich würde auch festhalten, dass, wenn man sich das Verhalten der Grünen in diesem Zusammenhang ansieht – Anzeigen des Kollegen Pilz (*Mag. Trummer: Würde es nicht zusammenpassen, ja!*), Abstimmungsverhalten der Grünen und auch dafür sorgen, dass es Untersuchungsgegenstand dieses Untersuchungsausschusses ist, dann haben die angeblichen Grünen-Einkochversuche nicht gefruchtet beziehungsweise haben sie vielleicht auch nie stattgefunden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur zweiten Fragerunde. Herr Abgeordneter Amon ist mit 5 Minuten Zeitreservoir ausgestattet.

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Ich kann nahtlos an die Ausführungen von Frau Kollegin Musiol anschließen. Herr Magister, ich halte Ihnen eine Art Protokoll des Jour Fixe Lobbying Team vom 8. Mai 2006 vor. Da gibt es eine Passage mit Bezug auf das kleine Glücksspiel, auf Seite 3, in der es heißt: „Die Grünen einkochen“.

Wir haben heute schon festgestellt, dass es sich dabei nicht um irgendwelche kulinarischen Aktivitäten oder Schaukochen handelt, und wir wissen darüber hinaus,

dass nicht hier, aber insgesamt in der Causa eine Fülle von Leistungen erbracht worden sind, zu denen es keine **Gegenleistung** gab. Das allein ist also noch kein Beweis, dass es da nichts gibt.

Ich frage Sie das deshalb, Herr Trummer, weil aus der Teilnehmerliste ersichtlich ist – ich nehme an DT, Dietmar Trummer, ...

Mag. Dietmar Trummer (*in Schriftstücken blättern*): Auf welcher Seite sind Sie?

Abgeordneter Werner Amon (ÖVP): Jetzt bin ich auf der ersten Seite, bei der Teilnehmerliste.

Jetzt frage ich Sie doch, ob Sie nicht vielleicht doch irgendeine Wahrnehmung haben zu diesem Besprechungspunkt.

Mag. Dietmar Trummer (*neuerlich in Schriftstücken blättern*): Darf ich mir das anschauen?

Ich habe dazu persönlich keine Wahrnehmung, ich bleibe dabei. Das ist dort als Agenda-Punkt – ich meine, das ist lange, lange her – erwähnt worden. Ich war operativ nie in diese Geschichten involviert. Die zwei, die das bearbeitet haben, nämlich Herr Krenn und Frau Racek – die stehen als Kürzel auch da –, waren das operative Team dazu. Es kann sogar auch sein, dass diese Agenda vom letzten, vorletzten Mal, wie das oft bei Agendapunkten der Fall ist, fortgeschrieben worden ist, dass man da inhaltlich also gar nicht lange darüber geredet hat, sondern dass es das eben gibt.

Ich habe dazu echt keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich verstehe. – Wie hat man bei Ihnen üblicherweise „eingekocht“, wenn man „eingekocht“ hat?

Mag. Dietmar Trummer: Soll ich Ihnen diese Frage beantworten? – Der Ausdruck „einkochen“ war nicht Usus bei uns. Warum das hier ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ein besonderes Projekt offensichtlich!

Mag. Dietmar Trummer: Nein, nein. Warum das hier von dem Protokoll-Verfasser – ich weiß gar nicht, wer das Protokoll verfasst hat – so geschrieben worden ist, das weiß ich nicht. Vielleicht war das bei denen intern der Arbeitstitel, aber gemeint ist natürlich Überzeugungsarbeit, Argumentation, in die Richtung also.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ja, ja, ich verstehe.

Mag. Dietmar Trummer: Vielleicht hat auch jemand einen Bogen gespannt vom Gemüse zum Einkochen oder Obst zum Einkochen, wie auch immer. (*Abg. Amon: Glauben Sie?*) – Das weiß ich nicht, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Halten Sie das für wahrscheinlich?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, da ist jemand eben kreativ gewesen, so wie er es im Projekt darstellen will.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ich habe zu diesem Protokoll, dieser Tagesordnung, wie immer man das nennen will, noch eine Frage, weil Kollege Kuzdas vorhin zu diesem Projekt Aon Entertainment gefragt hat. Auch dabei waren Sie ja anwesend. Und da sind eine Reihe von Punkten, Arbeitspakete angeführt, also etwa ...

Mag. Dietmar Trummer: Sagen Sie mir die Seite, bitte.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Seite 2 unten.

Arbeitspakete, darunter wird offenbar verstanden: Präsentation für den AR – ich nehme an, Aufsichtsrat – auf 3 Folien (für Fischer und Schieszler), Präsentation für Politiker, Essen mit Herrn Vogt von „NEWS“ und Bespielung der Lobbying-Datenbank.

Ist „Bespielung der Lobbying-Datenbank“ auch ein so seltener Begriff wie das „Einkochen“ – oder was versteht man da darunter?

Mag. Dietmar Trummer: Nein. Obwohl Sie jetzt polemisch werden, beantworte ich die Frage gerne. Eine Lobbying-Datenbank ist eine Datenbank, in die man alle Daten, die man in Stakeholder-Analysen erfasst, eingibt, damit sie nicht verloren gehen. Wenn Sie so wollen, übersetzt, ist das nichts anderes wie ein sehr, sehr ausführliches CRM oder ein Telefonbuch. Das ist damit gemeint.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also eine Liste von Personen, die zu überzeugen sind?

Mag. Dietmar Trummer: Von Personen, Stakeholdern, die für diesen Themenkreis eine **Rolle spielen**. Ob Sie alle überzeugt werden müssen, das sei dahingestellt. Das ist aber eine selbstverständliche Datenbank, die **in jeder** Agentur vorhanden ist – und kein Hohegger-Spezifikum.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Danke. Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Herr Magister, ich hätte ganz gern noch ein paar vertiefende Verständnisfragen gestellt. Ich habe vorhin ganz genau zugehört. Sie haben davon gesprochen, dass durch den Kontakt von Dr. Peter Hohegger mit Walter Meischberger – und ich betone hier nochmals: Walter Meischberger wurde 1999 aus der FPÖ ausgeschlossen – Ihre Agentur so eine Art „blaue Schlagseite“ erhalten hat.

Ich stelle aber auch fest – und das haben Sie auch kundgetan –, dass Sie Personen wie Heinz Lederer beschäftigt haben, in welchen Verhältnissen auch immer, etwa als Subunternehmer, Schieder, Blecha, Gusenbauer, Krenn, Schneider, Personen aus den verschiedensten politischen Lagern.

Mich hätte nochmals interessiert, wie Sie auf diese Aussage kommen. Hier geht es genau um eine Figur, Walter Meischberger – ich sage es nochmals: 1999 ausgeschlossen aus der FPÖ. Ich kann mir ehrlich gesagt noch nicht ganz vorstellen, wodurch Sie meinen, eine „blaue Schlagseite“ bekommen zu haben.

Mag. Dietmar Trummer: Schauen Sie! Es geht ja nicht um mein Gefühl, sondern es geht darum, was uns der Markt und die anderen Personen, mit denen wir zu tun hatten, widergespiegelt haben. Das war ja keine Erfindung von irgendjemandem, sondern das **war** so. Natürlich ist das sicherlich auch verstärkt worden durch die Beziehung, die Hohegger dann zu Grasser hatte, auch zu anderen Ministern oder Leuten wie Reichhold und so weiter. Das war eben für den Markt interessant.

Was Lederer betroffen hat, das war offenbar nicht so transparent oder nicht so interessant, wie auch immer. Und die anderen Herrschaften, die Sie genannt haben, die haben ja in der öffentlichen Wahrnehmung überhaupt keine Rolle gespielt, weil sie dort überhaupt nie öffentlich waren. Einen Herrn Krenn, einen Herrn Schneider, wer hat die gekannt? Kein Mensch!

Abgeordneter Ing. Christian Höbart (FPÖ): Das ist nur insofern interessant, weil Sie so den Markt betonen, der Markt hätte Ihnen das Gefühl gegeben. Besteht der Markt ausschließlich aus zwei Parteien? Sie wissen, was ich meine. Also eigentlich und üblicherweise ist der sogenannte Markt – und ich komme selber aus der Wirtschaft – ein freier Markt – und nicht irgendwie punziert.

Wenn Sie mir das bitte auch noch ausführen könnten. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Na, die ÖBB zum Beispiel war ein Unternehmen, nicht wahr?*) Meinen Sie damit konkrete Kunden, wie eben beispielsweise die ÖBB?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, nein, nein. Das ist eine ...

Ing. Christian Höbart (FPÖ): Banken, Versicherungen – gab es dort Punzierungen? War es den Herrschaften in diesen Institutionen vielleicht zu einfärbig? Das möchte ich besser verstehen, denn der Markt, wie gesagt, ist frei, und ich wüsste nicht, in welche Richtung Ihre Argumente zielen.

Mag. Dietmar Trummer: Der Markt ist frei, da sind wir eines Sinnes, aber der Markt ist natürlich und wird auch laufend **beeinflusst**, vor allem dann, wenn sie sich dem Wettbewerb stellen müssen. Und es ist ganz klar: Wenn man sich um große Projekte bewirbt, dann versuchen natürlich auch Mitbewerber als Teilnehmer oder ein Teil der Teilnehmer eines Marktes, den anderen Mitbewerber in ein schlechteres Licht zu rücken. Und da ist zum Beispiel oft gekommen: Hohegger hat Umgang mit den Freiheitlichen und wird immer mehr zu einer „blauen Partei“. Mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Das ist – noch einmal – keine Erfindung, sondern das ist ein Lebensgefühl in dieser Agentur gewesen und hat zu heftigen Diskussionen geführt. Und die Mitarbeiter sind auch in ihrem Freundeskreis, in der Familie und so weiter angesprochen worden, und das war diametral entgegengesetzt zu unserer wichtigsten Säule im Leitbild, nämlich **unabhängig** zu sein.

Ing. Christian Höbart (FPÖ): Glauben Sie, dass, wenn Herr Hohegger in anderen politischen Lagern unterwegs war, Ihre Mitarbeiter und auch Sie ebenfalls im Bekanntenkreis angesprochen wurden? Ganz konkret will ich damit ÖVP und SPÖ ansprechen, denn, wie gesagt, diese Aussagen halte ich schon für ein bisschen eigenartig, wenn Sie mir diese Anmerkung gestatten.

Mag. Dietmar Trummer: Ich weiß es nicht, das ist Spekulation. Ich meine, Hohegger war ja auch bis dahin nicht als weiß Gott wie parteipolitisch bekannt. Wenn er komplett zu einer Partei wie der SPÖ oder so tendiert hätte, hätte man das wahrscheinlich auch artikuliert. Ich kann es jedoch nicht ändern, Herr Abgeordneter! Es war einfach so, ja. Es tut mir leid, aber es war so.

Ing. Christian Höbart (FPÖ): Danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat Herr Hohegger im Rahmen seiner Lobbying-Tätigkeit zu Regierungsmitgliedern Kontakt gehabt?

Mag. Dietmar Trummer: Ich nehme es an, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Naja, Sie sagen, Sie nehmen es an. Bei Karl-Heinz Grasser waren Sie sich sicher. (*Mag. Trummer: Ja!*) – Also bei Karl-Heinz Grasser sind Sie sich sicher?

Mag. Dietmar Trummer: Klar! Allein schon durch die Roadshow.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wir können jetzt andere Regierungsmitglieder durchgehen. Wissen Sie welche, zu denen Hohegger Kontakt gehabt hat?

Mag. Dietmar Trummer: Also hundertprozentig nehme ich an, dass er zu Reichhold Kontakt hatte. Gorbach, sage ich Ihnen ehrlich, war mir überhaupt nicht bewusst, aber das hatte auch schon damit zu tun, dass er uns das so nicht mehr gesagt hat und eigentlich über seine Valora agiert hat.

Zu wem er sonst noch Kontakt hatte, jetzt unter Regierungsmitgliedern, weiß ich nicht dezidiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wenn man gutes Lobbying betreibt – und Sie haben damit ja, zumindest vorgeschaltet, zu tun gehabt, mit Argumenten –, ist es da nicht üblich, dass man sich der Personen bedient, die einem die Türen dorthin aufmachen, wo man hin will? (*Mag. Trummer: Ja, genau!*) – Herr Hochegger hat geschildert, dass Herr Meischberger ihm dienlich war zum Beispiel bei einem Klienten, bei Raiffeisen, den man nicht unbedingt direkt dem „blauen Dunstkreis“ zuordnen würde. Das wäre so meine oberflächliche Beobachtung.

Dann kommt dieser Kunde, Raiffeisen, und sagt: Wir brauchen einen Türöffner zu – einem damals an sich sogar auf der Liste der ÖVP angeführten – Finanzminister Grasser. Und da kommt man zu der Idee: Da brauche ich eigentlich jemanden, der mir dort die Tür öffnet. Dann sucht er sich eben seinen nachmaligen Trauzeugen oder Freund, oder wie auch immer, aus, der das öffnet.

Ist das nicht ein normales Geschäft im Lobbying, dass man sich die Person, die einem die Tür aufmacht, aussucht? (*Mag. Trummer: Ja!*) – Jetzt habe ich ein anderes Problem; um darauf zurückzukommen.

Es gibt angeblich ein Projekt, das heißt – Sie sind dabeigesessen, ohne sich besonders damit auseinandergesetzt oder eine Erinnerung zu haben – „**die Grünen einkochen**“. Wenn man einen Schlüssel zu den Grünen haben möchte, um dort zu lobbyieren: Ist es logisch, dass man sich dann einer Person bedient, die **dort** eine Tür aufmachen kann? (*Mag. Trummer: Ja!*) – Also an sich eine Lobbying-Agentur, die das Geschäft in ganz Österreich versteht und dann sogar noch eine Partei ansprechen möchte, wenn schon diese Unternehmen – Sie haben da eine ganze Latte, ÖBB taucht da auf, Telekom taucht da auf und Ähnliches –, ist es nicht eine Selbstverständlichkeit, dass man sagt: Wir müssen nach allen Richtungen offen sein!

Mag. Dietmar Trummer: Genau das ist der Punkt: Das war unser Selbstverständnis! Und die Kooperation – so leid es mir tut – mit Walter Meischberger hat das in der Wahrnehmung außen überlagert. Das ist der Punkt. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Noch einmal ...!*) Da kann ich nichts dafür, aber es war so. Und das war der Quell der Diskussionen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich kenne das! Ich kenne das selber aus meiner beruflichen Laufbahn, dass überall dort, wo ich aufgetaucht bin oder sonst irgendetwas, es geheißen hat und gesagt worden ist: Na, das ist auf einmal ein blauer Bereich! – Sogar schon damals, als ich Rechtspraktikant am Landesgericht Krems war, hat man gesagt: Das ist an sich unglaublich, das wird jetzt auch schon ein blaues Gericht!

Das hat es alles schon gegeben. Ich habe selber erlebt, dass diese blaue Tätigkeit manches überlagert, ich kann das also durchaus verstehen. Aber an sich aus dem Bereich des Lobbyings heraus? – Na ja. Aber ich orte es, dass offensichtlich eine andere Punzierung erfolgt, wenn ein ausgeschlossener Freiheitlicher etwas macht, und dass das am Markt auf einmal vielleicht ein Skandal wird.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur Frage!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist die Zeit schon vorbei? (*Obfrau Dr. Moser: Ja!*) – Danke, dann ist leider die Zeit abgelaufen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Na gut, dann haben Sie uns etwas aus Ihrem Leben erzählt. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich werde mich zu Schilderungen betreffend mein Leben zurückhalten und stelle wieder konkrete **Fragen**. Es wäre spannend, glaube ich, aber trotzdem – das können wir privat einmal machen, aber nicht da herinnen.

Ich halte Ihnen Folgendes aus Ihrer Einvernahme vor, Herr Mag. Trummer. Da gibt es diese Rechnungen betreffend parlamentarische Überzeugungsarbeit. Mein Mitarbeiter wird Ihnen die Rechnung auch vorlegen, damit Sie sich vielleicht wieder erinnern.

Sie sagen also aus – ich zitiere –:

Das ist wieder ein typisches Telekom Austria/Hochegger-Thema. Ich kann mich auch an die Planung der in der Rechnung angeführten Enquete erinnern. – Zitatende.

Wenn Sie dazu Erinnerungen haben, frage ich Sie: Welche Erinnerungen sind denn das?

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Mag. Dietmar Trummer: Lassen Sie mich das kurz anschauen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja. Sie haben alle Zeit der Welt – fast.

(Die Auskunftsperson liest in diesem Schriftstück.)

Mag. Dietmar Trummer: Genau, ich erinnere mich schon wieder. – Diese Infrastrukturthemen rund um Informationstechnologie, Telekommunikation, Computer und so weiter: Es war der Telekom Austria eigentlich ständig wichtig und ein ständiges Anliegen, dass dafür Bewusstsein vor allen Dingen in der Politik, aber auch in der Wirtschaft gemacht wird.

Der Hintergrund war natürlich der, dass sie mit ihren größeren Lösungen aus der Business Solutions heraus erfolgreich sein wollten, also durchaus vertriebsorientiert. Auf der anderen Seite war das große Problem, dass in diesen Nuller-Jahren – eigentlich herauf bis zum heutigen Tag – Österreich vor allem, was die IKT-Wettbewerbsfähigkeit anbelangt, immer mehr zurückgefallen ist in den sogenannten europäischen oder weltweiten Readiness-Faktoren. Das war eigentlich für alle ein Alarmzeichen. Es hat dann zum Beispiel auch in dem Projekt **ARGE Breitband Austria** gegipfelt, und diese ARGE Breitband Austria war der Zusammenschluss praktisch aller – oder fast aller – IKT-Unternehmen und -Konzerne Österreichs, um genau in diese Richtung Lobbying zu machen und Awareness zu schaffen.

Was verbirgt sich dahinter konkret? – Dahinter verbirgt sich wieder, dass man sagt, man muss das Thema aufarbeiten, man muss schauen: Wie läuft es in Schweden? Wie läuft es in den skandinavischen Ländern? Was machen die anders? Haben die vielleicht Steueranreize?

All das sind eben diese typischen Arbeiten, die eine Public-Affairs-Agentur in der Vorbereitung macht. Und daran erinnere ich mich, wenn ich hier von dieser Rechnung die Schlagworte lese.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wo hat denn diese Enquete stattgefunden?

Mag. Dietmar Trummer: Ob die Enquete dann tatsächlich umgesetzt worden ist, weiß ich nicht mehr genau. Das ist ...

(Die Auskunftsperson liest in diesem Schriftstück.)

Es kann sein, dass die geplant gewesen ist – ich meine, das ist 2004 –, dass die eben im Parlament geplant gewesen ist, als Parlamentarische Enquete, dass die Genehmigung dafür nicht erteilt worden ist und dass es dann eine Ersatzveranstaltung

gegeben hat. Aber das weiß ich nicht mehr genau. Es kann durchaus sein, dass die Enquete so, wie sie da technisch steht, nicht umgesetzt worden ist, stattdessen irgendeine Ersatzveranstaltung, weil man nicht das Parlament dafür bekommen hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie uns sagen – das steht ja drin in der Rechnung der Hohegger|Com zu dieser **Parlamentarischen Enquete**, die Sie als **Lobbying-Maßnahme** bezeichnet haben –, wer die Schirmherrschaft für diese Parlamentarische Enquete als Lobbying-Maßnahme der Hohegger-Firma übernommen hat?

Sagen Sie uns, was dort in der Rechnung drinsteht!

Mag. Dietmar Trummer: Ich verstehe die Frage jetzt nicht, was Sie genau meinen. Wer sie übernommen hat?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage Sie, wer die Schirmherrschaft hat, laut der Rechnung von Hohegger|Com.

Mag. Dietmar Trummer (nach einem weiteren Blick in das vorgelegte Schriftstück): Khol! Dr. Khol, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie das ...

Mag. Dietmar Trummer: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich lese es Ihnen vor – aber er hat es ohnehin schon gesagt –:

Die übergeordnete Schirmherrschaft übernimmt **Nationalratspräsident Dr. Khol**. – Zitatende.

Können Sie mir erklären, warum der Präsident des Nationalrates die Schirmherrschaft über eine Enquete übernimmt, die Sie soeben als **Lobbying-Maßnahme** bezeichnet haben? – Und wo es eine Rechnung der Firma Hohegger gibt. Und die die Firma Hohegger laut dieser Rechnung organisiert hat. Und die Rechnung an die **Telekom** geschickt hat!

Mag. Dietmar Trummer: Ich weiß erstens einmal nicht mehr genau, ob das stattgefunden hat, ja oder nein.

Der Hintergrund ist nicht, dass dieser Präsident sich besonders dafür interessiert, sondern ich hätte das vom Technischen her so verstanden: Man fragt einen aus dem Parlamentspräsidium, ob so eine Veranstaltung, die **alle** Parteien umfassen sollte, möglich ist. Deswegen ist er hier reingerutscht, und man hat offenbar beschlossen, ihn zu fragen. Aber mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Kann es sein, dass diese Enquete so geheißen hat: „Die Überwindung der Digital Divide als regionale Herausforderung“.

Mag. Dietmar Trummer: Wann soll diese Veranstaltung gewesen sein?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): 2004. In diesem Zeitraum, in dem auch die Rechnung erstellt wurde.

Mag. Dietmar Trummer: Wie gesagt, ich schließe es nicht aus, dass anstatt dieser Parlamentarischen Enquete eine Ersatzveranstaltung in Enquete-Form stattgefunden hat – nicht hier im Haus. Der Rechnungstext ist wahrscheinlich aus dem Angebot 1 : 1 übernommen worden.

Das ist meine Interpretation dazu, aber nicht, dass es eine Scheinleistung oder sonst irgendetwas war.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es **war** diese Enquete! Und sie hat im Parlament stattgefunden. Es war eine Enquete des Bundesrates, und die Schirmherrschaft hatte – wie auch aus der Rechnung hervorgeht – Nationalratspräsident Dr. Andreas Khol.

Ich halte das nur noch einmal fest, meine Damen und Herren: Es findet eine Enquete im Parlament statt. Die Schirmherrschaft übernimmt der damalige Nationalratspräsident Andreas Khol. Und dazu gibt es eine Rechnung, die Hohegger-Rechnung an die Telekom, für – Zitat –:

Enquete: Organisation einer Parlamentarischen IKT-Enquete unter Einbeziehung aller Parteien.

In Klammern:

(Die übergeordnete Schirmherrschaft übernimmt Nationalratspräsident Dr. Khol.) – Zitatende.

Wie hoch war denn diese Rechnung? Wissen Sie das?

Mag. Dietmar Trummer: Ach so – ich habe das schon eingepackt. Ich habe geglaubt, es ist alles aufgeklärt.

(Die Auskunftsperson entnimmt ihren Unterlagen ein Schriftstück.)

Ich glaube, 75 000 waren es netto – oder?

(Die Auskunftsperson liest in einem Schriftstück.)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es war eine erste Teilrechnung; hier steht „Teilrechnung“.

Mag. Dietmar Trummer: 75 000, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau! Teilrechnung 05, also Mai 04: 75 000 €.

Welche Leistungen haben Sie denn genau erbracht für diese 75 000 € – netto, wohlgemerkt! Brutto waren es 90 000 €. Welche Leistungen haben Sie da konkret erbracht? – Da Sie in der Einvernahme gesagt haben, Sie können sich an die Planung genau erinnern.

Mag. Dietmar Trummer: Ich habe gesagt: Ich kann mich an diese **Themen** genau erinnern, und deswegen ist es eine typische Hohegger-Aufgabenstellung gewesen. Denn genau mit diesen Themen sind wir immer konfrontiert worden, dass wir der Telekom helfen, sie aufzubereiten.

Dahinter steckt sehr, sehr viel Arbeit: eben, wie gesagt, Benchmarking, Aufbereiten von Argumentationen, Suchen, ob es ähnliche Studien und so weiter in Europa dazu gibt, Aufsetzen von möglichen medialen Verwertungen und, und, und. All diese Leistungen sind sicher in diese Rechnung mit eingeflossen. Wiewohl – noch einmal –: Im Detail kann ich es nicht mehr sagen, weil das im Juni 2004 gewesen ist.

Die Tatsache, dass hier ein **Name** steht, hat wirklich nur damit zu tun, dass die Enquete von denen, die sie gemacht haben, ursprünglich hier im Parlament vorgeschlagen war. Wenn man im Parlament – so hätte ich das verstanden – eine Enquete oder eine Veranstaltung für alle Parteien, für Teilnehmer aus allen Parteien organisiert, dann sollte jemand vom Parlamentspräsidium auch – unter Anführungszeichen – „die Schirmherrschaft“ innehaben. So verstehe ich das – und nicht anders. Alle anderen Interpretationen sind meiner Meinung nach auch nicht korrekt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber für eine Parlamentarische Enquete hier im Parlament – die Hohegger|Com hat offensichtlich dazu beigetragen – braucht es auch einen **Antrag**. Den Antrag habe ich hier. Wissen Sie, wer den Antrag auf Abhaltung dieser Enquete gestellt hat, unter anderen? (*Mag. Trummer: Nein, weiß ich nicht!* – Der damalige **Bundesrat Mag. Harald Himmer**. – Kennen Sie den?

Mag. Dietmar Trummer: Ich kenne ihn nicht persönlich. Aber es kann durchaus sein, dass es dann so gelaufen ist, dass jemand von der Telekom ihn gebeten hat, das zu übernehmen. Das ist nichts Unübliches – jetzt losgelöst von der Person.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also: Ich empfinde es als **äußerst unüblich**, dass es eine Rechnung der Firma Hohegger gibt in Höhe von insgesamt 90 000 € für eine Parlamentarische Enquete unter der Schirmherrschaft des Dr. Andreas Khol, der damals Nationalratspräsident war, es dazu einen eigenen Antrag gibt und diese offensichtlich hier im Haus stattgefunden hat. Das finde ich sehr, sehr ungewöhnlich! Das werden wir uns auch genau anschauen müssen.

Ich frage Sie Folgendes als Schlussfrage – da Sie sagen, das ist eigentlich nichts Ungewöhnliches –: Ist das eine einmalige Geschichte, dass Sie für das Parlament oder unter der Schirmherrschaft von ... Das ist der Präsident des Nationalrates! Ich erkläre Ihnen die Bundesverfassung: Der Präsident des Nationalrates ist nach dem Bundespräsidenten laut Bundesverfassung das zweithöchste Amt im Staat! Das ist laut Bundesverfassung das zweithöchste Amt nach dem Bundespräsidenten.

Ist es öfter vorgekommen, dass solche hohen Amtsträger wie Andreas Khol, der als Nationalratspräsident damals die zweithöchste Funktion in dieser Republik nach dem Bundespräsidenten innehatte, die Schirmherrschaft für Enqueten übernehmen, die Sie als Teil eines **Lobbying-Paketes** der Hohegger|Com für die Telekom, bezeichnen und wofür es auch eine Rechnung der Hohegger|Com an die Telekom gibt? Oder ist das ein Einzelfall?

Mag. Dietmar Trummer: Es ist immer wieder Wunsch von Industrien, von Branchen, die ein gemeinsames Anliegen haben, oder eines bedeutenden Marktteilnehmers, dass man, um alle Vertreter von den politischen Parteien informieren zu können, auch Veranstaltungen hier im Parlament macht. Ich weiß, dass es sehr selten tatsächlich durchgeführt wird, weil es einfach abgelehnt wird oder nicht passt oder wie auch immer. Aber unüblich ist es nicht.

Was den konkreten Fall betrifft, kann ich mich nicht erinnern, ob wir andere solche Veranstaltungen organisiert haben. Aber unüblich ist es nicht.

Eines noch zu sagen, ist mir ganz wichtig, weil Sie ausgeführt haben, nur für diese **Enquete** wäre dieses Honorar geflossen: Das stimmt nicht! Sondern für das **gesamte** Leistungspaket, das hier in der Rechnung aufgeführt worden ist.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, die Zeit ist bereits vorüber!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine Schlussfrage noch, weil wir gerade bei diesem Enquete-Thema sind: Eine andere Enquete – wenn wir schon bei den Enqueten sind – hat am Freitag, den 26. Februar 2010, stattgefunden unter der Leitung ... Ich lese es vor:

Im Rahmen einer fraktionellen SPÖ-Arbeitsgruppe unter der Leitung von Abgeordnetem Kurt Gartlehner ... wurde eine Enquete veranstaltet zum Thema „Informations- und Kommunikationstechnologien“.

Da gibt es ein SPÖ-Strategiepapier, dieses wurde im Rahmen einer Enquete – unter anderem mit Bundesministerin Bures und Staatssekretär Josef Ostermayer – präsentiert.

Meine Frage dazu: Haben Sie mit dieser Enquete, die die SPÖ organisiert hat, irgendetwas zu tun? (*Mag. Trummer: Nein!*) – Die Firma Hohegger hat nichts damit zu tun?

Mag. Dietmar Trummer: Also ich habe keine Erinnerung daran.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie wissen, dass Herr Gartlehner sehr viel mit der Firma Hohegger zu tun hatte! Er steht ja auf der Payroll, oder auf der Person-Hohegger-Payroll.

Mag. Dietmar Trummer: Valora! – Nicht der Agentur.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eben, deswegen habe ich gesagt: auf der Person Hohegger ... (*Mag. Trummer: Ja!*) – Danke, passt.

Abgeordneter Ing. Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Herr Mag. Trummer, wir machen dort weiter, wo wir in der ersten Runde aufgehört haben (*Mag. Trummer: Ja!*): beim „Flieder“. Dieses Projekt wurde in der Telekom gestartet, nachdem die Malversationen schon bekannt geworden waren. Telekom Austria hat Deloitte beauftragt, diese Geschäftsfälle zu untersuchen. Von den insgesamt an die Telekom verrechneten netto 17 Millionen sind 2,3 Millionen – auch ohne Umsatzsteuer – auffällig.

Ich bleibe beim Thema Wettbewerbsbeobachtung und -analyse 2003; ich wiederhole es:

Es ist kein Vergabeakt in den Unterlagen. Wir weisen darauf hin, dass beim gegenständlichen Auftrag weder ein Angebot noch eine unterzeichnete Bestellung identifiziert werden konnte.

Weiters der Hinweis:

Über die tatsächliche Leistungserbringung konnten uns keine Auskünfte erteilt werden. Es sind auch keine Expertenstudien in diesem Zusammenhang von Management Zentrum St. Gallen beziehungsweise Arthur D. Little, welche allerdings als Fremdkosten in der Rechnung genannt wurden. – Zitatende.

Warum sage ich Ihnen das? – Ich habe Sie vorhin nach Günther Perger gefragt: Vielleicht hat er das verrechnet? – Das haben Sie verneint. Aber da tut sich ein System Telekom/Hohegger auf, das sich schon durch den ganzen Untersuchungsausschuss zieht, dass Scheinrechnungen – es war nicht immer Hohegger, wir kennen das von Schmied, wir kennen das von Haslinger – gelegt werden, denen keine Leistung gegenübersteht, und damit wird dann von Hohegger irgendjemand bedient.

Ich mache Ihnen da keinen Vorwurf. Sie sind ja ausgeschieden, weil Sie das mit Ihren ethischen Werten nicht haben vereinbaren können. Aber da tut sich ein System auf, in dem die Telekom über Hohegger bestimmte Leistungen bestellt oder Zuwendungen macht, die zumindest fragwürdig sind.

Sie haben zu diesem Projekt zwar Wahrnehmungen, aber können sich das nicht vorstellen?

Mag. Dietmar Trummer: Ich kann mir das wirklich **nicht** vorstellen – ich sage es noch einmal –, dass über die Hohegger|Com so etwas gelaufen sein soll!

Wissen Sie, das Problem ist auch ein bisschen Folgendes. Ich meine, das ist jetzt einmal auffällig, das sagt die Revision der Telekom Austria. All diese Dinge – das ist meine Wahrnehmung – wurden ja übergeben. Wo dann diejenige Person, die der Ansprechpartner war, die Dinge hingelegt hat – wie zum Beispiel Studien, Angebote und so weiter – und damit verfahren ist, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Ich weiß nur, dass – auch was andere Rechnungen betrifft – viele Leute ja nicht mehr in der Telekom Austria sind, die damals die unmittelbaren Ansprechpartner waren. In jeder unserer Besprechungen, soweit ich das nachvollziehen konnte und dabei war, sind Handouts übergeben worden, sind Konzepte übergeben worden, sind Papiere übergeben worden. Aber was die Leute dann in ihren Unternehmen damit gemacht haben, auch und vor allem dann, wenn sie ausgeschieden sind, das wissen wir ja nicht. Noch einmal: Das wundert mich, aber ich habe dezidiert damit nichts zu tun.

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Ich habe zitiert aus dem aktuellen Deloitte-Bericht.

Ich möchte Ihnen noch zu einem anderen auffälligen Geschäftsfall ein paar Fragen stellen, nämlich zur KMU Roadshow im Jahr 2002. Die wurde schon angesprochen, insgesamt inklusive Mehrwertsteuer 108 000 €. Auch da ist es so: Ein Angebot war weder in der Telekom noch in der Mobilkom zu finden; insgesamt gibt es vier Rechnungen, zwei an die Telekom, zwei an die Mobilkom.

Die Bestellung enthält keinen Leistungszeitraum. In den Unterlagen gibt es keinen Vergabeakt. Es wurde kein Abnahmekriterium vereinbart. Bei der vorliegenden Bestellung handelt es sich um einen Nachdruck, der wurde dann gefunden, ist aber nicht unterzeichnet.

Das ist die Roadshow, wo die Telekom Austria den damaligen Finanzminister unterstützt hat. Da tut sich ja noch eine weitere Frage auf: Warum braucht die Telekom Austria, um das Finanzministerium zu sponsern, die Agentur Hohegger? Wobei da natürlich schon hinterfragenswert ist, der Finanzminister ist Eigentümer der Telekom, warum muss sich der von einem seiner Unternehmen sponsern lassen? Das ist ja politisch auch hinterfragenswert.

Können Sie uns Ihre Wahrnehmungen zu diesem Projekt sagen?

Mag. Dietmar Trummer: Kommen wir einmal zur Rechnung. Ich glaube, dass die sehr gut belegt, diese Rechnung, dass da etwas im Ablagesystem der Telekom Austria möglicherweise nicht ordnungsgemäß hingehaut hat, denn mittlerweile – ich war mit dem Projekt nicht befasst, aber ... (*Abg. Mag. Kuzdas: Vielleicht ist das dann auch ein Ergebnis des Untersuchungsausschusses!*)

Mittlerweile ist es überprüfbar, dass es diese Gegenleistung erstens einmal gegeben hat. Die Kollegin, die vor mir hier gesessen ist, Frau Skias, hat das Projekt ja abgewickelt und bestätigt selber, und Sie wird es am besten wissen, dass es diese Gegenleistungen werblicher Natur gegeben hat.

Ich kann mich gut erinnern, als im Zusammenhang mit der Diskussion um die Roadshow die Medien bei der Telekom recherchiert haben, 2003 oder wann das war, was es denn mit diesen Leistungen auf sich hat, hat damals schon Pressesprecher Bredl – kann ich mich gut erinnern – gesagt: Das waren eindeutig toll belegbare Leistungen, und wir waren froh, dass wir in **der** Zielgruppe etwas tun konnten, nämlich der KMUs. – Das war seine Antwort.

Warum jetzt die Telekom Austria die Rechnung und Angebot und so weiter so ablegt, dass sie selber nichts mehr findet, ja, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Meine Wahrnehmung war so, dass Dr. Hohegger, der ja auch sehr geschäftstüchtig ist, von sich aus die Firmen angesprochen hat. Ich bin mir gar nicht sicher, ob das irgendeinen Zusammenhang hatte mit den Verantwortlichen im Finanzministerium. Meine Wahrnehmung war eher, dass er die Firmen angesprochen hat, ob sie da mitmachen würden. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ich sage Ihnen noch zu den Rechnungen: Ich weiß, ich bin dazu als Zeuge befragt worden, darum kenne ich die, und ich wundere mich schon auch über die Rechnungen. Da ist zum Beispiel eine dabei von der Mobilkom, die noch in Schilling ausgestellt war, ich glaube, der „Handyaner“ heißt die, wo die Telekom ...

Abgeordneter Mag. Hubert Kuzdas (SPÖ): Bleiben wir bei der Fragestellung, denn das führt uns zu weit weg. (*Mag. Trummer: Nein, das führt nicht zu weit weg!*) – In diesem Zusammenhang ist es ja insofern auch bemerkenswert, dass ein E-Mail am 24. Februar 2004 an Herrn Matthias Winkler – den werden Sie wahrscheinlich kennen oder der Name sagt Ihnen etwas (*Mag. Trummer: Sagt mir etwas, ja!*), damaliger Kabinettsmitarbeiter oder sogar Kabinettschef von Grasser –, welches von Herrn Hohegger unterzeichnet, allerdings vom E-Mail-Account des Herrn Schieszler versendet wurde. (*Mag. Trummer: Da weiß ich nichts!*) – Da sieht man die Verflechtung zwischen Hohegger und Telekom, wenn Hohegger offensichtlich schon vom PC, vom Laptop des Herrn Schieszler weg mailt.

Ich habe eine abschließende Frage. Wenn man diese 2,3 Millionen netto, die „auffälligen“ Aufträge, betrachtet, stellt sich für mich die Frage: Es gibt Geschäftsfälle und es gibt Rechnungen. Die Rechnungen wurden bezahlt, aber das ist jetzt die neue Definition der doppelten Buchhaltung, denn irgendwie muss ja bei Hohegger jemand gewusst haben, an wen schon bestimmte Gelder verteilt wurden. Wenn 2,3 Millionen verrechnet werden an die Telekom und die Telekom zahlt und da gibt es auffällige, auffällig hohe Rechnungen teilweise, wo keine Gegenleistung gegenübersteht, dann entsteht ein Pool, der zum Bedienen von bestimmten Personen da ist.

Wie hat das funktioniert, dass Sie genau gewusst haben, wie viel haben Sie von dem möglichen Schwarzgeld/Schmiergeld schon ausgegeben?

Mag. Dietmar Trummer: Also das ist eine Frage, die ist erstens sowieso von mir nicht zu beantworten, zweitens weise ich zurück, dass das mit der .com etwas zu tun hatte. (*Abg. Mag. Kuzdas: Danke, wenn Sie es nicht beantworten können, dann reicht mir die Antwort!*) – Ich kann sie nicht beantworten, aber es hat das nicht gegeben, was die .com betrifft, das muss man schon noch sagen! Und ich bin mir auch sicher, dass sich die allermeisten dieser als „auffällig“ eingestuft Rechnungen letztlich aufklären lassen, dass es Gegenleistungen gegeben hat. Da bin ich mir ganz sicher.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Herr Mag. Trummer, Sie wollten ja jetzt gerade etwas ausführen, das Sie offensichtlich für wichtig erachtet haben, das aber den Kollegen Kuzdas nicht interessiert hat. Mich würde es schon interessieren. Wenn ich es akustisch richtig verstanden habe: „Handyaner“-Rechnung sagten Sie, oder?

Mag. Dietmar Trummer: Das ist eine Rechnung aus dem Jahr 2000, die noch in den Bericht hineingegeben worden ist, wo man auch nichts gefunden hat. Der „Handyaner“ war ein Buchprojekt, damals Mobilkom zur Unterstützung, Wahrnehmung, alles, was mit Handy und so weiter zu tun hat. Das ist massiv beworben worden mit Advertorials, und das ist offenbar die Rechnung dazu.

Kann sich auch offenbar in der Telekom oder in der Mobilkom niemand dazu erinnern. Und die Rechnung hat man hineingegeben, obwohl die Telekom selber sagen muss, sie sind sich nicht sicher, ob sie die Unterlagen nicht selber weggeschmissen haben, weil sie **über** die siebenjährige Aufbewahrungsfrist sind. Da ist schon die Vermutung auch, ob mit diesen Rechnungen, die da als „auffällig“ eingestuft worden sind, nicht auch Telekom-intern ein bisschen Politik gemacht wurde. Das ist eine Vermutung, die gar nicht einmal ich geäußert habe.

Aber das ist so ein Beispiel, das ich dem Herrn Abgeordneten auch sagen wollte. Ich kann mir das einfach nicht vorstellen, dass damit Leute bedient worden sind. Ich kann mir vielmehr vorstellen, dass diese Dinge umgesetzt worden sind.

Es ist nur verdammt schwer, wenn Sie so eine Rechnung vorgelegt bekommen, aus dem Jahr 2004, denn: Ich habe seit drei Jahren keinen Zugang mehr zu irgendwelchen Daten, ich kann in der ehemaligen Agentur, die es ja so auch nicht mehr gibt, nicht einmal nachschauen. Ich kann recherchieren gehen, wer hat irgendwo was gemacht. Das ist sehr, sehr mühsam. Es ist leicht zu behaupten, das ist „auffällig“.

Für die Hohegger.com – ich habe das auch bei meiner Zeugeneinvernahme gesagt –, soweit ich das überblicken konnte, und das werden Ihnen auch alle anderen sagen, die in dem Haus gearbeitet haben, ist das fast ausschließbar, dass von uns da irgendetwas **nicht** in Ordnung war.

Was ich auch noch sagen wollte: Wir haben in der Hohegger.com schon ein ziemlich intensives Budgetsystem und Kostencontrolling gehabt. Wenn wir irgendetwas gesehen hätten, Ausreißer, ja, dass wir für Studien bezahlt hätten, dann hätte irgendjemand 300 000 € so abgehoben, und das wäre uns aufgefallen. Also ich kann mir das wirklich nicht vorstellen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Dann noch eine Frage: Sie haben ja schon angesprochen, dass Sie einvernommen wurden, und ich möchte Ihnen vorhalten aus der Einvernahme vom 18. Jänner 2012. Da werden Sie eben befragt zu diesen Rechnungen, und da sagen Sie dann:

Ich kenne das Projekt KMU Roadshow als Agenturthema. – Und dann später:

Ich war operativ nicht in die Roadshow involviert. – Zitatende.

Wenn Sie nicht operativ involviert waren, waren Sie anderswie involviert?

Mag. Dietmar Trummer: Operativ involviert heißt bei uns, am Projekt mitgearbeitet zu haben, und das habe ich nicht. Ich war auch sonst nicht involviert oder irgendwie anders beteiligt an dem Projekt. Das hat ein ganz anderes Team gemacht.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zusatzfragen? – Bitte, Herr Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme noch einmal zurück auf diese Enquete unter der Schirmherrschaft des Nationalratspräsidenten Andreas Khol im Jahr 2004, wo es da die Rechnung gibt von Hohegger.com an die Telekom und die Sie als Lobbyingmaßnahme bezeichnet haben.

Ich kann mir das mittlerweile auch jetzt erklären, warum. Wissen Sie, wer damals Hauptreferent war bei dieser vom Bundesrat Himmer beantragten Enquete?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich sage es Ihnen: Der Hauptreferent, der dort ein ausführliches Referat gehalten hat und die Sichtweise seines Unternehmens dargelegt hat, war Rudolf Fischer, Vorstandsdirektor der Telekom Austria.

Was sagen Sie zu diesem Vorhalt? Erklärt das diese hohe Summe, dass dort der Herr Fischer im Rahmen einer Parlamentarischen Enquete unter der Schirmherrschaft des Herrn Khol, wo es eine Rechnung dazu gibt, war das die Lobbying-Leistung, dass der dort, im Parlament, in der Volksvertretung, die Sichtweisen eines Einzelunternehmens verkaufen und präsentieren darf im Rahmen eines eigenen, ausführlichen Referates?

Mag. Dietmar Trummer: Schauen Sie, ich kann Ihnen nur sagen, das war nicht nur die Enquete, für die das Honorar war, es war die gesamte Leistung, die in dieser Rechnung angeführt ist. Die Enquete war ein Teil davon.

Aber ich bin froh, dass Sie dem so hinterherrecherchieren, weil das ist eine „auffällige“ Rechnung, und sie beweist, dass die Leistungen ganz offenbar von A bis Z erbracht worden sind. Und dennoch ist sie als „auffällige“ Rechnung im Revisionsbericht der Telekom Austria drinnen. Eigentlich sollte ich mich bei Ihnen bedanken.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihre Leistung habe ich ja auch nicht in Frage gestellt, sondern ich habe in Frage gestellt, ob es korrekt ist, dass im Parlament, das die Volksvertretung darstellt, und wo vom Volk gewählte Mandatäre tagen, dass dort Veranstaltungen stattfinden, die Lobbying-Veranstaltungen für die Telekom sind. – Das ist aber, zugegeben, nicht Ihr Problem.

Wir haben hier ja die Aufgabe der **politischen Aufklärung**, und politisch ist es aufzuklären, warum der damalige Nationalratspräsident Khol als zweithöchster Amtsträger nach dem Bundespräsidenten in dieser Republik die Schirmherrschaft für das übernimmt und der Bundesrat Himmer, der eh schon im Visier der Ermittlungsbehörden ist, den Antrag stellt für die Abhaltung einer Enquete. Das müssen wir politisch aufklären.

Deshalb frage ich Sie eine Schlussfrage: Da werden Sie zustimmen, dass da politische Aufklärung notwendig ist, oder?

Mag. Dietmar Trummer: Ich kann da nicht zustimmen oder sonst irgendwas. Ich kann Ihre Feststellungen nicht kommentieren. – Mir ist wichtig, dass das stattgefunden hat, das sage ich Ihnen ganz offen und ehrlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf nur sagen, das war ja nur abschließend, weil Sie immer auf die Summen eingehen. Es ist richtig, diese Teilrechnung beinhaltet ja drei Punkte: „Parlamentarisches Netzwerk“ ist der erste Punkt, zweiter Punkt Thema „Infrastruktur IKT“ und dann eben der dritte Punkt, diese „Enquete“. Das war die erste Teilrechnung mit 75 000 €, gesamt brutto 90 000 €.

Wissen Sie, wie hoch die zweite Teilrechnung für diese drei Punkte war – „Parlamentarisches Netzwerk“, „Infrastruktur IKT“ und diese „Enquete“?

Mag. Dietmar Trummer: Nein, weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal 75 000 €, zweimal 75 000 €.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die Frage!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe keine Frage, ich habe ihn gefragt, ob er es weiß. (*Obfrau Dr. Moser: Er hat gesagt: nein!*) – Ich habe es ihm gesagt und habe dazu keine weiteren Fragen. Die Anwesenden mögen sich ihr Bild daraus machen, über den Umgang des damaligen Präsidenten Khol mit dem Parlament.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson und verabschiedet diese.

(Die Auskunftsperson Mag. Dietmar **Trummer** verlässt den Sitzungssaal.)

17.14

17.15

Auskunftsperson Mag. Martin Kratky

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich ersuche, als **nächste Auskunftsperson** Herrn Mag. Martin **Kratky** in den Saal zu bitten.

Ich nütze die Gelegenheit und mache wieder die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- und Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Telefonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals! Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Mag. Kratky, bitte nehmen Sie Platz! Ich danke für Ihr Erscheinen. Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht und zur **Angabe** der **Wahrheit** und die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 StGB wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Das vermerken wir auch im Amtlichen Protokoll.

Ihr vollständiger Name lautet: Mag. Martin Kratky; geboren: 11. März 1970; Anschrift: Wien. Sie sind selbständig und deshalb nicht in einem öffentlichen Bedienstetenverhältnis.

Herr Mag. Kratky, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen wurden, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Wir können jetzt mit der Befragung beginnen. Davor können Sie, wenn Sie Ihre Sicht der Dinge darlegen wollen, eine zusammenhängende Erzählung im Ausmaß von zehn Minuten dem Ausschuss bieten. Es wäre aber auch die Möglichkeit, direkt in die Befragung einzugehen. (*Mag. Kratky: Entschuldigung, wenn ich unterbreche, ich habe ein kurzes Statement vorbereitet.*) – Gut, dann das kurze Statement. (*Mag. Kratky: Ich werde nicht die vollen 10 Minuten ausschöpfen!*) – Bitte.

Mag. Martin Kratky: Entschuldigen Sie, dass ich es vorlese, aber ich möchte alle Punkte unterbringen, die mir wichtig sind.

Hoher Ausschuss! Werte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie haben uns heute in den Ausschuss geladen, ich komme dieser Einladung sehr gerne nach, weil sie uns beziehungsweise mir hoffentlich Gelegenheit gibt, ein bisschen mehr Klarheit in die Struktur und Tätigkeit der Agentur Hochegger zu bringen, vor allem die klare Unterscheidung zwischen der Agentur selber, die Public Relations und Public Affairs betrieben hat, und der Tätigkeit von unserem ehemaligen Mehrheitsgesellschafter Peter Hochegger über seine privaten Unternehmensvehikel.

Ich persönlich bin 1998 in die Agentur gekommen, damals als Teamassistent für die Betreuung des Kunden Mobilkom Austria. Danach habe ich für unterschiedliche Kunden und Branchen gearbeitet, ab 2000 als Junior Berater und ab 2004 als Senior

Berater. Die Agentur Hohegger.com hatte bis zu 60 Mitarbeiter in Wien, die Auslandsbüros nicht eingerechnet, die dann schrittweise dazugekommen sind.

Ich bin 2005 Teamleiter eines Wiener Beratungsteams von rund zwölf Personen geworden – mal mehr, mal weniger –, von dem insgesamt 15 bis 20 Kunden gleichzeitig betreut wurden. Der größte Kunde davon war die Telekom Austria. Das war auch der Grund dafür, warum das Team pragmatisch verkürzt IKT-Team geheißen hat – IKT für Informations- und Kommunikationstechnologien. Das heißt, in unserem Team sind alle technologielastigen Kunden, die die Agentur damals hatte, betreut worden. Das betraf damals auch zum Beispiel Unternehmen wie HP oder Cisco oder ein paar andere.

Ab Anfang 2009 war ich dann einer von drei Geschäftsführern in der Hohegger.com, und nachdem im Herbst 2009 die bekannten Geschichten losgegangen sind, habe ich für mich zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Entscheidung getroffen, das Unternehmen zu verlassen und mich mit einer kleinen Agentur selbständig zu machen, dessen Geschäftsführer und Hälfte-Eigentümer ich nach wie vor bin.

Wenn man von Hohegger spricht, muss man drei Elemente auseinanderhalten. Wir, waren – da meine ich jetzt mein Team und mich und auch das Betreuungsteam der ehemaligen Kollegin Beatrix Skias, die ja heute kurz da war –, wir waren im PR-Tagesgeschäft tätig. Das betrifft einerseits die Pressearbeit, also Aussendungen, Pressekonferenzen, Interviews und so weiter, die Organisation von Veranstaltungen und schließlich einzelne Projekte, bei denen die Agentur auch das Projektmanagement übernommen hat. Das ist beispielsweise aus dem Bereich der Telekom ein Kongress zum Thema „**IPv6**“, das war damals ein neues technisches Internetprotokoll, ein schönes Projekt im Bildungswesen, die „Web 2.0 Klasse“, oder die Feierlichkeiten zu „125 Jahre Festnetz in Österreich“ und einige mehr.

Für diese Projekte haben wir auch eine Reihe von Auszeichnungen und auch internationale Branchenpreise bekommen, weil die Projekte **fachlich** sehr gut waren und weil wir auch ein tolles Team hatten, das sie erfolgreich umsetzen konnte. Noch ein Wort zu unserer Tätigkeit für die Telekom Austria im Rahmen des klassischen PR-Geschäfts, also der Bereich von mir und meinem Team. Wir haben unsere Aufträge vor allem aus den wöchentlichen PR-Jour-Fixes mit der PR-Abteilung der Telekom Austria unter ihrem Leiter Martin Bredl bekommen.

Für vereinzelte größere Projekte – ich denke zum Beispiel jetzt an die ARGE Breitband, die hier im Ausschuss auch schon kurz ein Thema war, oder Stakeholder-Veranstaltungen von Vorständen; ich glaube, heute ist früher auch der Trend Circle für den Vorstand Fischer damals genannt worden – war Peter Hohegger in der Anbahnung der Projekte involviert – er hatte ja auch den direkten Zugang zu den Vorständen –, aber ab der Konzeptphase und der Umsetzung selber, also sprich, der Teil, den wir dann über hatten, hat er selber keinerlei Rolle mehr gespielt, und die Umsetzung war unsere Aufgabe. – Also das waren diese klassischen PR-Projekte.

Der zweite Bestandteil war das Lobbying-Team der Agentur, das war – und das ist ja in anderen vergleichbaren Agenturen genauso – der Teil, der sich mit politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen beschäftigt hat, also Informationsgespräche mit politischen Repräsentanten vorbereiten, Info-Veranstaltungen organisieren, politische Meinungsbildung beobachten. Dieses Team war personell getrennt und bis zum Umzug der Agentur 2007 in einem anderen Haus untergebracht. Einzelne Personen, die ja in diesem Lobbying-Team mitgearbeitet haben, sind hier im Ausschuss auch schon genannt worden. Ich glaube, spätestens seit heute Vormittag sind so ziemlich alle genannt worden.

Zum dritten Element – und da ist es wirklich wichtig, dass man das immer ganz scharf abgrenzt –: Peter Hochegger hatte ab den frühen 2000er Jahren private Vehikel, die **Valora**. Wir haben das zunächst vor allem daran bemerkt, dass er sich schrittweise aus dem Agenturbetrieb immer stärker herausgenommen hat. Darüber hinaus und vor allem über die Inhalte dieser Geschäfte hat er uns gegenüber nichts durchblicken lassen. Und es war auch nicht, sage ich einmal, im Austausch die Situation gegeben, weil man ihn ab diesem Zeitpunkt auch in der Agentur nicht mehr sehr häufig angetroffen hat.

Soweit meine kurzen einführenden Worte. – Vielen Dank.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Erster Fragesteller: Herr Abgeordneter Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war nun zunächst einmal sehr informativ, wo Sie tätig waren. Also Sie haben mit dem Lobbying-Geschäft an sich überhaupt nichts zu tun gehabt, man hat sich aber trotzdem gekannt, man hat ja irgendwo zusammengearbeitet, man wird wahrscheinlich in einer Kaffeepause miteinander irgendwann einmal getratscht haben.

Mag. Martin Kratky: Na ja, Kaffeepausen waren schwierig, weil, wie gesagt, auch die räumliche Trennung ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie sonst irgendwelche Wahrnehmungen gehabt, nachdem Sie bei der Telekom waren im Bereich PR oder Ähnliches, dass es zwei Anliegen der Telekom gegeben hat, die im legislatischen Bereich waren, diese Universaldienstverordnung und auch eine Novellierung des Telekommunikationsgesetzes? War das für Sie irgendwo ein Thema?

Mag. Martin Kratky: Wir haben aus den wöchentlichen Jour Fixes bei der Telekom, also mit dem PR-Team der Telekom, meiner Erinnerung nach schon gewusst, dass eine Novellierung des Gesetzes ansteht und dass es auch ein Thema ist. Inhaltlich oder in der Umsetzung dann waren wir damit nie beschäftigt. Das ist jetzt einmal das Gesetz. Also das kann ich ganz klar mit Nein beantworten.

Bei der Universaldienstverordnung habe ich eine – ich sage jetzt einmal – schwache Erinnerung an eine kleine Geschichte, nämlich auch um zu illustrieren, wie es sich für uns ausgewirkt hat in der klassischen PR. Zu irgendeinem Zeitpunkt – es wird vermutlich 2007, plus/minus, gewesen sein – ist in dem Jour fixe einmal das Thema aufgetaucht, man sollte den Wert auch in der Öffentlichkeit und auch medial natürlich – das war unser Thema – klarmachen, den die Telefonzellen für die öffentliche Sicherheit haben. Das heißt, es war insofern klar, dass es jetzt für die Telekom wichtig ist, darzustellen, dass diese Infrastruktur ihren gesellschaftlichen Wert hat.

Das hat sich für uns dann so abgespielt, dass der Auftrag war, wir sollen schauen, ob es irgendwelche zum Beispiel Unfälle oder Überfälle gibt, die durch eine Telefonzelle zeitnah oder sehr rasch an die Blaulichtorganisationen gemeldet wurden, und zu schauen, ob man damit in irgendeiner Form auch medial eine positive Resonanz erzeugen kann. Da hat sich dann aber relativ rasch gezeigt, dass das nicht so einfach ist, und dann ist dieser Punkt wieder von der Agenda verschwunden. Darüber hinaus habe ich zu dem Thema keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesprochen vom gesellschaftlichen Wert. Von einem wirtschaftlichen Wert wurde da auch gesprochen? (*Mag. Kratky: Nein!*) – Es hat zum Beispiel etwas gegeben wie die Telekom-Einführung Breitbandkommunikation. – Was ist das? Oder was war da gemeint?

Mag. Martin Kratky: Das ist jetzt ein sehr breites Feld.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Deswegen heißt es auch **Breitband**. (Heiterkeit.)

Mag. Martin Kratky: Dazu muss man sagen, dass so ziemlich alles, was wir ab 2005, also seitdem ich bei diesem Team dabei war, gemacht haben, mit dem Thema Breitband zu tun hat. Da müsste ich jetzt genau wissen, was Sie meinen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut. Mir fällt auf, bei Rechnungen seitens der Valora nämlich, da ist eingeschaltet worden eine MediaSelect Werbegesellschaft mbH mit einer Honorarnote Telekom Breitbandkommunikation, immerhin 60 000 €. Eine Werbegesellschaft. Sie machen selbst die PR über Hohegger, Zeitungsschaltungen und Ähnliches.

Kennen Sie diesen Geschäftsfall?

Mag. Martin Kratky: PR sind nicht Zeitungsschaltungen. Achtung!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat überhaupt nichts damit zu tun gehabt? Sie haben keinen Auftrag gegeben oder sonst etwas, haben gesagt, wir müssen eine Inseratkampagne machen oder so etwas?

Mag. Martin Kratky: Da kann ich mich an nichts dergleichen erinnern. Vor allem möchte ich noch zu Ihrem ersten Punkt kommen. Wenn Sie sagen, das ist eine Rechnung der Valora: Mit der Valora hatten wir ja nie etwas zu tun. Für uns in der Agentur war die Valora eine **Blackbox**, wenn Sie so wollen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das kann ich mir schon vorstellen, dass das komplett getrennte Bereiche, auch Rechnungskreise sind. Mir fällt halt nur auf, dass die Valora unter dem Titel Breitbandkommunikation eine Rechnung bezahlt hat für die MediaSelect Werbegesellschaft in Höhe von 60 000 €. Kein kleiner Betrag, zumindest für mich, vielleicht ist das in Ihrer Beratungsbranche anders zu sehen, das kann ich nicht beurteilen.

Frage: Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, was da die MediaSelect unternommen hat? War das mit einer Rücksprache mit Ihnen?

Mag. Martin Kratky: Nein. Ich habe, wenn das auch nicht wahnsinnig originell klingt, dazu null Wahrnehmung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ja, kann es alles geben.

Haben Sie selbst mit Ihrer Tätigkeit für Telekom in irgendeiner Form Kontakte gehabt mit öffentlichen Stellen, vor allem Ministerien oder Ähnlichem? Sie haben gesagt, die Telekom hat es gegeben, PR-Abteilung, die dort war, regelmäßige Jour fixes oder Ähnliches. War das eigentlich dann Ihr „Elfenbeinturm“, wo Sie drinnen waren, oder haben sie dann auch im Rahmen Ihrer Tätigkeit Kontakte zu anderen Institutionen gehabt, insbesondere auch zu Ministerien, Ministerialbeamten?

Mag. Martin Kratky: Grundsätzlich war das nicht unsere Aufgabe, und ich kann mich auch nicht daran erinnern, da jemals – mit einer kleinen Ausnahme, ich sage es Ihnen gleich – in einem Ministerium gewesen zu sein oder mit einem Ministerium im Auftrag der Telekom Kontakt gehabt zu haben. Diese eine kleine Ausnahme war die erwähnte **IPv6-Veranstaltung** im Jahr 2005 im Frühjahr. Da haben wir einen kurzen Film, der zur Einleitung bei der Veranstaltung gedient hat, im Büro vom Minister Gorbach gedreht. Da war ich dabei, um das Filmteam zu begleiten. Das war mein einziger Kontakt mit dem Ministerium.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Muss man sich das so vorstellen: Es gibt da jetzt von der Telekom, als Beispiel eines Kunden, das Anliegen, dieses oder jenes umzusetzen, und das zerfällt dann in verschiedene Bereiche wie zum Beispiel Ihr

Bereich. Und es ist dann so, wenn Sie der Meinung sind, ja, da müsste man jetzt herantreten an öffentliche Stellen oder sonst irgendetwas, um das zu deponieren, dann wenden Sie sich hausintern an die andere Gruppe, die jetzt die Public Affairs macht.

Mag. Martin Kratky: Nicht ganz. Grundsätzlich stimmt es bis dahin ja, dass, wenn der Bedarf gesehen worden wäre, an öffentliche Stellen heranzutreten, das beim Public-Affairs-Team vulgo Lobbying-Team der Agentur gelandet wäre. Allerdings nicht als Auftrag von uns aus der PR, sondern direkt aus dem Auftrag vom Kunden, denn es gab ja eigene Lobbying-Jour-fixes auch dort oder Gespräche. Das heißt, wir haben als PR-Team niemals einen direkten Auftrag an das Lobbying-Team gegeben.

Sie müssen sich das vorstellen wie zwei voneinander abgetrennte Bereiche, die jeweils gesondert Aufträge von Kunden bekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Abschließend: Haben Sie konkrete Wahrnehmung gehabt, dass für Leistungen Gelder erbracht worden sind, die in Wirklichkeit gar keine Leistungen waren: Scheinrechnungen oder Ähnliches. Hat es in Ihrem Bereich jemals Scheinrechnungen gegeben? (*Mag. Kratky: Nein!*) – Hat es irgendwelche Einflüsse gegeben aus Ihrem Bereich und in Ihrer Wahrnehmung, wo Geldflüsse an Parteien, parteinahe Personen geflossen sind? (*Mag. Kratky: Nein!*) – Sie haben gesagt, es waren 60, 65 Mitarbeiter am Standort in Wien alleine. Wir sind zuerst aufgeklärt worden, denn es sind ja in der Öffentlichkeit Personen genannt worden, die alle einen parteipolitischen Hintergrund gehabt haben, und die wurden alle dem sogenannten Public-Affairs-Team dann zugezählt, wo man die gehabt hat.

Hat es in Ihrem Bereich Mitarbeiter gegeben, die aus solchen Bereichen wie Kabinette von Ministern, parlamentarische Mitarbeiter, politische Parteien oder Ähnliches gekommen sind?

Mag. Martin Kratky: Ich gehe sie jetzt noch einmal im Geiste durch, aber mir fällt niemand ein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich einmal keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir wissen jetzt, dass im Bereich der Hohegger-Unternehmungen, was dieses Telekom-Team betrifft, das aus zwei Bereichen besteht, dem Bereich Public Relations und dem Bereich Lobbying. – Ist das korrekt? Sie gehören gemeinsam mit Trummer zum Bereich Public Relations. Sie haben ausgesagt, dass das personell und auch räumlich getrennt war und dass das Lobbying-Team in Sachen Telekom eben ein eigenes Team war.

Wer waren denn die konkreten Personen dieses Teams: Können Sie uns da einige Namen nennen, wer da aller in diesem Lobbying-Team innerhalb der Hohegger-Gruppe zuständig war?

Mag. Martin Kratky: Aus dem Lobbying-Team?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ausschließlich aus dem Lobbying-Team.

Mag. Martin Kratky: Also die Namen habe ich in diesem Ausschuss alle schon gelesen, die ich Ihnen jetzt sagen kann. Was mir jetzt ad hoc einfällt ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Deswegen bin ich umso mehr interessiert. Sagen Sie es mir einfach.

Mag. Martin Kratky: Stefan Krenn, Andreas Schneider, Patrick Minar ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Langsam, langsam! Ich muss mitschreiben.

Mag. Martin Kratky: Also noch einmal: Stefan Krenn, Andreas Schneider, Patrick Minar. Dann ... –Jetzt muss ich anfangen, nachzudenken.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Lassen Sie sich Zeit!

Mag. Martin Kratky: Christine Lackner. – Also wenn Sie mir noch zehn Minuten Zeit geben, könnte es sein, dass mir noch ein, zwei Namen einfallen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Vielleicht denken Sie einfach zwischenzeitlich im Hintergrund nach, und wenn Ihnen noch wer einfällt, sagen Sie es mir einfach.

Ich möchte auch Ihnen eine Rechnung der Hohegger.com an die Telekom vom Juni 2004 vorhalten. Titel ist **parlamentarische Überzeugungsarbeit**, erste Teilrechnung mit 75 000 €.

Es gibt eine zweite, noch einmal mit 75 000 €. Diese Rechnung besteht aus drei Teilen, also parlamentarische Überzeugungsarbeit ist der Titel, und dann gibt es drei Bereiche: Parlamentarisches Netzwerk, Thema Infrastruktur, IKT, also Informations- und Kommunikationstechnologie, und dann ist das dritte: Enquete, Organisation einer parlamentarischen IKT-Enquete unter Einbeziehung aller Parteien. Klammern: Die übergeordnete Schirmherrschaft übernimmt Nationalratspräsident Dr. Khol.

Was können Sie uns aus Ihrer Wahrnehmung sagen zu dieser Enquete?

Mag. Martin Kratky: Zunächst muss ich dazu festhalten, diese Rechnung ist ausgestellt am 2. Juni 2004. Zu dem Zeitpunkt war ich noch nicht Mitglied des Telekom-Teams.

So wie diese Rechnung aussieht – also jetzt im Querlesen –, ist das eine Lobbying-Geschichte. Darüber hinaus kann ich dazu wenig beziehungsweise nichts sagen. Ich kenne diese Rechnung nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Seit wann sind Sie bei Hohegger beschäftigt gewesen?

Mag. Martin Kratky: Seit April 1998.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie waren dort schon in der Firma, das war ja 2004. Also ich frage Sie, ob Sie irgendwelche Wahrnehmungen zu dieser Enquete in dieser Rechnung haben? Sie waren ja Teil des Public-Relations-Teams im Bereich der Telekom.

Wir wissen schon – von der Befragung auch des Kollegen Trummer –, dass der Telekom-Vorstand Fischer im Rahmen dieser Enquete die Sichtweise der Telekom hier im Hohen Haus präsentieren durfte, also im Hohen Haus, in der Volksvertretung, die Sichtweise eines Unternehmens präsentieren durfte. Das war auch eine medienöffentliche Veranstaltung.

Wenn Sie für Public Relations zuständig sind, dann müssten Sie normalerweise, laut Ihrer Aufgabenbeschreibung, Tätigkeiten irgendwie in diesem Bereich auch gesetzt haben beziehungsweise zumindest Wahrnehmungen davon haben.

Mag. Martin Kratky: Ich muss mich dazu wiederholen. Ich war damals nicht Teil des Telekom-Teams, auch nicht PR-seitig im Jahr 2004. Ich kenne das Projekt nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben auch keinerlei Wahrnehmungen dazu? (*Mag. Kratky: Nein!*) – Zum Andreas Schneider, den Sie genannt haben. Der war beim Lobbying-Team. Wissen Sie, wo dieser Herr Schneider vorher gearbeitet hat, bevor er zu Hohegger ins Telekom-Lobbying-Team gekommen ist?

Mag. Martin Kratky: Meines Wissens war er parlamentarischer Mitarbeiter der Abgeordneten Karin Hakl von der ÖVP.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist korrekt. Und wissen Sie, wofür Frau Abgeordnete Hakl innerhalb der ÖVP zuständig ist?

Mag. Martin Kratky: Für IKT; oder zumindest war sie es damals.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Genau. So ist es. Kann es sein, dass es da einen Zusammenhang gibt, dass der parlamentarische Mitarbeiter für die Telekom-Sprecherin der Österreichischen Volkspartei einen fliegenden Wechsel in das Lobbying-Team der Hohegger-Gruppe vornimmt?

Mag. Martin Kratky: Grundsätzlich, glaube ich, ist es ja nichts Außergewöhnliches, dass ein gewisser Austausch zwischen dem politisch-parlamentarischen Bereich ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist schon ein bisschen außergewöhnlich.

Mag. Martin Kratky: ... und Agenturen stattfindet, und es ist, glaube ich, auch aus Agentursicht – aber, wie gesagt, das ist jetzt meine Sicht der Dinge; ich war damals weder für diese Entscheidungen verantwortlich noch habe ich sie getroffen, jemals jemanden für das Lobbying-Team zu holen, noch hat sich jemals bei mir irgendjemand beworben für eine Tätigkeit im Lobbying-Team –, es ist an und für sich naheliegend aus Agentursicht, sich Leute zu holen, die mit den politischen Abläufen vertraut sind und die auch entsprechend wissen, wie eine parlamentarische, eine politische Meinungsbildung, wie eine Entscheidungsfindung funktioniert. Das ist, glaube ich, an sich nichts Außergewöhnliches und auch nicht rasend überraschend.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich finde, wir sind uns einig in einem Punkt. Ich finde sehr wohl, dass das außergewöhnlich ist, dass es naheliegt, da gebe ich Ihnen recht, aber naheliegt aus einem anderen Grund. Es liegt nahe, dass natürlich die Hohegger-Gruppe, die für die Telekom lobbyiert und bei den Parteien beeinflusst, natürlich ein logisches Interesse daran hat, dass sie eine direkte Verbindung für ihre Lobbying-Maßnahmen hat zur zuständigen Sprecherin, damals und nach wie vor zu der Frau Hakl von der Österreichischen Volkspartei. Oder?

Mag. Martin Kratky: Was ist jetzt die Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wissen Sie davon, dass dieser Herr Schneider bei der Frau Hakl, bei der er Mitarbeiter war, im Rahmen seiner Tätigkeit dann für die Hohegger-Gruppe als Lobbyist bei der Hakl, die er kannte als Chefin, für die Telekom lobbyiert hat?

Mag. Martin Kratky: Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich Abgeordnete Hakl, selbst von ihr nahestehenden ehemaligen Mitarbeitern, Dinge diktieren lässt. Das ist einmal das eine.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie sich vorstellen, dass Frau Hakl und Herr Schneider sich niemals über die Telekom unterhalten haben?

Mag. Martin Kratky: Ich bin hier nicht zum Spekulieren da, aber ich kann zu diesem Thema genauso spekulieren wie Sie. Ich war weder bei solchen Gesprächen dabei noch ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich spekuliere nicht, nur ich meine, das liegt so was von auf der Hand. Wenn die sich kennen, er arbeitet im Lobbying-Team für die Telekom beim Hohegger, und sie ist zuständige Telekom-Sprecherin der Österreichischen Volkspartei, und er war vorher parlamentarischer Mitarbeiter von ihr, dann ist das keine Spekulation, dann liegt das für mich vollkommen klar auf der Hand, dass der natürlich dann im Rahmen seiner Hohegger-Tätigkeit vom Hohegger genau

deswegen engagiert wurde, damit er der Verbindungsmann ist zu Hakl. Entschuldige! Also ich glaube, da spekuliert man nicht sehr viel, wenn man das so behauptet.

Mag. Martin Kratky: Also, ich bin ja auch nicht in der Situation, das verteidigen zu müssen, aber ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, nein, ich habe Sie nur zu Ihren Wahrnehmungen gefragt.

Mag. Martin Kratky: Ich kann jetzt primär daran auch nichts Anrühiges entdecken.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist Ihre persönliche Meinung. Ich finde es sehr anrühig. Aber machen wir einen Themenwechsel.

Es gibt einen Zwischenbericht vom BAK vom 18. März 2011, und da steht drinnen:

Aufgrund der Informationen von Mag. Krenn erscheint eine Vernehmung von Martin Kratky und Mag. Beatrix Skias-Jonke zu den Wahrnehmungen bezüglich ihrer Tätigkeit im Zusammenhang mit der Universaldienstverordnung erforderlich. – Zitatende.

Sind Sie jemals einvernommen worden?

Mag. Martin Kratky: Nein, bis jetzt nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie nie eine Ladung bekommen?

Mag. Martin Kratky: Ich darf Ihnen verraten, ich bin am nächsten Dienstag erstmals dort als Zeuge geladen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu diesem Themenbereich Universaldienstverordnung? Oder ...

Mag. Martin Kratky: Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da gibt es doch irgendein Ladungsthema. Können Sie uns das nennen?

Mag. Martin Kratky: Tätigkeiten der Telekom Austria ... (*Abg. Hornek: ... ein Vorhalt!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ein Vorhalt, natürlich, wohl. Ich habe selber ausgesagt und dazu immer ein Dokument bekommen.

Herr Reinhart Gaugg hat über die Firma Valora über 30 000 €, genau 36 000 € bekommen, nämlich über diese Hohegger-Firma. Herr Hohegger hat das heute hier damit erklärt, dass das Engagement von Herrn Gaugg ein Wunsch der Telekom war, dass er die Person, die sich das gewünscht hat, nicht mehr nennen kann und dass der Herr Gaugg ...

Hohegger konnte dann die Leistung des Herrn Gaugg schwer erklären und hat dann von einem e-Card-Projekt gesprochen. Kennen Sie dieses e-Card-Projekt? Wissen Sie etwas von diesem Engagement des Reinhart Gaugg?

Wissen Sie, wer von der Telekom sich das gewünscht hat? Und: Wissen Sie, welche konkrete Leistung der Herr Gaugg über die Firma Valora des Peter Hohegger für die Telekom erbracht hat?

Mag. Martin Kratky: Ein klares Nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie kennen das Ganze nicht oder Sie kennen die Leistung nicht?

Mag. Martin Kratky: Ich höre hier zum ersten Mal, dass es irgendeine Verbindung zwischen Valora und Gaugg gibt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber der Name Gaugg ist Ihnen aus den Medien bekannt?

Mag. Martin Kratky: Aus den Medien, ja.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das ist ja schon etwas. Danke schön.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Mag. Kratky, es liegt uns ein Amtsvermerk über die Einvernahme von Mag. Stefan Krenn vor. Ich zitiere daraus:

Seines Wissens habe es ein eigenes Telekom Austria Team gegeben, unter der Führung von Dietmar Trummer und Martin Kratky, und diese müssten dazu mehr wissen. – Zitatende.

Sie waren Mitglied in diesem Telekom-Austria-Team. – Ist das richtig? Wenn das stimmt, beschreiben Sie Ihre Tätigkeit! Und: In welchem Zeitraum waren Sie Mitglied dieses Teams?

Mag. Martin Kratky: Ich habe das in der einen oder anderen Form schon in meinem eigenen Statement untergebracht. Aber erstens wiederhole ich mich gerne, und zweitens bin ich dankbar für die Frage, weil man das genau so pauschal nicht sagen kann.

Ich war Teil des Teams oder ab 2005 eben Koordinator des Teams in der klassischen PR-Unit, die unter anderem den Kunden Telekom Austria betreut hat, und zwar in der Hinsicht, wie ich es vorhin geschildert habe: klassische Pressearbeit, Veranstaltungen umsetzen, Einzelprojekte.

Ich habe nie mit Lobbying zu tun gehabt. Insofern ist die Aussage, die Sie mir vorgelesen haben, in dieser Pauschalität falsch, weil ich nie irgendeine Art von Oberhoheit über alle Tätigkeiten für die Telekom Austria in der Agentur gehabt oder ausgeübt habe.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wenn Sie ab 2005 Koordinator waren, dann werden Sie ja an allen Geschäftsfällen beteiligt gewesen sein, die die Telekom betrafen. – Ist das richtig?

Mag. Martin Kratky: Die von unserem Team abgewickelt wurden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Können Sie uns, den Mitgliedern des Ausschusses, eine Übersicht über diese Projekte geben? An welchen Projekten waren Sie konkret beteiligt?

Mag. Martin Kratky: Welche Aspekte würden Sie daran besonders interessieren? Es ist eine schwierige Frage, die Sie stellen, weil ich jetzt eigentlich eine halbe Stunde reden müsste.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich frage Sie daher und zitiere aus der Zeugenvernehmung von Frau Skias. Hier sind die einzelnen Geschäftsfälle angegeben:

Waren Sie beteiligt am Auftrag Wettbewerbsbeobachtung und -analyse 2003? Waren Sie beteiligt an dem Auftrag Beobachtung und Analyse des Wettbewerbs 2004? Waren Sie beteiligt an dem Auftrag Projekt Marktkonsolidierung 2004? Waren Sie beteiligt an dem Auftrag Breitband-Medienstrategie Wien 2005? Waren Sie beteiligt an dem Auftrag Auftrags- und Akquisitionslobbying Fixline 2005? Waren Sie beteiligt an dem Auftrag aon.Entertainment 2006/2007?

Mag. Martin Kratky (unterbrechend): Entschuldigung, darf ich Sie kurz unterbrechen? Ich habe den Eindruck, dass alles, was Sie vorlesen, Lobbying-Projekte sind?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich wollte konkret wissen, ob Sie mit diesen Aufträgen etwas zu tun hatten: ja oder nein?

Mag. Martin Kratky: Nein. Mit den ersten drei genannten schon alleine aus dem Grund nicht, weil es die Zeit **vor** 2005 betrifft.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Gut. Nächste Frage: Haben Sie als Koordinator des Telekom Austria Teams auch Angebote an die Telekom Austria selbstständig gestellt? Und: Wer hat diese Aufträge dann unterfertigt?

Mag. Martin Kratky: Natürlich haben wir Angebote gestellt an den Kunden Telekom Austria für unsere Tätigkeit, die die PR ...

Also ich meine, vielleicht macht es einen Sinn, wenn ich kurz das typische Geschäftsmodell einer Agentur streife. Wir reden von einer Monatspauschale für die Grundbetreuung. Das sind üblicherweise für einen Kunden dieser Größe eine Handvoll Tausend Euro pro Monat. Dafür gibt es Jours fixes, laufende Grundbetreuung, eine Basisberatung.

Und dann gibt es Einzelprojekte, die jeweils einzeln beauftragt werden. Das ist zum Beispiel eine Pressekonferenz oder ein Event. Dafür gibt es eine Abschätzung des Agenturaufwands, es gibt eine Kalkulation der notwendigen Fremdkosten. Da kommt dann irgendwann ein Angebot heraus, und dieses Angebot wird dann vermutlich verhandelt und irgendwann gibt es einen Auftrag, hoffentlich, oder auch nicht.

Angebote dieser Art haben wir natürlich laufend gestellt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Haben Sie auch die Rechnungen selbst gelegt und auch selbst unterschrieben?

Mag. Martin Kratky: Für diese Projekte, die wir in meinem Team abgearbeitet haben, haben wir die Rechnungen auch selber gestellt und geschrieben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Frau Vorsitzende! Eine Anregung meinerseits: Ich glaube, es wäre sinnvoll, von Herrn Martin Kratky eine Übersicht zu bekommen über die Projekte, die er in seiner Zeit, als er Mitglied des Telekom Austria Teams war, erledigt hat. Wir stehen vor dem Problem, dass wir die Projekte nicht vergleichen können. Wir haben auf der einen Seite eine Auflistung aus dem Tätigkeitsbereich der Lobbyinggruppe, aber wir haben keine Aufstellung aus Ihrem eigenen Tätigkeitsbereich, und das wäre, Frau Vorsitzende, glaube ich, für unsere Arbeit sehr, sehr wichtig.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Dieses Ersuchen können wir gleich direkt an Herrn Kratky richten: ob er bereit ist, uns diese Liste nachzureichen, damit wir sie auch dem Protokoll als Anhang zufügen und sie dem ganzen Ausschuss zur Verfügung steht.

Mag. Martin Kratky: Was ich Ihnen gerne anbieten kann, ist, dass ich die größeren Projekte, wie zum Beispiel eine Web 2.0-Klasse oder, wird Ihnen wahrscheinlich nichts sagen, Net Culture Labs und so weiter, an die ich mich erinnern kann – da kann ich Ihnen gerne eine Liste zusammenstellen.

Sie wird wahrscheinlich nicht primär das Agenturhonorar interessieren, das wir damit verdient haben; sondern Sie werden wissen wollen, ob hier überall auch entsprechende Projekte dahinter gestanden sind. Darüber hinaus: Über diese Projekte, müssten Sie sich dann eben noch dazudenken, gab es eine Monatspauschale und gab es Einzelprojekte.

Ich bin sicher nicht in der Lage, Ihnen jede einzelne Pressekonferenz bis 2005 zurück aus dem Gedächtnis mit Datum und Thema darzulegen. Aber ich kann Ihnen grobe Anhaltspunkte geben, welche größeren Projekt es in diesem Team gegeben hat.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich habe noch zwei abschließende Fragen. Sie wurden bereits gefragt, ob es von Ihrer Seite Kontakte zu Politikern gab, zu Ministerien. Und Sie haben gemeint, Ihnen fällt niemand ein.

Ich wiederhole noch einmal die Frage: Hatten Sie im Rahmen Ihrer beruflichen Tätigkeit Kontakte zu Politikern oder Abgeordneten dieses Hauses? Wenn ja: zu welchen?

Mag. Martin Kratky: Kontakte in dem Sinn, dass man sich ab und an auf einer der Veranstaltungen, auf einem der Stakeholder Events, die ab und an in der Telekom Austria oder sonst wo stattgefunden haben, über den Weg gelaufen ist? Das heißt, ich habe vom Händeschütteln und von drei Sätzen Smalltalk die Abgeordnete Hakl gekannt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das meine ich nicht.

Mag. Martin Kratky: Ich habe irgendwann einmal nach dem Film vom Händeschütteln und Drei-Sätze-Reden den Vizekanzler Gorbach gekannt und vermutlich auch mit der gleichen „Intensität“ den Abgeordneten Gartlehner. Darüber hinaus hat es von meiner Seite keine Kontakte gegeben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Sie haben bereits kurz zur Universaldienstnovelle Stellung genommen. Ist es also richtig, dass Sie in keiner Weise mit dieser Novelle zu tun hatten? Oder gab es von diesem Telekom Austria Team auch Vorleistungen?

Mag. Martin Kratky: Ich habe dazu keine Erinnerung, keine Wahrnehmung; tut mir leid.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Kleine Schlussfrage: Sind Ihnen Wahrnehmungen bekannt, dass Gelder der Telekom Austria zur Parteienfinanzierung, insbesondere für das BZÖ, verwendet wurden, dass Scheinrechnungen ausgestellt wurden, also Rechnungen, für die keine Leistungen erbracht wurden?

Mag. Martin Kratky: Sämtliche Wahrnehmungen, die ich dazu habe, habe ich aus der Medienberichterstattung der letzten Monate.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): War das nie Gegenstand von Diskussionen im Telekom Austria Team?

Mag. Martin Kratky: Das kann ich ausschließen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Herr Mag. Kratky, Sie haben vorher beschrieben, dass Sie einmal mit einem Ministerium zu tun hatten, nämlich bei einem Filmdreh im Büro Gorbach.

Können Sie mir sagen, wann genau das war?

Mag. Martin Kratky: Das kann ich Ihnen relativ genau sagen, weil ich weiß, wann die Veranstaltung stattgefunden hat: Das war im Jänner oder Februar 2005.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Waren Sie da nur im Büro des Ministers oder war der Minister dabei auch anwesend?

Mag. Martin Kratky: Na ja, er ist ja gefilmt worden, also folglich war er anwesend.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Was war in diesem Zusammenhang Ihre genaue Aufgabe?

Mag. Martin Kratky: Meine Aufgabe war, gemeinsam mit dem Filmteam zu ihm zu kommen. Er hat, glaube ich, vorab von uns ein vorbereitetes Statement bekommen – das ist ganz normale Agentur-Tätigkeit – zum Thema: Warum ist dieses neue Internet-

Protokoll, das für schnelleren und sichereren Datentransfer sorgt, wichtig? Warum ist es wichtig, dass Industriepayer wie die Telekom Austria hier auch entsprechend eine Vorreiterrolle übernehmen? – Dieses Statement ist mit ihm abgestimmt worden und das hat er dann dort vorgebracht.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Können Sie uns sagen, beziehungsweise ist Ihnen erinnerlich, wer für diese Filmaufnahmen, für diesen Spot gezahlt hat?

Mag. Martin Kratky: Das wird vermutlich die Telekom Austria gewesen sein, nachdem es ihre Veranstaltung war.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): „Vermutlich“ heißt, Sie wissen es nicht mehr genau, oder ...?

Mag. Martin Kratky: Ich bin mir ziemlich sicher, dass das ein Teil des Auftrages der Telekom war, diesen Film herzustellen. Aus Sicht der Telekom war das einfach etwas ... Nachdem er nicht persönlich anwesend sein konnte – ich glaube, er war im Ausland an dem Tag, war es für sie einfach attraktiv, auch ein Statement des zuständigen Ressortleiters und Vizekanzlers einzuspielen, und dazu diente dieser Filmdreh.

Das wird nicht, wenn das Ihre Anschlussfrage sein sollte, der Mega-Budgetposten gewesen sein. Für einen Filmdreh dieser Größe, würde ich sagen – jedenfalls unter 2 000 €.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber Ihrer Antwort auf diese Frage entnehme ich, dass Sie auf eine Frage, die ich jetzt stellen würde, nämlich: Wer hat den Film beauftragt? sagen würden, die Telekom Austria. Stimmt das?

Mag. Martin Kratky: Ja, das stimmt.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Also: Die Telekom Austria hat diesen Film beauftragt? (*Mag. Kratky: Ja!*) – Dann noch zu einem anderen Thema, das heute am Vormittag schon bei der Befragung von Herrn Hohegger Thema war, und zwar geht es um die Firma The White House advertising.

In welchen Geschäftsbeziehungen stehen Sie zu dieser?

Mag. Martin Kratky: Vielen Dank für die Frage, denn da ist heute Vormittag etwas herumgegeistert, wo ich kurzzeitig vor dem Live-Ticker sitze und ein bisschen erschrocken bin, dass ich angeblich Eigentümer der White House wäre oder gewesen wäre. Das ist natürlich völliger Schwachsinn. War ich nie, bin ich nicht.

Ich habe die Agentur **White House** sehr wohl kennengelernt, und zwar im Zuge eines Projekts in Kärnten, wo wir für die Telekom Austria rund um den Breitband-Ausbau eine Image-Kampagne konzipiert hatten, aus der kein Auftrag für uns entstanden ist. Wir haben dort vorbereitende Gespräche gehabt und haben ein Konzept geschrieben; es ist aber dann nicht beauftragt worden – aus Gründen, die ich nicht kenne.

Die Agentur White House hätte in dieser Kampagne den werblichen Part. Da war einer vorgesehen mit einer kleinen Plakat-Kampagne zum Nutzen von Breitband und schnellem Internet, hätte umsetzen sollen. Für die ist es dann meines Wissens auch nicht zu dem Auftrag gekommen. Daher kannte ich die Agentur und ihren Eigentümer.

Der Kontakt ist dann eigentlich nicht abgerissen und hat darin geendet, dass ich nach meinem Ausscheiden bei Hohegger, weil ich nicht unbedingt ein Ein-Mann-Unternehmen gründen wollte, mir die White House als Hälfte-Eigentümerin in meine Agentur dazu genommen habe. Die Beteiligung ist also genau anders herum.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Können Sie mir sagen, wann genau dieses Kennenlernen in Kärnten stattgefunden hat?

Mag. Martin Kratky: Vermutlich 2007. Steinigen Sie mich nicht, wenn es ein Jahr früher oder später war, aber ich glaube, es wird rund 2007 gewesen sein.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Aber im Jahr 2008 hatten Sie schon Kontakt zur Firma White House? (*Mag. Kratky: Vermutlich ja!*) – Vermutlich ja?

Mag. Martin Kratky: Also ich gehe davon aus.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Mit liegt eine Rechnung über 96 000 € von White House an Valora vor.

Kennen Sie die? Wissen Sie, was mit diesen Geldflüssen gemeint war?

Mag. Martin Kratky: Das kenne ich nicht. Ich habe heute Vormittag zum ersten Mal davon gelesen.

Abgeordnete Mag. Daniela Musiol (Grüne): Zum ersten Mal davon gelesen? Das heißt, Sie haben keine Ahnung (*Mag. Kratky: Nein!*), was in diesem Zusammenhang passiert ist. – Danke schön.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Ganz kurze Frage: Gab es so etwas wie eine Konkurrenzsituation zwischen dieser Lobbying-Gruppe und dem Telekom Austria Team?

Mag. Martin Kratky: Konkurrenz in welcher Hinsicht?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Gab es ein Konkurrenzverhältnis? Gab es Unstimmigkeiten oder *Wettbewerb*, um es positiv zu formulieren?

Mag. Martin Kratky: Nein, ich kann mich jetzt nicht erinnern, dass es da jemals persönliche, fachliche oder sonstige Unstimmigkeiten gegeben hat. Wir waren einfach in unterschiedlichen Bereichen tätig. Insofern war auch die Gefahr nicht gegeben, dass man sich dabei auf die Füße steigt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Kratky! Für welche Kunden waren Sie hauptsächlich zuständig? Was war Ihre unmittelbare Aufgabe?

Mag. Martin Kratky: Während meiner gesamten Agenturtätigkeit (*Abg. Hornek: Ja!*) oder in einem bestimmten Zeitraum?

Ich habe schon gesagt: Ich habe ursprünglich angefangen, für die mobilkom austria zu arbeiten. Ich war immer auch in der Krisenkommunikation, ab 2000, wo wir erstmals eine größere Krise rund um die Gletscherbahnen Kaprun betreut haben.

Ich war immer eher im Technologiebereich, aber nicht ausschließlich. Ich habe auch für einzelne Verbände der Wirtschaftskammer gearbeitet, zum Beispiel für den Verband der Chemischen Industrie, für – ich muss einmal überlegen, was noch – für die Industrie ab und an.

Ich war nie so sehr der Handel- und Marken-PR-Mensch. Diese Kunden sind schwerpunktmäßig eher im Team von Beatrix Skias betreut worden. Das war bei uns so. Aber das ist so gewachsen, da steht jetzt auch kein Masterplan dahinter. Ich war eher der Unternehmenskommunikationsmensch und der Technologiemiensch, und die handels- und verkaufslastigeren Themen sind dann eher im anderen Betreuungsteam abgearbeitet worden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Haben Sie jemals Projekte abgearbeitet, an denen aktive Politiker beteiligt waren beziehungsweise solche, die nicht mehr politisch tätig waren? Namen, die wir heute noch nicht gehört haben? (*Mag. Kratky: Nein!*) –

Können Sie mir kurz darstellen, welche Partnerunternehmen es bei Hohegger.com gegeben hat, zum Beispiel im juristischen Bereich? Mit welchen Anwälten hat man zusammengearbeitet?

Mag. Martin Kratky: Wir haben einen Hausanwalt gehabt für die Agentur, an dessen Namen ich mich nicht mehr erinnern kann. Den habe ich zwei- oder dreimal am Gang getroffen.

Es war ein offenes Geheimnis, dass es eine gute persönliche Achse zwischen Peter Hohegger und Gabriel Lansky gibt; so, wie sicher mit anderen Anwälten auch.

Also dort, wo Kunden eine krisenhafte Situation haben, hat sich ja automatisch die Zusammenarbeit mit Anwälten ergeben. Das waren dann die Anwälte der Kunden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Letzte Frage – es bedarf ja manchmal sehr intensiver Recherche –: Haben Sie auch mit Detekteien zusammengearbeitet oder ähnlichen Einrichtungen (*Mag. Kratky: Nein, nie!*), beziehungsweise welche Firmen gab es dazu?

Mag. Martin Kratky: Keine Ahnung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Der Rest der Fragezeit sei allen Anwesenden gewidmet.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ganz kurz ein Thema. Jetzt wurde einmal gesagt, die Freundschaft, die Bekanntschaft mit Dr. Lansky; es war bekannt, dass Herr Dr. Hohegger das gehabt hat.

Irgendwann einmal im Lauf der Zeit, der Begebenheiten hat sich auch eine geschäftliche Beziehung mit dem Walter Meischberger entwickelt. Und da hat die Auskunftsperson zuvor gesagt, das war schon innerhalb des Hohegger-Imperiums ein Thema, weil auf einmal der Markt gesagt hätte: Hoppala (*Mag. Kratky: Mhm!*), jetzt wird das Hohegger-Imperium auf einmal blaulastig! (*Mag. Kratky: Ja!*) Und: Da kann man ja keine Aufträge mehr geben!, oder: Das wird dann alles schwierig werden!

Was haben Sie dazu für eine Wahrnehmung?

Mag. Martin Kratky: Das ist eine sehr komplexe Frage.

Zu der Zeit, wo sich diese Frage gestellt hat – das war in den frühen 2000er-Jahren –, war ich ja auch noch – ich sage es einmal so – ein Junior-Berater.

Wir haben das damals natürlich nicht in dem Maß bemerkt wie die Leute in der Geschäftsführung, die direkt mit Vorständen zu tun hatten, weil unsere Ansprechpartner im täglichen Geschäft die Pressestellen waren, die sich ja naturgemäß an diesen Dingen auch nicht so festmachen, weil für die wichtig ist, dass die Betreuung stimmt und dass die Projekte gut umgesetzt werden.

Das heißt, ich habe von diesen politisch-atmosphärischen Themen damals nicht sehr viel wahrgenommen. Gleichzeitig habe ich natürlich aus Erzählungen und auch von Dietmar Trummer, von dem das ja vorhin kam, von dem haben wir auch gehört, dass es da und dort auch zu Irritationen gekommen ist durch eine vermutete Nähe in die „blaue Welt“. Und ich kann mir gut vorstellen, dass es da und dort auch so war.

Also ich persönlich habe deswegen nie ein Problem gehabt, was aber lange nicht heißt, dass ich mit einer entsprechenden Schlagseite der Agentur einverstanden gewesen wäre – wäre ich nicht gewesen. Und ich weiß, dass die allerallermeisten der Mitarbeiter genauso gedacht haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich glaube, für die Kunden selbst, für die Akquisition von neuen Kunden war ja, glaube ich, noch immer der Dr. Hohegger eigentlich der Vorreiter. – Ist das richtig so?

Mag. Martin Kratky: Können Sie die Frage noch einmal wiederholen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Bei der Akquisition von Kunden, also generell einmal einen Kunden an Land zu ziehen, einen Auftrag an Land zu ziehen, war das nach wie vor die Domäne vom Dr. Hohegger, und ab dem Zeitpunkt hat er sie dann der PR-Abteilung, der Lobbying-Abteilung und so weiter überlassen, um dann das operative Geschäft abzuwickeln? Wie war das eigentlich dann mit der Akquisition von Kunden?

Mag. Martin Kratky: Es gibt unterschiedliche Wege, als Agentur zu Kunden zu kommen. Es gibt den Weg der Direktbeauftragung. Also ein Kunde schaut sich an, welche Agenturen es gibt, welche passt gut zu mir, und spricht dann eine gezielt an. Das passiert durchaus häufig.

Dann gibt es den Weg über Ausschreibungen. Das passiert auch sehr häufig, gerade im öffentlichen Bereich natürlich, klarerweise. Da ist der Prozess, glaube ich, auch transparent und nachvollziehbar.

Und um jetzt auf Ihre Frage zu kommen: dass der Peter für einzelne Projekt-, Kundenakquisitionen natürlich im Hintergrund auch präsent war oder zumindest den Kontakt gelegt hat, das war schon evident in der Agentur. Also mir fällt jetzt kein konkretes Beispiel dafür ein, aber das wird sich dann vermutlich so in dem Maß abgespielt haben, dass er einem von uns aus dem Betreuungsteam dann gesagt hat oder sagen hat lassen: Geh, ruft doch dort einmal an, die hätten ein Thema, die haben ein Problem oder die brauchen externe Betreuung, Beratung, und macht euch da einen Termin aus! – So nach diesem Muster hätte eine Geschäftsanbahnung stattgefunden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt unabhängig von der politischen Wertung, dass man da eine Blau-Lastigkeit bekommt: In einer Regierungsbeteiligung, wo die FPÖ beziehungsweise später das BZÖ dann drinnen war, eben 2000 bis 2006, erscheint es aus Sicht einer Lobbying-Agentur als logisch, wenn man sich jemanden auch für Public Affairs sozusagen an Land zieht. Gerade wenn Sie sagen, es gibt auch Aufträge aus dem öffentlichen Bereich, sprich aus Ministerien, ist das eigentlich für eine Lobbying-Agentur etwas Logisches.

Mag. Martin Kratky: Was ist die konkrete Frage? Ich verstehe es nicht ganz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist es für Sie aus der Branche heraus logisch, wenn man Aufträge auch aus dem öffentlichen Bereich haben möchte, dass man sich auch jemanden, wie zum Beispiel auch den Herrn Meischberger, der zwar ausgeschlossen war aus der FPÖ, aber dem man offensichtlich noch immer gute Kontakte nachsagte, dass man sich auch einer solchen Person bedient, um eben auch dort an öffentliche Aufträge heranzukommen, dass man einmal jemanden hat, der einem dort die Tür öffnet? Ist das im Wege einer Agentur, die nach allen Seiten hin offen sein möchte, nicht etwas Logisches?

Mag. Martin Kratky: Öffentliche Aufträge werden ja üblicherweise im Zuge einer Ausschreibung vergeben, um die man sich bewirbt beziehungsweise zu der man eingeladen wird. Dazu war meiner Wahrnehmung nach auch immer die **Agenturgröße** ein ganz entscheidendes Kriterium. Also für größere Ministeriumsaufträge werden eigentlich nur die **großen** Agenturen des Landes eingeladen. Da kann man jetzt lange darüber diskutieren, ob das einen Sinn macht oder nicht. Ich habe jetzt eine kleinere Agentur und kann Ihnen ein paar gute Gründe sagen, warum auch kleinere Agenturen solche Aufträge gut umsetzen können. Aber das ist ja jetzt nicht das Thema.

Darüber hinaus kann ich dazu wenig sagen. Ja, ich wüsste nicht, wann diese Kontakte von Peter Hohegger, auf die Sie jetzt anspielen, in der Anbahnung öffentlicher Aufträge eine Rolle gespielt haben sollten, in welcher Form, ob das entscheidend war oder ob das – wie wir damals wahrscheinlich gesagt hätten – „Flankenschutz“ in irgendeiner Form gewesen wäre. Ich war bei solchen Etat-Gewinnen nicht in einer Form beteiligt, dass mir so etwas transparent gewesen wäre.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann habe ich keine weiteren Fragen und auch keine Zusatzfrage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben angesichts der vorgeschrittenen Zeit nur noch einen ganz kurzen Themenbereich.

Sie haben vorher bei einer Frage angeschnitten, dass es enge Beziehungen, Kontakte gegeben hat zwischen Peter Hohegger und dem Anwalt Lansky, der bekanntlich – bei der SPÖ heben sich schon die Köpfe – ein sehr einflussreicher, wichtiger Anwalt aus dem SPÖ-Dunstkreis ist.

Was können Sie uns sagen zu den Verbindungen zwischen Lansky und Hohegger?

Mag. Martin Kratky: Kann ich nicht viel dazu sagen – außer dass ich weiß, dass die beiden sich kennen oder kannten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Laut meinen Informationen haben Sie ausgesagt, Sie haben zu tun gehabt miteinander. In welcher Form denn? – Nämlich die Hohegger.com, das Unternehmen auch mit Lansky.

Mag. Martin Kratky: Wann soll ich das ausgesagt haben?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Vorher hier bei einer Frage. Ich frage die anderen, ob das so gefallen ist oder nicht oder ob wir in diesem Fall eine falsche Wahrnehmung haben, um beim Untersuchungsausschuss-Jargon zu bleiben. Herr Verfahrensanwalt?

Die Frage war, höre ich gerade, mit welchen Anwälten Sie zusammengearbeitet haben, und da ist dann Ihrerseits der Name Lansky gefallen.

Mag. Martin Kratky: Ja, ja. Ich habe vorhin erwähnt – ich meine, wahrscheinlich wird er es erzählt haben, dass wir gewusst haben oder dass die beiden sich kennen, oder dass halt eine persönliche gute Bekanntschaft da ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also mir reicht das schon, wenn Sie sagen, da hat es eine persönliche gute Bekanntschaft zwischen Lansky und Hohegger gegeben. Der Herr Hohegger wird uns hier noch einmal „besuchen“; dann werden wir ihn dazu genau befragen, was es da für Verbindungen, Leistungen oder Interessen zwischen diesen beiden doch nicht ganz unwesentlichen Personen, auch politisch gesehen, gegeben hat. – Danke, das war’s schon.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Keine Frage und keine Zusatzfrage, es fehlen nämlich die Informationen, die ich im Rahmen meiner ersten Wortmeldung angeschnitten habe. Wir könnten Fragen stellen, wüssten wir, welche Projekte von Ihnen und Ihrem Team bearbeitet worden sind. (*Abg. Dr. Jarolim: Warum sagen Sie uns das nicht?*)

Mag. Martin Kratky: Ich kann Ihnen gerne alles sagen, was ich weiß zu diesen Projekten, aber ich glaube, wahrscheinlich wird es ...

Was ich gerne anbieten kann, aber es müsste mir nachher jemand sagen, an wen und wie rasch Sie es brauchen. (*Abg. Mag. Maier: Wir kriegen es schriftlich?!*) – Sehr gerne, ja.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Senden Sie es mir, ich werde es weiterleiten.
(Mag. **Kratky**: Okay!)

Da keine weiteren Fragen vorliegen, dankt die Obfrau der Auskunftsperson für ihr Kommen und verabschiedet diese.

(Die Auskunftsperson Mag. **Kratky** verlässt den Sitzungssaal.)
18.13

Obfrau Dr. Moser leitet sodann zum **nichtöffentlichen** Teil der Sitzung über.

(Fortsetzung: 18.14 Uhr bis 18.21 Uhr – und damit bis Schluss der Sitzung – unter **Ausschluss der Medienöffentlichkeit**; gesonderte **Auszugsweise Darstellung**; „**nichtöffentlicher Teil**“.)

ANHANG

Übermittelte Einwendungen

der Auskunftsperson Mag. Rüdiger SCHENDER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Protokoll der 7. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 31. Jänner 2012

- Auf Seite 81 von 126, letzter Absatz muss es statt „... , und einmal, wie ich mittlerweile weiß auch Herr Dr. Weiß.“ richtig „... und einmal, wie ich mittlerweile weiß auch Herr **Dr. Singer**.“ lauten.
- Auf Seite 82 von 126, fünfter Absatz muss es statt „Nein, gar keine. Meinerseits nicht.“ richtig „Nein, **zur Universaldienstverordnung nach meiner Erinnerung** keine. Meinerseits nicht.“ lauten.
- Auf Seite 86 von 126, zweiter Absatz muss es statt „... , dass die PAC eingeführt worden ist.“ richtig „... , dass die PAC eingeführt **werden soll**.“ lauten.
- Auf Seite 86 von 126, 10. Absatz (= fünftletzter Absatz) muss es statt „... , aber wenn von 10 Wörtern fünf anders sind, dann würde ich schon sagen, dass das ein Unterschied ist.“ richtig „... , aber wenn von **ungefähr** 10 Wörtern fünf anders sind, dann würde ich schon sagen, dass das ein Unterschied ist.“ lauten.
- Auf Seite 87 von 126, zweiter Absatz muss es statt „... dass zwei weitere Rufnummernbereiche aufgenommen werden müssen.“ richtig „... dass zwei weitere Rufnummernbereiche aufgenommen werden **sollten**.“ lauten.
- Auf Seite 87 von 126, dritter Absatz muss es statt „Der Vorschlag der Telekom Austria, der in der Begutachtung gemacht wurde, ist erstens inhaltlich nicht aufgenommen worden, weil er darüber hinaus noch den Rufnummernbereich 0900 mit Variationen vorgesehen hatte. Darüber hinaus ist er – auch wenn man sich den Begutachtungsentwurf der Telekom oder die Stellungnahme der Telekom anschaut – auch inhaltlich in keinsten Weise aufgenommen worden.“ richtig „Der Vorschlag der Telekom Austria, der in der Begutachtung gemacht wurde, ist erstens inhaltlich **insofern** nicht aufgenommen worden, weil er darüber hinaus noch den Rufnummernbereich 0900 mit Variationen vorgesehen hatte. Darüber hinaus ist er – wenn man sich den Begutachtungsentwurf **bzw. Verordnungstext und** die Stellungnahme der Telekom anschaut – auch **textlich nicht** aufgenommen worden.“ lauten.
- Auf Seite 87 von 126, siebenter Absatz muss es statt „Wie man da behaupten kann, dass der Vorschlag der Telekom umgesetzt worden sei, das ist für mich nicht nachvollziehbar: Weder inhaltlich noch sprachlich.“

richtig „Wie man da behaupten kann, dass der Vorschlag der Telekom **1:1** umgesetzt worden sei, das ist für mich nicht nachvollziehbar: Weder inhaltlich noch sprachlich.“ lauten.

- Auf Seite 93 von 126, achter Absatz muss es statt „... fünf Jahre.“ richtig „... **sechs** Jahre.“ sowie statt „Fachentscheidung“ richtig „**Sachentscheidung**“ lauten.
- Auf Seite 93 von 126, 10. Absatz muss es statt „Eine Textierung hat er nicht vorgelegt.“ richtig „Eine Textierung hat er **nach meiner Erinnerung** nicht vorgelegt.“ lauten.
- Auf Seite 98 von 126, neunter Absatz muss es statt „0,1 irgendwas Cent“ richtig „0,1 irgendwas **Euro**.“ lauten.
- Auf Seite 99 von 126, siebenter Absatz muss es statt „Also mir ist jedenfalls zu keinem Zeitpunkt irgendetwas von den hier kolportierten Vorwürfen bekannt geworden.“ richtig „Also mir ist jedenfalls zu keinem Zeitpunkt irgendetwas von den hier kolportierten Vorwürfen – **also insbesondere von Zahlungen** - bekannt geworden.“ lauten.

Wien, am 08.02.2012
Ort, Datum

Mag. Rüdiger Schender e. h.
Unterschrift

Davon zulässige und vom Ausschuss angenommene Protokollberichtigung:

- Auf Seite 86 von 126, 10. Absatz (= fünftletzter Absatz) muss es statt „..., aber wenn von 10 Wörtern fünf anders sind, dann würde ich schon sagen, dass das ein Unterschied ist.“ richtig „..., aber wenn von **ungefähr** 10 Wörtern fünf anders sind, dann würde ich schon sagen, dass das ein Unterschied ist.“ lauten.

ANHANG

Die folgenden Einwendungen von Auskunftspersonen wurden gemäß § 23 Abs. 4 VO-UA vom Untersuchungsausschuss in seiner Sitzung vom 10. Mai 2012 als zulässig beschlossen:

Einwendungen der Auskunftsperson Dr. Peter HOCHEGGER gem. § 23 Abs. 4 VO-UA zum Wortprotokoll der 11. Sitzung des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen am 16. Februar 2012

1. Auf Seite 7, Absatz muss es statt „Dann es im Rahmen eines Projektes für Bulgarien zwei kleine Mandate gegeben, Beratungsmandate für ein Advisory – Report das waren Peter Schieder und Karl Blecha. richtig *„Dann es im Rahmen eines Projektes für Bulgarien zwei kleine Mandate gegeben, Beratungsmandate für ein **Advisory – Board** das waren Peter Schieder und Karl Blecha“* lauten.
2. Auf Seite 7, muss es statt Das war der Ernst Strasser der war bei uns in Advisory Report. Richtig *„Das war der Ernst Strasser der war bei uns in **Advisory Board**“* lauten.
3. Auf Seite 10, Absatz muss es statt „Das war eines der Kriterien , warum wir diesen Auftrag dort gewonnen haben, weil wir ein Advisory -.Report haben mit Experten, die sich am europäischen Parkett gut auskannten und die der bulgarischen Regierung glaubhaft ihre Schwächen vor Augen führen konnten auf einer Seite- und auf der anderen Seite einen Dialog starten, richtig.“ *Das war eines der Kriterien , warum wir diesen Auftrag dort gewonnen haben, weil wir ein **Advisory -Board hatten** mit Experten, die sich am europäischen Parkett gut auskannten und die der bulgarischen Regierung glaubhaft ihre Schwächen vor Augen führen konnten auf einer Seite- und auf der anderen Seite einen Dialog **starteten*** lauten.
4. Auf Seite .32, Absatz muss es statt „und das war einfach für uns ein Asset, ihn dabeizuhaben, und das war letztendlich der Ausschlagsgrund, warum wie diesen Auftrag gewonnen haben, wie wir nämlich ein sehr gutes Advice- Report hatten. “ richtig *„und das war einfach für uns ein Asset, ihn dabeizuhaben, und das war letztendlich der Ausschlagsgrund, warum wie diesen Auftrag gewonnen haben, wie wir nämlich ein sehr gutes **Advisory - Board** hatten.“* lauten.